

Werner Liebe

Die Deutschnationale Volkspartei 1918 - 1924

*In Zusammenarbeit mit dem Forschungsausschuß
der Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik, herausgegeben
von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien*

**Kommission für Geschichte
des Parlamentarismus
und der politischen Parteien
53 Bonn-Bad Godesberg 1**

K 7⁸



DROSTE-VERLAG · D U S S E L D O R F

Beiträge
zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Band 8

Buchausstattung: JOHANNES MÜHLE

© Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien in Bonn

1956

Gesamtherstellung:

Droste Verlag und Druckerei KG., Düsseldorf

Printed in Germany

Vorwort

Die Notwendigkeit, die für die Geschichte der Weimarer Republik entscheidenden Auseinandersetzungen in der Deutschnationalen Volkspartei wissenschaftlich zu klären, bestimmte den Verfasser, die vorliegende Untersuchung trotz der anfänglich großen Quellenschwierigkeiten¹⁾ und des Fehlens partei-geschichtlicher und soziologischer Vorarbeiten durchzuführen.

Bis zur Machtergreifung durch Hitler machten der geringe zeitliche Abstand und die einsetzenden Abspaltungen nach der Übernahme des Parteivorsitzes durch Geheimrat Dr. Hugenberg es schwierig, zu einer objektiven Darstellung der inneren Entwicklung der Deutschnationalen Volkspartei zu gelangen. Von 1933 bis zum deutschen Zusammenbruch 1945 war eine wissenschaftliche Beschäftigung mit der am 14. Juli 1933 aufgelösten DNVP unmöglich. Nach 1945 — als sich die historische und politische Wissenschaft diesem Forschungsproblem wieder zuwenden konnte — wagte man zunächst aus verständlichem Ressentiment keine wissenschaftliche Arbeit über eine Partei, die durch die Erinnerung an die „Harzburger Front“ und die Entnazifizierungsprozesse gegen ihren letzten Vorsitzenden in dem Verdacht engster Partnerschaft mit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei stehen mußte.

Über keine Partei der Weimarer Republik aber besteht in der Öffentlichkeit und auch in der wissenschaftlichen Forschung größere Unklarheit und Unkenntnis als über die Deutschnationale Volkspartei, die in der II. Wahlperiode (1924) die stärkste und einflußreichste Partei des deutschen Reichstages war.

Die Vorarbeiten ließen sehr bald erkennen, daß das Wesentliche ungeklärt bleiben würde, sofern nicht die Erschließung internen Materials gelang. Frühere Forschungsversuche waren schon mehrfach an diesen Schwierigkeiten gescheitert. Eine gründliche Bearbeitung der Fragestellung konnte ferner nur durch Ergänzung des unvollständigen Quellenmaterials, durch persönliche Auskünfte und sachliche Hinweise damals führender Persönlichkeiten inner- und außerhalb der Partei möglich werden.

Während seiner Nachforschungen wurden dem Verfasser eine Anzahl unveröffentlichter Manuskripte, Briefe, persönliche Aufzeichnungen, Unterlagen der Parteileitung und Teile des vertraulichen Schriftverkehrs mit den Landesverbänden, Finanzierungspläne, teilweise noch sekretierte Parteischriften, Flugblätter, Handbücher und Vortragsentwürfe zugänglich gemacht. Darüber hinaus war es ihm möglich, die damals führende, heute nur noch schwer erreichbare Berliner Presse und zum Teil ausländische Zeitungen heranzuziehen. Freifrau Hiller von Gärtringen und Adelgunde Gräfin Westarp gestatteten ihm die Durcharbeitung des politischen Nachlasses ihres Vaters, des späteren Partei-

vorsitzenden Graf Westarp, der in der darzustellenden Periode der Parteiführung oft kritisch und oppositionell gegenüberstand. Von großem Wert war ein unveröffentlichtes Manuskript über die innerparteilichen Vorgänge der Jahre 1918—1920³⁾ sowie sein umfangreicher Briefwechsel mit führenden Persönlichkeiten der Partei, besonders mit Vertretern des konservativen und völkischen Flügels. Die Aussagen wurden ergänzt und erhärtet durch unveröffentlichte Briefe des markantesten Vertreters des rechten Parteiflügels, des Universitätsprofessors Dr. Freiherr von Freytagh-Loringhoven³⁾. Persönliche Aufzeichnungen (Tagebuch-Notizen) und Unterlagen des größten Landesverbandes der DNVP, Pommern, wurden von Staatssekretär z. D. Karl Passarge, dem früheren pommerschen Landesgeschäftsführer und engsten Mitarbeiter von Dr. Schlange-Schöningen, zur Verfügung gestellt. Ein unveröffentlichtes Manuskript des Chefredakteurs Paul Baecker MdR über die Entwicklung der „Deutschen Tageszeitung“ war ebenfalls von großem Wert. Frau Dr. Rambeau (Marburg) ermöglichte eine Durchsicht des unausgewerteten politischen Nachlasses des Reichsjustizministers Prof. D. Dr. Bredt, des späteren Vorsitzenden der Wirtschaftspartei. Einblick in die internen Parteiverhältnisse gaben auch der politische Nachlaß des Reichstagsabgeordneten Walther Lambach (Vorsitzender des Reichsangestelltenausschusses der DNVP) und das Privatarchiv von Geheimrat Dr. Hugenberg (Opriba Hannover). Ein umfangreiches Manuskript von Prof. Dr. Hilpert-München („Meinungen und Kämpfe“) — Vorsitzender der „Bayerischen Mittelpartei“ (BMP), später Vorsitzender des Landesverbandes Bayern der DNVP — beleuchtet die innerpolitischen Vorgänge aus bayerischer Perspektive.

Das angeführte Quellenmaterial wurde ergänzt durch Befragungen noch lebender führender Parteimitglieder und Persönlichkeiten, die der DNVP nahestanden oder aber im politischen Gegenlager die deutschnationale Entwicklung aufmerksam verfolgten. Es erwies sich dabei als fruchtbar, nicht nur an Mitglieder des Führergremiums heranzutreten, die nur zu leicht geneigt waren, ihre Darstellungen zu Rechtfertigungen eigener Entscheidungen zu benutzen, sondern auch über mittlere und kleine „Parteifunktionäre“ ein Bild der jeweiligen Stimmung bei den Parteianhängern und in der breiten Wählerschaft zu erhalten.

Es ist dem Verfasser ein besonderes Bedürfnis, allen denen zu danken, die durch Materialüberlassung und persönliche Auskünfte die Durchführung der Arbeit unterstützten.

I. Teil

Die Deutschnationale Volkspartei in ihren Anfängen

I. Kapitel: Die Gründung der DNVP

a) Vorverhandlungen und Zusammenschluß der rechtsstehenden Vorkriegsparteien

Die Deutschnationale Volkspartei war keine Neugründung aus einheitlichem Guß, sondern eine Zusammenfassung aller restaurativen Kräfte, die nach dem Sturz der Monarchie im November 1918 versuchten, an konservativen Staats- und Kulturtraditionen zu retten, was zu retten war.

Dieses Ziel wurde zunächst durch den Zusammenschluß der rechtsstehenden Vorkriegsparteien erreicht. Über den Alldeutschen Verband schloß sich eine Reihe ehemaliger Nationalliberaler an. Vorbereitet war diese Entwicklung bereits unter dem Druck der militärischen und innenpolitischen Ereignisse des letzten Kriegsjahres. Schon im Sommer 1918 hatten die Führer der Deutschkonservativen Partei⁴⁾, Ernst von Heydebrand⁵⁾ und Graf Westarp⁶⁾ eine Revision des Parteiprogramms gefordert⁷⁾. Durch diese sollte die Voraussetzung für eine Zusammenarbeit aller rechtsstehenden Vorkriegsparteien geschaffen werden. Aber erst Anfang Oktober 1918 wurde ein Ausschuß eingesetzt, der das deutschkonservative Parteiprogramm einer Durchsicht zu unterziehen hatte. Seine Arbeit wurde am 6. November 1918 beendet. Der engere Vorstand der Deutschkonservativen Partei (Zwölfer-Ausschuß) bildete daraufhin eine Kommission, die mit den anderen Rechtsparteien in Verbindung treten sollte. Die Verhandlungen kamen jedoch vor dem 9. November 1918 nicht mehr in Gang. Die erste und einzige Sitzung dieser Kommission, die zum 11. November 1918 einberufen war, fiel wegen „mangelnden Besuches“ aus.

Die November-Revolution, die in den Kreisen der rechtsstehenden Parteien größte Bestürzung und Verwirrung auslöste, beschleunigte den geplanten Zusammenschluß. Der Großgrundbesitz mußte Enteignung, die Schwerindustrie Sozialisierung und die Kirche ihre Ausschaltung befürchten. Diese Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Existenz und politischen Positionen sowie die nach bisherigen Begriffen unfaßbare Ausübung der Macht durch Arbeiter- und Soldatenräte ließen über die bisherigen Parteigrenzen hinweg das Verbindende und Gemeinsame stärker hervortreten.

Die Notwendigkeit eines politischen Zusammengehens war damit gegeben, um durch gemeinsame Aktionen das Schlimmste zu verhüten. Man war jetzt bereit, zugunsten einer größeren Sammlungsbewegung die bisherige Selbständigkeit gänzlich oder mit Vorbehalten aufzugeben. Es trat die Überlegung hinzu,

daß die Freikonservativen, die Christlichsozialen und die Deutschvölkischen als selbständig kandidierende Splitterparteien bei künftigen Wahlen Gefahr liefen, ohne parlamentarischen Einfluß zu bleiben. Ihr Wählerbestand war schon vor dem Kriege gering und unsicher gewesen⁸). Jetzt nach dem Sturz der Monarchie war die Lage der Deutschkonservativen Partei nicht günstiger⁹). Ohne das Privileg des preußischen Dreiklassenwahlrechtes und ohne einen konservativ eingestellten Staatsapparat, der ihr jahrzehntelang Rückhalt gegeben hatte, mußte sie nun gegenüber den demokratischen Massenorganisationen zu einer politischen Minderheit werden. Als einflußreichste Partei des alten Regimes wurde sie von breiten Bevölkerungsschichten für den militärischen Zusammenbruch verantwortlich gemacht¹⁰). Sie galt als die Partei der Kriegsverlängerer, gegen die sich die Revolution mit heftigen Angriffen richtete. Ihre Führer mußten daher bestrebt sein, die Organisation umzuformen, oder aber versuchen, in einer neuen Rechtspartei maßgeblichen Einfluß zu gewinnen. In den eigenen Reihen mehrten sich die Stimmen, die unter dem Druck der gegnerischen Anschuldigungen eine Parteineugründung bevorzugten.

Der Anstoß zu neuen Verhandlungen wurde durch einen eigentümlichen Zufall gegeben. Wenige Tage nach der Revolution kam eine größere Zahl von rechtsstehenden Parlamentariern bei dem Begräbnis des in jener Woche verstorbenen freikonservativen Abgeordneten Freiherrn von Camp-Massaunen in Berlin zusammen. Aus diesem Kreise wurde die Initiative zu sofortigen Verhandlungen ergriffen. Es handelte sich dabei aber nicht um sorgfältig ausgewählte Delegierte, die, mit den Vollmachten ihrer Parteien versehen, die Besprechungen begannen, sondern um eine nahezu spontane Aktion. Die zufällig anwesenden Abgeordneten bildeten eine „freie Kommission“¹¹).

Die Verhandlungen wurden mit großer Hartnäckigkeit geführt; manchmal schien es, als ob die Bemühungen ohne Ergebnis bleiben würden¹²). Im wesentlichen war es dem taktischen Geschick, der Verbindlichkeit und der zähen Ausdauer des Verhandlungsleiters, Geheimrat Dietrich, zu verdanken, daß es bis zum 22. November 1918 gelang, einen gewissen Abschluß zu erzielen¹³). Man einigte sich vorläufig auf ein provisorisches Programm, mußte aber zuvor „mancherlei Bedenken altkonservativer Kreise gegen das Unternehmen“¹⁴) zerstreuen. Damit war wenigstens äußerlich der Zusammenschluß der rechtsstehenden Vorkriegsparteien, die im wilhelminischen Kaiserreich nebeneinander, oft auch gegeneinander gewirkt hatten, vorbereitet.

b) Der Gründungsaufruf

Die gleichen Schwierigkeiten und Spannungen, die bereits beim Zusammenschluß aufgetreten waren, wiederholten sich bei der Formulierung des Gründungsaufrufes. Dieser Aufruf, mit dem die neue Partei am 24. November 1918 an die Öffentlichkeit trat¹⁵), war von acht Deutschkonservativen, neun Freikonservativen, drei Christlichsozialen, einem Deutschvölkischen und mehreren Nicht-

parlamentariern¹⁶⁾ unterzeichnet worden. Seine besondere Aufgabe war, der Propaganda für die bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung eine feste Grundlage zu geben.

Schon vorher war beschlossen worden, die Neugründung in der Öffentlichkeit ohne Mitwirkung der alten Rechtsparteien zu vollziehen. Gegen diese Ansicht wandte sich eine Gruppe von Altkonservativen, die eine stärkere Einschaltung der Deutschkonservativen Partei forderte. Die Auseinandersetzungen nahmen zeitweise „recht gereizte Formen“ an. Graf Westarp schienen die Kommissionsmitglieder „in zu hohem Maße“ geneigt, der „revolutionären Stimmung zu folgen“. Seiner Meinung nach gaben sie die bisherige konservative Politik völlig preis, anstatt sie „den neuen Verhältnissen entsprechend zu reformieren“. Er stieß mit seinen Einwendungen „auf leidenschaftlichen und erregten Widerspruch“¹⁷⁾. Der überwiegende Teil der deutschkonservativen Abgeordneten, Parteimitglieder und örtlichen Parteiorgane war jedoch bereit, sich dem Gründungsauf Ruf für die neue Deutschnationale Volkspartei anzuschließen.

Der deutschkonservativen Führungsgruppe blieben für eine weitere politische Arbeit somit nur zwei Wege offen:

1. unter Sprengung der alten Organisation mit dem verbleibenden Rest selbständig neben der neuen Partei und gegebenenfalls auch gegen sie zu arbeiten oder

2. innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei den konservativen Belangen weitgehende Berücksichtigung zu verschaffen.

Der erste Weg, der im Ausschuß befürchtet wurde, war zwar theoretisch möglich, praktisch aber kaum durchführbar. Nach der Revolution hatte nur eine neue „geschlossene Rechte“ Aussicht auf Erfolg. Die Deutschkonservative Partei entschied sich daher „aus einer gewissen Zwangslage heraus“¹⁸⁾, ihre Anhänger für die kommende Wahl vorläufig geschlossen der Deutschnationalen Volkspartei zuzuführen. Sie behielt sich aber formell die Freiheit für weitere Entschlüsse vor.

Graf Westarp bekämpfte zunächst den Plan, den Aufruf als Einladung zur Gründung einer „vollständig neuen Partei“ ohne Erwähnung der früheren Parteien herausgehen zu lassen. Er wies darauf hin, daß der Schleier, der durch eine namentliche Unterzeichnung die Mitwirkung der alten Rechtsparteien verhüllen sollte, äußerst durchsichtig sei. Die Namen der Unterzeichnenden würden die politischen Gruppen doch erkennen lassen. Außerdem könnten die kommenden Wahlen nur mit den bestehenden Parteiorganisationen und deren Mitteln durchgeführt werden, da sich in der kurzen Zeit ein neuer Parteiapparat nicht mehr würde aufbauen lassen. Er äußerte sehr deutlich, „daß das von der Erwähnung der alten Parteien befürchtete Odium in wenigen Wochen doch übernommen werden müsse“, und forderte, „daß der Aufruf nur die Neugründung ankündigen, ihren Vollzug aber den Beschlüssen der vier beteiligten

Parteien vorbehalten“ bleiben solle. Zweifellos wurde Graf Westarp in seinen Entschließungen auch von einer persönlichen Rücksichtnahme auf von Heydebrand geleitet, indem er diesem und den übrigen Mitgliedern des deutschkonservativen Parteivorstandes wenigstens formell „die Möglichkeit einer eigenen Entscheidung“ vorbehalten wollte.

Der Widerstand gegen die Reorganisationsabsichten der Deutschkonservativen war im Anfang sehr groß. Auch das Bemühen Graf Westarps, die 16 Richtlinien des Aufrufs „auf einige wenige, der geschichtlichen Aufgabe des Tages und den konservativen nationalen Zielen entsprechende Grundsätze“ zurückzuführen, schlug völlig fehl. Da die deutschkonservativen Wünsche nahezu unberücksichtigt blieben¹⁹⁾, weigerte sich Graf Westarp, seine Unterschrift unter den Aufruf zu setzen und behielt die letzte Entscheidung über die Zustimmung einer eigenen Beschlußfassung der Deutschkonservativen Partei vor.

Der von einer größeren Anzahl rechtsstehender Persönlichkeiten unterzeichnete Gründungsaufwurf der DNVP wurde am 24. November 1918 veröffentlicht. Auf die Unterschriften von Heydebrand und Graf Westarp hatte man bewußt verzichtet²⁰⁾. Ein gleichzeitig veröffentlichter Aufruf des Fünfer-Ausschusses der Deutschkonservativen Partei kündigte an, daß man bereit sei, „sich mit neuem Geiste zu erfüllen, um den Aufgaben der neuen Zeit gerecht zu werden, die durch den Krieg und die mit ihm verbundene Wandlung unserer politischen Verhältnisse entstanden sind²¹⁾“. Der Schlußabsatz dieses Aufrufes lautete:

„Diesen Bestrebungen der Partei kommt der heute veröffentlichte Aufruf entgegen, in dem Männer und Frauen verschiedener Parteirichtungen und Berufsstände den Zusammenschluß zu einer deutschen nationalen Volkspartei auf der Grundlage vorläufig als Anhaltspunkte gegebener Richtlinien vorschlagen. Wir haben sofort die nötigen Schritte eingeleitet, um, soweit es die Verhältnisse gestatten, die Beschlüsse der geordneten Parteivertretungen über die Stellungnahme der Konservativen Partei zu diesem Vorschlag herbeizuführen und unseren Freunden im Lande die Gelegenheit zur Mitarbeit zu eröffnen.“

In einem gleichzeitigen Artikel in der Kreuzzeitung betonte Graf Westarp, daß es sich bei dieser Stellungnahme nicht um eine Preisgabe der Deutschkonservativen Partei und ihrer Politik, sondern um deren Weiterentwicklung handele²²⁾. Ähnliche Zurückhaltung zeigte ein Rundschreiben der Parteileitung an die Landes- und Provinzialvorsitzenden (25. November 1918). Danach ist „die endgültige Stellungnahme der Konservativen Partei zu der vorgeschlagenen Neugründung, bei der es sich um den Zusammenschluß unserer Partei mit den Freikonservativen, der Christlichsozialen und Deutschvölkischen Partei handelt, noch nicht erfolgt“.

Der Gründungsaufwurf der DNVP gliederte sich in eine Einleitung und 16 Richtlinien²³⁾, die als Anhaltspunkte eines Parteiprogrammes dienen sollten. Darin wurden mehrere bemerkenswerte Konzessionen, z. B. in der Frage der Sozialpolitik und des Koalitionsrechtes, gemacht. Das Bekenntnis zum Christentum wurde sehr knapp in der Einleitung, die Mitwirkung der Frau als letzte

und kürzeste Richtlinie mit der Formulierung: „Die Mitarbeit der Frau im öffentlichen Leben ist geboten“ abgetan. Der Aufruf enthielt weder gegenrevolutionäre Formulierungen noch ein Bekenntnis zum monarchischen Gedanken. Mit erstaunlicher Anpassungsfähigkeit akzeptierte also die neue Partei die republikanische Staatsform, um dadurch im antidemokratischen Sinne aktionsfähig werden zu können. In der Einleitung des Aufrufes hieß es: „Wir sind bereit und entschlossen, auf dem Boden jeder Staatsform mitzuarbeiten, in der Recht und Ordnung herrschen“²⁴). Und in den Richtlinien (Punkt 2) forderte die DNVP darüber hinaus „die Rückkehr von der Diktatur einer einzelnen Bevölkerungsklasse“ und erklärte sich bereit, auf der Grundlage „der nach den letzten Ereignissen allein möglichen parlamentarischen Regierungsform“ am Wiederaufbau mitzuarbeiten.

Alle diese Formulierungen zeigen die anfängliche große Verwirrung und Hilflosigkeit der konservativen Kreise, die nach dem militärischen Zusammenbruch und dem Versagen der monarchischen Spitze bereit waren, die neue Staatsform vorläufig anzuerkennen. Ihre Haltung kann aber nicht mit der Legalität der anderen Parteien identifiziert werden. Die Deutschnationale Volkspartei wurde vielmehr zum Sammelbecken antidemokratischer Kräfte und verzichtete durchaus nicht auf eine außerparlamentarische Tätigkeit.

c) Der Parteiname

Erhebliche Schwierigkeiten bereiteten auch die Verhandlungen über den Namen der neuen Partei. Graf Westarp forderte vergeblich, daß die Beschlußfassung den zur Vereinigung bereiten Parteien vorbehalten bleiben solle. Er wollte bereits im Namen zum Ausdruck gebracht sehen, „daß die neue Partei keine Mittel-, sondern die am weitesten rechts stehende Partei sein solle“²⁵). Mit Entschiedenheit wurde jede Erinnerung an das Wort „konservativ“ abgelehnt²⁶). Diese Bezeichnung sei in völligen Mißkredit geraten²⁷) und „zu stark in breiten Volksschichten der Ablehnung verfallen, als daß gehofft werden konnte, unter diesem Namen die Politik der nächsten Zukunft maßgeblich beeinflussen zu können“²⁸).

Die deutschkonservative Parteileitung hatte bereits am 25. November 1918 in einem Rundschreiben an die Landes- und Provinzialvorsitzenden gebeten, eine Stellungnahme zur Frage des Namens und Programmes vorzubereiten. Unter den zahlreichen Vorschlägen befanden sich Namen wie „Deutsche Rechte“ und „Deutschnationale Rechte“, die von Graf Westarp unterstützt wurden, sich aber nicht durchsetzen konnten. Lebhaft bekämpft wurde von ihm die Bezeichnung „Volkspartei“. Er befürchtete, daß die Wahl dieses Namens „als ein unehrliches Buhlen um die Gunst der Massen“ aufgefaßt würde. Unter dem Einfluß des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes und der früheren Christlichsozialen²⁹) einigte man sich aber doch schließlich auf den Namen „Deutschnationale Volkspartei“. Dieser Name wurde wie folgt interpretiert:

„deutsch = Liebe zu unserem Volk, das wir wieder aufbauen wollen; national = nicht international; Volkspartei = durch alle Schichten des Volkes gehend“³⁰).

In konservativen Kreisen, z. B. in Pommern, fand der neue Parteiname vorläufig keinen Anklang. Dort dachte man immer noch in erster Linie „preußisch“³¹). Schon der Begriff „deutschkonservativ“ war von den pommerschen Konservativen nie ganz gebilligt worden. Erst nachdem Graf Behr in Vorpommern, Graf Kleist-Retzow (Groß-Tychow) und Freiherr von Wangenheim (Klein-Spiegel) in Hinterpommern sich für die neue Bezeichnung und die neue Partei einsetzten, drang auch hier der Name „Deutschnationale Volkspartei“ schließlich durch.

Besonders der erste Parteivorsitzende Hergt setzte sich für die allgemeine Anerkennung des Parteinamens ein. Ohne die Betonung des völlig Neuen auch im Namen hätte er den Parteivorsitz nicht übernommen³²). Auch Graf Westarp fand sich später mehr und mehr mit der neuen Parteibezeichnung ab³³).

d) Die neue Partei

In der DNVP vereinigten sich die Kräfte, die mit den revolutionären Veränderungen des Novembers 1918 nicht einverstanden waren. Dieser Sammlungsprozeß wurde durch den einsetzenden Wahlkampf für die Nationalversammlung beschleunigt. Die schwierigen Verhandlungen bis zum Zusammenschluß und die späte Veröffentlichung des Gründungsaufufes ließen sie überstürzt als eine der letzten Parteien in die Wahlvorbereitungen eintreten. Sie fand aber zunächst Rückhalt bei den bisherigen rechtsstehenden Vorkriegsparteien, die ihre Mitglieder zum Übertritt aufforderten, zu ihren Gunsten größtenteils ihre Organisationen auflösten und sie im Wahlkampf sowie im organisatorischen Aufbau aktiv unterstützten.

Zusammengeschlossen hatten sich Deutschkonservative (mit organisatorischen Vorbehalten), Freikonservative, Christlichsoziale, Deutschvölkische und Anhänger kleinerer antisemitischer Gruppen³⁴). Eine erhebliche Verstärkung kam durch Mitglieder des Alldeutschen Verbandes³⁵) und frühere Nationalliberale³⁶), die sich der neugegründeten Deutschen Volkspartei nicht anschließen wollten. Sie alle bildeten von vornherein den rechten Flügel innerhalb der DNVP³⁷) und versuchten, in den Besitz möglichst vieler Schlüsselpositionen zu gelangen³⁸). In vieler Hinsicht konnte die neue Partei als eine Fortsetzung der bisherigen „Deutschen Vaterlandspartei“ angesehen werden, zumal deren führende Vertreter, Großadmiral von Tirpitz, Generallandschaftsdirektor Kapp und Pfarrer D. Traub, sehr bald zu ihr stießen.

Die führenden Parteiämter wurden anfänglich mit Vertretern der gemäßigten Richtungen besetzt. Die DNVP versuchte dadurch den Anschein einer echten Parteineugründung zu erwecken. Durch ihre politische Vergangenheit belastete Persönlichkeiten, wie Graf Westarp und von Heydebrand, wurden vorläufig ausgeschaltet. Ein Vertreter der Gemäßigten, D. theol. Winckler — später Nachfolger Hergts im Parteivorsitz —, setzte sich z. B. dafür ein, daß die Deutsch-

konservative Partei sich nicht auflöste, wohl aber bis nach den Wahlen zur Nationalversammlung in den Hintergrund trat. Im Gegensatz zu vielen anderen Gründern der DNVP befürwortete er eine Kandidatur des Grafen Westarp³⁹).

Viele der neuen Mitglieder hatten sich bisher von der Parteipolitik ferngehalten. Sie fühlten sich jetzt durch die Revolution aus ihrer politischen Reserve gedrängt und glaubten in der DNVP die beste Gewähr für eine Vertretung ihrer Belange gefunden zu haben. Unter ihnen waren viele gerade entlassene Offiziere und Berufsunteroffiziere, die sich bisher nicht hatten parteipolitisch betätigen können, nun aber auf eine Wiederherstellung der alten Verhältnisse hofften⁴⁰). Aber auch eine „jüngere Generation“ stieß zu der neuen Partei. Diese, die sich später größtenteils in der „staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft⁴¹“ zusammenfand, suchte vor allem akademische Kreise zur aktiven Mitarbeit heranzuziehen. Ihr Bestreben war, die sozialen Gegensätze auszugleichen und innerhalb der Partei die Kluft zwischen den Akademikern einerseits und den Arbeitern und verwandten Berufsgruppen andererseits zu überbrücken. In einem Aufruf bejahte sie daher eine „große deutsche Volkspartei“ als Sammelbecken aller rechtsstehenden Kräfte⁴²).

Darüber hinaus suchte die DNVP die Wünsche landwirtschaftlicher, industrieller und sozialer Interessenverbände zu erfüllen. Diese landwirtschaftlichen Gruppen (vor allem der spätere Reichslandbund), Industrieverbände und christlich-nationalen Gewerkschaften (insbesondere der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband) brachten gegen entsprechende Zugeständnisse nicht nur einen erheblichen Zuwachs an Mitgliedern, sondern auch der Organisation die dringend benötigte finanzielle Unterstützung.

Das Ziel war, die Deutschnationale Volkspartei zum organisatorischen Mittelpunkt im Rechtslager zu machen. Die alten politischen Unterschiede sollten verwischt, die verschiedenen Richtungen zusammengeschmolzen werden⁴³). Man versuchte, das „Neue herauszustellen⁴⁴“ und wehrte sich damit gleichzeitig gegen alle Vorwürfe, daß die DNVP nur als eine Fortsetzung der alten rechtsstehenden Vorkriegsparteien anzusehen sei⁴⁵).

Als besonders kennzeichnend muß festgehalten werden, daß die DNVP in ihren Propagandaschriften zunächst vorwiegend Äußerungen von Vertretern des gemäßigten Flügels verwandte. Der spätere Austritt dieser Persönlichkeiten (Graf von Posadowsky, von Kardorff u. a.) beweist jedoch, daß sie ihre politischen Hoffnungen nicht erfüllt sahen.

Besondere Schwierigkeiten verursachte die Wahl eines geeigneten Parteivorsitzenden⁴⁶). Zur Vermeidung innerer Richtungskämpfe und zur Abwehr des Verdachtes, nur die Fortsetzung einer oder aller rechtsstehenden Vorkriegsparteien zu sein, mußte eine politisch unbelastete, kompromißbereite Persönlichkeit an die Spitze gestellt werden. Diese schien in dem früheren Staatssekretär Dr. von Delbrück gegeben zu sein, der nach der Parteigründung den Vorsitz in Thüringen übernommen hatte. Seine Wahl wurde besonders von

christlichsozialer Seite gewünscht⁴⁷). Delbrück war auch bereit, den Vorsitz zu übernehmen. Seine Kandidatur mußte jedoch fallengelassen werden, als eine verhältnismäßig starke Gruppe der früheren Vaterlandspartei sich gegen ihn wandte. Ein Versuch des Grafen Westarp, den Staatssekretär von Lindequist zu gewinnen, scheiterte an dessen Weigerung⁴⁸).

Nach weiteren Vorverhandlungen, die von Geheimrat Dietrich, Landesdirektor von Winterfeldt und Graf Westarp geführt wurden, fiel die Wahl dann am 19. Dezember 1918 auf den früheren preußischen Finanzminister Hergt⁴⁹). Dieser hatte keiner der alten Rechtsparteien angehört, allerdings mit den Freikonservativen sympathisiert⁵⁰). An den Gründungsverhandlungen der DNVP hatte er sich nicht beteiligt. Hergt nahm die Wahl an und legte in einem Schreiben vom 19. Dezember 1918 seine organisatorischen und persönlichen Forderungen fest⁵¹):

„... Die neue Partei betrachte ich als eine völlige Neuschöpfung, in der bei aller Anerkennung des großen Wertes, den die bisherigen rechtsstehenden und agrarischen Interessenvertreter als Stützen für die neue Parteiorganisation auch weiterhin haben müssen, doch bis auf weiteres der Parteicharakter nicht durch diese Elemente sichtbar bestimmt werden darf, damit nicht dem so wünschenswerten Anschluß städtisch-liberaler Gruppen, wie sie z. B. durch die Gruppe des Herrn Traub verkörpert werden, von vornherein ein Hindernis bereitet wird...“

Mit Hergt, dem der alte Dreiklang Landwirtschaft, Schwerindustrie und Heer noch immer eine Selbstverständlichkeit war, wurde ganz bewußt, um breite Wählermassen ansprechen zu können, ein unpolitischer bürgerlicher Staatsminister der Kaiserzeit an die Spitze der neuen Partei gestellt. Seine Persönlichkeit war umstritten. Für die ihm nahestehenden gemäßigten Kreise der Partei war er ein „Führer im rüstigen Alter, den erstaunliche Arbeitskraft, schnelle Auffassung, Verstandesschärfe und Beredsamkeit im gleichen Maße auszeichnen und der sich in kurzer Frist in die ihm bis dahin nicht nahegewesenen Bedingungen des politischen Parteilebens einarbeitete...“⁵²). Sehr viel kritischer beurteilte ihn dagegen Prof. Dr. Freiherr von Freytagh-Loringhoven, ein Vertreter des konservativ-völkischen Parteiflügels⁵³):

„... Er war zweifellos ein ungewöhnlich intelligenter Mann. Er war leider sogar zu intelligent. Die Intelligenz hatte allen Instinkt und allen Willen in ihm erstickt... Er war unbestreitbar ein ausgezeichneter Vorsitzender, aber kein Führer... Hergt war sein Leben lang Beamter gewesen und es innerlich bis zuletzt geblieben. Er empfand es geradezu als den natürlichen Zustand des anständigen Menschen, Beamter zu sein und schließlich als Krönung des ganzen Lebens Minister zu werden. Infolgedessen war es ihm auch vollkommen unmöglich, rücksichtslose Opposition zu treiben, wie das in der Weimarer Zeit notwendig war. Ihm kann daraus gewiß kein Vorwurf gemacht werden. Wohl aber ist ein Vorwurf gegen alle die zu erheben, die eine ausgesprochen oppositionelle Partei gründen wollten und nichts Besseres zu tun wußten, als an deren Spitze einen früheren Minister zu berufen. Schuld an alledem war die subalterne Gesinnung, die einen Minister unter allen Umständen für geeignet hielt, die Führung zu übernehmen...“

Es ist trotzdem nicht zu leugnen, daß Hergt der große Sammler der Partei wurde, der sich nach eigener Darstellung um eine „maßvolle Linie der DNVP und die Heranziehung der bisher unpolitischen und unorganisierten Kreise, besonders der kleinen Leute und Frauen“, bemühte⁵⁴).

Anfänglich repräsentierten höhere Staatsbeamte und christlichsoziale Kreise die neue Partei. Sie waren in den Vordergrund geschoben worden, um die realen Einflußverhältnisse zu verschleiern. Die radikalen Elemente hielten sich aus taktischen Gründen zunächst zurück.

2. Kapitel: Die Sozialstruktur

Die DNVP war sowohl in ihrer regionalen Mitgliederstärke als auch in ihrer sozialen Zusammensetzung mit keiner der alten Rechtsparteien restlos zu identifizieren. Ähnlich wie die frühere Deutsche Vaterlandspartei war sie eine Sammlungsbewegung, die sich nun nach dem Sturz der Monarchie bemühte, alle in Opposition zur Weimarer Republik stehenden politischen und sozialen Gruppen in sich aufzunehmen.

a) Die Sozialstruktur der rechtsstehenden Vorkriegsparteien

Die *Deutschkonservative Partei* war im Jahre 1876 von preußisch-konservativen Kreisen gegründet worden, die für ihre bis dahin in der „Konservativen Partei Preußens⁵⁵“ vertretenen politischen Bestrebungen eine Verbreiterung der sozialen und politischen Basis und vor allem auch eine Ausweitung auf die übrigen deutschen Einzelstaaten suchte⁵⁶). Diese Bemühungen hatten jedoch nicht zum Erfolg geführt, auch die Deutschkonservative Partei blieb fast ausschließlich auf die konservativ eingestellten Kreise Preußens beschränkt. Ihre Domäne waren die agrarischen ostelbischen Provinzen (Ostpreußen, Pommern, Brandenburg und die evangelische Bevölkerung Westpreußens und Schlesiens), ihre Wähler in diesen Gebieten bestimmten weitgehend ihre Sozialstruktur⁵⁷).

Bismarcks Schutzzollpolitik (1879), die zu einer grundlegenden Wandlung der deutschen Parteistruktur führte, hatte aus der ursprünglich höfisch-aristokratischen Partei eine breite agrarische Interessenvertretung protestantischer Prägung gemacht, die den liberalen Einfluß auf die Bauernschaft verdrängte. Die Gründung des Bundes der Landwirte förderte diese Entwicklung und schränkte den politischen Gesichtskreis der Partei noch weiter ein.

Durch ihre soziale Struktur aber hatten die Deutschkonservativen trotzdem einen überwiegenden politischen Einfluß. In ihr vereinigten sich, gesellschaftlich eng mit den hohen Militärs verbunden, der Adel, der Großgrundbesitz, die evangelische Geistlichkeit und die höhere Ministerialbürokratie Ostelbiens zur Ausübung der politischen Macht. Das Dreiklassenwahlrecht machte sie zur Beherrscherin des preußischen Abgeordnetenhauses. Alle drei Faktoren der Gesetzgebung Preußens, Königtum, Herrenhaus und Abgeordnetenhaus, wurden da-

durch gegen die Ansprüche des Bürgertums und der Arbeiterschaft vereinigt, eine streng monarchische, preußisch-partikularistische, großagrarisches orientierte Minderheit hielt die politischen Fäden fest in der Hand.

Die *Freikonservativen*⁵⁸⁾, die sich in der ersten Session des preußischen Landtages von 1866 von den Konservativen gelöst hatten und sich nach der Reichsgründung „Deutsche Reichspartei“ nannten, wichen in ihrer Sozialstruktur erheblich von den Deutschkonservativen ab. Ursprünglich erhielt auch die Reichspartei ihr Gepräge durch zahlreiche Vertreter des Großgrundbesitzes und der höheren und höchsten Staatsverwaltung, später ging deren Anteil jedoch immer mehr zurück. Seit 1893 gewannen immer stärker Angehörige des mittleren und kleineren Grundbesitzes (Bauern- und Hofbesitzer), Juristen und Vertreter freier akademischer Berufe an Bedeutung. Arbeiter, Angestellte und untere Beamte blieben in dieser Partei „der höheren Beamten, verbunden mit Vertretern akademischer Berufe, Ritterguts- und Hofbesitzern“⁵⁹⁾ ohne Einfluß.

Die *Deutschsoziale* und die *Christlichsoziale Partei* hatten durch ständige Zersplitterung nur geringe parteipolitische Bedeutung. Ihre wenigen Abgeordneten gehörten fast ausschließlich freien Berufen an. Von 1903 ab gingen beide Parteien als Wirtschaftliche Vereinigung zusammen mit der Deutschen Reformpartei gemeinsame Wege.

Die Christlichsoziale Partei beschränkte sich fast ganz auf das Sieger- und das Bergische Land, das Gebiet zwischen Lahn, Rhein und Wupper. Ihre städtischen Mittelpunkte waren Siegen, Bielefeld, Herford und Minden. In den anderen Groß- und Hauptstädten hatte sie kaum Anhänger⁶⁰⁾. Während anfänglich die Arbeiter überwogen, wurden später in stärkerem Maße Vertreter des Mittelstandes aufgenommen.

Bei den antisemitischen Gruppen, die sich zur Deutschvölkischen Partei zusammengeschlossen hatten, handelte es sich vorwiegend um Bauern, Handwerker, Gewerbetreibende und akademische Kreise⁶¹⁾.

b) Die soziale Zusammensetzung der Deutschnationalen Volkspartei

Die Sozialstruktur der DNVP war ganz anders als die der rechtsstehenden Vorkriegsparteien⁶²⁾. Es gelang, in ihr eine Vielzahl von sozialen Schichten — Großgrundbesitzer, Industrielle, Vertreter der Hochfinanz, höhere Beamte, Akademiker, evangelische Geistliche, Angehörige des städtischen und bäuerlichen Mittelstandes, Angestellte und Arbeiter⁶³⁾ — zusammenzufassen. Diese soziale Vielschichtigkeit wurde von der Partei bei jeder Gelegenheit als Beweis ihres „Volkspartei“-Charakters besonders betont⁶⁴⁾, zumal die demokratischen Mehrheitsparteien geneigt waren, sie als eine Fortsetzung der ostelbischen „Junkerpartei“ anzugreifen⁶⁵⁾.

Es war auch nicht zu leugnen, daß die neue Partei aus der traditionellen preußischen Isolierung der Deutschkonservativen herausgetreten und über die Elbe nach Westen vorgestoßen war. Sie beschränkte sich nicht mehr auf die

östlichen Bezirke mit ländlichen Parteimitgliedern und Wählern, sondern erweiterte ihren Einflußbereich in mittelständische Schichten bis in die hochkapitalistischen Gruppen der Großstädte hinein. Diese räumliche Verbreiterung der Basis zeigte sich besonders bei der Wahl zur Nationalversammlung, in der die Partei nahezu die Hälfte ihrer Stimmen in den Westgebieten des Reiches erhielt. Von 30524848 abgegebenen Stimmen entfielen auf sie 3121479. Diese verteilten sich wie folgt:

1251108 Stimmen auf Provinzen östlich der Elbe,
982997 Stimmen auf Mittel- und Westdeutschland westlich der Elbe,
153863 Stimmen auf Norddeutschland (Hamburg, Lübeck, Bremen, Mecklenburg, Schleswig-Holstein und Reg.-Bez. Stade),
733511 Stimmen auf Süddeutschland⁶⁶⁾.

Trotz dieser Ausbreitung nach Westen blieben die ostelbischen Provinzen, die mit etwa 40 % aller für die neue Partei abgegebenen Stimmen deren sicheren Rückhalt bildeten, die eigentliche Hochburg der DNVP. Großgrundbesitz, Adel, ehemalige Offiziere und höhere Beamte sahen in „ihr ihre Interessen am besten gewährleistet⁶⁷⁾“. Der Stimmenzuwachs im Westen ist darauf zurückzuführen, daß es der DNVP in den ersten nachrevolutionären Monaten dank des wirtschaftlichen und geistigen Einflusses der früheren Freikonservativen und der christlich-nationalen Gewerkschaften, insbesondere des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, gelang, in die großen Städte und Industriegebiete vorzustoßen. Neben den höheren Staatsbeamten, höheren Offizieren und evangelischen Geistlichen wurden hier auch Pensionäre, ehemalige Berufssoldaten und kleinbürgerliche Schichten⁶⁸⁾, die in der Hoffnung auf eine allmähliche Restauration ihre Stimme abgaben, zu ihren Wählern⁶⁹⁾.

Eine entscheidende Bedeutung für die DNVP erhielt das nunmehr eingeführte Wahlrecht der Frauen. Obwohl den rechtsstehenden Frauen dieses Wahlrecht praktisch „aufgezwungen“ worden war⁷⁰⁾, ist gerade die DNVP durch die Frau als Wählerin groß geworden⁷¹⁾. Die christlichen, sozialen und monarchistischen Grundsätze des deutschnationalen Parteiprogramms⁷²⁾ fanden bei den traditionsverbundenen, bisher nicht politisch tätig gewesenen Frauen der Rechtskreise ein starkes Echo. Unter der Führung von Vertreterinnen des protestantischen Adels und des gebildeten Bürgertums betätigten sich die evangelischen Frauenverbände nun aktiv im Sinne der DNVP. Ihr Spitzenverband, die „Vereinigung Evangelischer Frauenverbände“⁷³⁾, wurde von den deutschnationalen Politikerinnen Frau D. von Tiling MdPrL und Frau Mueller-Otfried MdR geleitet. Verstärkt durch eine geschickte Wahlpropaganda⁷⁴⁾ und ansprechende Kandidaturen (Gutsbesitzersfrauen, Oberlehrerinnen, Sozialbeamtinnen), war die Zahl der für die DNVP abgegebenen Frauenstimmen sicher stets größer als die der Männer⁷⁵⁾, ohne daß diese Tatsache allerdings dann in der Zusammensetzung der parlamentarischen Vertretung zum Ausdruck kam.

Die berufliche Zusammensetzung der deutschnationalen Fraktion in der Nationalversammlung zeigte folgendes Bild (in Klammern die berufliche Zugehörigkeit der deutschnationalen Abgeordneten in der Preußischen Landesversammlung):

Landwirte	13 (4)
Beamte	9 (10)
Freie Berufe (Rechtsanwälte und Schriftsteller)	7 (4)
Arbeiter	5 (3)
Geistliche	3 (6)
Lehrer und Professoren	2 (11)
Handwerker	2 (7)
Industrie und Handel	1 (4) ⁷⁶⁾ .

Einen weiteren wichtigen Hinweis auf die Sozialstruktur der Mitgliederschaft der DNVP gibt auch die Gliederung ihres berufsständischen Reichsausschusses. In den ersten Monaten des Jahres 1919 entstanden die folgenden Ausschüsse: Landwirtschaft; Beamte; Heer und Flotte; Industrie und Technik; Banken und Handel; Evangelische Geistlichkeit; Hochschullehrer, Freie Berufe; Lehrerschaft; Gewerblicher Mittelstand; Studenten; Ärzteschaft; Kaufmännische und Privatangestellte; Arbeiterschaft; Jugendbewegung; Sozialbeamtinnen; Schwesternschaft⁷⁷⁾.

Selbstverständlich war die Sozialstruktur der einzelnen Landesverbände und Ortsgruppen von diesem Durchschnitt oft sehr verschieden. Auf dem Lande lag die Führung weitgehend beim Großgrundbesitz, in den Städten vielfach bei höheren Beamten und anderen Akademikern, teilweise auch bei früheren Offizieren.

Diese heterogene Zusammensetzung der DNVP machte sich, so lange die Partei in der Opposition stand, kaum ungünstig bemerkbar. Im weiteren Verlauf der Entwicklung jedoch, als sich die Republik zu stabilisieren begann und die Partei koalitionsfähig zu werden strebte, verstärkten sich die sozialen Spannungen und führten zu innerpolitischen Krisen.

3. Kapitel: Das Parteiprogramm

Die DNVP trat erst sehr spät, am 9. April 1920, mit einem endgültigen Programm an die Öffentlichkeit. Bis dahin galten der Gründungsaufruf vom 24. November 1918 und die „Richtlinien der Deutschnationalen Volkspartei“, die dem Wahlaufwurf zur Nationalversammlung beigelegt waren, als ideologische Basis der neuen Partei.

a) Vorbereitende Formulierungen

Als besonders wichtiger Programmpunkt wurde von vornherein auf kulturellem Gebiet der Fortbestand der christlichen Religion und damit die Sicherstellung der Kirchen gefordert. Selbstverständlich wollte die Partei auch das

Privateigentum und die Privatwirtschaft erhalten. Sie wandte sich darum gegen eine übereilte Sozialisierung der Betriebe und der Landwirtschaft und trat für „innere Kolonisation und Ansiedlung auf dem Lande“, für den Mittelstand, die Beamtenschaft, die Arbeiter, die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen ein.

Dabei ist besonders aufschlußreich, zu sehen, wie sehr die noch unfertige Partei durch die November-Revolution eingeschüchtert war. Der Gründungsauf⁷⁸⁾ läßt das deutlich erkennen. Ohne eigenen Apparat, erst im Zusammenschluß begriffen und bestrebt, mit keiner der bisherigen Rechtsparteien identifiziert zu werden, machte die DNVP weitgehende Zugeständnisse an das parlamentarische System und verzichtete auf reaktionäre Forderungen. Man gab sich nahezu „fortschrittlich“ und wollte dem Verlorenen nicht untätig nachtrauern. Es sollte die Pflicht jedes einzelnen sein, „an dem Wiederaufbau des deutschen Staates und Volkes mitzuarbeiten und dem neuen Deutschland neue Form und neuen lebensvollen Inhalt zu geben“.

Ein anderes Bild geben schon die einige Wochen später erschienenen, auf den Wahlkampf abgestimmten „Richtlinien der Deutschnationalen Volkspartei“⁷⁹⁾! Die vier Abschnitte, nach denen sie gegliedert sind, zeigen bereits die Wertigkeit der einzelnen Punkte in der Parteiprogrammatik deutlich auf: an der Spitze stehen die Thesen über Volk und Staat, gefolgt von Ausführungen über die religiösen und sittlichen Mächte des Volkslebens und Forderungen auf geistigem Gebiet, während das wirtschaftliche Programm den Abschluß bildet. Auffällig ist auch der viel härtere oppositionelle Ton. Nachdem die Gefahr der Enteignung und Sozialisierung vorüber war, wagte man Sätze aufzustellen, die in den Tagen des Gründungsauf⁷⁸⁾ noch nicht möglich waren. Neben die Betonung des christlichen Gedankengutes traten das Bekenntnis zur Monarchie, die Forderung nach einem Volksheer und das Verlangen nach Kolonialbesitz. Der wieder stärker werdende Einfluß konservativ-monarchischer Kräfte aus den rechtsstehenden Vorkriegsparteien spiegelt sich erkennbar wider.

Die erste programmatische Erwähnung des Bekenntnisses zum monarchischen Gedanken erfolgte nur zögernd und verhältnismäßig verklausuliert.

Sehr viel deutlicher dagegen wurde die Betonung des Christentums. Während der Gründungsauf⁷⁸⁾ nur einleitend von einem „lebensvollen Christentum“ sprach, widmeten die „Richtlinien“ ihm bereits einen besonderen Abschnitt. Die Bereitschaft, sich offen für die christlichen und kirchlichen Belange einzusetzen, schien eine parteitaktische Notwendigkeit, da man die evangelischen Christen, die zuvor bei den Christlichsozialen und den Deutschkonservativen standen, fester an sich binden wollte. Gefordert wurde deshalb neben der Erteilung von Religionsunterricht an den Schulen eine „rechtlich gewährleistete Stellung der Kirchen und ihrer Diener, sowie die Sicherstellung ihrer wirtschaftlichen Existenz und ihrer wohlerworbenen Rechte“.

Mit der Forderung nach einem Volksheer, wenige Wochen nach dem militärischen Zusammenbruch, trieb die DNVP ihre Wahlagitation auf die Spitze. Sie wandte sich damit sowohl an die heimkehrenden und zur Entlassung kommenden Berufsoffiziere und Unteroffiziere als auch an jene sozialen Schichten, die seit Generationen traditionell mit der Armee verbunden und nun ihrer Monopolstellung enthoben waren. Und das Verlangen nach Kolonialbesitz, genauso unrealistisch wie die Forderung eines Volksheeres, sollte schließlich die wirtschaftlichen Kreise und vor allem die Alldeutschen ansprechen, da die DNVP sich von diesen einen starken Zuzug erhoffte.

Nach dem Gründungsaufruf und diesen „Richtlinien“ zögerte man sehr lange, die provisorischen Formulierungen der ersten Revolutionswochen zu einem festen Programm auszubauen. Die Partei hielt sich noch nicht für gefestigt genug und war durch organisatorische und akute politische Fragen so stark in Anspruch genommen, daß sie eine endgültige Fassung immer wieder hinausschob. Erst am 13. Juli 1919 wurde die Schaffung eines Parteiprogrammes beschlossen⁸⁰⁾.

b) Die Auseinandersetzungen um die endgültige Abfassung des Programmes⁸¹⁾

Der von dem Parteivorsitzenden Hergt am 29. September 1919 berufene Ausschuß wurde in vier Unterkommissionen aufgeteilt, die sich mit 1) dem allgemeinen und weltanschaulichen Teil, 2) Volk und Staat, 3) Kulturfragen und 4) Wirtschaft und Sozialpolitik befassen sollten⁸²⁾. Von besonderer Bedeutung war die Unterkommission „Volk und Staat“, der auch Graf Westarp, von Kardorff und von Hassell angehörten.

In der Einleitung sollte der Zweck des Programmes herausgestellt werden. Die Verhandlungen darüber waren besonders schwierig, wie die große Zahl der Entwürfe und Gegenentwürfe beweist. Eine Einigung schien unmöglich, bis Dr. von Dryander einen Gegenentwurf vorlegte, der schließlich zur Annahme gelangte. Ein hartnäckiger Meinungsstreit entstand auch wegen der Überschrift des ersten Abschnittes. Graf Westarp forderte, daß die DNVP „den konservativen Staatsgedanken preußischen Gepräges“ in den Vordergrund stellen müsse. Die Überschrift könne deshalb nur „Staat und Volk“ lauten. Die Mehrheit erklärte sich gegen diese Fassung und vermochte gegen seinen Entwurf den Begriff „Volks- und Staatsleben“ durchzusetzen. Graf Westarp hat sich nie mit dieser Fassung einverstanden erklärt, obwohl er dadurch sogar in den eigenen Parteikreisen in den Ruf „reaktionärer Engstirnigkeit und junkerhaften Hochmutes“ kam. Die betonte Rücksichtnahme auf das Volk „unter ausdrücklicher und stillschweigender Zurücksetzung des Gedankens der Staatsnotwendigkeit“ schien ihm „ein Zugeständnis an den demokratischen Zug der Zeit und an das Popularitätsbedürfnis“ zu sein.

Sein Entwurf des ersten Programmpunktes brachte Graf Westarp von seiten Kardorffs den Vorwurf ein, daß er ein „Bekanntnis zur Revanchepolitik“

enthalte. Die Formulierung „die geraubten Gebiete“ wurde deshalb in „die abgerissenen deutschen Lande“ abgeändert. Desgleichen mußte die Bezeichnung „Versailler Gewaltfrieden“ in „Versailler Vertrag“ abgeschwächt werden.

Es entsprach der vorwiegend innenpolitischen Orientierung der ehemaligen Deutschkonservativen, daß Graf Westarp in seinem Entwurf weder den Wiedererwerb von Kolonien noch den Anschluß Österreichs erwähnte. In breiten Kreisen der Partei war jedoch die Forderung des Anschlusses „besonders populär“. Auf Vorschlag von D. Traub fügte man daher in der Sitzung vom 29. Januar 1920 zu Punkt 1 den Satz hinzu: „Wir treten für den Anschluß der österreichischen Deutschen an das Reich ein.“ Das ging Graf Westarp zu weit. Er setzte durch, daß der auf Österreich hinweisende Satz in den Punkt 2 (Grenz- und Auslandsdeutsche) verwiesen und die Anschlußfrage lediglich angedeutet wurde. Die Initiative sollte Österreich überlassen bleiben. Auch die Erwähnung des Kolonialbesitzes wurde nicht von Graf Westarp angeregt, sondern von anderer Seite vorgeschlagen.

Besondere Schwierigkeiten bereitete die Formulierung des Abschnittes über die Wiederherstellung der Hohenzollern-Monarchie. Graf Westarp wußte, daß die Stimmung in der DNVP dafür „wenig günstig“ war. Es wurde zwar von allen Seiten anerkannt, daß das Parteiprogramm auch ein Bekenntnis zum monarchischen Gedanken enthalten müsse, aber man wollte eine klare und deutliche Formulierung umgehen. Vor allem wurde entgegengehalten, „die Schuld des Kaisers am Zusammenbruch und seine ‚Flucht‘ hätten das monarchische Gefühl und die Anhänglichkeit an das Kaiserhaus, namentlich in den gebildeten Kreisen, so schwer erschüttert, daß es nicht opportun sei, die Forderung einer Wiederherstellung der Hohenzollern-Monarchie so klipp und klar auszusprechen“. Auch die Frage, wer der künftige Kaiser sein sollte, wollte man deshalb offenlassen. Nur schwer setzte sich in der Partei die Meinung durch, daß die Vorwürfe gegen den Kaiser keinen berechtigten Anlaß gäben, „auf die Dynastie und auf die Überlieferung des preußischen Königtums zu verzichten“. Die Bedenken hoffte man dadurch zu zerstreuen, daß man der Forderung nach einer Monarchie eine abgeschwächte Form gab. Viele Parteimitglieder, besonders die jüngeren, wollten sich auch mit einem nur theoretischen Bekenntnis begnügen. Ihre Gedanken fanden einen Niederschlag in einem „Nationalen Manifest“⁸³), das Graf Westarp jedoch als offizielles Parteiprogramm nicht für ausreichend hielt. Parteivorstand und Programmausschuß wollten sich in erster Linie nicht dem Vorwurf aussetzen, daß die DNVP lediglich die frühere Monarchie wiederherstellen wolle. Man hielt es vielmehr für unerlässlich, „tatsächlich oder doch dem Anschein nach etwas ganz Neues zu fordern“. Über diese Neugestaltung des Kaisertums bestand weder „Klarheit noch Einigkeit“. Auf jeden Fall sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß die DNVP „nicht eine Restauration der alten Monarchie durch Staatsstreich und Gewalt, sondern ein neues Kaisertum im Wege gesetzlicher Entwicklung“ anstreben

wolle. Dieses Neue könne nur ein „Volkskaisertum“ oder besser ein „soziales Kaisertum“ sein. Da die Monarchie durch den freien Willen des Volkes wiedererstehen sollte, dachte man wohl mehr an einen repräsentierenden als an einen tatsächlich führenden Monarchen. Nicht nur in den Verhandlungen des Programmausschusses und des Parteivorstandes, sondern auch in persönlichen Gesprächen trat Graf Westarp allen diesen Gedankengängen mit Nachdruck entgegen.

In dem ersten Einleitungsentwurf, der in der Sitzung vom 29. Januar 1920 abgefaßt wurde, blieb der Kaisergedanke noch unerwähnt. Graf Westarp und seine Freunde forderten jedoch sofort eine Ergänzung. Die Neufassung von Dryander erwähnte ihn dann an zwei Stellen⁸⁴⁾, vermied aber, der DNVP den Charakter einer monarchischen Restaurationspartei zu geben. Graf Westarp leitete seinen eigenen Entwurf über die Staatsform wie folgt ein: „Wir halten fest an dem deutschen Kaisertum und dem preußischen Königtum der Hohenzollern.“ In seiner Begründung dazu strich die Kommission die Feststellung, daß man die geschichtliche Entwicklung „zum Unheil des deutschen Volkes fremden Einflüssen nachgebend unterbrochen habe“, sowie den Hinweis, daß die monarchische Staatsform „am besten der Besonderheit der Aufgaben gerecht werde, die sich für Deutschland aus seiner Lage und Vergangenheit ergeben“. Die von Graf Westarp angeführten Erwägungen über die Zweckmäßigkeit der monarchischen Staatsform wurden dagegen noch erweitert.

Im zweiten Absatz seines Entwurfes versuchte Graf Westarp dem in der Partei weitverbreiteten Gedanken eines „neuen Kaisertums“, der auch besonders von dem Vorsitzenden Hergt herausgestellt wurde, entgegenzukommen, gab ihm jedoch einen für ihn selbst unbedenklichen Sinn. Die Partei sollte es sich danach zur Aufgabe machen, im Volke „unablässig den monarchischen Gedanken“ zu pflegen. Die Kommission weigerte sich, „die monarchische Propaganda“ in das Programm der praktischen Aufgaben zu übernehmen, „und verzichtete auf eine ausdrückliche Erwähnung des Zieles, dem Kaisertum der Zukunft die Zustimmung des Volkes zu sichern“.

Von Bedeutung war auch ein Zusatz, der sich mit der Frage beschäftigte, wie die Partei sich zu den bisherigen Länderdynastien stellen solle. Graf Westarp meinte, daß die DNVP sich nicht für alle Kleinstaaten des Reiches auf einen monarchischen Legitimus festlegen könne. Eine ausdrückliche Verneinung des Legitimitätsprinzips hielt er nicht für „zeitgemäß“, weil damit auch „dem königlich-preußischen und kaiserlich-deutschen Gedanken eine Stütze entzogen“ würde. Als Ausweg wurde deshalb vorgeschlagen, daß „die deutschen Einzelstaaten freie Entschliebung über ihre Staatsform“ haben sollten. Die Partei wich einer eindeutigen Lösung aus, obwohl sie nicht nur im Reich, sondern auch in den Einzelstaaten und deren Parlamenten Politik und Agitation zu treiben hatte.

Ähnliche Unklarheit herrschte wegen einer programmatischen Erwähnung der Hohenzollern. Der Entwurf der Hauptgeschäftsstelle für die Sitzung am 29.

Januar 1920 begann wie folgt: „Wir halten fest an dem deutschen Kaisertum und an den schwarz-weiß-roten Reichsfarben.“ Graf Westarp beantragte sofort, die Worte „verbunden mit dem preußischen Königtum der Hohenzollern“ als Zusatz einzuschleiben, konnte aber nicht durchdringen. Eine Minderheit der Ausschußmitglieder sprach sich sogar überhaupt gegen eine Hohenzollern-Monarchie aus, die meisten wandten sich nur dagegen, sich zu diesem Gedanken offen und eindeutig bekennen zu müssen. Aufgenommen wurde schließlich der Passus: „Für das Reich erstreben wir die Erneuerung des von den Hohenzollern aufgerichteten Kaisertums.“

Bei der Behandlung der Frage Einheits- oder Bundesstaat (Punkt 5, Wesen des Reiches) hielt Graf Westarp „ein ausdrückliches Bekenntnis zur Reichseinheit nicht für erforderlich“. Nach seiner Meinung war dieses selbstverständlich. Um so stärker stellte er in seinem Entwurf „die Erhaltung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches und den Schutz der Einzelstaaten gegen ihre Mediatisierung durch die republikanisch-demokratische Politik als programmatische Aufgabe der Deutschnationalen Volkspartei“ in den Vordergrund, da er wußte, daß man in maßgebenden Kreisen seiner Partei ebenfalls sehr unitarisch dachte. Die übrigen Ausschußmitglieder folgten daher nicht seiner Anregung und setzten die Unterordnung der föderalistischen Bestrebungen unter das Prinzip der Reichseinheit durch.

Unter dem Einfluß ihres starken preußischen Teiles leistete die DNVP selbstverständlich heftigen Widerspruch gegen die Absicht der Weimarer Nationalversammlung, „den preußischen Staat zu zerstückeln und zu entrechten“. Mit seiner Forderung nach einem „starken Preußen“ stieß Graf Westarp trotzdem bei einzelnen Parteimitgliedern nichtpreußischer und liberaler Herkunft auf erheblichen Widerspruch. Er mußte sich dem Beschluß fügen, nach dem statt eines „starken“ ein „unzerstückeltes, in seinem Bestande und in seinen Rechten nicht geschmälertes Preußen“ gefordert wurde. Mit einem Antrag vom 10. März 1920 unternahm er nochmals den Versuch, „den Eigenwert der Einzelstaaten, besonders Preußens und des Preußentums, zum Ausdruck zu bringen“, drang aber nicht durch.

Bei den Programm-Verhandlungen über die „Volksvertretung“ bekämpfte Graf Westarp nachdrücklich jedes Zugeständnis an den Parlamentarismus und trat entschieden für die Forderung nach einem konstitutionellen System ein, die er an die Spitze seines Entwurfes setzte. Der Volksvertretung sollten nur die Befugnisse zustehen, die sie auch „nach der alten Verfassung Preußens und des Reiches gehabt hatte“. In erregten Debatten gelang es ihm, seine Meinung bei Hergt und der Mehrzahl des Parteivorstandes durchzusetzen. Änderungen grundsätzlicher Art wurden dadurch vorgenommen, daß man den „organischen Staatsgedanken“ in dem Sinne voranstellte, daß „der Staat der lebendige Volkskörper sei“ und deshalb „in ihm alle Glieder und Kräfte zu tätiger Mitwirkung gelangen“ sollten.

„Meinungsverschiedenheit ergab sich aber auch über die Stellungnahme zum bestehenden Wahlrecht.“ Obwohl Graf Westarp die sachliche Abneigung gegen „dieses radikalste aller Wahlrechte“ mit einer großen Zahl von Parteimitgliedern teilte, mußte man die DNVP doch vor dem „agitatorischen Vorwurf“ bewahren, durch die Forderung nach einer Änderung „den Zustand des alten Obrigkeits- und Dreiklassen-Staates wiederherstellen“ zu wollen. Hergt war in einer Rede sogar so weit gegangen, das bestehende Wahlrecht für die Partei „für alle Ewigkeit“ als maßgebend zu erklären. Westarps Bezeichnung des herrschenden Wahlrechts als „Massenwahlrecht“ wurde deshalb sehr entschieden abgelehnt.

Ein „weiterer Gegensatz“ entstand wegen der Frage, welche Befugnisse dem Reichstag einzuräumen seien. Sie wurde gestellt im Zusammenhang mit der Forderung nach „einer zweiten, aus berufsständischen Wahlen hervorgehenden Kammer“. Im Gegensatz zum „Gesetz über den vorläufigen Reichswirtschaftsrat“ wollte Graf Westarp diesem „nicht nur das Recht“ geben, „Gutachten“ zu erstatten, sondern für ihn auch eine Stellung „als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung“ beanspruchen. Dies ging jedoch den „maßgebenden Stellen“ der Partei zu weit. Gegen Westarps Einspruch wurde in der vom Hauptvorstand endgültig beschlossenen Fassung „das Recht der entscheidenden Mitwirkung bei der Gesetzgebung und (der) wirksamen Aufsicht über Politik und Verwaltung allein der aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung zugesprochen“.

In der Frage der Selbstverwaltung (Nr. 7, Verwaltung und Rechtspflege) schlug Graf Westarp in seinem Entwurf vor, daß diese „vornehmlich“ auf einer „Vertretung nach Berufen“ aufgebaut werden solle. Er beabsichtigte damit, „der durch das Massenwahlrecht erfolgten Politisierung und Parlamentarisierung des gesamten Gemeindelebens Einhalt zu tun“. Aus ähnlichen Erwägungen wie bei der Anerkennung der Parlamentsbefugnisse wurde diese Ausdehnung der berufsständischen Vertretungen auf die Gemeinden und Gemeindeverbände wieder gestrichen und auch die Forderung, die Selbstverwaltung „frei und kräftig auszugestalten“, dahingehend abgeschwächt, daß sie lediglich „zu wahren“ sei.

Zu Absatz 8 (Beamtentum) verlangte Graf Westarp, daß die Beamtenstellen „bis in die höchsten Spitzen hinein“ mit Berufsbeamten besetzt werden sollten. Die Ausschußmitglieder erblickten darin eine allzu offene Absage an das parlamentarische System und stellten statt dessen ausführliche beamtenpolitische Forderungen auf. Westarps Bedenken, daß diese zu sehr „Versprechungen und Verheißungen von Einzelwünschen“ enthielten, wurden dadurch gemildert, daß seine Grundgedanken trotzdem in die endgültige Fassung eingearbeitet wurden.

Die so außerordentlich wichtige Frage der Stellung zum Judentum wollte Graf Westarp nur im Zusammenhang mit dem Schutz und der Förderung des deutschen Volkstums sehen. Die völkisch-antisemitische Richtung der Partei

aber verlangte eine schärfere Fassung; ihr entgegenkommend, wurde deshalb die Bekämpfung der „Vorherrschaft des Judentums in Regierung und Öffentlichkeit sowie die Unterbindung der ostjüdischen Einwanderung“ gefordert. Weitere Verschärfungen lehnte der Ausschuß ab, so daß die endgültige Fassung ein Entgegenkommen gegenüber der Richtung in der DNVP war, die eine möglichst weitgehende Zurückhaltung in der Judenfrage befürwortete.

An der Abfassung der anderen Hauptteile des Programms (Geistiges Leben und Wirtschaft) war Graf Westarp nicht unmittelbar beteiligt. Seiner Meinung nach trugen insbesondere die Punkte 25 bis 30 „allzu deutlich den Charakter materialistischer Versprechungen an die einzelnen Wirtschaftsstände“. Die Schuld an dieser Entwicklung schreibt er vor allem den Berufsausschüssen der DNVP zu, die zum Teil eigene Entwürfe aufgestellt hatten, die sie in jedem Wort „leidenschaftlich verteidigten“.

In Bielefeld z. B. hatten Ende 1919 einige Arbeiterführer — u. a. Hartwig, Mayer und Lindner —, nachdem sich die rechtsstehende Arbeiterschaft zu einem Reichsarbeiterausschuß innerhalb der DNVP zusammengeschlossen hatte, ein sozialpolitisches Programm aufgestellt, das weit über den Gründungsaufwurf der Partei hinausging. Nach ihrer Meinung besaß dieser „verhältnismäßig wenig Anziehendes“ und war für den Wahlkampf unbrauchbar⁸⁵). So wurde von ihnen nach der Wahl zur Nationalversammlung „mit allem Nachdruck versucht, die in diesem Programm niedergelegten Grundsätze und Forderungen in das neuzuschaffende endgültige Parteiprogramm der Deutschnationalen Volkspartei hineinzubringen“⁸⁶). Ein erheblicher Teil dieses „Westfälischen Programms“ wurde tatsächlich übernommen. Von seiten der „Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft“ wurde zwar dagegen Kritik erhoben, der Hauptvorstand der Partei aber ließ sich von dem eingeschlagenen Weg nicht abbringen.

4. Kapitel: Die Parteiorganisation

a) *Das Verhältnis zwischen den Deutschkonservativen und der DNVP*

Das Fortbestehen der Deutschkonservativen Partei auch nach der Gründung der DNVP war zweifellos durch ein starkes Mißtrauen konservativer Kreise gegen die neue Partei bedingt. Schon bei den Gründungsbesprechungen und bei der Formulierung des ersten Aufrufes hatte die DNVP erfahren müssen, daß die Spitze der Deutschkonservativen Partei, die in der ersten Woche der Verhandlungen nahezu ausgeschaltet war, nicht vorbehaltlos in dem neuen Parteigebilde aufgehen wollte. Der überaus starke Einfluß der bisherigen Christlichsozialen, deren Versuche, die DNVP zu einer sozialen Rechtspartei zu entwickeln⁸⁷), und ihr Bestreben, die politisch kompromittierten deutschkonservativen Führer weitgehend auszuschalten, um sich nicht die Abneigung breiter Volksschichten zuzuziehen, verstärkten die Mißstimmung konservativer Kreise.

Unter den gegebenen Verhältnissen wurde „weit überwiegend . . . die Ansicht vertreten, daß die Konservative Partei als solche keine Aussicht habe, in den Wahlkämpfen der nächsten Zeit erfolgreich aufzutreten“ und „im Lande so gut wie gar keinen Rückhalt“ besitze⁸⁸). Es blieb daher taktisch nur der Weg offen, ohne Aufgabe der parteilichen Selbständigkeit innerhalb der DNVP eine Art „Reservestellung“⁸⁹) zu beziehen, um in einer günstigen Situation oder bei einem Versagen der neuen Partei wieder in die aktive Politik zurückzukehren.

Der Aufruf des Fünfer-Ausschusses (24./25. November 1918) hatte eine endgültige Stellungnahme zur Gründung der DNVP der ordnungsgemäßen Vertretung der Deutschkonservativen Partei vorbehalten. Trotz vieler Einschränkungen und Vorbehalte verschloß sich die Deutschkonservative Partei in jenen Wochen aber nicht der Notwendigkeit, alle Organe und Mitglieder, ohne diese Entschließung über das künftige Verhältnis der beiden Parteien zueinander abzuwarten, aufzufordern, die DNVP in ihrer Werbearbeit und vor allem in den Vorbereitungen der Wahl zur Nationalversammlung voll zu unterstützen. Unter von Heydebrands Vorsitz beschäftigte sich dann der Fünfziger-Ausschuß der Deutschkonservativen am 3. Dezember 1918 mit der deutschnationalen Neugründung. Nach Graf Westarps Bericht verlief diese Versammlung „formlos und zum Teil stürmisch“⁹⁰). Im Einvernehmen mit den Mitgliedern des Fünfer-Ausschusses vertrat Graf Westarp den Standpunkt, daß man zwar die DNVP im Wahlkampf zur Nationalversammlung unterstützen, aber deshalb die Deutschkonservative Partei doch nicht endgültig auflösen solle. Politisch entscheidend sei für ihn, daß die DNVP erst den Nachweis zu erbringen habe, daß sie nicht einen christlichsozialen, zur Mitte gerichteten Kurs einschlagen, sondern auch die konservativen Belange vertreten wolle. Die überwiegende Mehrzahl der Anwesenden lehnte diesen Standpunkt ab. Einstimmig angenommen wurde daraufhin die folgende Entschließung, die auch im Wortlaut zur Veröffentlichung kam:

„Der Weitere Vorstand des Hauptvereins der Deutschkonservativen steht der in der Bildung begriffenen Deutschnationalen Volkspartei freundlich gegenüber und hält sie für eine geeignete Grundlage, um alle auf dem Boden von Recht und Ordnung stehenden deutschen Männer und Frauen zu einigen. Der Vorstand fordert die konservativen Organisationen und Parteimitglieder auf, sich der neuen Partei anzuschließen⁹¹).“

Trotz der klaren Aufforderung im letzten Satz darf diese Erklärung aber nicht als Auflösungsbeschluß der Deutschkonservativen Partei gewertet werden. Ein selbständiger Wahlaufruf vom gleichen Tage (3. Dezember 1918) beweist das Gegenteil. Es heißt in ihm u. a.:

„. . . Die Konservative Partei wird sich, ohne rückwärts zu schauen, den neuen Verhältnissen anzupassen und ihr Programm entsprechend zu gestalten haben . . .“⁹²).

In einem vertraulichen Rundschreiben wurde den Landes- und Provinzialvereinen die Entschließung noch näher erläutert. Ausdrücklicher als in dieser und im Wahlaufruf wurde hier betont, daß die Deutschkonservative Partei und

der konservative Hauptverein bestehen bleiben würden. Den über eine starke Organisation und eigene Geldmittel verfügenden Landes- und Provinzialvereinen wurde gleichzeitig die Taktik des Hauptvereins anempfohlen, der seine Organisation nicht auflöste, sondern vorläufig nur ruhen ließ.

Sehr viel anders dagegen verfuhr man mit den Kreis- und Ortsverbänden. Ihnen wurde mitgeteilt, daß der Hauptverein mit dem Schreiben des deutschen nationalen Parteivorstandes einverstanden sei, durch das sie aufgefordert wurden, ihre Mitglieder der neuen Partei zuzuführen. Das Rundschreiben wies die konservativen Parteiorgane ferner an, keine eigene agitatorische Tätigkeit mehr zu entwickeln, sondern die Werbetätigkeit der DNVP zu unterstützen⁹³).

Berücksichtigt werden muß auch, daß die Deutschkonservative Partei durch die Revolutionsergebnisse einen erheblichen Teil ihrer Mitglieder verloren hatte. Den verbliebenen Rest kann man vielleicht als eine „Traditionskompanie“ bezeichnen, die an Zahl zwar klein, durch ihren wirtschaftlichen Einfluß (ostelbischer Großgrundbesitz) aber weiterhin stark blieb.

Die Haltung der deutschkonservativen Parteileitung blieb unklar und unentschieden. Im Briefwechsel und in Unterredungen betonte Graf Westarp einmal stärker die Notwendigkeit einer selbständigen konservativen Organisation, plädierte aber bei anderen Gelegenheiten wieder für den Verzicht auf ein eigenes Vorgehen zugunsten der DNVP, da bis auf weiteres nur diese der „Stoßtrupp gegen Demokratie und Sozialismus sein werde“⁹⁴).

In den Beschlüssen vom 3. Dezember 1918 wurde auch die Teilnahme der Deutschkonservativen an der Organisation der DNVP geregelt. Von deren 21 Vorstandsmitgliedern sollte sie insgesamt 10 benennen dürfen⁹⁵). Außerdem hatte Hergt vor der Übernahme des Parteivorsitzes hinsichtlich des Verhältnisses zur Deutschkonservativen Partei noch folgende Bedingung gestellt:

„... Ich setze voraus, daß der Hauptverein der Konservativen als solcher geschlossen der neuen Partei beitrifft, die örtlichen Organisationen der Konservativen Partei aber ganz in ihr aufgehen, also demnächst ihre Auflösung beschließen...“⁹⁶).

In längeren, eingehenderen Verhandlungen erreichte Graf Westarp jedoch auch Hergts Zustimmung, daß die Deutschkonservative Partei vorläufig in der vorher beschlossenen Form weiterhin bestehen blieb⁹⁷).

Für das Verhältnis der beiden Parteien zueinander wurde schließlich die Aufstellung von Wahllisten für die Nationalversammlung entscheidend. Die Deutschkonservative Partei verzichtete auf eigene Listen und mußte sich daher in das Verfahren der DNVP einschalten. Diese hatte die Kandidatenaufstellung den Landesverbänden übertragen, dem Parteivorstand aber die Genehmigung der Listen und in Verbänden mit mehreren sicheren Sitzen die Benennung eines eigenen Vertreters vorbehalten. Auf diese Weise wurden einige wenige bisherige Konservative, aber nicht von Heydebrand und Graf Westarp, in die Nationalversammlung gewählt.

Während Graf Westarp in Berlin im Brennpunkt der politischen Ereignisse stand, dem Vorstand der DNVP angehörte und zur Mitarbeit in der neuen Partei herangezogen wurde, blieb von Heydebrand abseits, mehr denn je an sein Gut Tschunkawe gebunden. Er fühlte sich vernachlässigt und ungenügend unterrichtet und war stärker als Graf Westarp bereit, eine weitere selbständige deutschkonservative Parteiarbeit für erstrebenswert und möglich zu halten. Briefliche Auseinandersetzungen darüber ergaben gelegentliche Mißverständnisse, die erst in mündlicher Aussprache beseitigt werden konnten. Sein nach der Revolution nur noch geringer Kontakt mit seiner alten Partei ließ von Heydebrand sogar befürchten, daß man ihn auch bei einer Neuorganisation der Deutschkonservativen Partei ausschalten würde⁹⁸).

Der Briefwechsel zwischen von Heydebrand und Graf Westarp läßt sehr deutlich die Auffassung der beiden Hauptvertreter der Deutschkonservativen Partei erkennen⁹⁹). Beiden war die Ansicht gemeinsam, daß ein aktives Auftreten der Konservativen vorläufig undurchführbar sei, da sogar ihre einstige Domäne, die ostelbischen Agrarprovinzen, bei den Wahlen weitgehend versagte. In der Panik der ersten Revolutionswochen hatte die alte Partei ihren organisatorischen Unterbau freiwillig zugunsten der DNVP aufgegeben, geblieben war nur ein in sich gespaltener „Generalstab“, Offiziere ohne Soldaten, vorläufig ungeeignet für konservative Aktionen. Graf Westarp wollte daher eine *konservative* DNVP und eine Deutschkonservative Partei nur als letzten Ausweg. Heydebrand aber war von vornherein nur für die Wiederherstellung der früheren Verhältnisse. In seiner Isoliertheit machte er sich zweifellos von den Möglichkeiten einer konservativen Weiterentwicklung ein viel zu günstiges Bild, während Graf Westarp inzwischen vorsichtiger zu urteilen gelernt hatte und außerdem in Berlin die politische Situation sehr viel besser übersah.

Neue Unstimmigkeiten traten auf, als Graf Westarp Ende Januar 1919 in einem Gespräch unter vier Augen den deutschnationalen Parteivorsitzenden über die Absichten der Deutschkonservativen Partei näher unterrichtete¹⁰⁰). Die Notwendigkeit dazu war schon wegen der Auseinandersetzungen über das Büro und die Finanzen gegeben. Hergt war „außer sich“¹⁰¹) und forderte am 31. Januar 1919 in einer Sitzung des deutschnationalen Parteivorstandes — ohne den Grafen Westarp vorher zu verständigen — die sofortige Auflösung der Deutschkonservativen Partei, da er sonst nicht länger Parteivorsitzender bleiben könne. Westarp warnte davor, im Augenblick allzusehr auf den Auflösungsbeschluß zu dringen. Ihm wurde jedoch entgegengehalten, daß bei Bestehenbleiben der Deutschkonservativen Partei sich auch die Organisationen der Christlichsozialen und der Deutschvölkischen nicht auflösen würden. Hergt forderte deshalb als Beweis ihres Vertrauens von der Deutschkonservativen Partei, daß sie der DNVP ihre gesamten Gelder — mit Ausnahme eines kleinen Teiles für Liquidationszwecke — übergeben möge. Trotz einiger weiterer Gegenleistungen, die der Parteivorsitzende noch gewähren wollte, lehnte Graf Westarp alle diese Vorschläge ab¹⁰²).

Inzwischen schien in konservativen Kreisen die Stimmung für den Fortbestand der Deutschkonservativen Partei wieder zu wachsen. Besonders in Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Schlesien war man bereit, an den konservativen Provinzialvereinen festzuhalten. Eine Erklärung ihres engeren Vorstandes (Zwölfer-Ausschuß) vom 13. April 1919¹⁰³) näherte sich in dem grundsätzlichen Bekenntnis zum „unveränderten Fortbestand“ der alten Partei und der Betonung der monarchisch-konstitutionellen Tradition sogar sehr weitgehend der Auffassung von Heydebrands.

Ein konservativer Aufruf vom 3. Juli 1919, der unbeabsichtigt kurz vor dem ersten Parteitag der DNVP erschien, schuf neue Schwierigkeiten. Hergt forderte, da von Heydebrand nicht in Berlin war, von Graf Westarp die Einberufung des Fünziger-Ausschusses der Deutschkonservativen Partei, der als satzungsgemäßes Organ die Entscheidung über die Auflösung der Organisation treffen konnte, wurde aber, wie schon wiederholt vorher, erneut abgewiesen¹⁰⁴).

Ein nach langem Hin und Her zustande gekommenes Referat des Grafen Westarp auf dem ersten deutschnationalen Parteitag in Berlin am 17. Juli 1919¹⁰⁵) konnte dann seine Stellung in der DNVP sehr erheblich festigen und wurde der Beginn seiner allmählichen Abkehr von der Deutschkonservativen Partei¹⁰⁶). Diese Beziehungen wurden im Laufe der nächsten Monate noch enger und führten schließlich zu der Kandidatur und Wahl des Grafen Westarp in den ersten Reichstag. Von Heydebrand verharrte nach wie vor auf seinem alten Standpunkt, so daß die Auseinandersetzungen bald ernster wurden. Graf Westarps Vorschlag¹⁰⁷) ging nun dahin: Der einzuberufende Fünziger-Ausschuß der Deutschkonservativen fordert für die Reichstagswahl die Aufnahme einer Reihe von konservativen Kandidaten in die deutschnationalen Listen und macht davon seine Unterstützung der DNVP abhängig. Zu dem gleichen Zweck bleiben bis auf weiteres die noch bestehenden konservativen Organisationen aufrecht erhalten¹⁰⁸). Von Heydebrands Absicht ging sehr viel weiter. Die Meinungsverschiedenheiten mit Graf Westarp nahm er außerordentlich ernst¹⁰⁹). Er forderte die unveränderte Selbständigkeit der Deutschkonservativen Partei und ein aktives Mitbestimmungsrecht, zumindest bei einem Teil der Wahl-liste¹¹⁰). Es kam jedoch nochmals zu einer Einigung, als Graf Westarp sich bereit erklärte, den einstimmigen Beschluß der schlesischen Delegiertenversammlung vom 23. November 1919 zu vertreten. Dieser lautete:

„Die Delegiertenversammlung billigt die seitens der Zentralleitung der Partei im Laufe dieses Jahres eingenommene Stellung in wichtigen Fragen, insbesondere auch hinsichtlich der Erhaltung der vollen Selbständigkeit der Partei. Sie ist damit einverstanden, daß unsere Partei die Bestrebungen der Deutschnationalen Partei mit allen Kräften unterstützt, macht dabei aber ein selbständiges Vorschlagsrecht unserer Partei für einen Teil der aufzustellenden Liste zur Voraussetzung¹¹¹).“

Der schließlich auf den 11. Mai 1920 einberufene Fünziger-Ausschuß der Konservativen nahm dann trotz heftiger Widerstände von deutschnationaler

Seite eine noch entschiedenere Haltung ein und bekannte sich ohne besondere Schwierigkeiten zu dem von Heydebrand gewünschten Beschluß:

„Der Weitere Vorstand billigt die seit seinem letzten Zusammentritt durch den Engeren Vorstand für die Partei getroffenen Maßnahmen und Beschlüsse. Er spricht dem Engeren Vorstand sein volles Vertrauen aus und billigt insbesondere das Festhalten an dem Fortbestande der Konservativen Partei als eine unbedingte politische Notwendigkeit. Er tritt dafür ein, in dem bevorstehenden Wahlkampfe die Deutsch-nationale Volkspartei ausdrücklich und tatkräftig zu unterstützen¹¹²⁾.“

In diesem Wahlkampf versuchte Graf Westarp, in Versammlungen und Diskussionen eine grundsätzliche Erörterung des Verhältnisses zwischen Konservativen alten Schlages und der DNVP in die Öffentlichkeit zu tragen¹¹³⁾. Von Heydebrand war damit natürlich nicht einverstanden, weil ihm die an der deutschnationalen Politik geübte Kritik nicht aggressiv genug erschien. Seine wachsende persönliche Abneigung gegen Hergt konnte auch durch eine persönliche Besprechung nicht gemildert werden¹¹⁴⁾. Auch im weiteren Verlauf der Entwicklung gab er seine ablehnende Haltung gegenüber der DNVP nicht auf, während Graf Westarp dann als deutschnationaler Reichstagsabgeordneter immer stärker gezwungen war, sich für die Belange der neuen Partei einzusetzen.

b) Aufbau und Besetzung des neuen Parteiapparates

Die Organisation der rechtsstehenden Vorkriegsparteien war, da man sich nur ungern mit organisatorischen Fragen befaßte, stets sehr locker gewesen. Die enge Verflechtung mit der gesellschaftlichen Führungsschicht, das preußische Dreiklassenwahlrecht und der starke Rückhalt im Staatsapparat gaben ihnen, ganz besonders aber den Deutschkonservativen, die nötige Stütze. Zu den Wahlen genügten nur wenige Wochen intensiver Vorbereitung, um den Erfolg im Lande zu sichern. Durch die politische Strukturänderung im November 1918 war man auch auf der Rechten gezwungen, sich der neuen Situation anzupassen.

Die ersten Kundgebungen der neugegründeten DNVP zeigten ihren „Demokratisierungswillen“ auch auf organisatorischem Gebiet¹¹⁵⁾. Um im neuen Staat Einfluß zu gewinnen und nicht Splitterpartei zu bleiben, war es notwendig, die Anhängerschaft in einer straffen Organisation zusammenzufassen.

Schon am 25. November 1918 hatte die Deutschkonservative Parteileitung ihren Landes- und Provinzialvorsitzenden empfohlen, „je nach Lage der örtlichen Verhältnisse mit den Vertretungen der drei anderen Parteien in vorläufige und unverbindliche Verhandlungen über den im Aufruf erstrebten Zusammenschluß einzutreten“ und mit ihnen „gemeinsame Arbeitsausschüsse“ zu bilden, die die Werbearbeit durchführen und die Wahlen vorbereiten sollten.

Mit Rücksicht auf diese Wahlvorbereitungen mußte der Aufbau der neuen Partei in größter Eile durchgeführt werden¹¹⁶⁾. Die politisch verworrene Lage und

besonders die verkehrstechnischen Schwierigkeiten bedingten eine starke Dezentralisierung, so daß eine ständige Fühlungnahme mit dem Berliner Parteivorstand meist nicht möglich war. Die Organisationen im Lande mußten daher zunächst völlig selbständig arbeiten, wodurch später die organisatorische Zusammenfassung zu einem einheitlichen Ganzen sehr erschwert wurde.

Weitere Schwierigkeiten, besonders auf lokaler Ebene, ergaben sich aus der Tatsache, daß bisher selbständige Parteien sich zu einem neuen Parteigebilde zusammengeschlossen hatten¹¹⁷). Die übernommenen Organisationen waren verhältnismäßig klein, der Mangel an brauchbaren Parteibeamten aber so groß, daß die DNVP in den ersten Monaten die Funktionäre der früheren Parteien weitgehend übernehmen mußte. Erst allmählich konnten als Folge des ständigen Anwachsens der neuen Partei¹¹⁸) auch Ergänzungen durch Neueinstellung vorgenommen werden¹¹⁹). Es war bei der noch herrschenden Abneigung gegen die Konservativen anfänglich sehr schwer, Männer zu finden, die bereit waren, verantwortliche Ämter zu übernehmen und sich in aller Öffentlichkeit zur DNVP zu bekennen¹²⁰).

Die zentralen Organe konnten verhältnismäßig leicht geschaffen werden.

Trotz dieser organisatorischen Mängel und ihres unfertigen Zustandes vermochte die DNVP bei den Wahlen zur Nationalversammlung von insgesamt 421 Mandaten 44 für sich zu gewinnen, ein Erfolg, der zweifellos ohne die organisatorische Mitarbeit der bisherigen Rechtsparteien, vor allem der konservativen Organisationen, nicht erzielt worden wäre¹²¹). Der Führung war klar, daß es unbedingt notwendig war, die Parteiorganisation zweckmäßiger und vollständiger auszubauen, um bei künftigen Wahlen noch weiteren Boden zu gewinnen. Dabei sollte es dann an zahlreichen Reibungen und Hemmungen, persönlichen Gegensätzen und Kämpfen nicht fehlen¹²²).

Die Vorsitzenden und Vorstandsmitglieder, meist Vertreter des ostelbischen adligen Großgrundbesitzes, höhere Staatsbeamte, ehemalige Offiziere und Wirtschaftler, arbeiteten, da sie größtenteils materiell unabhängig und auf eine Honorierung nicht angewiesen waren, ehrenamtlich. Sie konnten die umfangreiche Parteiarbeit nicht selbst erledigen, sondern nur beaufsichtigen. Es mußten daher hauptamtliche Kräfte angestellt werden, die auch in der Lage waren, in den kleineren Orten die Parteiversammlungen zu leiten. In den ersten Monaten, als noch ein großer Teil der Offiziere durch militärische Abwicklungsgeschäfte oder Kriegsgefangenschaft verhindert war, übernahmen die Funktionäre der früheren Rechtsparteien und des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes sowie rechtsstehende Arbeitersekretäre diese hauptamtliche Parteiarbeit. Die gleiche Gruppe übernahm in den Anfängen zumeist auch die Aufgaben der Landes- und Kreisgeschäftsführer, bis allmählich diese Posten durch ehemalige Offiziere, die aus den Freikorps zurückkehrten, besetzt werden konnten¹²³). Bei den unteren Parteistellen wurden vorwiegend jüngere Frontoffiziere, die nicht von der Reichswehr übernommen worden

waren, eingesetzt, während als Landesgeschäftsführer vielfach ältere Offiziere, etwa vom Major aufwärts, Anstellung fanden¹²⁴).

Die Partei, die sich nach Angabe von Freytagh-Loringhoven finanziell niemals sehr gut stand, konnte nur „bescheidene Gehälter“ zahlen. Noch bescheidener waren die Aufstiegsmöglichkeiten, die sie ihren Parteibeamten zu bieten vermochte. Der Aufstieg vom Kreis- zum Landesgeschäftsführer war nur selten gegeben, die Aussicht auf einen maßgebenden Posten in der Berliner Parteizentrale „beinahe gegenstandslos“. Unter diesen Umständen waren es „nur zum Teil wertvolle und fähige Elemente“, die sich für den Parteidienst bereitfanden. Neben beschäftigungslosen jungen Frontoffizieren und zur Mitarbeit bereiten älteren Staboffizieren mußten zum Teil „fragliche Existenzen“ angeworben werden, gleichsam „politische Landsknechte“, über die Freytagh-Loringhoven schreibt, daß es ihnen nicht um die Überzeugung, sondern um ihren Vorteil gegangen sei, und von denen sich viele vor der Erfüllung ihrer Pflichten drückten, wenn der Vorsitzende nicht scharf aufpaßte. Viele Parteibeamten wurden nach Freytagh-Loringhovens Darstellung durch ihre Tätigkeit „geradezu verdorben“¹²⁵).

Die Besetzung des Apparats mit brauchbaren Kräften blieb in der DNVP auch weiterhin stets ein schwieriges Problem¹²⁶).

c) Die Finanzierung der Partei

Die Finanzierung einer Partei gehört zu deren internsten Angelegenheiten. Es war daher nahezu unmöglich, *genaue* Angaben über die finanziellen Verhältnisse der DNVP zu erhalten. Das schon häufig zitierte unveröffentlichte Manuskript des Grafen Westarp gibt einige wertvolle Hinweise, die noch durch einige weitere Quellen bereichert werden konnten, so daß immerhin die Darstellung eines ungefähren Überblickes möglich ist.

Gleich zu Beginn der Arbeit der DNVP bewilligten einige führende Vertreter des deutschkonservativen Parteivorstandes einen Barzuschuß von 100 000 Mark aus Mitteln des Deutschkonservativen Hauptvereins. Aus Sammlungen, die während der Kriegszeit durchgeführt waren und deren Gelder als „Wehr- und Kriegsschatz“ bezeichnet wurden, standen dem Hauptverein Forderungen an die Landes- und Provinzialverbände zu. Forderungen von je 200 000 Mark an die Provinzialverbände Schlesien und Pommern wurden zusätzlich an die neue Partei abgetreten, wodurch der Anfang einer eigenen Arbeit überhaupt erst gesichert wurde. Die DNVP erhielt somit in den ersten Monaten ihres Bestehens „so gut wie ausschließlich“ ihre finanzielle Grundlage und auch ihren Verwaltungsapparat von der Deutschkonservativen Partei¹²⁷).

Im Zusammenhang mit der Frage der Parteifinanzierung fanden auch längere Verhandlungen über den Eintritt eines Konsuls Marx in den Vorstand der DNVP statt. Marx, der jüdischer Abkunft war, sollte zum Schatzmeister ernannt werden und war dafür bereit, „einige hunderttausend Mark aufzubringen“¹²⁸). Die Opposition des antisemitischen Flügels der DNVP brachte dieses Projekt zu Fall.

Die Mitgliederbeiträge der DNVP wurden in den einzelnen Landesverbänden unterschiedlich festgesetzt und durchweg sehr niedriggehalten. Die Parteifinanzierung aus diesen Beträgen war deshalb nie bedeutend und reichte zu meist gerade aus, die Ortsgruppen und Kreisvereine zu unterstützen, wobei noch berücksichtigt werden muß, daß der Apparat in den Ortsgruppen unentgeltlich arbeitete und die Kreisverbände, regional verschieden, nur etwa zur Hälfte bezahlte Geschäftsführer hatten.

Obgleich viele Parteimitglieder, namentlich aus den Kreisen des Großgrundbesitzes, ein Mehrfaches des Pflichtbeitrages zahlten, „reichten diese Einkünfte nicht aus, um den Parteiapparat in Gang zu halten“. Die Vorstände mußten daher immer wieder an einzelne finanziell gutgestellte Mitglieder appellieren oder an die der Partei nahestehenden Großgrundbesitzer, Industriellen und Wirtschaftsverbände herantreten, um die Geldmittel für die anfallenden Ausgaben, insbesondere zur Vorbereitung der Wahlen, aufbringen zu können¹²⁹). Die Folge war selbstverständlich, daß jeweils bestimmte Interessengruppen Einfluß gewannen¹³⁰).

Im allgemeinen waren die Landesverbände verpflichtet, von den Mitgliederbeiträgen, die durch die Unterorganisationen eingenommen wurden und in erster Linie zur Deckung der regionalen Ausgaben dienten, bestimmte Summen an die Zentrale abzuführen. Diese Beiträge wurden alljährlich neu festgesetzt und nach der Zahl der Mitglieder und den für die Partei abgegebenen Wahlstimmen berechnet.

Im Jahre 1922 zählte die DNVP — nach der von der Hauptgeschäftsstelle aufgestellten Veranlagung — etwas mehr als 700 000 Mitglieder (ohne den Landesverband Danzig). Für jedes Mitglied waren von den Landesverbänden 2 Mark, für jede weitere Wahlstimme — bei der Reichstagswahl 1920 hatte die DNVP einen beachtlichen Erfolg erzielt und 66 Mandate erhalten — 1 Mark an die Berliner Zentrale abzugeben, so daß diese rund 4 Millionen erhalten mußte¹³¹). 1923 — der Mitgliederbestand war inzwischen auf rund 950 000 gestiegen — forderte die Parteileitung für jedes Mitglied jährlich 3 Mark, für jede weitere Wahlstimme 1,85 Mark. Außerdem wurden noch Zuschüsse für einen Sonderfonds erhoben (pro Mitglied und für jede weitere Wahlstimme 0,40 Mark). Die Forderung der Zentrale an die einzelnen Landesverbände betrug danach fast 10 Millionen Mark¹³²). Alle diese Forderungen aber standen infolge der steigenden Geldentwertung der Inflationszeit fast ausschließlich auf dem Papier, so daß die Hauptgeschäftsstelle sich bald genötigt sah, den Übergang zu einer stabilen Umlage-Währung zu empfehlen¹³³). Nachdem eine Reihe von Landesverbänden diesen Versuch unternommen und damit gute Erfahrungen gemacht hatte, wurde festgelegt, daß die Pflichtbeiträge künftighin in einer Roggenmark (nach der Notierung der Berliner Börse vom 30. September 1922 je Zentner 3000 Mark) abgeführt werden sollten. Die Hauptgeschäftsstelle war sich klar, daß es sich dabei „um eine Lebensfrage“ der Partei und den einzigen Weg handelte, ihre finanzielle Basis zu erhalten¹³⁴).

Die finanziellen Träger der Partei waren eindeutig die Landesverbände, die das nötige Geld — mit Ausnahme einiger schwacher Verbände in West- und Mitteldeutschland — für ihre eigenen Bedürfnisse aufbrachten, die Zentrale in Berlin unterstützten und das Wahl- und Propagandamaterial (Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle) aus eigenen Mitteln bezahlten. Darüber hinaus war die Hauptgeschäftsstelle in Berlin stets gezwungen, für ihre außerordentlich hohen Ausgaben¹³⁵⁾ noch direkte Beiträge für sich einzuwerben.

Die Finanzierung der Landesverbände war regional sehr verschieden. In Ostelbien, z. B. in Pommern, wurden die benötigten Mittel fast ausschließlich aus Spenden des Großgrundbesitzes, in West- und Norddeutschland dagegen größtenteils durch Industrie und Großhandel gedeckt. Der Anteil der Mitgliederbeiträge an dem Haushalt der Landesverbände war nur sehr gering, da diese weitgehend für die Unkosten der Unterorganisationen (Kreis- und Ortsverbände) benötigt wurden.

Die Gehälter der Parteibeamten in den einzelnen Landesverbänden waren ebenfalls sehr unterschiedlich. Nähere Angaben hierzu können nur aus dem Landesverband Pommern gemacht werden, die nicht verallgemeinert werden dürfen, da dieser sich stets in einer finanziell besonders günstigen Lage befand. Der Landesgeschäftsführer bezog monatlich 1000 bis 1200 Mark, die Gehälter der Kreisgeschäftsführer — fast ausschließlich ehemalige Offiziere mit Pension — lagen in den Jahren 1918—1924 bei etwa 500 Mark. In der Inflationszeit gelang es dem Landesverband, die Finanzierung auf Roggen umzustellen — und zwar zunächst auf effektiven Roggen, der vom Großgrundbesitz an die Kreisverbände geliefert und dort je nach den Bedürfnissen partiell in Mark umgesetzt wurde, später mittels eines Roggenscheins —, so daß die Gehälter der Parteifunktionäre im Gegensatz zu den Beamten und sonstigen Angestellten durchaus krisenfest blieben. Die pommerschen Kreisgeschäftsführer zeigten aus diesem Grunde und auch wegen ihrer durchweg besseren Bezahlung keine Neigung, in andere Gebiete abzuwandern, wo die Funktionäre zumeist direkt von den Unterorganisationen und nicht vom Landesverband angestellt waren, sich dadurch einerseits wohl einer größeren Selbständigkeit erfreuten, andererseits aber häufig in interne Auseinandersetzungen hineingezogen wurden und sich leichter in der Organisation verbrauchten. Dieser in Pommern geübte Zentralismus gewährleistete eine überraschende Stetigkeit in der Führung und Gliederung des Landesverbandes¹³⁶⁾.

d) Die Parteiorganisation

Im Dezember 1918 entwarf das Geschäftsführende Vorstandsmitglied Graef (Anklam) zusammen mit dem Hauptgeschäftsführer von Lindeiner-Wildau, der Parteiführung und einzelnen bisherigen Abgeordneten eine *provisorische Satzung*, die bei „Oberentscheidung“ durch den Parteivorsitzenden¹³⁷⁾ der DNVP den dringend notwendigen organisatorischen Rahmen geben sollte¹³⁸⁾. Diese erste

Fassung, deren Aufbau und Gliederung auch bei späteren Änderungen beibehalten wurde¹³⁹), umfaßt 29 Punkte und berichtet über den Parteivorstand, den Hauptausschuß, den Parteitag, die Landesverbände, die Deutschnationalen Volksvereine, die Berufsbeiräte und das Beitragswesen. Die Vertreter der Landesverbände nahmen im Februar, der Hauptvorstand im April 1919 Gelegenheit, den Entwurf eingehend zu beraten. Der erste Parteitag der DNVP in Berlin im Juli 1919 gab seine nachträgliche Genehmigung.

Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung führte ein von den Gründern eingesetzter *Arbeitsausschuß* von 32 Mitgliedern die Geschäfte des Parteivorstandes. Aus seiner Mitte wurde der siebenköpfige *geschäftsführende Vorstand* gewählt, dem die eigentliche Leitung oblag. In ihm waren vertreten:

der 1. Parteivorsitzende Staatsminister a. D. Hergt (Wernigerode), ev., bisher parteilos, jedoch den Freikonservativen nahestehend;

das geschäftsführende Vorstandsmitglied Zeitungsverleger Graef (Anklam), ev., gemäßigter Deutschkonservativer, 1913 bis 1918 MdPrA¹⁴⁰);

der 2. Parteivorsitzende Geheimer Justizrat Dietrich (Prenzlau), ev., gemäßigter Deutschkonservativer, 1898 bis 1918 MdR und MdPrA, Vorsitzender des Generalverbandes der Deutschen Raiffeisengenossenschaften;

Landgerichtsdirektor Schultz (Bromberg), ev., Freikonservativer, 1907 bis 1918 MdR;

Arbeitersekretär Wallbaum (Berlin), ev., Christlichsozialer, 1913 bis 1918 MdPrA, Generalsekretär des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine;

Prof. Dr. Werner (Butzbach/Hessen), ev., 1915 bis 1918 Vorsitzender der Deutschvölkischen Partei, 1911 bis 1918 MdR;

Volksschullehrerin a. D. Margarete Behm (Berlin), ev., bisher parteilos, jedoch den Christlichsozialen nahestehend, Vorsitzende des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen¹⁴¹).

In diesem ausschlaggebenden Führungsgremium waren nur Anhänger eines gemäßigten Kurses vertreten. Die Vertreter der radikalen Rechten wie auch des Adels und Großgrundbesitzes fehlten.

Die Annahme der von Graef u. a. entworfenen Satzung beendigte die provisorische Tätigkeit des geschäftsführenden Vorstandes und des Arbeitsausschusses. Die Führung der Partei ging nun an die in der Satzung vorgesehenen Organe über, die aber weitgehend von den bisher verantwortlichen Persönlichkeiten wieder besetzt wurden.

Dem *Parteivorstand* oblag der Ausbau und die Erhaltung der Parteiorganisation. Er leitete die Teilnahme an den Parlamentswahlen und vertrat die Partei in allen Angelegenheiten nach innen und außen. Die Aufstellung von Wahlwerbepersonen bedurfte seiner Zustimmung. Seine Beschlüsse wurden vom Vorsitzenden oder dem Geschäftsführenden Vorstandsmitglied unterzeichnet. Ausführendes Organ dieser Beschlüsse war die unter der Leitung eines Hauptgeschäftsführers¹⁴²) stehende und vom Parteivorsitzenden und dem Geschäftsführenden

Vorstandsmitglied beaufsichtigte Hauptgeschäftsstelle. Der Vorsitzende, sein Stellvertreter und ein Schatzmeister wurden vom Parteivorstand für die Dauer seiner Amtszeit aus seiner Mitte gewählt. Hergt und Dietrich wurden als Vorsitzender bzw. Stellvertreter bestätigt, zum Schatzmeister wurde der Bankier Edler von der Planitz bestimmt.

Die Einführung des Frauenwahlrechtes und das Fehlen einer einflußreichen Persönlichkeit für die Lenkung der Agitation und die Führung der Wahlkämpfe machten es notwendig, dem Parteivorstand einen *Reichspresseausschuß*¹⁴³⁾ und einen *Reichsfrauenausschuß* beizugeben.

Der Reichsfrauenausschuß wurde als Spitzenorganisation der Partei für die Agitation und Werbung unter den Frauen gegründet. Die Verleihung des Stimmrechts an die Frauen hatte die völlig unvorbereitete Rechte, die bisher deren politische Tätigkeit entschieden abgelehnt hatte, vor eine neue Situation gestellt. Sie war auch jetzt noch nicht in allen Teilen geneigt, der Frau ein politisches Mitbestimmungsrecht einzuräumen¹⁴⁴⁾, stand aber vor der Notwendigkeit, im Wahlkampf zur Nationalversammlung auch Frauen zu Wort kommen zu lassen, um dem Vorwurf zu begegnen, daß die DNVP wie die alte Deutschkonservative Partei bemüht sei, die Mitarbeit der Frau lediglich auf das Gebiet der Familie, der Erziehung und der sozialen Fürsorge zu beschränken.

Seine erste Unterstützung gewann der Reichsfrauenausschuß durch die evangelischen Frauenvereine, in den Diakonissenhäusern und durch die Mitarbeit der Pfarrfrauen¹⁴⁵⁾. Der betont monarchische und der christlichsoziale Gedanke übten darüber hinaus eine besondere Anziehungskraft auf Ober- und Volksschullehrerinnen, politisch bisher uninteressierte Adelskreise, Offiziersfrauen und -töchter, Frauen des gebildeten Bürgertums und Heimarbeiterinnen aus. Der Anteil der erwerbstätigen unverheirateten Frauen war unverhältnismäßig hoch, die führenden Stellen blieben fast ausschließlich Akademikerinnen, unter ihnen sehr viele Lehrerinnen, vorbehalten¹⁴⁶⁾. Als eine Zukunftsaufgabe wurde angesehen, „in größerem Maße als früher“ auch Arbeiterinnen und Landfrauen für die Partei zu gewinnen.

Der Reichsfrauenausschuß setzte sich aus dem geschäftsführenden Vorstand, dem erweiterten Vorstand und dem beratenden Ausschuß zusammen. Unter dem Vorsitz von Margarete Behm, ab 1923 von Annagrete Lehmann, bestand der als eine Abteilung der Hauptgeschäftsstelle arbeitende geschäftsführende Vorstand aus 8 Mitgliedern, während im erweiterten Vorstand auch die Vorsitzenden der Landfrauenausschüsse vertreten waren. In Erweiterung dieser rein parteiinternen Gliederung war der beratende Ausschuß geschaffen worden, um die deutschnationalen Frauenführerinnen mit einzelnen zur Partei gehörigen oder mit ihr sympathisierenden Mitgliedern größerer unpolitischer Frauenverbände und Berufsorganisationen zusammenzuführen, damit auch auf diese Weise für die Partei geworben würde und Wünsche, die sich aus deren Arbeit ergaben, dem Reichsfrauenausschuß zugeleitet werden konnten.

In den ersten Jahren ihres Bestehens besaß die DNVP keine eigene *Jugendorganisation*. Die deutschnational eingestellten Jugendlichen wurden vielmehr aufgefordert, in den überparteilichen „Deutschnationalen Jugendbund“ einzutreten. Das Fehlen einer eigenen Organisation machte sich bald bemerkbar — auch dies ein Zeichen für den parteipolitischen Strukturwandel —, so daß im Jahre 1922 die „Bismarckjugend der DNVP“¹⁴⁷) gegründet wurde. Sie hatte die Funktionen einer Unterorganisation der Partei und wurde im Haushalt der Hauptgeschäftsstelle geführt, besaß aber im Rahmen allgemeiner Richtlinien große Handlungsfreiheit¹⁴⁸). Zur Erweiterung ihrer Plattform wurde sie später in „Bismarckbund der DNVP“ umbenannt¹⁴⁹). Ihr Reichsführer war bis zum Jahre 1931 H. O. Sieveking, der der völkischen Richtung angehörte¹⁵⁰).

Die Mitglieder des Parteivorstandes, des Reichspresse- und des Reichsfrauenausschusses, der Hauptgeschäftsführer, die Vorsitzenden der Landesverbände und einige weitere prominente Parteimitglieder bildeten den *Hauptausschuß* (später Parteivertretung benannt). Dieser trat jährlich einmal zusammen, mußte aber auch jederzeit auf Antrag von mindestens drei Landesverbänden einberufen werden. Der Parteivorstand hatte ihm jährlich zwecks Entlastung einen Geschäfts- und Kassenbericht vorzulegen.

Oberste Führungsinstanz der DNVP war, zumindest formell, der jährlich einmal einzuberufende *Parteitag*. Ihm oblag nach der Satzung die maßgebende Entscheidung über alle Parteiangelegenheiten. In Wirklichkeit war seine Bedeutung als Kontroll- und Beschlußorgan nur gering, da er öffentlich stattfand und die Presse Zutritt hatte. Er wurde daher in einer nichtöffentlichen Versammlung vorbesprochen, wobei bestimmte wichtige Angelegenheiten, deren öffentliche Erörterung nicht ratsam war, schon im voraus erledigt wurden¹⁵¹). Man mußte vor allen Dingen vermeiden, die Öffentlichkeit auf die Spannungen zwischen den einzelnen Parteirichtungen unnötig aufmerksam zu machen. Der Parteitag hatte vorwiegend dekorativen Charakter und war mehr eine Stätte der Ansprachen und der Bestätigung der jeweiligen Führungsgruppe als ein Gremium zur Beratung und faktischen Kontrolle¹⁵²). Seine turnusmäßige Einberufung erfolgte durch den Parteivorstand, darüber hinaus konnte der Hauptausschuß sie jederzeit fordern. Die auf ihm gehaltenen Reden wurden gedruckt und durch die Schriftenvertriebsstelle der Partei verlegt. Die wichtigeren Protokolle der Ausschusssitzungen blieben vertraulich und wurden nur im Auszug den Landesverbänden mitgeteilt¹⁵³).

Der regional sehr verschiedenartige Entstehungsprozeß der DNVP hatte sich nicht nur zugunsten einer weitgehenden Dezentralisation ausgewirkt, sondern auch den *Landesverbänden* eine starke Stellung gesichert¹⁵⁴). Das Verhältnis zwischen ihnen und der Parteileitung war daher nicht immer frei von Spannungen und Differenzen¹⁵⁵).

In der Regel waren die Landesverbände den Wahlkreisen, die jedoch nicht immer mit den Grenzen der Provinzen übereinstimmten, angepaßt oder ent-

sprachen den Einzelstaaten. Nach § 16 der provisorischen Satzung konnten sich auch kleinere Einzelstaaten dem benachbarten Landesverband anschließen. Im Dezember 1918 bestanden bereits 11 Landesverbände mit 60 Vereinen und Ortsgruppen¹⁵⁶), nur kurze Zeit später waren es 20. Bis zum Juni 1919 hatte sich diese Zahl dann auf 35 mit 2287 Kreisvereinen und Ortsgruppen erhöht¹⁵⁷).

Die Organe jedes Landesverbandes waren nach § 17 der provisorischen Satzung der Verbandsvorstand, der Landesfrauenausschuß, der Landespresseauschuß, der Landesausschuß und der Landesparteitag. Diese Gliederung entsprach der der Gesamtpartei. Es gab aber trotzdem viele Unterschiede, die durch die sehr verschiedenartige soziale Struktur der Landesverbände bedingt waren. Die Arbeit in den östlichen, vorwiegend agrarischen Gebieten mußte notwendigerweise eine andere als die in den westlichen und südlichen Reichsteilen sein¹⁵⁸). Selbst in der äußeren Bezeichnung gab es in den ersten Jahren erhebliche Verschiedenheiten, z. B. Hessische Volkspartei, Württembergische Bürgerpartei, Christliche Volkspartei Badens, Bayerische Mittelpartei (diese ursprünglich als selbständige Organisation gegründet und erst 1920 der DNVP angeschlossen).

Die Landesverbände waren, im Gegensatz zur Reichsorganisation, durchweg zentralistisch aufgebaut, die Kreisverbände und Ortsgruppen hatten nur die Funktion ausführender Organe¹⁵⁹). Die Vorstände entschieden in allen politischen und organisatorischen Fragen zumeist sehr autoritär. So gab z. B. der Landesverband Pommern seine Organisationsanweisungen an die Kreisverbände durch einmal wöchentlich erscheinende Rundschreiben weiter, die fast den Charakter von Divisionsbefehlen besaßen. Die Landesparteitage, vielleicht mit Ausnahme von Brandenburg und Ostpreußen, hatten deshalb nie eine ausschlaggebende Bedeutung und blieben meist reine Kundgebungen ohne Beschlußfassung.

Während in den großen und kleinen Städten, vor allem westlich der Elbe, die Mitglieberwerbung stets zu den dringendsten Aufgaben gehörte, wurde ihr in den agrarischen Gebieten des Ostens wenig Bedeutung beigemessen. Die Bauern, zu einem großen Teil entschlossene Wähler der DNVP, sträubten sich gegen jede vereinsmäßige Bindung, und in Pommern z. B. legten die den Finanzbedarf des Landes fast ausschließlich tragenden Großgrundbesitzer nur in seltenen Fällen Wert darauf, daß ihre Angestellten und Landarbeiter eingeschriebene Parteimitglieder waren.

Vor bedeutenden Entscheidungen nahmen gewöhnlich benachbarte oder befreundete Landesverbände miteinander Fühlung und stimmten ihre Haltung untereinander ab, so daß sich meist eine einheitliche Front herstellen ließ. Pommern hielt vor allem Verbindung mit Ostpreußen, Brandenburg und Potsdam I, gelegentlich auch mit Mecklenburg und Schlesien. In Süddeutschland schlossen sich z. B. auf dem Bamberger Parteitag des bayerischen Landesverbandes im Jahre 1922 Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, später auch Sachsen, zu einer „Arbeitsgemeinschaft der Deutschnationalen Volkspartei der süddeutschen

Länder“ zusammen¹⁶⁰), die nicht nur dem Austausch politischer und parlamentarischer Erfahrungen, sondern auch der Vertretung gemeinsamer süddeutscher Interessen innerhalb der Reichsorganisation dienen sollte.

Einige größere Landesverbände waren in *Bezirksverbände* unterteilt, die sich später zu selbständigen Landesverbänden entwickelten¹⁶¹).

In den ersten Monaten des Bestehens der Partei wurde in der Regel für das Gebiet eines Kreises ein Deutschnationaler Volksverein gegründet. Da die Zahl der Parteimitglieder vorläufig noch gering war, reichte dieser als Organisationseinheit völlig aus. Lediglich in größeren Orten bildeten sich schon vereinzelt Ortsgruppen als Untergliederung.

Das allmähliche Anwachsen der Mitgliederzahl und die Konsolidierung der Partei führten zu einem starken Anwachsen der Zahl der Ortsgruppen, so daß diese ganz allgemein die unterste Stufe der Parteiarbeit wurden. Die Ortsgruppen eines Land- oder Stadtkreises waren in einem *Kreisverein* zusammengeschlossen, der bereits weitgehende Freiheiten besaß und ein verhältnismäßig großes Eigenleben führte¹⁶²).

Abweichungen von dieser Regel waren allerdings sehr häufig. In dem zentralistisch organisierten Landesverband Pommern z. B. wurden die politischen Belange nahezu ausschließlich vom Landesvorstand wahrgenommen, und die Kreisvereine waren lediglich die „politische Frontlinie“ und hatten auf dem platten Lande vielfach nicht einmal eine ausgeprägte Unterorganisation. Die meisten pommerschen Kreisvorsitzenden kamen aus dem Großgrundbesitz, wenige waren mittlere Besitzer. Nur die größeren Städte, so Stettin, Greifswald, zeitweise auch Köslin, hatten aus der Stadt stammende Vorsitzende. Jeder pommerische Kreis hatte einen Geschäftsführer (wobei die Stadtkreise mit dem jeweiligen Landkreis in Personalunion zusammengeschlossen war), der vom Landesverband angestellt war und disziplinarisch dem Landesgeschäftsführer unterstand¹⁶³), also in völliger Abhängigkeit ein Organ der Landeszentrale bildete. In anderen Landesverbänden waren dagegen die Kreisgeschäftsführer, oft für 2 bis 3 Kreise gemeinsam, von den jeweiligen Kreisvereinen angestellt, was sehr häufig zu Spannungen innerhalb der Organisation führte.

Die Kreisvereine der Städte waren zumeist als Folge der ständigen politischen Auseinandersetzung mit den anderen Parteien zu größerer Aktivität gezwungen, während auf dem Lande nur wenige Versammlungen stattfanden, da die in Frage kommenden Bevölkerungskreise sowieso zuverlässig wählten.

Die *Ortsgruppen* waren regional sehr unterschiedlich organisiert und besaßen zumeist keine politische Eigenbedeutung. Alle Funktionen in ihnen wurden ehrenamtlich ausgeübt.

e) Die Bayerische Mittelpartei (DNVP)

In Bayern hatte sich noch vor der Veröffentlichung des Gründungsaufrufes der DNVP unter dem Namen „Bayerische Mittelpartei“ (BMP) eine selbständige

rechtsstehende Partei gebildet, die in ihrer sozialen Struktur, ihrer programmatischen Zielsetzung und in ihrer Organisation erhebliche Unterschiede zur DNVP aufwies¹⁶⁴).

Die Gründung einer Rechtspartei war in Bayern zweifellos schwieriger als im übrigen Reichsgebiet. Die Deutschkonservativen hatten hier kaum eine Rolle gespielt, so daß man sich sehr weitgehend auf den verhältnismäßig gut organisierten Bund der Landwirte stützen mußte, obwohl keinesfalls eine betont agrarisch-konservative Partei geplant war. Man wollte vielmehr „die Schaffung einer großen nationalen, im organischen Staatsdenken verwurzelten Partei, in der sich alle aufbauwilligen Kräfte, unbeschadet ihrer früheren Parteizugehörigkeit, sammeln und auf wenige große Gesichtspunkte zur Überwindung des revolutionären Geistes einigen konnten“¹⁶⁵).

Außer dem bayerischen Bund der Landwirte waren an der Gründung der mittelfränkische Bauernverein, der völkische Schutzbund, die Nürnberger Mittelstandsvereinigung, bayerische Konservative, Mitglieder der Reichspartei und mehrere Erlanger Universitätsprofessoren beteiligt. Bäuerliche Schichten, gewerblicher Mittelstand, Akademiker und ehemalige Offiziere bestimmten von Anfang an das Bild der neuen Partei, während im Gegensatz zur DNVP Adel und Großgrundbesitz nur gering vertreten waren. Arbeiter fehlten fast völlig.

Nach einem ohne Unterschriften herausgegebenen Aufruf vom 14. November 1918¹⁶⁶) wurde die Konstituierung bereits am 10. Dezember 1918 im Lehrersheim in Nürnberg vollzogen. Der Vorsitzende, Prof. Dr. Hilpert, bekannte sich in einer Rede zum monarchischen Gedanken, forderte aber als Nahziel die „Wiederherstellung der Ordnung“ und die „Erneuerung verfassungsmäßiger Zustände“. Nach lebhafter Aussprache wurde dem Parteinamen der Zusatz „deutschchristliche Volkspartei“ beigefügt. Das offizielle Parteiprogramm umriß nur in sehr knappen Zügen die gestellten Aufgaben, ihm folgte jedoch unter dem Titel „Die Ziele der Bayerischen Mittelpartei“ sehr bald eine umfangreiche Propagandaschrift.

Neben organisatorischen und berufsständischen Problemen trat dann im Jahre 1919 die völkische Frage, insbesondere die Judenfrage, immer stärker in den Vordergrund. Die Formulierung des Programms, das nur von einer „Ablehnung fremden Geistes und undeutschen Wesens“ sprach, genügte dafür nicht. Es war nur erwünscht, daß der „Deutsche Schutz- und Trutzbund“ eine Anfrage an die Partei wegen ihrer Stellung zur Judenfrage richtete. Daraufhin führte Prof. Hilpert am 22. November 1919 auf der Nürnberger Tagung des Landesausschusses eine programmatische Festlegung herbei, die in der Presse veröffentlicht wurde. Darin heißt es u. a.:

„. . . Das Judentum ist ein nach Bluts- und Geistesart durch seinen eigenen Willen abgeschlossener völkischer Fremdkörper. Daher verlangt die Bayerische Mittelpartei eine ausschließlich deutsche Leitung unserer gesamten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten. Sie wendet sich entschieden gegen die Vorherrschaft

des Judentums, die seit der Revolution immer verhängnisvoller hervortritt, und fordert Maßnahmen gegen Zuwanderung des kulturell tief unter dem deutschen Volk stehenden Ostjudentums . . .¹⁶⁷⁾

Noch im ersten Jahre ihres Bestehens wurden von der Partei in Erlangen politische Lehrkurse eingerichtet, die von Teilnehmern aus ganz Bayern besucht wurden und wesentlich zur Verbreitung ihres Gedankengutes in weitere Volksschichten beitrugen. Als Lehrkräfte stellten sich Professoren der dortigen Universität zur Verfügung.

Obwohl im Laufe des Jahres 1919 mehrere der Gründer wieder ausschieden, so die Vertreter des mittelfränkischen Bauernvereins, dem die Arbeit im größeren Rahmen nicht lag, und der evangelischen Kreise in Nürnberg, die offenbar die Bildung einer rein evangelischen Partei erwartet hatten, vermochte die BMP ihr organisatorisches Netz verhältnismäßig rasch über ganz Bayern auszubreiten. In Nord- und bald auch in Südbayern entstanden Ortsgruppen, die zum Teil die Bezeichnung „Deutschnationaler Volksverein“ oder „Deutschnationale Vereinigung“ annahmen. Andere wiederum nannten sich „Christlichsozialer Volksverein“. Außerdem konnte die Partei ihre Agitation sehr geschickt mit der Werbetätigkeit für die sich bildenden Freikorps verbinden, zu der sie von der Regierung aufgefordert worden war¹⁶⁸⁾.

Trotz offensichtlicher, wenn auch zahlenmäßig begrenzter Erfolge fehlte es auch in der Bayerischen Mittelpartei nicht an innerparteilichen Spannungen. Die Zahl der Unzufriedenen, die in ihr gern ein protestantisches Gegenstück zum katholischen Zentrum gesehen hätten, war recht erheblich. Vor allem war der Bayerische Landbund trotz vieler Bemühungen Prof. Hilperts nicht zu bewegen, in ein engeres organisatorisches Verhältnis zur BMP zu treten. Hilperts Bestrebungen gingen dahin, den Bauern verständlich zu machen, daß jeder von ihnen notwendigerweise doppelt organisiert sein müsse: sowohl im Landbund, der wirtschaftlichen Vertretung, als auch in der Partei, „der weltanschaulichen Pflegestätte seiner nationalen Auffassungen“. Seine Argumentation drang jedoch nicht durch, so daß es lediglich bei einem losen und oft spannungsgeladenen „Bündnis“ blieb¹⁶⁹⁾.

Um bei den ersten bayerischen Landtagswahlen am 12. Januar 1919 noch zum Zuge zu kommen, traf die immerhin noch sehr kleine BMP Wahlabkommen mit den Nationalliberalen Südbayerns und der Deutschen Volkspartei in der Pfalz¹⁷⁰⁾. Von insgesamt 3 430 918 abgegebenen Stimmen entfielen auf die BMP nur 106 378 (3,1%). Die südbayerischen Nationalliberalen hatten 11 202 und die Deutsche Volkspartei der Pfalz 79 238 Stimmen erhalten. Die BMP zog danach mit 5, die DVP der Pfalz mit 4 Abgeordneten in den Landtag ein. Unter der Führung Prof. Hilperts bildeten beide zusammen dessen zweitkleinste Fraktion.

Dieses Bild änderte sich bei den nächsten Landtagswahlen am 6. Juni 1920 recht erheblich. Der Anteil der BMP an der Gesamtzahl der abgegebenen gül-

tigen Stimmen erhöhte sich auf 13,5%; nach der Bayerischen Volkspartei (39,4%) und den Mehrheitssozialisten (16,4%) stand sie nun an dritter Stelle und konnte 20 Abgeordnete in den Landtag entsenden. In dem gleichzeitig gewählten Reichstag war sie durch vier Abgeordnete vertreten.

Unter der Führung des Ministerpräsidenten Gustav von Kahr (Bayerische Volkspartei) bildete sich mit Zweidrittelmehrheit eine „sozialistenfreie“ Koalitionsregierung aller bürgerlichen Fraktionen, in der die BMP für Dr. Christian Roth das politisch wichtige Justizministerium erhielt¹⁷¹). Sie hatte dadurch zwar ihren äußeren Höhepunkt erreicht, war aber gleichzeitig gezwungen, durch die Anerkennung des Koalitionsprogrammes manche weitergehenden parteipolitischen Forderungen aus taktischen Gründen zurückzustellen.

In den Tagen des Kapp-Putsches und den folgenden Wochen wurden dann über den Anschluß der BMP an die DNVP bindende Abmachungen getroffen. Ein Vertrag regelte die organisatorischen Beziehungen und die Beteiligung der BMP an den Organen der Reichspartei. Er gestand ihr für die Reichstagswahlen einen Reichslistensitz innerhalb der ersten zehn Sitze zu und bestimmte auch, daß die Selbständigkeit der BMP, die aus praktischen Erwägungen vorerst ihren alten Namen beibehielt, in allen bayerischen Angelegenheiten weiterhin gewährleistet sein sollte. Dieser „Staatsvertrag“, wie man ihn in Parteikreisen nannte, wurde dann vom zweiten Parteitag der BMP am 7. April 1920 in Nürnberg einstimmig bestätigt. Als äußeres Zeichen für die Festigkeit der Vereinigung wurde der dritte Reichsparteitag der DNVP vom 31. August bis 4. September 1921 in München abgehalten und Prof. Hilpert mit einem Hauptreferat „Unsere Partei in Bayern“ beauftragt. Der Vertrag von 1920 bildete auf Jahre hinaus die Richtschnur für das Verhältnis der Deutschnationalen Bayerns zur Reichsorganisation. Ihre weitgehende Selbständigkeit wurde nicht angetastet. Erst unter Hugenberg's Führung änderten sich nach 1928 als Folge der von ihm geforderten stärkeren Betonung des Führergedankens die Beziehungen zugunsten einer strafferen Zentralisation.

5. Kapitel: Die rechtsstehende Presse

Die politische Strukturänderung Deutschlands hatte die Presse zu einem der entscheidenden Faktoren der politischen Willensbildung gemacht. Dieser Wandel wurde von der DNVP nur allmählich begriffen, letzte Konsequenzen wurden sogar erst sehr spät unter der Parteiführung Hugenberg's nach 1928 gezogen. In den ersten Jahren ihres Bestehens verfügte die DNVP nicht einmal über ein offizielles Parteiorgan, dessen sie sich zur Unterstützung und Rechtfertigung ihrer politischen Linie bedienen konnte. Rechtsstehende Blätter, wie die Kreuzzeitung, die Deutsche Tageszeitung, die Deutsche Zeitung und die Scherl-Presse, bewahrten gegenüber der Partei ihre Selbständigkeit und nahmen oft zu Entscheidungen der Parteileitung und der Fraktionen kritisch Stellung.

Sie machten sich auch häufig zum Sprachrohr bestimmter politischer Richtungen und sozialer Gruppen innerhalb der DNVP, so daß Parteimitglieder und Wählerschaft in den Streit der Meinungen hineingezogen wurden und das Vertrauen in eine große Parteikonzeption manchen Stoß erlitt¹⁷²).

a) Zeitungen

Die „*Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung*“ (NPZ) war 1848 zur Abwehr liberaler Zeitströmungen gegründet worden und trug am Kopf die 1918 nur vorübergehend entfernte Devise „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland“. Sie war stets der Sammelpunkt altpreußischer konservativer Kräfte gewesen.

Auch nach der November-Revolution 1918 bewahrte die Kreuzzeitung weiterhin ihre besondere konservative Auffassung. Die Umwandlung in ein deutschnationales Parteiorgan war ausgeschlossen, die Redaktionsmitglieder wurden vielmehr vom Aufsichtsrat verpflichtet, den bisherigen Kurs eines selbständigen konservativen Blattes preußischer Prägung beizubehalten. Ein von Heydebrand und Graf Westarp gemeinsam entworfener Beschluß der Gesellschafter-Versammlung vom 17. September 1919 gab die politische Richtlinie für die weitere Haltung an¹⁷³):

„... Die Kreuzzeitung ist nach ihrer ganzen Geschichte und Tradition berufen, ein nach jeder Richtung hin selbständiges, auf ausgesprochen christlicher Grundlage ruhendes konservatives Organ monarchischer, autoritärer und aristokratischer Natur zu sein und zu bleiben. Sie hat sich dem gerechten Ausgleich zwischen Besitz und Arbeit gleichmäßig zu widmen, unter tatkräftiger Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen. Der konservative Geist muß in der gesamten Haltung, persönlichen Führung und Mitarbeit sowie in der geschäftlichen Gebarung des Blattes zum Ausdruck gelangen, insbesondere auch unabhängig davon, wie sich etwa das Verhältnis zwischen der Konservativen Partei und der Deutschnationalen Volkspartei, deren Unterstützung nach wie vor ein konservatives Interesse bildet, gestalten mag ...“

In Ausführung dieses Beschlusses hat die Kreuzzeitung dann stets der DNVP nahegestanden, ohne sich jedoch mit ihr zu identifizieren und ohne sich das Recht nehmen zu lassen, gelegentliche Kritik an Einzelmaßnahmen der Partei zu üben.

Die Chefredaktion lag seit 1913 in den Händen von Georg Foertsch, der während des Krieges als Mitarbeiter des Kriegspresseamtes Erfahrungen und Beziehungen erworben hatte. Seine Ersetzung durch den Grafen Westarp war Anfang 1919 von Heydebrand ernsthaft erwogen, später aber wegen politischer und technischer Bedenken wieder fallengelassen worden¹⁷⁴). Statt dessen übernahm auf Beschluß des Aufsichtsrates Graf Westarp ab Dezember 1919 außer der von ihm verantwortlich herausgegebenen innenpolitischen Wochenschau¹⁷⁵) neben Foertsch auch die „leitende Mitarbeit an der politischen Gesamthaltung des Blattes“.¹⁷⁶) Als dritter prominenter Mitarbeiter, insbesondere für außenpolitische Fragen, trat der Berliner Historiker Prof. Dr. Otto Hoetzsch, ein ausgezeichnete(r) Rußlandkenner, hinzu.

Die finanzielle Lage der Kreuzzeitung war niemals besonders gut gewesen, vom Jahre 1921 ab konnte sie sich als Folge der durch Lohnkämpfe und Steigen des Papierpreises bedingten Erhöhung der Anzeigen- und Bezugspreise, der zu einem allmählichen Abonentenschwund führte, nur noch mühsam „durchschleppen“¹⁷⁷). Da sie sich auch nicht wie Scherl, Mosse oder Ullstein an eine „Inseratenplantage“ anlehnen oder von einem größeren Verlags- oder Druckereigeschäft gehalten werden konnte, war sie sehr häufig auf Zuschüsse der Wirtschaft angewiesen.

Ihre Leserzahl in der Reichshauptstadt war nur gering, zumal sie auch von den meisten Straßenhändlern nicht geführt wurde¹⁷⁸). In ihrer regionalen Verbreitung blieb sie fast ausschließlich auf Preußen beschränkt, wo sie, die sich selbst in einer Ankündigung¹⁷⁹) als „traditionelle Tageslektüre der deutschen Aristokratie und der auserlesenen Gesellschaftskreise in Stadt und Land, Großgrundbesitzer, führender Köpfe der Wirtschaft und Wissenschaft“ bezeichnete, vorwiegend vom grundbesitzenden Adel, von Offizieren, höheren Beamten und Pastoren gelesen wurde. Ihre Auflagenhöhe wird wohl sehr selten die Zahl 6000 überstiegen haben¹⁸⁰), ihre Wirkung im konservativ-traditionellen Sinne war aber zweifellos wesentlich größer, als diese niedrige Auflage es vermuten läßt.

Die „*Deutsche Tageszeitung*“ (DTZ) war im Sommer 1894 in enger Anlehnung an den „Bund der Landwirte“ als „Kampfblatt der Landwirtschaft“ gegründet worden, war aber stets — wenn auch meist erfolglos — bestrebt, nicht als ein einseitig agrarisch orientiertes Blatt oder als ein Organ des Bundes der Landwirte zu gelten. Sie war monarchistisch, christlich und betont antisemitisch¹⁸¹) eingestellt und wollte mithelfen, „den internationalen, wuchernden Kapitalismus“ und die „vaterlandslose, hetzende Sozialdemokratie“ zu bekämpfen¹⁸²). Diese Haltung wurde nach der November-Revolution noch gesteigert: durch unablässige Kritik wollte sie dahin wirken, daß „eines Tages der ganze revolutionäre Spuk möglichst wieder von der Bildfläche verschwindet“¹⁸³).

Der größte Teil ihrer Leserschaft gehörte agrarischen Kreisen an, unter ihnen waren vor allem Großgrundbesitzer und Großbauern. Vielfach wurde sie auch in Offizierskreisen und von jenen akademisch Gebildeten, die entweder vom Lande stammten oder in enger Verbindung mit der Landwirtschaft standen, gehalten. Die schon bei der Gründung ausgesprochene Hoffnung, auch im städtischen Gewerbe Bezieher zu gewinnen, erfüllte sich dagegen nicht. Ihr Absatzgebiet war fast ausschließlich Ost-, Nord- und Mitteldeutschland, während sie in West- und Süddeutschland nur vereinzelt auftauchte¹⁸⁴).

Die Deutsche Tageszeitung blieb auch in der Nachkriegszeit, jetzt in Anlehnung an den Reichslandbund, im Besitz führender landwirtschaftlicher Kreise. Ihre Aktionäre waren fast ausschließlich Großagrarien. Sie stand, solange der Reichslandbund politisch mit der DNVP ging, dieser nahe, ohne jedoch je den Anspruch zu erheben, offizielles Parteiorgan zu sein. In gewisser Hinsicht

konnte sie als „das Sprachrohr des sogenannten realpolitischen Flügels der Deutschnationalen“ gelten¹⁸⁵).

Wirtschaftliche Schwierigkeiten traten in den ersten Nachkriegsjahren bei der DTZ kaum auf. Erst mit der fortschreitenden Inflation geriet auch sie in eine Notlage, die wiederholte Sanierungsaktionen erforderte. Es kam hinzu, daß außer dem Rückgang der Abonnentenzahlen eine starke Abwanderung der landwirtschaftlichen Anzeigen zugunsten der zumeist erst neu gegründeten Organe der Landbünde in der Provinz erfolgte und der „Reichslandbund“ nicht in dem Maße die Zeitung unterstützte wie einst der alte „Bund der Landwirte“. Wie die meisten Rechtsblätter wurde auch die DTZ ein Zuschußunternehmen. Eine Änderung trat erst wieder ein, als es gelang, die 1905 gegründete Druckerei zu einem Großunternehmen auszubauen, dessen Gewinne zur Finanzierung der Zeitung dienten¹⁸⁶). Die wirtschaftliche Basis blieb aber trotzdem weiterhin recht schmal.

Die Auflagenhöhe hatte in den ersten Jahren nach der Gründung 33 000 betragen. Nach einem Anstieg während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren sank sie dann von 42 000 im Jahre 1923 auf 18 000 im Jahre 1933 beständig ab¹⁸⁷).

Die „*Deutsche Zeitung*“ (DZ) war sowohl den Besitzverhältnissen als auch ihrer ganzen Struktur nach „ein Kind des Alldeutschen Verbandes“¹⁸⁸). Seinen Zielen gemäß waren die Förderung des großdeutschen Gedankens, das Eintreten für die monarchische Staatsform, bei wohlwollender Behandlung Wilhelms II., und die Betonung preußischer Staats- und Lebensauffassungen ihre besonderen publizistischen Anliegen.

Ihr Hauptschriftleiter war anfänglich Reinhold Wulle¹⁸⁹), dann bis zum Sommer 1924 Dr. Max Maurenbrecher¹⁹⁰). Nach dessen Ausscheiden nahm der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Justizrat Heinrich Class¹⁹¹), jedoch ohne fest umrissene Aufgabe, direkten Einfluß auf den Gang der Redaktionsgeschäfte. Er ließ sich über alle Vorgänge unterrichten, leitete die tägliche Konferenz und erteilte allgemeine und auch ins einzelne gehende Direktiven. Artikel von ihm erschienen nur bei außergewöhnlichen Anlässen und dann ohne Namensnennung¹⁹²).

Wirtschaftspolitisch vertrat die DZ unter der redaktionellen Verantwortung von Dr. Fritz Nonnenbruch eine „die offizielle Reparationspolitik scharf ablehnende, im Innern entschieden antimarxistische, klassenkampffeindliche und privatwirtschaftliche Richtung“¹⁹³).

Innerhalb der DNVP stand die Zeitung naturgemäß deren völkischem Flügel besonders nahe, nahm aber häufig einen gesonderten Standpunkt ein. Ihr Verhältnis zur Parteiführung war, solange diese unter dem Einfluß von Hergt und Schiele stand, „mitunter ausgesprochen kühl“. Graf Westarp stand sie „freundlich“, Hugenberg „unterstützend und fördernd“ gegenüber¹⁹⁴). Nach dem Austritt der Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft auf dem Görlitzer

Parteitag 1922 hatte von Graefe versucht, die DZ für die Deutschvölkische Freiheitspartei zu gewinnen. Es war jedoch zwischen ihm und Class zu keiner Einigung gekommen, so daß sie auch weiterhin als offizielles Organ des Alldeutschen Verbandes dem völkischen Flügel der DNVP, der unter dem Einfluß von Prof. von Freytagh-Loringhoven die Abspaltung von Görlitz nicht mitgemacht hatte, nahe blieb.

In ihren Leserkreis gehörten vor allem Mitglieder und Freunde des Alldeutschen Verbandes. Es waren im wesentlichen der gehobene Mittelstand, Akademiker, ehemalige Offiziere, kleine bis mittlere Industrielle, aber auch Handwerker und Bauern. Ihre hauptsächlichlichen Verbreitungsgebiete waren außer dem Erscheinungsort Berlin, wo sie täglich mit einer Morgen- und einer Abendausgabe herauskam, das Ruhrgebiet, Sachsen (besonders das Vogtland), Teile von Mecklenburg, Pommern und Schlesien. Die Auflage war nicht besonders groß, nur in den ersten Nachkriegsjahren betrug sie rund 40000, fiel dann erheblich ab, so daß sie „nur selten ein gutes Geschäft“ war¹⁹⁵).

In der Reihe der Massenblätter der Reichshauptstadt stand der „*Berliner Lokalanzeiger*“ der DNVP nahe. Er bezeichnete sich zwar selbst als „überparteilich“, war aber doch durch den zum Hugenberg-Konzern¹⁹⁶) gehörenden August-Scherl-Verlag politisch gebunden. Er erschien in einer Morgen- und einer Abendausgabe, von denen jede im Durchschnitt eine Auflage von rund 200 000 bis 250 000 erreichte, und wurde von etwa 15 bis 18% aller Berliner Haushaltungen gelesen. Rund ein Viertel der Auflage wurde im Straßenhandel abgesetzt. Da die Leser vor allem Angehörige des Kleinbürgertums und des politisch leichtgläubigen Mittelstandes waren, spielte der Lokalanzeiger als Instrument der Hugenberg-Richtung der DNVP eine erhebliche Rolle. Sein Chefredakteur Friedrich Husong gehörte zu den führenden politischen Publizisten Deutschlands.

Ein völlig anderes Gesicht als der „Lokalanzeiger“ hatte die gleichfalls im Scherlverlag erscheinende Zeitung „*Der Tag*“, in der im Frühjahr 1920 die frühere freikonservative, nach 1918 der DNVP nahestehende „*Post*“ aufgegangen war. „*Der Tag*“ stand dem Parteivorsitzenden Hergt nahe und nahm gelegentlich Artikel von ihm auf, war aber trotzdem nicht das politische Sprachrohr der Parteileitung. Er wandte sich in erster Linie an die Intellektuellen und hatte demzufolge nur einen verhältnismäßig kleinen Leserkreis.

Auch in der Provinz gab es keine offiziellen deutschnationalen Parteiorgane, ein großer Teil ihrer Presse wurde jedoch von Dr. Hugenberg auf verschiedenste Art beeinflußt oder kontrolliert.

Die zu seinem Konzern gehörende Vera-Verlagsanstalt G.m.b.H. war 1917 als Beratungs- und Revisionsgesellschaft für notleidende Provinzblätter gegründet worden, hatte sich aber im Laufe der Jahre zu einer finanziellen Dachorganisation entwickelt. Sie wurde in der Inflationszeit ergänzt durch eine „Zeitungsbank“ mit dem Namen „Mutuum-Darlehns-AG“, die sich die Sanierung wirt-

schaftlich bedrohter Organe zur Aufgabe machte. Auf dem Wege über die finanzielle Beteiligung war es Hugenberg somit leicht möglich, bestimmenden Einfluß auf die politische Haltung aller dieser Zeitungen zu gewinnen.

Als besonders wirksames Instrument schuf sich der Hugenberg-Konzern unter dem Namen „Wirtschaftsstelle der Provinzpresse“ (Wipro) am 6. September 1922 einen Materndienst für aktuelle Leitartikel, politische Nachrichten und Kommentare, Feuilleton usw., der es den Provinzdruckereien mit Hilfe einer gewöhnlichen Metallgießmaschine ohne die Inanspruchnahme eines Setzers an die Hand gab, sich auf bequeme Art ihre Druckplatten herzustellen. Über diesen Materndienst war es naturgemäß recht einfach, durch einseitige Kommentare und geschickte Unterdrückung unliebsamer Ereignisse und Tatsachen einen erheblichen politischen Einfluß auszuüben.

b) Die Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle

Die Überführung der 1917 gegründeten „Konservativen Schriftenvertriebsstelle G.m.b.H.“ war eine der ersten Hilfeleistungen der Deutschkonservativen für die neugegründete DNVP. Der Aufbau der neuen Partei und vor allem der Wahlkampf für die Nationalversammlung wurden dadurch publizistisch unterstützt.

Aufgabe der „Deutschnationalen Schriftenvertriebsstelle“ war die Drucklegung und der Vertrieb von Büchern, Zeitschriften, Broschüren und Flugblättern, die der politischen Zielsetzung und den Agitationszwecken der Partei dienten. Herausgegeben wurden u. a. Jahrbücher und Taschenbücher der DNVP, Deutschnationale Rednerführer, Organisationshandbücher, die Schriftenreihen „Deutschnationale Politik“ und „Deutschnationale Parlamentsreden“, „Staatspolitische Aufklärungsschriften“, Vortragsentwürfe, Handzettel u. a.

Nach dem Bericht der Hauptgeschäftsstelle wurden bis zum Juni 1919 bereits 63 Flugblätter herausgegeben, von denen allein 30 eine Auflagenhöhe von 200 000 und mehr erreichten¹⁹⁷). Im gleichen Zeitraum erschienen außerdem 19 Broschüren mit einer Gesamtauflage von 611 000¹⁹⁸), drei Vortragsunterlagen (Gesamtauflage 9000), fünf deutschnationale Parlamentsreden¹⁹⁹) und zwei Hefte der Reihe „Deutschnationale Politik“. Die gleiche Rührigkeit wurde auch später bewiesen.

Die Leitung hatten das Geschäftsführende Vorstandsmitglied Graef (Anklam) und der Hauptgeschäftsführer und spätere Politische Beauftragte der DNVP, Hans Erdmann von Lindeiner-Wildau, gemeinsam inne. Dem Parteivorsitzenden Hergt stand das Recht der „Oberentscheidung“ zu²⁰⁰). Später nahm Dr. Max Weiß, der Hauptgeschäftsführer der Partei, immer stärkeren Einfluß auf die Arbeit der Schriftenvertriebsstelle. Die Mitarbeiter waren vor allem die Fraktionsmitglieder, daneben aber auch eine Anzahl deutschnationaler Journalisten²⁰¹).

Im Wahlkampf wurden die Schriften gelegentlich kostenlos versandt, in der Regel mußten sie jedoch von den Landesverbänden, Kreisvereinen oder

Ortsgruppen bezahlt werden²⁰²). Die Kosten waren jeweils so bemessen, daß die „finanziell unabhängige“²⁰³ Schriftenvertriebsstelle sich dadurch selbst tragen²⁰⁴) und die Kosten für das ständige Personal von 5 bis 6 Angestellten, die in ruhigen Zeiten „nicht immer zu tun hatten, die aber durchgeschleppt werden mußten, um den Betrieb während der Wahl schlagkräftig zu haben“²⁰⁵), bestreiten konnte²⁰⁶).

Die von der Deutschnationalen Schriftenvertriebsstelle herausgegebenen Zeitschriften erreichten nur eine geringe Auflagenhöhe und konnten sich auf die Dauer nicht halten. Als Verbindungsorgan zwischen der Parteileitung und den Unterorganisationen erschien ab April 1919 das Blatt „Unsere Partei“, das allen Landesverbänden, Kreisvereinen und Ortsgruppen kostenlos zuzuging. Obwohl es sehr wesentlich zur Vereinheitlichung der Organisationsarbeit beitrug, mußte es nach 41 Nummern im Dezember 1921 sein Erscheinen wieder einstellen. Das gleiche Schicksal hatte die ebenfalls ab April 1919 erscheinende Zeitschrift „Deutsches Wollen. Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei.“ Sie war als Bindeglied zwischen Parteizentrale und Mitgliedern gedacht und sollte gleichzeitig politisch werbend wirken. Auch die Auflegung von Abonnements und ein Inseratenteil machten sie nicht lebensfähig, so daß sie schon am 1. Juli 1920 wieder einging.

Herausgegeben wurde ferner als parteiamtliche Information für die Presse bereits ab Dezember 1918 die „Deutschnationale Korrespondenz“. Sie wurde als Manuskript gedruckt und erschien sechsmal wöchentlich. Ihre Auflagenziffer war jedoch nur sehr gering, so daß teilweise auch die der Partei nahestehenden Zeitungen über ihre Existenz nicht unterrichtet waren²⁰⁷).

Aufgabe der Pressestelle der Partei, die als Abteilung der Hauptgeschäftsführung arbeitete, war die Verbindung zu den den Deutschnationalen nahestehenden Zeitungen. Sie betreute zu diesem Zweck die „Korrespondenz“ und vermittelte durch die der DNVP nahestehende „Telegraphen-Union“ und deren verschiedene Korrespondenzen (Hugenberg-Konzern) Nachrichtenmaterial, Artikel und Notizen. Für kleinere Zeitungen erschien die Parteikorrespondenz auch gematert. Die Pressestelle stand dafür mit der „Wipro“ in guter Verbindung, wie sie auch andererseits auf finanzieller Basis Kontakt mit der ebenfalls zum Hugenberg-Konzern gehörenden „Mutuum-A.G.“ hatte. Der immer stärker werdende Einfluß Hugensbergs auf die gesamte Pressepolitik der Partei kündigte sich durch diese wirtschaftlichen und redaktionellen Verflechtungen recht deutlich an. Er festigte sich vor allem im Zuge der Währungsstabilisierung, als es seinem Konzern gelang, eine große Anzahl der durch die Inflation betroffenen Lokal- und Provinzzeitungen zu sanieren und damit ein Abhängigkeitsverhältnis herzustellen. Wie sehr die deutschnationale Parteiführung mit ihm zusammenarbeitete, zeigt eine streng vertrauliche Mitteilung des Politischen Beauftragten des Parteivorstandes, von Lindeiner-Wildau, vom 19. November 1923 an die Vorsitzenden der Landesverbände, in der es heißt:

„. . . Aller Voraussicht nach steht zur Zeit Kapital für Beteiligung an innerlich gesunden Unternehmungen in ausreichendem Maße zur Verfügung. Es ist daher jetzt Sache unserer Parteifreunde, an allen Orten Umschau zu halten nach solchen Objekten, die unter dem Druck eines nicht zu befriedigenden Kapitalbedarfes von Schwierigkeiten bedroht sind und deren Inhaber unter diesem Druck zum Verkauf ihrer Unternehmung oder zur Hereinnahme von Beteiligungen geneigt sind.

Ich richte daher auch an Sie die Bitte, Ihr Interesse in dieser Richtung mit besonderem Eifer anzuspannen. Eile tut aus den oben dargelegten Gründen Not. Ich bitte also, diese Ausführungen nicht als gelegentlich realisierbare Anregungen, sondern als dringende Angelegenheit des Parteiinteresses zu betrachten.

Selbstverständlich liegt uns nicht daran, die bereitgestellten Gelder in wertlosen und nicht mehr lebensfähigen Objekten zu verzetteln. Wesentlich muß daher das Augenmerk darauf gerichtet sein, daß eine relativ gute Auflage der betreffenden Zeitung wirtschaftlich und politisch unsere Bemühungen rechtfertigt. Unerläßlich ist ferner, daß mit dem Zeitungsverlag ein technisch gut erhaltener Betrieb mit entsprechendem Warenlager verbunden ist.

Ich darf voraussetzen, daß, wenn durch Namhaftmachung des betreffenden Objektes durch Sie und klare Darlegung der für den Erwerb sprechenden Verhältnisse bei unseren maßgebenden Stellen Interesse erweckt wird, Sie uns für die einleitende Arbeit (Anknüpfung der Beziehungen, Beschaffung der Unterlagen etc.) freundlichst auch weiter zur Verfügung stehen. Endlich bitte ich dringend, alle derartigen Pläne und Aussichten nach jeder Richtung streng vertraulich zu behandeln. Aus einer Reihe von früheren Fällen haben wir die Erfahrung machen müssen, daß wertvolle Objekte durch Unvorsichtigkeit oder durch Besprechung in zu großen Kreisen bekannt wurden . . .“

c) Rechtsorientierte Zeitschriften

Bereits im Frühjahr 1919 wurden zwischen dem Parteivorsitzenden Hergt und D. Traub Verhandlungen über die Herausgabe einer Zeitschrift mit bedeutender publizistischer Wirksamkeit geführt²⁰⁸). Graf Westarp legte dabei „alles Gewicht“ darauf, „daß die sogenannte ‚Herrenhausgruppe‘ . . . durch regelmäßige schriftstellerische Beiträge vertreten“ sein müsse²⁰⁹). Und Traub glaubte, „daß die Richtlinien für die neue Zeitschrift durch den Geist der alten ‚Eisernen Blätter‘ am besten gewährleistet sei“²¹⁰). So konnten bereits Ende Mai 1919, nachdem die nötigen finanziellen Regelungen getroffen worden waren²¹¹), weitere Kreise von der Gründung einer solchen Wochenschrift unterrichtet werden. Graf Westarp bat D. Traub allerdings, von seiner Person als Mitherausgeber absehen zu wollen, „weil er sich verpflichtet halte, zur Zeit in der nach außen hin hervortretenden Betätigung sich eine gewisse Zurückhaltung aufzuerlegen“²¹²).

Die neuen „Eisernen Blätter“ erschienen dann ab 1. Juli 1919 „im Einverständnis mit der Leitung der Deutschnationalen Volkspartei“²¹³). Ihre besonderen Aufgaben hatten sie in einer Mitteilung an rechtsstehende Kreise näher umrissen. Darin heißt es u. a.:

„. . . Wir bekämpfen die marktschreierische Anpreisung der ‚neuen Zeit‘ und ihrer Ideen. Wir kleben nicht am Alten um des Alten willen, aber wir verachten es nicht,

weil es alt ist, und sind glücklich in Dankbarkeit, in Treue gegen unsere großen Führer. Wir bekämpfen die nationale Würdelosigkeit und die internationale Verführung. Gerade in unserer Zeit der Not und Traurigkeit wollen wir ein stolzes Geschlecht heranziehen, das sich seines deutschen Namens nicht schämt . . .

Eine Schuld besonders wollen wir begleichen: Deutschland hat seiner deutschen Brüder im Ausland zu wenig gedacht. Wir wollen mit ihnen leiden und kämpfen. Diesem Zweck soll die neue Wochenschrift dienen mit einer regelmäßigen Wochenschau mit Mitteilungen aus dem deutschen Ausland . . .²¹⁴⁾“

Die Auflagenziffer war nicht sehr hoch²¹⁵⁾; es gelang D. Traub jedoch, die Zeitschrift während der ganzen Jahre der Weimarer Republik hindurch zu halten.

Andere rechtsstehende Zeitschriften, die in ihrer Wirksamkeit und Auflagenziffer die „Eisernen Blätter“ nicht erreichten, waren die alldeutsch orientierte Münchener Monatsschrift „Deutschlands Erneuerung“ (herausgegeben von Heinrich Class, Dr. Paul Bang u. a.)²¹⁶⁾ und die dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband nahestehende kulturpolitische Hamburger Monatsschrift „Deutsches Volkstum“ (herausgegeben von Wilhelm Stapel u. A. E. Günther).

II. Teil

Die Entwicklung der DNVP bis zur Stabilisierung der Weimarer Republik

Abschnitt A: Die Deutschnationale Volkspartei und der Kapp-Putsch

Bereits die Vorgänge um die Gründung und die erste Zeit der Parteiarbeit hatten deutlich werden lassen, daß in der DNVP ein gemäßigter mit einem radikalen Flügel um die Führung ringen würde. Der eine Teil der Mitglieder wollte in ihr die Organisation der Gegenrevolution sehen, die sich allen demokratischen Tendenzen der „gottverfluchten und verdamnten Republik“²¹⁷⁾ zu widersetzen hatte, der andere Teil trachtete danach, Einfluß auf die Regierungspolitik zu gewinnen²¹⁸⁾, um den Staat im restaurativen Sinne wieder umzugestalten. Die „Scheidung der Geister“ vollzog sich schon bei den Diskussionen, die wegen der Haltung der Partei zu praktischen Fragen der Politik geführt werden mußten²¹⁹⁾.

Die Parteileitung und der vorwiegend aus früheren Freikonservativen, Christlichsozialen und einigen Deutschkonservativen bestehende gemäßigte Flügel, vor allem repräsentiert durch Vertreter der vorrevolutionären Ministerialbürokratie wie Hergt, Delbrück, Posadowsky, Helfferich, Düringer und Wallraf, versuchten, ohne jedoch aus ihrer antidemokratischen Haltung einen Hehl zu machen, auf dem Boden der Republik die politische Mitarbeit der DNVP sicherzustellen. Eine einheitliche Haltung der ganzen Partei war jedoch nicht zu erreichen, da die Minorität der „Grundsatztreuen“, zu der auch Freytagh-Loringhoven gehörte, immer stärker an die Spitze drängte und die Entscheidungen bald beeinflusste. Trotz aller Legalitätsbeteuerungen blieb die DNVP innerlich gespalten und mußte daher stets zwischen dem Wunsch nach praktischer Mitarbeit und dem Grundsatz prinzipieller Opposition hin und her schwanken — eine Zwiespältigkeit, die zeit ihres Bestehens nicht überwunden wurde.

a) Die Vorbereitung des Putsches

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands in den ersten Nachkriegsjahren entwickelte sich außerordentlich ungünstig. Die fortschreitende Geldentwertung steigerte die Unzufriedenheit. Die hiervon besonders betroffenen Mittelschichten sehnten sich daher nach der Vorkriegszeit zurück und suchten die Ursachen ihrer Verarmung in der neuen republikanischen Ordnung, die sich ihrer Meinung nach unfähig zeigte, im Lande für Ruhe, Sicherheit und wirtschaftliches Wohlergehen zu sorgen²²⁰⁾. Es kam hinzu, daß die von den Alliierten geforderte

Verminderung der Reichswehr und die Auflösung der Freikorps in einem Augenblick, da die deutschen Ostprovinzen vom Bolschewismus bedroht schienen, besondere Unruhe sowohl in militärischen Kreisen als auch beim ostelbischen Grundbesitz hervorriefen. Es lag daher nahe, durch einen Militärputsch eine radikale Änderung der Verhältnisse herbeizuführen.

Führer der Verschwörung waren der schon im Weltkrieg als Mitgründer der „Vaterlandspartei“ hervorgetretene ostpreußische Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp²²¹) und der Kommandierende General des Berliner Gruppenkommandos Freiherr von Lüttwitz²²²). Die Wiederherstellung der alten Rechtsordnung, Wahlen zum Reichstag, die Bildung einer Regierung von Fachministern, Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk und der Schutz der Ostgrenze vor dem Bolschewismus waren das Programm, mit dem Kapp Alldeutsche, frühere Vaterlandsparteiler und Mitglieder der Rechtsparteien, besonders des radikalen Flügels der DNVP, um sich zu sammeln versuchte, während Lüttwitz sich vornehmlich auf die Formationen der ehemaligen Baltikum-Kämpfer stützte, die durch die Auflösung der Freikorps ihre Existenzberechtigung zu verlieren fürchteten.

Die Umsturzpläne nahmen im Laufe des Jahres 1919 festere Gestalt an. Sie wurden vorbereitet durch einen engeren Kreis um Kapp und durch die unter Führung von Oberst Bauer und Hauptmann Pabst²²³) stehende „Nationale Vereinigung“²²⁴). Diese hatte überall im Lande unter der Leitung von Vertrauensmännern Kapps stehende Zellen gebildet, die sich organisatorisch und agitatorisch betätigten. In den Provinzen, besonders im Osten, wurden darüber hinaus Vertreter der DNVP oder Persönlichkeiten, die ihr politisch nahestanden, mit der Bildung von Organisationen zur Vorbereitung eines Staatsstreiches beauftragt²²⁵). Die Spitze dieser Verschwörung bildete ein kleiner Kreis, dem Kapp, Ludendorff, Graf Westarp²²⁶) und „ein von Wangenheim besonders hochgeschätzter Oberverwaltungsgerichtsrat, früherer Oberpräsidialrat, den ich später aus den Augen verloren habe“²²⁷), angehörten. Dieser Ausschuß sollte „das Unternehmen politisch vorbereiten“ und nahm „mit deutscher Gründlichkeit ein Programm für Gesetzgebung und Verwaltung in Angriff“²²⁸). Über seine Tätigkeit bekennt Graf Westarp späterhin:

„... Wir prüften mit Eifer, was der Diktator tun sollte, nachdem er an die Macht gelangt war, auch die Personalien der zu ernennenden Minister, Oberpräsidenten usw. haben wohl auf unserem Arbeitsprogramm gestanden. Kapp selbst berichtet, daß er mit diesen Vorbereitungen noch nicht fertig gewesen sei, als von Lüttwitz losschlug. Daran, daß wir die Voraussetzungen für das Gelingen des Staatsstreiches erörtert hätten, erinnere ich mich nicht ...“²²⁹).

Maßgeblichen Einfluß auf die Vorbereitungen des Putsches nahm zweifellos General Ludendorff²³⁰), obwohl seine direkte Teilnahme vor der Öffentlichkeit später immer wieder abgeleugnet wurde.

Die gründlichsten Vorbereitungen für den geplanten Umsturz wurden, wenn auch unter großen Schwierigkeiten und nicht sehr erfolgversprechend, in Ost-

preußen und Schlesien²³¹) getroffen. Die engeren Mitarbeiter wurden wiederholt nach Berlin zu Besprechungen mit Kapp oder Hauptmann Pabst gebeten²³²). Es war aber von vornherein ein „schwacher Punkt“, daß Pabst es stets ablehnte, eine Koordinierung der beteiligten zivilen und militärischen Stellen herbeizuführen²³³).

Schon Tage vor der Durchführung des Putsches wurde bei den aufzulösenden Freikorps und Teilen der Reichswehr eine lebhafte Erregung festgestellt²³⁴). Während eines Empfanges bei Reichspräsident Ebert und Reichswehrminister Noske stellte Lüttwitz dann plötzlich politische Forderungen, vor allem eine Aufhebung des Auflösungsbefehls für die Marinebrigade Ehrhardt. Daraufhin wurde Lüttwitz sofort abgesetzt und gegen Kapp, Oberst Bauer, Hauptmann Pabst, Kapitän Ehrhardt u. a. Haftbefehl erlassen. Lüttwitz und seine militärischen Mitarbeiter sahen den Zeitpunkt für die sofortige Durchführung des Putsches gekommen, ohne sich vorher mit Kapp und den Vertrauensleuten in den Provinzen zu beraten und ohne daß ein bestimmter Termin, „an dem losgeschlagen werden sollte“, festgesetzt worden war²³⁵).

Die Marinebrigade Ehrhardt, eine Eliteformation, marschierte am 13. März 1920 auf Befehl des Generals von Lüttwitz in Berlin ein. Da Reichswehrminister Noske wegen der Weigerung der Reichswehr, gegen Reichswehr zu kämpfen, über keine Truppen zur Verteidigung der Reichshauptstadt verfügte, waren der Reichspräsident und die Regierung gezwungen, Berlin zu verlassen, um anfänglich von Dresden, dann von Stuttgart aus Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Kapp proklamierte sich zum Reichskanzler, General von Lüttwitz wurde zum militärischen Oberbefehlshaber ernannt. Eine kurze Kundgebung informierte die Öffentlichkeit²³⁶).

b) Die deutschnationale Haltung zum Putsch

Der deutschnationalen Parteileitung war nicht verborgen geblieben, daß sich führende Parteimitglieder an den Vorbereitungen des Putsches beteiligt hatten. Ihrer ganzen Einstellung nach konnte sie einen politischen Umschwung nur begrüßen, weshalb sowohl Kapp als auch Lüttwitz von der DNVP eine aktive Unterstützung ihres Unternehmens erhofften. Der Parteivorstand aber war zu vorsichtig, sich offiziell in Putschvorbereitungen einbeziehen zu lassen, zumal schon sehr früh zu erkennen war, daß es sich nur um eine verhältnismäßig kleine Gruppe politischer Einzelgänger handelte, die von einigen Freikorps, deren Schlagkraft nicht zu übersehen war, gestützt wurde. Es darf ferner nicht vergessen werden, daß die an der Spitze der Partei stehenden früheren Staatsminister und höheren Verwaltungsbeamten für einen „Staatsstreich“ denkbar ungeeignet waren.

Die Parteileitung riet daher zur Vorsicht. Als dann die Umsturzpläne immer festere Gestalt annahmen und nach außen der Eindruck eines Einverständnisses zu befürchten war, suchte ihr Hauptgeschäftsführer, von Lindeiner-Wildau, am

8. März 1920 den Staatskommissar für öffentliche Ruhe und Ordnung, von Berger, auf, um ihn auf die Unruhe in der Reichswehr aufmerksam zu machen. Zweck dieses ungewöhnlichen Schrittes war zweifellos nicht nur, wie Graf Westarp meint²³⁷⁾, eine juristische Erwägung, sondern auch Lindeiner-Wildaus Bestreben, der Partei für den Fall des Mißlingens ein Alibi zu schaffen²³⁸⁾. Ein praktischer Erfolg war diesem Vorstoß zwar nicht beschieden²³⁹⁾, er erregte jedoch „viel Aufsehen und scharfe Kritik innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei“. Ein großer Teil der Parteimitglieder empfand nämlich den Militärputsch „als den sympathischen Anfang einer Wiederherstellung der Monarchie“²⁴⁰⁾.

Zusammen mit dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Dr. Heinze, hatte Hergt vom 4. bis 10. März 1920 mehrere Besprechungen mit Lüttwitz, um ihn von einem „unvorsichtigen Vorgehen“ abzuhalten. Seine abmahnende und ablehnende Haltung²⁴¹⁾ wurde besonders von den ehemaligen Freikonservativen und Christlichsozialen unterstützt, während der größte Teil der ehemaligen Deutschkonservativen und Völkischen²⁴²⁾ eine Militärdiktatur bis zur Wiederherstellung der Monarchie für erstrebenswert hielt.

Als Kapp und Lüttwitz in Berlin die Gewalt übernommen hatten, gab auch die deutschnationale Parteileitung in einer Runddepesche an die Landesverbände der Hoffnung Ausdruck, daß die neue Regierung bald Reichstagswahlen ausschreiben werde, und erklärte sich unter dieser Voraussetzung zu einer Unterstützung bereit²⁴³⁾. Die Landesverbände Ostpreußen und Schlesien stellten sich daraufhin sofort hinter Kapp, mußten aber erleben, daß nach dem Zusammenbruch des Putsches die Depesche ignoriert und sie von der Parteileitung „desavouiert“ wurden²⁴⁴⁾.

c) Die beteiligten Deutschnationalen

Nicht die DNVP in ihrer Gesamtheit, wohl aber eine Anzahl führender Angehöriger ihres rechten Parteiflügels waren aktiv an den Vorbereitungen und der Durchführung des Putsches beteiligt. Die Partei konnte es daher auch verhältnismäßig leicht wagen, sich von den Vorgängen zu distanzieren, blieb aber doch im Urteil der Öffentlichkeit damit belastet und mußte erfahren, daß innerparteiliche Konsequenzen nicht ausblieben.

Wolfgang Kapp, der Führer des Putsches, hatte sich seit 1917 durch die von ihm mitgegründete Vaterlandspartei einen Ruf als Parteipolitiker erworben. Nach der Revolution war er sehr bald der DNVP beigetreten, in der er durch seine vielen personellen Querverbindungen großen Einfluß gewann. In seinen politischen Gesprächen machte er niemals einen Hehl aus seinen Plänen, „die durch die Novemberrevolution geschaffenen Zustände gewaltsam zu beseitigen“, da er die Regierung für unfähig hielt, den drohenden Bolschewismus zu bekämpfen²⁴⁵⁾, und innenpolitisch die von dieser geplante Bodenreform um jeden Preis verhindern wollte. Seine Ansichten wurden von einem großen Teil des

rechten Flügels der Partei rückhaltlos anerkannt. Eine Stütze fand er vor allem bei den ehemals deutschkonservativen Agrariern, denen er auch durch seine Stellung als Generallandschaftsdirektor Ostpreußens nahestand.

Sehr viel stärker, als damals und später in der Öffentlichkeit zugegeben wurde, war Graf Westarp an der Vorbereitung und Durchführung des Putsches beteiligt²⁴⁶). Auch er war von der Unhaltbarkeit der „Mißwirtschaft“ überzeugt, konnte aber im Gegensatz zu Kapps „Draufgängertum“ niemals ganz seine Bedenken gegen die Möglichkeit des Erfolges unterdrücken. Seine Teilnahme an dem engeren Vorbereitungsausschuß wurde bereits erwähnt, ferner hatte er auch mit General von Lüttwitz mehrere Besprechungen. Einer Gewaltanwendung war er grundsätzlich nicht abgeneigt, sofern sie nur Erfolg versprach²⁴⁷). In den letzten Tagen überließ er jedoch die Verantwortung den militärischen Führern²⁴⁸) und war von den Schritten, die Lüttwitz „zum Losschlagen zwingen“ nicht unterrichtet²⁴⁹). Um nach dem Scheitern seine weitere politische Arbeit nicht zu gefährden, versuchte er mit einem gewissen Erfolg, seine Mitbeteiligung zu verschleiern²⁵⁰).

Als Mitglied des Parteivorstandes und Abgeordneter der Nationalversammlung besaß auch Pfarrer D. Traub²⁵¹) großen Einfluß auf Teile der DNVP, während andere ihm sehr ablehnend gegenüberstanden²⁵²). Kapp, der ihn von der gemeinsamen Arbeit im Vorstand der Vaterlandspartei kannte, ernannte ihn zum Kultusminister. Freytag-Loringhoven, der mit seiner Ansicht sicher nicht alleine steht, fand diese Berufung jedoch „wenig glücklich“ und sah in ihr eine der personellen Ungeschicklichkeiten, die das Scheitern des Putsches beschleunigten²⁵³).

Als ein weiterer personeller Fehlgriff mußte die Bestellung des den Deutschen sehr nahestehenden früheren Polizeipräsidenten von Berlin, Dr. Traugott von Jagow²⁵⁴), zum Innenminister angesehen werden. Er, der früher sehr energisch gegen Demonstrationen durchgegriffen und sich dadurch den besonderen Haß der Arbeiter zugezogen hatte, gab sich jetzt „völliger Untätigkeit“ hin²⁵⁵).

Zum Pressechef wurde der frühere Rechtsanwalt Bredereck, der sowohl der DNVP als auch dem „Nationalen Verband deutscher Offiziere“ angehörte, bestellt. Auch er fand keinerlei Beziehungen zu den Kreisen, mit denen er auftragsgemäß Verbindung aufnehmen sollte²⁵⁶).

Ein aktiver Teilnehmer des Putsches war ferner der dem völkisch-alldeutschen Flügel der DNVP angehörende und als Herausgeber der „Naumburger Briefe“ bekannte Schriftsteller Dr. med. Georg Wilhelm Schiele (nicht zu verwechseln mit dem späteren Reichsernährungsminister Martin Schiele-Schollene).

Von Heydebrand war zwar von Graf Westarp ins Vertrauen gezogen worden, stand aber außerhalb des engeren Kreises um Kapp und beteiligte sich, trotz eingehender Kenntnis, weder an den Vorbereitungen noch an der Durchführung des Putsches. Graf Westarp meint, daß er „den Gedanken des Staatsstreiches

als solchen grundsätzlich nicht abgelehnt“ habe, „daß seine Bedenken aber hinsichtlich des Erfolges wohl noch größer waren“ als seine eigenen²⁵⁷).

Unmittelbar oder mittelbar waren über die genannten Persönlichkeiten hinaus noch eine große Anzahl Deutschnationaler des rechten Flügels an dem Unternehmen beteiligt, wie auch aus den Erinnerungen des Grafen Westarp hervorgeht. Scharfe Angriffe nicht nur auf die einzelnen Beteiligten, sondern auch auf die Partei selbst konnten nach dem Scheitern somit nicht ausbleiben.

d) Der Putsch in Schlesien und Ostpreußen

In Schlesien war es als Folge der Berliner Ereignisse den Putschisten noch am gleichen Tage (13. März 1920) ohne Schwierigkeiten möglich, sowohl den Oberpräsidenten Philipp durch den deutschnationalen Abgeordneten in der preußischen Landesversammlung von Kessel-Oberglauche als auch den Kommandierenden General von Friedeburg durch den Generalleutnant Grafen von Schmettow zu ersetzen²⁵⁸). Der Landesverband Mittelschlesien der DNVP stellte sich sofort durch eine Erklärung hinter Kapp²⁵⁹), und der neue Oberpräsident erließ zusammen mit dem neuen Kommandierenden General einen Aufruf an die Bevölkerung, den Umsturz anzuerkennen²⁶⁰). Am Nachmittag marschierten dann drei Freikorps, nämlich die Marinebrigade des Korvettenkapitäns von Loewenfeld und die Truppen der Oberleutnants von Aulock und Paulson in Breslau ein. Sie unterstellten sich dem General Grafen Schmettow und besetzten die militärisch wichtigen Punkte der Stadt. Unterlassen wurde — entgegen den Vorbesprechungen —, die Spitzen der Behörden und die Führer der schlesischen Linksparteien zu verhaften sowie zunächst sämtliche Zeitungen zu verbieten und statt dessen vom Oberpräsidenten im Einvernehmen mit dem Generalkommando ein Nachrichtenblatt herausgeben zu lassen²⁶¹). Dieser Fehler hatte zur Folge, daß am nächsten Tage alle gegnerischen Zeitungen erscheinen und unverhüllt gegen den Putsch Stellung nehmen konnten. In formell einwandfreien Wendungen sagten sie den Zusammenbruch des Unternehmens binnen weniger Tage voraus und warnten gleichzeitig ihre Leser davor, es in irgendeiner Form zu unterstützen.

Schon am zweiten Putschtage boten die Straßen Breslaus „ein sehr unerfreuliches Bild“. Die Innenstadt war „überfüllt von einer drängenden, sich schiebenden Menschenmasse, die uns anscheinend nicht wohlgesinnt war“²⁶²). Schlimmer war noch, „daß die von uns bestimmten Beamten sich mit wenigen Ausnahmen auf ihren Posten nicht einfanden. Sie ließen die ihnen zugegangenen telegrafischen Aufforderungen entweder unbeantwortet oder baten um Aufschub zur vorgängigen Regelung ihrer persönlichen Angelegenheiten.“

Als ungünstige Nachrichten aus Berlin einzutreffen begannen, griff das dort schon herrschende Durcheinander schnell auf Breslau über²⁶³). Bereits am dritten Tage „begann der offene Rückzug“. Zudem machten sich auch bei den Freikorps und der Reichswehr „Zersetzungerscheinungen“ bemerkbar.

Die Mannschaften teilten vielfach ihren Offizieren mit, „daß der Putsch doch augenscheinlich von den Rechtsparteien und zu deren Gunsten in die Wege geleitet sei. Ein solches Unternehmen wünschten sie nicht zu unterstützen²⁶⁴).“

Prof. von Freytagh-Loringhoven hatte sich entschlossen für die Durchführung des Putsches in Schlesien eingesetzt. Er stand in steter Fühlung mit dem neuen Oberpräsidenten von Kessel und dem Kommandierenden General Grafen von Schmettow. Seine Rolle als treibende Kraft konnte somit nicht unbekannt bleiben. Als nun von Berlin Verhandlungen mit den Linksparteien gewünscht wurden, war es nur natürlich, daß die SPD vom Oberpräsidenten forderte, diesem „Vertreter der schlimmsten Reaktion“ ab sofort den Zutritt zum Oberpräsidium und zum Generalkommando zu untersagen. Kessel sah sich nicht mehr in der Lage, diese Forderung abzulehnen²⁶⁵).

Seinen Abschluß fand auch das schlesische Unternehmen, als am 17. März Kapp seinen Rücktritt erklärte und die vollziehende Gewalt an Lüttwitz übertrug, der seinerseits noch am Abend des gleichen Tages seinen Abschied einreichen mußte²⁶⁶).

Wenn auch ohne größere allgemeine politische Folgen, so brachten doch die Vorgänge in Schlesien innerhalb des Landesverbandes eine entscheidende Änderung mit sich. Graf Seidlitz und Freiherr von Freytagh-Loringhoven mußten den Vorsitz des Landesverbandes Mittelschlesien niederlegen und traten, wenigstens vorläufig, politisch in den Hintergrund. Der gesamte Landesvorstand wurde neugewählt, wodurch der bisherige Einfluß der völkisch-alldeutschen Kreise zwar nicht völlig verdrängt, wohl aber wesentlich eingeschränkt wurde²⁶⁷).

Ähnlich wie in Schlesien verlief auch der Putsch in Ostpreußen. Hier war es nicht einmal nötig, die Spitzen der zivilen und der militärischen Gewalt abzulösen und durch neue Männer zu ersetzen. Der sozialdemokratische Oberpräsident August Winnig und Generalleutnant von Estorff stellten sich Kapp zur Verfügung und erkannten in einem Telegramm die neue Regierung an²⁶⁸). Desgleichen bekannte sich ein Teil der ostpreußischen Deutschnationalen ganz offen zum Umsturz²⁶⁹). Aber auch in dieser isolierten Provinz machte sich sehr rasch die Unzulänglichkeit der Vorbereitungen und getroffenen Maßnahmen bemerkbar, der Zusammenbruch in Berlin bedeutete auch das Ende in Ostpreußen²⁷⁰).

e) *Das Kapp-Unternehmen in der öffentlichen Meinung*

Es entsprach ganz den Ansichten der Putschisten, wenn die rechtsstehende Presse gleich bei Beginn des Unternehmens die Meinung vertrat, daß es sich nicht um einen Umsturzversuch, sondern nur um die Wiederherstellung geordneter freiheitlicher Zustände handele, die sowohl durch die ganze Haltung als auch durch bestimmte Maßnahmen der Reichsregierung gefährdet seien. Die „Deutsche Tageszeitung“ schrieb daher in ihrer Ausgabe vom 13. März 1920 in einem Artikel ihres Hauptschriftleiters Baecker „Das Gelärm von einem

Rechtsputsch“ ausschließlich der Regierung wegen ihres Verhaltens gegen General von Lüttwitz²⁷¹) die Schuld an den ergriffenen Maßnahmen zu und erhob gegen die Darstellungen von amtlicher Seite „die stärksten Zweifel“, weil sie nur der „Ausfluß einer Nervosität“ seien, „deren Gründen wir nicht näher nachzugehen brauchen, die aber jedenfalls die ganzen Vorgänge in ungerechtfertigter Weise vergrößert und verzerrt“. Desgleichen nannte auch die „Deutsche Zeitung“ alle eindringlichen Hinweise der demokratischen Presse²⁷²) auf die politischen Auswirkungen des Putsches²⁷³) nur ein „Ablenkungsmanöver“ und bekannte sich zur Rechtmäßigkeit des Vorgehens. Kennzeichnend war weiter, daß der „Tag“ schon am Vorabend die Gerüchte um „Putschversuche in Berlin“²⁷⁴) und die „Kreuzzeitung“²⁷⁵) noch am Morgen des 13. März den „angeblichen Putschversuch“ mit einem Fragezeichen versehen hatten, sicher nicht, um das Unternehmen überhaupt in Abrede zu stellen, sondern nur, um seine staatsrechtliche Notwendigkeit im Rahmen der Verfassung zu betonen. Im gleichen Sinne stellte der „Tag“ in seiner Morgenausgabe vom 13. März noch einmal die Schuld der Regierung an den Ereignissen heraus und verurteilte deren ungerechtfertigte Aufbauschung²⁷⁶).

Auch nach dem Zusammenbruch des Putsches, als nach der Einstellung des Generalstreiks die Pressediskussion wieder auflebte, fand die Rechtspresse vorerst kaum ein Wort der Verurteilung. Statt dessen wies sie immer wieder auf die Gefahren der „bolschewistischen Welle“ und die Folgen des Generalstreiks hin, um damit zumindest den gescheiterten Versuch doch noch zu rechtfertigen. Herausgestellt wurden weiterhin die ausschließlich nationalen und selbstlosen Motive der Putschisten²⁷⁷), um dem Vorwurf des Hochverrates zu begegnen²⁷⁸).

Desgleichen setzte sich auch die deutschnationale Parteileitung für die Putschisten ein. In einer offiziellen Erklärung vom 24. März²⁷⁹) schob sie die Schuld an der schweren Staatskrise eindeutig den „verfassungswidrigen Machtgelüsten einer unfähigen Parteiregierung“ zu und bekannte eindeutig:

„... Wenn jetzt Männer aus schwerer Sorge um Volk und Vaterland den Weg der verfassungsmäßigen Entwicklung verlassen haben, wenn wertvolle Teile des Volkes, vor allem in der Reichswehr und in der Jugend, sich hinter diese Männer gestellt haben, so fallen Verantwortung und Schuld auf die Mehrheitsparteien und die aus ihrer Mitte gewählte Regierung . . .“

Im gleichen Sinne schrieb die deutschnationale Korrespondenz in ihrer Frauenbeilage von „selbstlosem Wollen, berechtigter Empörung“ der Kapp-Anhänger, „die sich zum Sprachrohr tief beunruhigter und empörter Militärkräfte hergaben“²⁸⁰). Und in der Nationalversammlung verteidigte der deutschnationale Abgeordnete Dr. Kraut den Putsch mit den Worten²⁸¹): „Die Nutznießer der Revolution vom 9. November 1918 haben wahrhaftig zuletzt das Recht, sich zu beschweren, wenn ihr Vorgehen Schule gemacht hat.“

Gegen diese Haltung wurden von der demokratischen Presse²⁸²) und in der Nationalversammlung schärfste Angriffe erhoben. Der sozialdemokratische Ab-

geordnete Wels geißelte die deutschnationalen Rechtfertigungsversuche, einerseits die Öffentlichkeit von den lauterer Absichten der Putschisten überzeugen zu wollen, andererseits aber die Verantwortung für das Geschehene nicht zu übernehmen, mit den berühmt gewordenen Worten²⁸³): „Mir ist jeder Kommunist, der zu seiner Sache steht, tausendmal lieber als diese feigen Deutschnationalen . . . Der Feind steht rechts!“ In gleich scharfer Weise wie sein Kollege Wels²⁸⁴) äußerte sich Ministerpräsident Braun bei der Vorstellung der neuen Regierung in der preußischen Landesversammlung²⁸⁵) und auch die „Germania“, das Organ des Zentrums, wandte sich gegen den „Versuch der alten, feudalen Militärkaste, wieder an die Regierung zu kommen“²⁸⁶).

Angesichts aller massiven Angriffe, die nicht nur von links, sondern auch von der Mitte kamen, blieb dem Hauptvorstand der DNVP nichts weiter übrig, sich in der Öffentlichkeit deutlicher vom Putsch zu distanzieren. Er lehnte deshalb die Stellungnahme des Landesverbandes Mittelschlesien vom 13. März 1920 entschieden ab und verurteilte in einer Kundgebung vom 10. April 1920²⁸⁷) jede gewaltsame Änderung oder Beugung der Verfassung. Auf die Angriffe von Wels hatte Hergt jedoch zugeben müssen, daß Persönlichkeiten der Partei beteiligt gewesen seien, hatte sich aber gleichzeitig gegen das Wort von einem „deutschnationalen Putsch“ verwahrt²⁸⁸). Alle diese Versuche aber nützten trotzdem nichts, die DNVP in der öffentlichen Meinung von der Schuld einer Mitbeteiligung freizusprechen und den Verlust an Ansehen wieder einzubringen.

f) Die Auswirkungen des Putsches auf die Entwicklung der DNVP

Die Beteiligung einiger führender Mitglieder des rechten Parteiflügels an dem Kapp-Putsch und die anfänglich unverhüllten Sympathiekundgebungen der rechtsstehenden Presse mußten sich naturgemäß für die weitere Entwicklung der Partei sehr nachteilig auswirken. Bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 stimmte daher ein großer Teil der gemäßigten rechten Wählerschaft nicht mehr für die DNVP, sondern für die durch den Putsch unberührt gebliebene Deutsche Volkspartei²⁸⁹).

Auch innerhalb der Partei kam es zu akuten Krisenerscheinungen. Zwischen dem vorwiegend aus früheren Freikonservativen, Christlichsozialen und einigen Deutschkonservativen bestehenden gemäßigten Flügel und den Vertretern der radikaleren Richtung, den ehemaligen Völkischen, Alldeutschen und extremen Deutschkonservativen, brachen lebhafte Auseinandersetzungen aus, die schließlich zum Übertritt einer Gruppe früherer Freikonservativer zur Deutschen Volkspartei führten. An ihrer Spitze standen Siegfried von Kardorff²⁹⁰), von Dewitz und Dr. Otto Arendt, die in einer öffentlichen Erklärung ihren Entschluß, zur Partei Stresemanns überzugehen, begründeten²⁹¹). Abgesehen von ihrer Unzufriedenheit mit dem allgemeinen Kurs der DNVP waren insbesondere das Verhalten der Partei beim Kapp-Putsch²⁹²) und die sich durch deren ganze Geschichte hindurchziehende Frage, ob sie nur Oppositionspartei sein

oder sich auch an einer Koalitionsregierung beteiligen sollte, die Gründe für diesen Übertritt.

Die Versuche der Leitung der DNVP, die Wirkung des aufsehenerregenden Schrittes der drei Abgeordneten abzuschwächen, hatten nur wenig Erfolg, zumal sich durch weitere Austritte ein „Fall von Kardorff“²⁹³) daraus entwickelte. Hergt stellte in einem Interview mit einem Vertreter der rechtsorientierten „Post“ die Gemeinsamkeiten der beiden Rechtsparteien heraus, obwohl sich zahlreiche Anzeichen für den verschiedenen politischen Kurs schon seit langem deutlich bemerkbar gemacht hatten, und versuchte damit die durch den Fall offenbar werdenden Krisenzeichen zu bagatellisieren²⁹⁴). Noch ungeschickter war es, daß in einer Erklärung einiger deutscher Arbeitervertreter (Behm, Behrens, Koch), die zweifellos von der Parteileitung veranlaßt war, die Wahrheit der von Kardorff und seinen Freunden niedergelegten Gründe bezweifelt wurde²⁹⁵).

Bereits vor dieser ehemals freikonservativen Berliner Gruppe hatte am 7. April 1920 in Marburg der Universitätsprofessor D. Dr. Brecht, einer der Mitgründer der DNVP, seinen Austritt aus der Partei erklärt, nachdem man ihm diesen offenbar nahegelegt hatte²⁹⁶). Auch für ihn waren die Vorgänge um den Kapp-Putsch und das Überhandnehmen des radikalen Flügels Zeichen höchster Gefahr geworden. Seine öffentliche Erklärung²⁹⁷), die in dem Satz gipfelte, daß „in der Deutschnationalen Volkspartei erfahrungsgemäß jeder als Demokrat verschrien wird, der für Maßhalten und Mitarbeit eintritt“²⁹⁸), bedeutete einen sehr massiven Angriff gegen die Partei. In einem Privatbrief an Hergt stellte er dann ebenso offen heraus, wie sehr sich seit der Gründung der DNVP die tatsächlichen Schwergewichte zugunsten der Radikalen schon verschoben hatten, und ließ Zweifel laut werden, ob die Parteileitung diesen Strömungen überhaupt noch gewachsen sei²⁹⁹).

Auch die seit der Gründung der DNVP schon immer latent vorhanden gewesenen Spannungen zwischen den früheren Christlichsozialen und den Deutschkonservativen brachen nun mit besonderer Heftigkeit auf. Wie Graf Westarp an Heydebrand berichtete³⁰⁰), wurde nach dem Kapp-Putsch geradezu „von den Christlichsozialen eine Parteikrise hervorgerufen“. Anlaß zu dieser Entwicklung war vor allem der Gegensatz zwischen den christlichen Arbeiterführern aus dem Westen und dem Landbund sowie ähnlichen nichtgewerkschaftlichen Organisationen. Da seiner Ansicht nach die Gefahr einer Parteispaltung sehr nahelag, bemühte sich Graf Westarp, allerdings ohne große Hoffnung auf einen dauernden Erfolg, um den Ausgleich der beiderseitigen Interessengegensätze³⁰¹), die kurz darauf noch einmal bei den Verhandlungen über die Aufstellung der Listen für die Reichstagswahl 1920 zu scharfen Kontroversen führten³⁰²). Ob Graf Westarp überhaupt der geeignete Vermittler war, muß zumindest sehr zweifelhaft bleiben. Er und die ihm nahestehende Gruppe der alten Konservativen stießen bei den Arbeitervertretern von vornherein auf Mißtrauen³⁰³). Neben das allgemeine Vorurteil gegen den konservativen adligen Junker und

die Agrarpolitiker mit der ihnen eigenen Unbeweglichkeit in der Erfassung der soziologischen Strukturwandlungen³⁰⁴) trat die Erinnerung an die Entschiedenheit, mit der sie sich seinerzeit, z. B. bei der Durchführung des Gesetzes über den „Vaterländischen Hilfsdienst“, gegen die Gewerkschaften für die wirtschaftsfriedlichen Verbände und ihre Heranziehung zu den Ausschüssen eingesetzt hatten³⁰⁵).

Die unmittelbare Folge des Kapp-Putsches war, daß die schon immer vorhandenen divergierenden Richtungen in der DNVP jetzt stärker denn je aufeinanderstießen und dadurch das innere Gefüge der Partei bis zur Zerreißprobe erschüttert wurde. Die entscheidende Frage war und blieb, ob die nach Graf Westarp als äußerste Rechte gegründete DNVP diesen ihren ursprünglichen Charakter auch tatsächlich beibehielt oder „in das Fahrwasser einer Mittelpartei des republikanisch-parlamentarischen Systems abglitt“³⁰⁶). Die Altkonservativen und damals auch Graf Westarp standen auf der einen Seite, Hergt, Graef-Anklam, das christlich-soziale Lager und selbst gemäßigte Konservative wie Prof. Hoetzsch, Schiele-Schollene und sogar Dr. Roesicke waren dagegen der Ansicht, daß die DNVP ihre Aufgabe als Rechtspartei nur innerhalb der gegebenen politischen Verhältnisse, nicht aber gegen sie erfüllen könne. Die Unmöglichkeit, diesen Gegensatz der politischen Meinungen jemals völlig zu überwinden, sollte zum Schicksal der DNVP werden.

Abschnitt B: Die Abspaltung der Deutschvölkischen im Jahre 1922

a) Der politisch-soziale Hintergrund

Die Reichstagswahl von 1920 bewies, daß die DNVP trotz des Kapp-Putsches und des Abschwenkens gemäßigter Rechtskreise ihre Stellung nicht nur gehalten, sondern sogar verstärkt hatte. Als Folge der wirtschaftlichen Notlage, vor allem der sich ausdehnenden Inflation mit ihren Begleiterscheinungen, waren aus den unzufriedenen, teilweise schon deklassierten städtischen und ländlichen Mittelschichten, also aus den Reihen der Handwerker und Bauern, aber auch in steigendem Maße der Beamten, Angestellten und freien Berufe neue Anhänger gewonnen worden. In enger Verbindung mit dieser soziologischen Umschichtung stand eine steigende Einflußnahme der völkischen Bewegung, vor allem auf den radikalen Flügel der Partei.

Eine antisemitische, später „völkische“ Bewegung hatte es in Deutschland bereits in der Vorkriegszeit gegeben und war durch einige Abgeordnete im Reichstag vertreten gewesen. Nach dem Kriege befanden sich unter den Gründern der DNVP auch mehrere Völkische³⁰⁷). Dadurch aber war keinesfalls die gesamte Bewegung in feste parteipolitische Bahnen gelenkt und organisatorisch zusammengeschlossen worden. Die Revolution und die ersten Jahre der Republik hatten vielmehr zu einem starken Anwachsen der bestehenden Gruppen

und der Gründung neuer Organisationen geführt, die in ihrer unklaren und uneinheitlichen Zielsetzung sich vorläufig an keine bestimmte Partei banden, sondern von außen her auf die bestehenden Rechtsparteien, insbesondere auf die DNVP, Einfluß zu nehmen versuchten. Politisch besonders aktiv waren die völkischen Geheimorganisationen — Wehrverbände und illegale militärische Gruppen —, in denen sich ehemalige Offiziere und Soldaten, die nicht in die Reichswehr übernommen worden waren und auch keinen festen Fuß in der bürgerlichen Gesellschaft fanden, mit deklassierten Akademikern und nationalistischen Studenten zusammengefunden hatten³⁰⁸). Ihre Angriffe richteten sich vor allem gegen das Zentrum und die sozialistische Linke, in denen sie die Träger eines verhaßten republikanischen Systems sahen. Mit besonderer Erbitterung bekämpften sie das Judentum und schreckten selbst vor politischen Morden nicht zurück³⁰⁹). Mit Ausnahme des äußersten rechten Flügels der DNVP wurden ihre Methoden und ihre radikalen Forderungen allgemein abgelehnt, während dieser mit ihnen sympathisierte und teilweise sogar eine lockere Verbindung suchte.

Die Führung der DNVP befand sich daher in ihrer Haltung zur Republik und zur Judenfrage in einer äußerst zwiespältigen Lage. Auf der einen Seite war sie gezwungen, der völkischen Bewegung, die ihr nach der November-Revolution und in den darauf folgenden Jahren neue Mitglieder zugeführt hatte³¹⁰), Einfluß zu gewähren, auf der anderen Seite lebte sie in der ständigen Besorgnis, daß gerade mit Hilfe der völkischen Organisationen Teile ihres rechtsradikalen Flügels oder ihm nahestehende Gruppen sich an neuen gegenrevolutionären Aktionen beteiligten und dadurch die Beteuerungen nach dem Scheitern des Kapp-Putsches, daß die Partei auf dem Boden der Verfassung stehe, wiederum sehr fragwürdig machen würden. Ihr Entschluß, den legalen Weg nicht zu verlassen, mußte die Parteispitze daher notwendigerweise in neue Auseinandersetzungen mit dem durch die völkischen Organisationen beeinflussten rechtsradikalen Flügel führen.

b) Der Fall Henning

Dieser Richtungsstreit um die politische Haltung der DNVP zwischen der Parteileitung einerseits und dem völkischen Flügel andererseits führte im „Fall Henning“ nahe an eine Parteikrise heran.

Major a. D. Henning³¹¹), Reichstagsabgeordneter und dem völkischen Flügel der DNVP zugehörig, war mit der Beschuldigung, eine Militärpartei gründen und einen Rechtsputsch vorbereiten zu wollen, dem Untersuchungsrichter angezeigt worden. Gleichzeitig war er auch mit der Parteileitung in Konflikt geraten, da er sich bei Hergt darüber beschwert hatte, daß das Geschäftsführende Vorstandsmitglied Graef-Anklam in einer Versammlung geäußert haben solle, daß nicht die Juden, sondern die höheren Offiziere die Schuld am Sturz der Monarchie trügen³¹²).

Der Mord an Rathenau kurze Zeit später, dem von der Linken her heftigste Angriffe gegen die „deutschnationale Mörderpartei“ folgten, verstärkten das ohnehin schon gespannte Verhältnis zwischen der Parteileitung und den Völkischen. Diese machten der Fraktion und dem Parteivorstand den Vorwurf, daß sie sich zwar unmittelbar nach dem Mord im Reichstag und in der Presse geschlossen für Dr. Helfferich, gegen den sich der Hauptanstorm richtete, eingesetzt hätten, die Fraktion aber wenige Tage später, als die völkische Bewegung selbst Gegenstand heftigster Angriffe wurde, nicht mehr mit der gleichen Geschlossenheit „die moralische Deckung“ übernahm. Die Parteileitung habe der von den Kommunisten bis zu Stresemann erhobenen Forderung, die DNVP solle einen „Trennungsstrich“ zwischen ihren gemäßigten und den radikalen Kräften ziehen, keine klare Antwort entgegengesetzt. Diese verschiedenartige Haltung hatte ihren Grund in der Tatsache, daß inzwischen in der „Konservativen Monatsschrift“ unter dem Titel „Das wahre Gesicht des Rapallo-Vertrages“³¹³) ein Aufsatz von Henning mit heftigsten Angriffen gegen Rathenau erschienen war. Reichskanzler Dr. Wirth (Zentrum) hatte daraufhin von Hergt die Säuberung der Partei von „radikalen Elementen“ gefordert, wenn sie nicht in den Verdacht geraten wolle, politische Morde und putschistische Pläne zu decken. Als nicht nur der Parteivorsitzende und der Rußland-Experte der DNVP, Prof. Dr. Hoetzsch, sondern auch eine Anzahl führender deutschnationaler Abgeordneter, unter ihnen Dr. Roesicke, Dr. Düringer, Edler von Braun und Graf Kanitz ihre schärfste Mißbilligung aussprachen, beantragte Henning die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der die gegen ihn erhobenen Vorwürfe klären und ein Urteil finden sollte. Nach zweitägiger Verhandlung kam dieser mit 5 zu 2 Stimmen³¹⁴) zu dem Spruch, daß das Verhalten Hennings zwar nichts Kriminelles oder Ehrenrühriges enthalte, jedoch die allgemeinen Umstände, insbesondere der ungünstige Einfluß auf die Jugend, sein Ausscheiden aus der Partei erforderten.

Eine Entscheidung war damit noch nicht gefallen, da der Parteivorstand die endgültige Erledigung der Fraktion überließ. Nach einer bewegten Sitzung, auf der mehr das völkische Problem und nicht so sehr der Einzelfall Henning zur Debatte stand³¹⁵), hob diese dann mit etwa 29 gegen 14 Stimmen³¹⁶) die Fraktionsgemeinschaft mit ihm auf, verneinte aber die Notwendigkeit des Parteiausschlusses.

Hennings Antwort war das Flugblatt „Des Nächsten Ehre“, das er am 1. August 1922 „An die Deutschnationale Volkspartei“ verteilen ließ. Es stellte keine Verteidigungsschrift dar, sondern war ein scharfer Angriff auf Hergt und die Parteileitung, die aufgefordert wurden, die verbreiteten „Unwahrheiten“ zu widerrufen, da sonst Gegenmaterial veröffentlicht würde. Gleichzeitig erklärten sich die beiden führenden völkischen Mitglieder der Fraktion, Albrecht von Graefe-Goldebee und Reinhold Wulle, mit Henning solidarisch, da ihrer Ansicht nach der Ausschluß nicht diesen allein treffen, sondern vor allem den Einfluß des völkischen Flügels in der Partei mindern sollte³¹⁷).

Es konnte nicht ausbleiben, daß dieses Eingreifen der beiden bekannten Abgeordneten nun den Fall über die engen Grenzen der Berliner Zentrale hinaus-
trug und zu einer Beunruhigung der ganzen Parteiorganisation, besonders der
Landesverbände und Wahlkreise, deren Vertreter sie waren, führte³¹⁸). Kon-
servative und völkische Kreise in der Partei baten daher den Grafen Westarp,
vermittelnde Schritte zu unternehmen, da man im Lande besser als in der
Zentrale die Auswirkungen der drohenden Spaltung des deutschnationalen La-
gers beurteilen könne. Die Krise gewann noch weiter an Gewicht durch die
Tatsache, daß die Parteileitung den Fall allein entschieden und nicht, wie die
Satzung es vorsah, die zuständigen Landesverbände hinzugezogen hatte. Neben
die politische Frage trat daher die organisatorische, so daß auch solche Kräfte,
die mit dem Verhalten Hennings und seiner Freunde nicht voll einverstanden
waren, sich aus Sorge um den föderativen Aufbau der Partei nicht mit der
Berliner Entscheidung einverstanden erklären konnten³¹⁹). Es fehlte auch
nicht an harter Kritik an der Parteileitung und an der Reichstagsfraktion,
denen vorgeworfen wurde, in der letzten Zeit nicht immer sehr geschickt die
Interessen der DNVP vertreten zu haben³²⁰).

Wesentliche Unterstützung in dem Konflikt erhielt die Parteileitung von
dem Deutschnationalen Angestelltenbund, der sich gegen Henning und seine
Wiederaufnahme in die Fraktion wandte³²¹).

Eine abschließende Erörterung des „Falles“ wurde auf dem Parteivertreter-
tag am 14. und 15. September 1922 durchgeführt. Mehrere Landesverbände
forderten eine völlig neue Untersuchung, wogegen der Reichsangestelltenaus-
schuß durch den Abgeordneten Lambach zum Ausdruck brachte, daß ihm solche
Bestrebungen „untunlich“ erscheinen müßten³²²). Auch Graf Westarps Ver-
mittlungsversuche blieben ohne Erfolg, da ein zur Prüfung eingesetzter Ausschuß
dem Fraktionsausschluß Hennings zustimmte³²³). Die gemäßigten Kräfte der
Partei hatten mit Hilfe des Vorstandes über den radikalen Flügel den Sieg
errungen. Die Einheit der Partei war aber dadurch nicht wiederhergestellt, denn
zur gleichen Zeit und in stärkstem Maße durch den Fall Henning beeinflußt,
gründeten wesentliche Teile dieses Flügels die „Deutschvölkische Arbeitsge-
meinschaft“ und taten damit den entscheidenden Schritt zur Separation.

c) Der völkische Flügel der DNVP

Bereits auf dem ersten Parteitag der DNVP am 6. Juli 1919 hatte der Ab-
geordnete von Graefe-Goldebee versucht, die neue Partei auf einen ausgeprägt
antisemitischen Kurs festzulegen. Er wurde in seinen Forderungen von vielen
Seiten lebhaft unterstützt, während die Spitzengremien, der Parteivorstand
und die Fraktionen der Nationalversammlung und der preußischen Landes-
versammlung, sich wesentlich vorsichtiger äußerten, um die auch von ihnen
grundsätzlich bejahte antisemitische Haltung nicht in einem wilden Radikalismus
ausarten zu lassen.

Erst nach längeren Auseinandersetzungen erreichten die völkisch gesinnten Parteivertreter im Oktober einen Beschluß des Hauptvorstandes, durch den die Partei dem Judentum den Kampf ansagte:

„Die Deutschnationale Volkspartei steht auf dem Boden des deutschen Volkstums. Von dieser Grundlage aus kämpft sie gegen jeden zersetzenden undeutschen Geist, mag er von jüdischen oder anderen Kreisen ausgehen. Sie wendet sich besonders gegen die Vorherrschaft des Judentums, die mit der Revolution in Regierung und Öffentlichkeit immer verhängnisvoller hervortritt³²⁴).“

In nahezu gleicher Fassung ging dieser Beschluß in das Parteiprogramm von 1920 über.

Der weitergehende Antrag, durch die Satzung Juden und Personen jüdischer Abstammung ausdrücklich von der Parteizugehörigkeit auszuschließen, bildete mehrere Jahre hindurch den Streitpunkt, an dem sich die Fronten in den Parteiorganisationen schieden. Die Mehrheit der führenden Parteimitglieder lehnte eine derartige Feststellung ab, da sie glaubte, ohnedies das Eindringen von Juden in die DNVP verhindern zu können. Trotz seiner Zugehörigkeit zum „scharfen Flügel“ der Fraktion schloß sich auch Hugenberg dieser Meinung an, nicht zuletzt wohl, weil er auf die „nationaldeutschen“ Juden seines Scherlverlages nicht verzichten wollte. Die radikale antisemitische Minderheit glaubte, in dieser Haltung nur eine Schwäche sehen zu müssen und verdächtigte alle ihre Opponenten, unter denen sich Graf Westarp befand³²⁵), jüdischer Beziehungen, egoistischer Interessen und persönlicher Abhängigkeiten.

Starkes Aufsehen in der Partei und in der Öffentlichkeit erregte der Fall des Professors von Gierke und seiner Tochter, der als besonders charakteristisch angesehen werden darf. Gierke, der sich als Hochschullehrer große Verdienste um die Erforschung des deutschen Rechts erworben hatte, war mit einer Frau jüdischer Abkunft verheiratet. Seine Tochter Anna, eine im sozialen Bereich an hervorragender Stelle tätige Persönlichkeit, die sich allseits wärmster Sympathien erfreute, war vom Wahlkreis Potsdam II für die DNVP in die Nationalversammlung gewählt worden³²⁶). Ihre Wiederaufstellung für den ersten Reichstag 1920 wurde von den Antisemiten des Landesverbandes wegen ihrer jüdischen Abkunft hintertrieben. Vater und Tochter traten daraufhin aus der DNVP aus. Die Mehrheit der Partei bedauerte diesen Schritt sehr lebhaft und verurteilte „die Suche nach jüdischem Blut“³²⁷). Trotzdem war es ihr aber nicht möglich, dem Treiben der Radikalen Einhalt zu gebieten.

Der Parteileitung war es zweifellos ernst mit ihrem Bemühen, dem Vordringen der Völkischen Schranken zu setzen. Sie fürchtete mit Recht eine sich steigernde Schwächung der Organisation und eine Schädigung ihres politischen Ansehens. So war ihr der Fall Henning ein durchaus willkommener Anlaß, sich nach außen hin sichtbar von den radikalen, der Verbindung mit illegalen Organisationen verdächtigen Abgeordneten zu distanzieren. Sie traf daher nicht nur die Maßnahmen gegen Henning selbst, sondern begann auch, nach

von Graefes Darstellung³²⁸), ein nichtöffentliches „Kesseltreiben“, das bis zum Redeverbot für die völkischen Abgeordneten ging.

Diese waren nicht gewillt, sich der Parteidisziplin zu unterwerfen und von ihren radikalen politischen und personellen Forderungen zu lassen. Sie wollten nichts, als die Partei für sich erobern, d. h. den Parteivorstand zum Rücktritt zwingen und eine „Reformation der Deutschnationalen Volkspartei an Haupt und Gliedern“ durchführen³²⁹). Nur für den äußersten Notfall wurde auch schon an die Neugründung einer eigenen völkischen Partei gedacht³³⁰).

Es lag daher in der von den Völkischen gewünschten Linie einer „Reformation“ der Partei, daß sie Anfang September, kurz vor dem Zusammentritt der Parteivertretung, „aus spontaner Regung“ eine „Deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft“ als großes völkisches Sammelbecken innerhalb der Partei gründeten. Ihre Aufgabe sollte nach Graefes Interpretation sein, alle völkisch Gesinnten in der DNVP „bei der Stange zu halten“.

Bei dem Verharren der Parteileitung auf ihrem alten Standpunkt war es nur natürlich, daß unter dem Druck dieser Neugründung die Gegensätze auf dem Vertretertag trotz aller Vermittlungsversuche des Grafen Westarp schärfer denn je hervortraten und es zu neuen Auseinandersetzungen kam. Die Abgeordneten von Graefe und Wulle erklärten sich zwar bereit, die geforderte Erklärung abzugeben, durch die sie wieder in die Reichstagsfraktion aufgenommen werden sollten, stellten aber auch ihrerseits Bedingungen³³¹) und verzichteten nicht auf die Arbeitsgemeinschaft, deren Bildung von der Parteileitung abgelehnt wurde.

Die Entwicklung der Dinge konnte nicht mehr aufgehalten werden. Die Gründung der „Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft“ war „überraschend aussichtsvoll“ verlaufen und von Graefe-Goldebee zum ersten Vorsitzenden³³²), Laverrenz zu seinem Stellvertreter, Wilhelm Kube³³³) zum Geschäftsführenden Vorstandsmitglied gewählt worden. Die konstituierende Versammlung folgte am 29. September 1922. In der Einladung wurde nachdrücklich betont, daß die Arbeitsgemeinschaft in loyalster Weise mit der DNVP zusammenarbeiten würde, in dieser ihren Daseinszweck sähe und lediglich die Aufgabe habe, „die der Partei drohende Gefahr der Abwanderung breiter völkischer Massen zu anderen Parteien zu verhindern“.

Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft stand zu gleicher Zeit auf einer Parteivorstandssitzung im Mittelpunkt der Verhandlungen. Die Versuche, zu einer Einigung zu kommen, scheiterten an einigen Wendungen in der Erklärung der völkischen Führer. Ein einstimmig — bei zwei Enthaltungen — gefaßter Entschluß erklärte die Arbeitsgemeinschaft als mit den Interessen der DNVP unvereinbar und forderte statt dessen die Bildung eines völkischen Ausschusses beim Parteivorstand³³⁴). Die Antwort war ein Brief von Graefes an Hergt vom 3. Oktober 1922, in dem er nochmals betonte, daß die Deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft bestrebt sei, eine friedliche Lösung der Meinungsverschiedenheiten herbeizuführen. Aus diesem Grunde seien Wulle und er dem Verlangen

des Parteivorstandes, sich bis zum 17. Oktober zu entscheiden, nachgekommen und hätten eine Erklärung abgegeben, von der sie überzeugt seien, „daß sie nicht nur allen Anforderungen der Parteidisziplin gerecht wird, sondern auch die Lösung wiedergibt, welche den wahren inneren Frieden wiederherstellt“³³⁵). Diese Lösung aber war, die Arbeitsgemeinschaft zu einer selbständigen, außerhalb der DNVP stehenden politischen Organisation ohne Parteicharakter umzugestalten! Der entscheidende Schritt zur Separation, wenn auch das offene Eingeständnis noch vermieden wurde, war getan³³⁶).

Die Parteileitung konnte sich damit selbstverständlich nicht abfinden, sondern mußte so oder so eine Entscheidung herbeiführen. Sie verlangte daher, daß von Graefe, der zusammen mit Wulle seinen Austritt rückgängig gemacht und wieder in die Fraktion aufgenommen war, die Zusicherung gäbe, nachdem die Bildung der Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Parteiorganisation abgelehnt worden sei, sich auch außerhalb für eine solche nicht zu betätigen. Mit dem Hinweis, daß „solche persönliche Einschränkung der Betätigung auf völkischem Gebiete mir nicht mit dem programmatischen völkischen Bekenntnis der Deutschnationalen Volkspartei in Einklang zu stehen scheint“, wies von Graefe diese Forderung öffentlich zurück. In seinem Artikel³³⁷) versuchte er gleichzeitig in einer seltsamen, die Psyche der Völkischen jedoch sehr kennzeichnenden Weise die Hintergründe der Parteikrise aufzudecken. Er behauptete nämlich, daß von den führenden Männern der DNVP „kaum einer zu den eigentlichen ‚Akteuren‘ des Dramas gehört, ebensowenig wie unseren Persönlichkeiten, die wir die ‚Objekte‘ der Trennungsstrichaktion sind, eine Bedeutung dabei zukommt . . . Aber wie gesagt, weder die ‚Subjekte‘ noch die ‚Objekte‘ innerhalb der Partei selbst erscheinen mir als die ‚interessanten‘ und ‚interessierten‘ Figuren, die treibenden Kräfte stehen außerhalb der Partei, verborgen und unerkant auch denen, die zu ‚führen‘ glaubten . . . Es ist Alljuda abermals gelungen, den Spaltbazillus, unerkant von denjenigen, die von ihm infiziert worden sind, in diese große zukunftsstarke nationale Entwicklung hineinzutragen . . .“ Die Verantwortlichen der Krise seien ausschließlich bei „Ahasver, dem ewigen Juden, und seinen Spießgesellen“ zu suchen.

Die Fronten standen sich nach wie vor scharf gegenüber. Der Riß in der Partei ließ sich trotz aller Versuche des Grafen Westarp, der noch immer meinte, die Meinungsverschiedenheiten „durch gegenseitiges Nachgeben“³³⁸) beseitigen zu können, nicht mehr schließen. Der am 26. Oktober 1922 beginnende Görlitzer Parteitag mußte klären, welchen Kurs und unter wessen Führung die DNVP künftighin steuern würde.

d) Der Parteitag in Görlitz

Sowohl die Parteileitung als auch die Völkischen waren sich darin einig, daß ein „ängstliches Übergehen dieser unerquicklichen Angelegenheit“ für die weitere Entwicklung, gleich ob nach der einen oder anderen Seite, sich nur schädlich

auswirken könne und es daher nun vor dem Forum der ganzen Partei notwendig sei, den Schnitt „in die schwärende Wunde“ zu tun³³⁹). Beide Seiten, besonders aber die Völkischen, waren sich dessen bewußt, daß das Görlitzer Treffen nicht wie frühere Parteitage eine „glänzende Darstellung nach außen“³⁴⁰) werden würde, sondern in harter Diskussion eine Lösung des völkischen Problems und damit auch der Frage, ob die DNVP sich künftig nur noch in legalen Bahnen bewegen wolle, bringen müsse. Ansatzpunkt für die Völkischen sollte ihr Einspruch gegen den Ausschluß Hennings werden.

Es war nur natürlich, daß die gesamte Öffentlichkeit, der die Zwistigkeiten in der DNVP nicht verborgen geblieben waren, dem Parteitag ein besonders großes Interesse entgegenbrachte. Die Parteipresse aller Richtungen hatte auf ihn schon vorher hingewiesen, und nahezu alle führenden Blätter hatten Sonderberichterstatte entsandt, da zu erwarten war, daß die Partei sich einer endgültigen Auseinandersetzung mit den Völkischen nicht entziehen konnte und mit einer Spaltung gerechnet werden mußte. Die Frage lautete, würde sie auch weiterhin „von Hergt bis Henning ein einig Volk von Brüdern“³⁴¹) sein oder nun doch den „Trennungsstrich“ ziehen?

Auf der einleitenden Sitzung der Parteivertretung am 26. Oktober 1922 vertrat Graf Westarp den Antrag seines Landesverbandes Potsdam II, der sich für die Gründung von völkischen Gruppen innerhalb der Partei, aber ähnlich wie die Staatspolitische Arbeitsgemeinschaft unabhängig von der Parteileitung, aussprach. Er wies auch nachdrücklich darauf hin, daß eine Absplitterung des völkischen Flügels für die gesamte DNVP verhängnisvoll werden müsse. Ihm begegnete Helfferich, der sich „auf den Artikel von Graefe in der Deutschen Zeitung verbiß“, so daß die Debatte „in höchster Erregung“ verlief³⁴²). Inzwischen war auch ein Antrag Rogges (Schleswig-Holstein) eingebracht worden, der die Gründung eines völkischen Reichsausschusses und unter der Leitung der Landesvorsitzenden stehender völkischer Ausschüsse bei den Landesverbänden vorsah. Die Völkischen meinten, daß damit nur ein „Kopf ohne Körper“ und „willenlose Werkzeuge in der Hand der Parteileitung und ihrer Anhänger“ geschaffen würden. Als gegen ihren Einspruch dann dieser Antrag mit einer Mehrheit von 160 Stimmen angenommen und der Antrag des Landesverbandes Potsdam II mit 121 zu 75 Stimmen abgelehnt wurde, verließen sie den Saal.

Zu einem interessanten Zwischenspiel kam es am 27. Oktober auf einem vor Beginn des eigentlichen Parteitages unter dem Vorsitz des Grafen Westarp abgehaltenen Treffen der Vertreter der Landesverbände Potsdam II und Berlin. Der Vertreter von Halensee, von Michelmann, bat die Völkischen, der Parteileitung doch keine Schwierigkeiten zu machen, da ihm bei Geldsammlungen für die Partei von Industriellen erklärt worden sei, „man würde den Deutschen kein Geld geben, wenn diese den Wünschen der Deutschvölkischen Rechnung tragen würden“.

Gleich zu Beginn der großen Sitzung erhoben die Völkischen durch Dr. Steinhoff-Wilmersdorf Einspruch gegen die Tagesordnung und forderten, die Krise zuerst in geschlossener Sitzung zu behandeln. Hergt lehnte diesen Vorschlag ab und erteilte dem als Gegner des völkischen Flügels bekannten Abgeordneten Prof. Dr. Hoetzsch das Wort. Sofort erhob sich der größte Teil der Radikalen und verließ den Saal. Erst als am Nachmittag die Parteileitung sich bereiterklärte, eine „interne Sitzung der stimmführenden Delegierten“ zuzulassen, konnte über den Fall Graefe—Wulle weiterverhandelt werden. Hergt beabsichtigte, ohne Debatte über die am Vortag von der Parteivertretung angenommenen Anträge abstimmen zu lassen. Graf Westarp widersprach ihm und richtete einen „außerordentlich warmen Appell“ an die Parteileitung, es auf keinen Fall zur Spaltung kommen zu lassen, sondern die von Graefe und Wulle abgegebenen Erklärungen als ausreichend anzusehen und beiden Abgeordneten die Weiterarbeit in der Fraktion zu ermöglichen. Sein Antrag wurde mit Zweidrittelmehrheit — vor allem mit den Stimmen des Parteivorstandes und der Fraktionen — abgelehnt und statt dessen der Beschluß der Parteivertretung vom 26. Oktober 1922 bestätigt, nach dem „die Gründung einer Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei oder die Umwandlung in eine solche außerhalb der Partei“ abgelehnt wurde³⁴³).

Hergts große Programmrede, der Mittelpunkt des Parteitages, sollte noch einmal als Werben um einen sich selbstverständlich den Wünschen der Parteileitung fügenden völkischen Flügel zum Ausdruck bringen. Die antisemitische Grundeinstellung der DNVP stände außerhalb jeder Debatte, und dem „Parteiunwesen“ der Republik würde schärfster Kampf angesagt. Neutrale Beobachter aber glaubten schon gewisse Untertöne herauszuhören. Sie meinten, daß trotz des entschiedenen Tones die Partei sich für den Fall eines Bruches der regierenden Koalition der Mitte einen Platz in einer neuen Koalition offenhalten wolle³⁴⁴).

Wesentlich wichtiger als diese öffentliche Demonstration waren für die Völkischen jedoch die neuen Satzungen, die zur Debatte standen und am 28. Oktober angenommen wurden. Durch sie wurde die Teilnahme an Sondergründungen — auch an der Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft — mit dem Parteiausschluß bedroht, sofern diese eine eigene parlamentarische Vertretung erstrebten. Die weitere Entwicklung würde davon abhängen, ob die Völkischen auch den Wahlkampf selbständig führen wollten.

Doch so weit kam es nicht mehr, die Entscheidung fiel schon jetzt durch den Grafen Westarp. Als unbestrittener Führer einer großen Gruppe ehemaliger Konservativer hatte er bisher dem Konflikt zwischen den beiden Flügeln abwartend gegenübergestanden und sich stets um der Einheit der Partei willen zu Vermittlerdiensten bereitgefunden. In seinen politischen Ansichten neigte er mehr den Völkischen zu, hielt sich jedoch immer von ihren radikalen organisatorischen Forderungen, insbesondere was die Person Hergts betraf, fern. Seine Autorität wurde von beiden Seiten anerkannt. Sicher schwe-

ren Herzens, aber in vollem Gefühl der Verantwortung für das weitere Schicksal der DNVP distanzierte er sich nun am 28. Oktober in seiner „Dankadresse“ an Hergt von den Radikalen und zog damit gleichzeitig eine Grenze zwischen diesen und den ehemaligen Konservativen:

„... Nachdem es mir in der Angelegenheit, die uns gestern in geschlossener Sitzung beschäftigt hat, nicht möglich gewesen ist, Schulter an Schulter mit dem Herrn Vorsitzenden zu stehen, empfinde ich das Bedürfnis zu erklären, daß ich an der Führung der politischen Geschäfte durch den Herrn Vorsitzenden, Exzellenz Hergt, mit vollem Vertrauen mitzuarbeiten bereit bin und ihm für seine aufopfernde Tätigkeit zu danken habe. Das Vertrauen beruht auf der vollen Zustimmung, die ich zu dem sachlichen politischen Ergebnis des Parteitages aussprechen kann . . .³⁴⁵⁾.“

Daß diese Entscheidung nicht spontan gefallen war, sondern, in ihren Folgen wohldurchdacht, das Ergebnis ernsthafter Überlegungen darstellte, zeigt ein Brief, den Graf Westarp wenige Tage später an von Graefe richtete. Er sei sich selbstverständlich bewußt, daß er sich durch seine Erklärung „den Sitz auf dem völkischen Stuhl“ gefährdet habe. Doch habe er seit dem Juli schon stets zu verstehen gegeben, sich an keiner Aktion zur Beseitigung Hergts beteiligen zu können. Der Trennungsstrich gegen die völkischen Kreise sei zwar gewollt worden, aber „nicht aus Rücksicht auf Judentum, Kapital oder Koalitionsfähigkeit“. Auch die völkische Seite habe den Bruch betrieben. Wenn nun „beide Exzellenzen“ (d. h. Hergt und Helfferich) schließlich bewußt die Hand einzelner völkischer Führer zurückgewiesen hätten, so sei das in der Erkenntnis getan worden, daß sie von diesen kein Einfügen in die Parteidisziplin mehr erwarteten und „die nötige Harmonie nicht mehr für erreichbar gehalten“ hätten. In dieser Ansicht aber müsse er ihnen beistimmen. Das wesentliche Ergebnis des Parteitages sei die erneute Ablehnung jeder Koalition mit der Sozialdemokratie und der sie umfassenden Arbeitsgemeinschaft der Mitte und daß man ebenso wie dem Ausnahmegesetz auch den Lockrufen, koalitionsüchtig zu werden, Widerstand entgegenzusetzen sich entschlossen gezeigt habe³⁴⁶⁾.

Die Völkischen waren völlig überrascht, da sie noch immer auf die Schützenhilfe der Konservativen gehofft hatten. Graefe sah das Schwinden des „schönen Zukunftstraumes eines konservativ-völkischen Zusammengehens“ und unterstrich, daß seine Gruppe von den Konservativen im Stich gelassen sei. Sie sei daher gezwungen, sich diesen gegenüber künftig anders als bisher zu verhalten³⁴⁷⁾.

Das Ergebnis des Parteitages war ein voller Sieg der Parteileitung, wie auch die Beobachter der großen Zeitungen³⁴⁸⁾ zugeben mußten. Die Völkischen waren isoliert, ihr Wunsch, die Partei für sich zu erobern, hatte sich nicht erfüllt. Die alten Konservativen hatten sich nicht für sie, sondern für die gemäßigste Führung unter Hergt entschieden. Mit Hergt, Helfferich, Westarp und Wallraf an der Spitze konnte die DNVP nunmehr ihre Absicht, sich unter gewissen Voraussetzungen an der Tolerierung einer nichtsozialistischen Regierung

oder sogar an einer Regierungskoalition selbst zu beteiligen, durchführen und war nicht mehr gezwungen, ausschließlich in einer negativen Opposition zur Republik zu verharren. Die antisemitische Grundeinstellung blieb zwar erhalten, die Diskussionen hierüber konnten jedoch nicht mehr zur Radikalisierung und zu Spaltungsdrohungen führen. Einige völkisch eingestellte Parteimitglieder, an ihrer Spitze Prof. von Freytagh-Loringhoven, beugten sich der Parteidisziplin, trotz mancher Gegnerschaft gegen Hergt, und distanzierten sich von den Radikalen.

Wulle, von Graefe und Henning zogen selbstverständlich die Konsequenzen, obwohl Graf Westarp sie weiterhin bei der Partei und in der Reichstagsfraktion zu halten versuchte. Schon kurz nach dem Görlitzer Parteitag zeigten sie dem Reichstagspräsidenten die Bildung einer eigenen Gruppe an, und Mitte Dezember 1922 wurde dann die Deutschvölkische Freiheitspartei gegründet. Die Separation des Rechtsradikalismus war damit endgültig geworden.

e) Die Krise in der Bayerischen Mittelpartei (DNVP)

Zu gleicher Zeit, da die völkische Frage den Bestand der Gesamtpartei ernstlich gefährdete, wurde auch die Bayerische Mittelpartei, die nach dem Abkommen von 1920 einen nahezu selbständigen Landesverband der DNVP bildete, durch eine schwere Krise erschüttert. Auch hier waren es prominente rechtsradikale Parteimitglieder, die sich gegen den legalen Kurs des Vorstandes wandten und diesem ihre extremen politischen Ansichten aufzuzwingen versuchten.

Bereits der Ausschluß Hennings aus der Reichstagsfraktion und die für ihn abgegebenen Solidaritätserklärungen der Abgeordneten von Graefe und Wulle hatten in Parteikreisen Anlaß zur Beunruhigung gegeben. Es war jedoch gelungen, die Erregung wieder „zu beschwichtigen“ und in einer Landesausschußsitzung in München am 24. Juli 1922 „in gründlicher und freimütiger Aussprache“ eine Übereinstimmung herbeizuführen, „daß der völkische Gedanke innerhalb der Partei in keiner Weise gefährdet“ sei und von Graefe und Wulle nur in „sehr bedauerlicher Verkennung dieser Tatsache“ ihre Stellungnahme abgegeben hätten³⁴⁹).

Eine „rein taktische Angelegenheit“ — der Wiedereintritt der BMP in die Regierung, aus der sie im Herbst 1921 ausgeschieden war, und die Diskussion um die Anwendung des Republikenschutzgesetzes in Bayern — führte dann aber zu einer „Rebellion in den eigenen Reihen“.

Die Partei stand vor der Alternative, entweder in „sturer Opposition“ das Gesetz überhaupt abzulehnen³⁵⁰) oder durch einen Eintritt in die Regierung ihm „die schlimmsten Giftzähne auszubrechen und seine für Bayern schädlichsten Bestimmungen möglichst unwirksam zu machen“. Prof. Hilpert entschied sich für Koalitionsverhandlungen, die in kurzer Zeit zum Erfolg führten. Die Demokraten schieden aus der Regierung aus, die BMP erhielt dafür das bisher

vom Ministerpräsidenten, dem Grafen Lerchenfeld, mitverwaltete Justizministerium. Da ihr Vertreter in der früheren Regierung Kahr, Dr. Roth, sich inzwischen zu sehr exponiert hatte und deshalb nicht wiederverwendet werden konnte, besetzte sie es mit dem Oberregierungsrat Dr. Franz Gürtner, der ihr gesinnungsmäßig nahestand, aber noch kein Parteimitglied war.

Dieser Regierungseintritt der bayerischen Deutschnationalen und die Übertragung der bayerischen Rechtspflege an einen deutschnationalen Minister schien nach Ansicht von Hilpert die einzige Möglichkeit, um die Gesetzgebung zum Schutze der Republik, „die doch Waffen gegen die Rechte und die Deutschnationalen schmieden sollte“, für Bayern wieder an die Stelle zu bringen, „wo diesen Waffen am wirkungsvollsten begegnet werden konnte“³⁵¹). Der Parteivorsitzende hatte damit den einzig gangbaren Weg beschritten, einer Minderung des Einflusses der Rechten vorzubeugen³⁵²) und Bayern zum Bollwerk gegen den „Berliner sozialdemokratischen Zentralismus“ zu machen. Einige radikale Gruppen der Partei widersetzten sich einem solchen legalen Vorgehen, so daß sowohl um die Person des Vorsitzenden und des Justizministers Gürtner als auch über den politischen Kurs der BMP harte Meinungskämpfe entstanden.

Geführt wurde die Parteioption von dem Vorsitzenden des Kreisvereins München der BMP, dem Obersten a. D. Rudolf von Xylander, und seinem Mitarbeiter Dr. Rudolf Buttmann. Beide forderten, nachdem die Partei der Beilegung des bayerischen Konfliktes mit Berlin wegen des Republikenschutzgesetzes zugestimmt hatte, in einer von ihnen verantwortlich beeinflussten Entschliebung des Kreisvereins München am 25. August 1922 den Rücktritt des Justizministers Dr. Gürtner wegen Schädigung der Parteiinteressen. Sie leiteten ihre Resolution trotz des entschiedenen Widerspruchs von Prof. Hilpert unmittelbar dem Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld zu, den „die internen Parteiangelegenheiten nicht das geringste angingen“. Eine sofort einberufene, stark besuchte Landesausschußsitzung in Nürnberg billigte mit großer Mehrheit die Haltung der Fraktion und erklärte — im Hinblick auf die beabsichtigte „Ministerstürzerei“ — gleichzeitig „die Haltung des Veranstalters und Leiters der Versammlung³⁵³) für unvereinbar mit den Pflichten eines in verantwortlicher Führerstellung stehenden Parteimitgliedes“.

Obschon dieser Beschluß die Aberkennung der Führeigenschaften bedeutete, trat Xylander nicht vom Vorsitz des Kreisvereins München zurück, sondern ließ sich schon am folgenden Tage in einer außergewöhnlich schlecht besuchten Mitgliederversammlung ein Vertrauensvotum geben³⁵⁴). Eine von Hilpert einberufene neue Landesausschußsitzung beschloß daraufhin einstimmig, „daß alle Parteiangehörigen an ordnungsgemäß mit Mehrheit gefaßte Entscheidungen des obersten Organs der Partei gebunden seien“ und bei Nichtanerkennung dieses Grundsatzes „sich unter Bruch der Parteidisziplin außerhalb der Partei³⁵⁵) stellten“. Xylander zog auch jetzt noch keine Konsequenzen, sondern ließ

sich am 22. September 1922 mit 180 gegen 128 Stimmen erneut zum ersten Vorsitzenden des Kreisvereins München wählen. Schon vorher hatte Dr. Buttman die Partei öffentlich angegriffen und insbesondere ihren Minister Gürtner „in gehässiger Weise“ verunglimpft.

Angesichts dieser „offenkundigen Verhöhnung der Parteibeschlüsse“ wurden Xylander und Buttman aus der Partei ausgeschlossen. Ihre Anhänger protestierten, da die Wahl Xylanders „zu recht“ erfolgt sei. Hilpert war gezwungen, öffentlich zu erklären, daß er einen unter Führung Xylanders stehenden Kreisverein München nicht anerkenne. Der Landesausschuß, die letzte Instanz in allen Parteiangelegenheiten, stimmte ihm am 7. Oktober 1922 bei und bestätigte den Ausschluß der beiden Opponenten.

Da die Auseinandersetzungen unvermindert weitergingen, die Verwirrung in der Partei zunahm und sogar die Gerichte in Anspruch genommen wurden, berief Hilpert zur endgültigen Klärung zum 19. November 1922 einen außerordentlichen Parteitag nach Nürnberg ein. Er selbst war zum Ausgleich bereit, sofern die Partei dadurch keinen Schaden erleiden würde. Xylander lehnte jedoch alle Einigungsvorschläge ab, so daß es nach heftigen Diskussionen zur Trennung kam. Die Ausgeschlossenen und ihr Anhang traten der „Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft“ bei und bildeten wenig später eine bayerische Gruppe der „Deutschvölkischen Freiheitspartei“. Wie in der Gesamtpartei hatten nunmehr auch in Bayern die Radikalen, teils aus eigenem Willen, teils gestoßen, sich zu einer selbständigen politischen Organisation zusammengefunden.

Entsprechend den Vorgängen in Berlin und Görlitz bedeutete diese Separation gleichzeitig die Entscheidung über den künftigen politischen Kurs der BMP. Nach dem Willen ihrer Führer war sie jetzt „eine kämpferisch politische Organisation, die sich die Aufgabe gesetzt hat, auf der Plattform des parlamentarischen Systems und mit den Mitteln des Parlamentarismus gegen das System zu kämpfen, aber in diesem Kampfe an gewisse Voraussetzungen und Bedingungen gebunden war, die für die Wehrverbände und die freie Bewegung nicht gegeben waren“³⁵⁶). Wer diese Taktik nicht anerkennen wollte, mußte nach Hilperts Auffassung den Trennungsstrich ziehen, damit die „Bündnisfähigkeit“ der Partei und ihre „parlamentarische Wirksamkeit“ keinen Schaden erlitten.

Der Fall Xylander war für die BMP ein schwerer Schlag. Der Kreisverein München war zunächst völlig zerschlagen und mußte erst mühsam wieder aufgebaut werden, ohne „seine frühere Größe und Bedeutung jemals wieder zu erlangen“. Die bei den späteren politischen Vorgängen in Bayern immer wieder deutlich werdende Wirkungslosigkeit des Republikschutzgesetzes sprach jedoch für die taktische Haltung der Parteileitung, die es nicht auf einen Bruch mit dem Reich hatte ankommen lassen wollen, sondern lieber um dieses Zieles willen eine Parteikrise in Kauf genommen hatte.

Abschnitt C: Die gespaltene Dawesplan-Abstimmung 1924

a) Die Haltung der DNVP im Jahre 1923

Es war nur natürlich, daß die außen- und innenpolitische Krise der Weimarer Republik im Jahre 1923 der Deutschnationalen Volkspartei, die niemals ihre scharfe Ablehnung der bestehenden politischen Verhältnisse verhehlt hatte, einen außerordentlichen Machtzuwachs brachte. Die Ruhrbesetzung, die Separatistenbewegung, die Tätigkeit französischer und belgischer Militärgerichte, die ins Bodenlose abgleitende Reichsmark und die kommunistischen Unruhen lösten allerorten Gegenbewegungen aus, die eine Stärkung der nationalistischen Elemente bedeuteten. Der Parteivorsitzende Hergt konnte daher mit Stolz bekennen, daß „aus der deutschnationalen Welle eine unwiderstehliche Sturmflut“ geworden sei³⁵⁷).

Eine eindeutige Oppositionsstellung der Parteileitung und der Reichstagsfraktion wurde von den Landesverbänden vollauf gebilligt, nachdem durch den „Trennungsstrich“ auf dem Görlitzer Parteitag die innere Einheit der DNVP wiederhergestellt worden war. Ihre Opposition zum Staat und zur Regierung fand ihren Ausdruck in dem „Kampfprogramm für das nationale Deutschland“, durch das außenpolitisch ein verstärkter Widerstand an Rhein und Ruhr, Vergeltungsmaßnahmen für jedes auf deutschem Boden verübte Unrecht der Besatzungsmächte und die Einstellung aller Reparationsleistungen, innenpolitisch die rücksichtslose Wiederherstellung der Staatsautorität, gegebenenfalls in der Form einer zeitweiligen Diktatur, gefordert wurde³⁵⁸). Die Partei wandte sich daher auch scharf gegen die Einstellung des passiven Widerstandes an der Ruhr durch Stresemann und veröffentlichte u. a. eine Erklärung „In letzter Stunde“³⁵⁹), in der sie „jede Politik der Schwäche und der Scheu vor letzten Entscheidungen“ entschieden ablehnte. In einem Rededuell mit Stresemann im Reichstag um das von der Regierung geforderte Ermächtigungsgesetz bekannte sich Graf Westarp, für den das Versagen des parlamentarischen Apparates der eigentliche Grund der Krise war, grundsätzlich zur Diktatur, lehnte aber die Übertragung der diktatorischen Gewalt an die von der Sozialdemokratie beherrschte Regierung und ihre Organe ebenso entschieden ab³⁶⁰).

Im Herbst und Winter 1923 wandelte sich die parlamentarische Situation der DNVP recht erheblich. Stresemanns Regierung der Großen Koalition brach auseinander, die Sozialdemokraten gingen in die Opposition, so daß eine Rechtskoalition durchaus in den Bereich der Möglichkeiten trat. Die DNVP machte nun keinen Hehl daraus, daß sie an die Führung wollte, und agitierte in aller Öffentlichkeit für eine Kabinettsbildung unter ihrem Partei- und Fraktionsvorsitzenden Hergt. Außerdem setzte sie sich für eine verstärkte Gewinnung der Jugend³⁶¹) und für eine Restauration der Monarchie³⁶²) ein. Auf außenpolitischem Gebiet war sie für eine „Ablehnung der Leistungen an den vertragsbrüchigen Gegner“³⁶³) und sprach sich gegen ein von diesem beabsichtigtes „zweites Versailles“ aus.

b) *Der Dawes-Plan*

Gemäß Artikel 234 des Versailler Vertrages hatte die Reichsregierung am 24. Oktober 1923 den Antrag gestellt, die wirtschaftlichen Hilfsquellen und die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu überprüfen, um eine befriedigende Lösung des Reparationsproblems zu erreichen. Die Reparationskommission ernannte daraufhin zwei Komitees, die Mitte Januar 1924 unter dem Vorsitz des Amerikaners Charles G. Dawes in Paris zu einer Sachverständigenkonferenz zusammentraten. Ihr am 9. April 1924 erstattetes Gutachten wurde von der Reparationskommission unter dem Namen „Dawes-Plan“ gutgeheißen.

Die Reichsregierung erklärte sich bereits am nächsten Tage bereit, an dem Plan der Sachverständigen mitzuarbeiten. Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann sah in der Annahme die Möglichkeit, Deutschlands außenpolitische Stellung zu festigen, die deutsche Wirtschaft zu sanieren und dadurch einen günstigen Einfluß auf die deutsche Innenpolitik ausüben zu können.

Der Plan baute sich auf dem Grundsatz auf, daß Deutschland entsprechend der zu erwartenden wirtschaftlichen und finanziellen Wiedererstarkung in seinen Reparationszahlungen von niederen zu höheren Jahresleistungen aufsteigen könnte. Die ersten vier Jahre sollten noch als „Übergangs- und Schonjahre“ gelten, in denen jeweils 1000, 1220, 1200 und 1750 Millionen Goldmark für Reparationszwecke aufgebracht werden mußten. Am 1. September 1928 sollte dann das erste Normaljahr, das eine Leistung von 2,5 Milliarden Goldmark vorsah, beginnen. Zu dieser Annuität war außerdem von 1929/30 ab auf Grund eines Wohlstandsindex noch ein Zusatzbetrag vorgesehen.

Ein Teil der Jahresbeträge mußte unmittelbar aus dem Reichshaushalt eingebracht werden. Hinzutreten sollte der Ertrag aus einer neu zu schaffenden Beförderungsteuer, den die Reichsbahn an die Reparationskasse abzuführen hatte. Diese selbst wurde aus einem Staatsbetrieb zu einem unabhängigen Unternehmen, der „Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft“, umgewandelt, wobei allerdings die Stammaktien dem Reich verblieben. Reichsbahn und deutsche Industrie wurden mit einer Schuld von 11 bzw. 5 Milliarden Reichsmark belastet, deren Zinsen und Amortisationen ebenfalls als Reparationsgelder verwendet werden mußten. Kontrollen über die deutsche Wirtschaft und alle öffentlichen Mittel sollten die zu leistenden Zahlungen garantieren.

Verantwortlich für die Übertragung der Reparationsleistungen an das Ausland war nicht die deutsche Regierung, sondern ein von der Reparationskommission einzusetzender Generalagent. Seine Aufgabe war, die Durchführung der Sachleistungsprogramme und die Zahlungen so zu lenken, daß weder Störungen des internationalen Wechselkurses noch eine Gefährdung der Reichsmark durch die Überführung der deutschen Zahlungen in ausländische Währungen (Transferschutz) eintreten konnten. Gerade diese letzte Bestimmung bot der Finanz-

und Währungspolitik des Reiches erhebliche Vorteile und hat deshalb in der Diskussion des Reparationsproblems eine große Rolle gespielt.

Für den Augenblick besonders wichtig war zweifellos die vorgesehene Auslandsanleihe von 800 Millionen, die die dringendsten Kapitalbedürfnisse der deutschen Wirtschaft befriedigen und damit als Initialzündung für das Anlaufen des Planes dienen sollte.

1. Kapitel: Die Haltung der DNVP zum Dawes-Plan

a) Die Haltung im Wahlkampf (Mai 1924)

Der erste Reichstag der Weimarer Republik wurde im März 1924 durch den Reichspräsidenten aufgelöst, um dem deutschen Volke Gelegenheit zu geben, nach den außen- und innenpolitischen Erschütterungen des Jahres 1923 seinen politischen Willen zum Ausdruck zu bringen. Die Neuwahlen waren nach Beendigung des Ausnahmezustandes am 1. März 1924 ein dringendes Erfordernis geworden, nicht nur zur Legitimation der von dem bürgerlichen Kabinetts Marx geplanten Politik, sondern auch, um der durch den Ruhrkampf, die Inflation und die inneren Unruhen bedingten Kräfteverschiebung der Parteien gerecht zu werden. Die Deutschnationalen, die eine wesentliche Zunahme ihrer Wählerstimmen erwarten durften, hatten sich deshalb führend an der Forderung nach Neuwahlen beteiligt.

Hauptthema des Wahlkampfes aller Parteien war die Annahme oder Ablehnung des Dawes-Planes. Die DNVP lehnte ihn eindeutig ab und benutzte jede Gelegenheit, um propagandistisch gegen diesen neuen „Versklavungsprozeß“ Stellung zu nehmen. „Der Hohn der Sachverständigenvorschläge“³⁶⁴), „Dem zweiten Versailles entgegen“³⁶⁵), „Gegen das zweite Versailles“³⁶⁶) waren die Überschriften der Leitartikel und Aufsätze, die auf den entschiedenen Willen der Partei, die Durchführung des Planes mit allen Mitteln zu verhindern, hinwiesen. Als Prof. Hoetzsch in seinen außenpolitischen Wochenschaun in der „Kreuzzeitung“ gelegentlich zur Mäßigung riet und für eine Vermittlungstaktik eintrat, zog er sich die schärfste Kritik zu, und Graf Seidlitz, einer der einflußreichsten deutschkonservativen Führer Schlesiens, forderte sogar seine Entfernung aus dem ständigen Mitarbeiterstab dieses konservativen Organs³⁶⁷).

Der vor den Wahlen nach Hamburg einberufene außerordentliche Reichsparteitag der DNVP stand gleichfalls unter dem Zeichen schärfster Ablehnung der Dawes-Plan-Forderungen. Der Parteivorsitzende Hergt wandte sich in seiner Programmrede entschieden gegen jede ausländische Militärkontrolle, gegen den Dawes-Plan und vor allem gegen die mit diesem verbundene Verpfändung der Reichsbahn³⁶⁸).

Eine von Graf Westarp geführte Abordnung erhob am 12. und 14. April 1924 beim Reichskanzler Einspruch gegen die Absicht der Reichsregierung, die Vor-

schläge des Gutachtens noch vor dem Zusammentritt des neuen Reichstages anzunehmen³⁶⁹).

Hauptsprecher der Deutschnationalen in ihrem Kampf gegen die Durchführung des Planes war Staatsminister a. D. Karl Helfferich, dessen eingehende Kenntnis der Materie auch von seinen Gegnern anerkannt wurde. Das Schlagwort vom „zweiten Versailles“ war von ihm geprägt worden. Sein plötzlicher Tod kurz vor den Wahlen³⁷⁰) war für die Partei, in deren Führungsgremium er als Finanz- und Wirtschaftssachverständiger eine ausschlaggebende Rolle gespielt hatte, ein außerordentlicher Verlust.

b) Der deutschnationale Wahlerfolg

Der große Wahlerfolg der DNVP am 4. Mai 1924 war zweifellos auch eine Folge der außen- und innenpolitischen Krisen des Jahres 1923, in der Hauptsache war er jedoch das Ergebnis der entschiedenen Ablehnung des Dawes-Planes durch die Partei im Wahlkampf. Mit 103 Abgeordneten, zu denen noch 3 Hospitanten hinzutraten, bildete die DNVP die stärkste Fraktion des Reichstages, während die bisher vorherrschende SPD mit 100 Abgeordneten auf den zweiten Platz verwiesen wurde. Da, dem parlamentarischen Brauch entsprechend, die jeweils stärkste Fraktion den Präsidenten zu stellen hatte, löste der Deutschnationale Wallraf den bisherigen Reichstagspräsidenten Paul Löbe ab.

In ihren Wahlvorschlägen hatte die DNVP aus taktischen Gründen Vertreter aller Berufsgruppen nominiert, um den so oft betonten „Volkspartei-Charakter“ deutlich zu unterstreichen und ihrer Agitation einen breiten Unterbau zu geben. Aufgestellt waren:

- 126 Beamte (43 höhere, 24 mittlere und 7 untere sowie 52 Lehrer, davon 7 Hochschullehrer, die übrigen vorwiegend Studienräte),
- 69 Vertreter des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes,
- 61 Vertreter freier Berufe (Rechtsanwälte, Ärzte, Schriftsteller, Schriftleiter, Künstler, Hausfrauen),
- 55 Grundbesitzer (Groß-, Mittel- und Kleinbesitzer),
- 44 Arbeitnehmer (Angestellte, Arbeiter),
- 28 Industrielle und Vertreter des Großhandels,
- 26 ehemalige Offiziere,
- 9 Theologen³⁷¹).

Ein Vergleich mit der Sozialstruktur der dann tatsächlich gewählten Abgeordneten beweist, daß die DNVP zwar zur Verdeckung der wirklichen Einflußverhältnisse in der Partei bei ihren Wahlvorschlägen Vertreter aller sozialen Schichten berücksichtigte, um breite Wählermassen ansprechen zu können, die Spitzenkandidaten aber fast ausschließlich Großgrundbesitzer, höhere Verwaltungsbeamte, Industrielle und Akademiker waren, die — an sicherer Stelle nominiert — auch wirklich in den Reichstag einzogen.

Die soziale Zusammensetzung der neuen Reichstagsfraktion zeigte folgendes Bild (wobei jedoch einige Abgeordnete, die z. B. höhere Verwaltungsbeamte und gleichzeitig Großgrundbesitzer waren, doppelt aufgeführt sind):

- 34 Vertreter der Landwirtschaft (vorwiegend Großgrundbesitzer),
- 21 Beamte (vorwiegend des höheren Dienstes),
- 13 Arbeitnehmer (Angestellte und Arbeiter),
- 8 Industrielle und Vertreter des Großhandels,
- 8 Vertreter freier Berufe,
- 8 Lehrer (vorwiegend Universitätsprofessoren und Studienräte),
- 8 Vertreter des Handwerks,
- 6 ehemalige Offiziere,
- 5 Geistliche (darunter ein Katholik)³⁷²).

Die neue Fraktion ließ eine sehr wesentliche soziale Verschiebung in der Partei, nämlich den zunehmenden Einfluß von Wirtschaftsmächten, deutlich sichtbar werden. Nicht zuletzt war der Übertritt der „Nationalliberalen Vereinigung“ zur DNVP der Anstoß für diese entscheidende Änderung gewesen. Differenzen mit Stresemann hatten zu ihrer Trennung von der Deutschen Volkspartei geführt. Ihre Repräsentanten Quaatz, Klönne, Vögler, Gildemeister und Becker forderten daraufhin ihre Mitglieder und Freunde auf, ihre Stimmen für die DNVP abzugeben, nachdem auf Vorschlag aus dem Ruhrgebiet der Industrielle Dr. Klönne und Geheimrat Dr. Quaatz an einer sicheren Stelle der deutsch-nationalen Reichsliste aufgestellt worden waren.

Die Domäne der DNVP blieb nach wie vor das ostelbische vorwiegend agrarische Gebiet. Von 100 gültigen Stimmen erhielt sie in den Wahlkreisen Pommern 49,5, Frankfurt/Oder 40,5, Potsdam I 38,9, Schleswig-Holstein 30,9 und Liegnitz 29,9. Ihren niedrigsten Stimmenanteil hatte sie dagegen in den Wahlkreisen Oberbayern-Schwaben mit 7,5%, Koblenz-Trier mit 7,4%, Köln-Aachen mit 7,3% und Niederbayern mit 2,9%. Im Reichsdurchschnitt betrug der deutsch-nationale Anteil an den gültigen Stimmen 21,2%, während er sich bei der Wahl zur Nationalversammlung nur auf 10,3% und bei der Reichstagswahl 1920 auf 15,1% belaufen hatte³⁷³).

c) *Verhandlungsbereitschaft unter „gewissen Voraussetzungen“*

Dem Wahlsieg der DNVP vom 4. Mai 1924 folgten verständlicherweise Versuche der übrigen bürgerlichen Rechten, mit ihr zusammen ein Kabinett auf breitester bürgerlicher Basis zu bilden. Sie selbst erwartete allerdings, daß sie als stärkste Partei mit der Regierungsbildung beauftragt würde. Aus taktischen Gründen schwächte sie daher ihre Angriffe gegen den Dawes-Plan erheblich ab, um sich nicht selbst den Weg zu verbauen. Sogar Prof. von Freytagh-Loringhoven, als Vertreter des rechten Flügels stets ein Befürworter eines scharfen nationalistischen Kurses, erklärte, daß die DNVP den Plan nicht ohne weiteres zurückweisen könne, sondern lediglich seine bedingungslose

Annahme bekämpfen müsse³⁷⁴). In gleicher Weise äußerte sich auch Hergt, daß seine Partei „dem Gutachten und der Aufforderung zu Verhandlungen nicht von vornherein ein rundes ‚Unannehmbar‘ entgegenseetze, wohl aber Vorbehalte, die ganz unverzichtbar sind“³⁷⁵).

Die Linkspresse sah in derartigen Äußerungen die Vorzeichen eines sich anbahnenden „Umfalls“ der Deutschnationalen. Ganz allgemein wurden sie als eine „sehr große Schwenkung“ der Partei in die Linie der Stresemannschen Außenpolitik gewertet. Daraus resultierend wurde der Parteileitung vorgeworfen, die entschiedene Ablehnung des Dawes-Planes vor der Wahl nur aus taktischen Gründen propagiert zu haben³⁷⁶). Graf Westarp fühlte sich daher veranlaßt, die Erklärungen des Parteivorsitzenden in einem eingehenden Zeitungsartikel³⁷⁷) und wenige Tage später in seinem innenpolitischen Wochenbericht in der „Kreuzzeitung“³⁷⁸) zu unterstützen und näher zu erläutern. Er ließ keinen Zweifel, daß die DNVP entschlossen sei, die Dawes-Vorschläge nach wie vor entschieden abzulehnen, sofern nicht einige außerhalb des Gutachtens stehende Fragen, wie die „militärische Räumung des widerrechtlich besetzten Einbruchgebietes, Sicherung der endgültigen Befreiung des altbesetzten Rheinlandes“ und andere nationale Ehrenfragen, so die „Freigabe der Gefangenen und Rückkehr der Ausgewiesenen“ befriedigend gelöst werden würden. Die Partei gab dadurch nach außen zu erkennen, daß es ihr im Grunde nicht um die Bedingungen des Dawes-Planes selbst, sondern um die stärker betonte nationalistische Haltung der Außenpolitik des Reiches ging. Darüber hinaus sollten diese Erklärungen vor allem bezwecken, das in der Öffentlichkeit weit verbreitete Mißtrauen gegen die deutschnationalen Unterhändler bei der Regierungsbildung zu zerstreuen.

Am 15. Mai 1924 forderte die Parteileitung unzweideutig den Rücktritt des Kabinetts Marx und brachte den Großadmiral von Tirpitz als neuen Reichskanzler in Vorschlag. Erneute Verhandlungen scheiterten jedoch an den Bedingungen der übrigen Rechtsparteien³⁷⁹), so daß die deutschnationale Reichstagsfraktion am 30. Mai einstimmig den Beschluß faßte, weiterhin in der Opposition bleiben zu wollen. Ihre öffentliche Erklärung betonte u. a.:

„... Die deutschnationale Fraktion vermag nicht darauf zu verzichten, daß in der auswärtigen und inneren Politik des Reiches eine Kursänderung erfolgt und daß hierfür bei der Regierungsbildung sichtbare Garantien geschaffen werden. Aus diesem Grunde hat sie sich stets mit aller Entschiedenheit für die Tirpitz-Lösung ausgesprochen...“

d) Die Haltung der DNVP zur Londoner Konferenz

Das bisherige Kabinett Marx wurde daraufhin am 3. Juni 1924 erneut vom Reichspräsidenten bestätigt. Die Führung der Reichspolitik lag weiterhin in den Händen der gemäßigten bürgerlichen Parteien. Die Opposition der DNVP konzentrierte sich wiederum auf die Ablehnung des Dawes-Planes, da die Ab-

schwächung ihrer Haltung aus taktischen Gründen nicht mehr notwendig war³⁸⁰). Ihre Äußerungen und Leitartikel gewannen wieder an Schärfe³⁸¹).

Wenige Tage nach dem Zusammentritt der Londoner Konferenz (16. Juli 1924), die das Inkrafttreten des Dawes-Planes beraten und beschließen sollte, stellte die deutschnationale Reichstagsfraktion ein Sieben-Punkte-Programm auf, das als Richtschnur für die Verhandlungen und als Voraussetzung für die Zustimmung der Partei gelten sollte³⁸²). Aber auch diese „Mindestbedingungen“ waren für den Augenblick unerfüllbar, besonders Punkt 7, der den Widerruf des deutschen Schuldbekenntnisses am Krieg (Artikel 231 des Versailler Vertrages) vorsah, mußte bei den Siegermächten auf unüberwindbaren Widerstand stoßen. Die DNVP erklärte jedoch, daß sie sich allen Abmachungen, die ihren sieben Forderungen nicht entsprächen, „mit allen Mitteln widersetzen“ würde.

Die deutschen Vertreter Marx, Stresemann und Luther, die ab 5. August 1924 zu der Londoner Konferenz hinzugezogen wurden, konnten tatsächlich nicht erreichen, daß die deutschnationalen Bedingungen mit Ausnahme von einigen weniger wichtigen Ehrenpunkten auch nur annähernde Berücksichtigung fanden. Insbesondere entwickelten sich um die Räumungsfristen für das Ruhrgebiet schärfste Gegensätze, bei denen sich die deutsche Delegation dem Franzosen Herriot gegenüber nicht durchsetzen konnte³⁸³).

Angesichts des „schmählichen Umfalls der deutschen Regierungsvertreter“³⁸⁴) verstärkte die DNVP nun ihre Ablehnungspropaganda. In ihrer Parteikorrespondenz und in der ihr nahestehenden Presse erschienen fast täglich Artikel, in denen das Londoner Abkommen immer wieder als „zweites Versailles“ und als „neues Zwangsdiktat“ bezeichnet wurden. Jede neue „Versklavung“ wurde entschieden abgelehnt, die Regierung aufs schärfste angegriffen.

e) Vor der Entscheidung im Reichstag

Unmittelbar nach der Londoner Konferenz legte die Regierung Marx-Stresemann, die der Stimmen der Sozialdemokraten, der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei sicher sein konnte, dem Reichstagspräsidenten die zur Durchführung des Abkommens notwendig werdenden Gesetzentwürfe vor. Die parteipolitischen Auseinandersetzungen um den Dawes-Plan traten in die entscheidende Endphase.

Der deutschnationalen Reichstagsfraktion fiel dabei die Rolle des Züngleins an der Waage zu. Da für das verfassungsändernde Reichsbahngesetz die Zweidrittelmehrheit notwendig war, die ohne die DNVP als stärkster Partei nicht erreicht werden konnte, war das Schicksal des Dawes-Plan ganz in ihre Hand gegeben.

Die Londoner Konferenz hatte keine Erfüllung der sieben Forderungen der Partei gebracht. Bei den Ehrenpunkten war ein Teil der „Mindestforderungen“ unberücksichtigt geblieben, in wirtschaftlichen Beziehungen war nach Auffassung Hergts „nicht nur nichts Erhebliches gebessert, sondern das ohnehin

schon unerträgliche Dawes-Gutachten durch die Londoner Beschlüsse sogar noch verschlechtert worden³⁸⁵). Rein logisch kam für die DNVP nur eine Ablehnung der Gesetzvorlagen in Frage. Durch mehrere Parteikundgebungen ließ Hergt diese „grundsätzliche Ablehnung“ in der Öffentlichkeit zum Ausdruck bringen. Prof. Hoetzsch betonte am 20. August 1924, daß das Ergebnis der Londoner Verhandlungen für die deutschnationale Reichstagsfraktion unannehmbar sei³⁸⁶). Diese selbst veröffentlichte am folgenden Tag eine Erklärung, die keinen Zweifel mehr zu lassen schien:

„Die deutschnationale Reichstagsfraktion, verstärkt durch zahlreiche Mitglieder des Landtages, nahm einen eingehenden Bericht des Parteivorsitzenden entgegen. Sie sprach zu der bisherigen Haltung der Parteileitung, insbesondere zu der Veröffentlichung vom 15. August 1924 einmütig ihre Zustimmung aus. Sie stellt einmütig fest, daß sie nach wie vor auf dem in ihren sieben Punkten vom 22. Juli 1924 und in der Rede des Abg. Dr. Hoetzsch vom 26. Juli 1924 festgelegten Standpunkt beharrt.“

Die Rechtspresse vertrat die Auffassung, daß nunmehr die Entscheidung über das endgültige „Nein“ gefallen sei³⁸⁷), und ein Teil der demokratischen Blätter schloß sich ihnen an³⁸⁸). Andere versuchten wiederum, noch einmal an das Verantwortungsgefühl der Deutschnationalen zu appellieren, da im Falle der Annahme der Gesetze für die deutsche Landwirtschaft und Industrie, vor allem aber die besetzten Gebiete große Erleichterungen eintreten würden³⁸⁹).

Die Haltung der Reichstagsfraktion wurde bestärkt durch die Parteiorganisationen, die sich fast alle zu deren Entscheidung bekannten. Die Landes- und Kreisverbände, Ortsgruppen und führende Vertreter der berufsständischen Organisationen verlangten in Entschließungen und Erklärungen, die ununterbrochen bei der Parteileitung einliefen, die strikte Ablehnung der Gesetzentwürfe zum Londoner Abkommen³⁹⁰). Es mußte danach den Anschein haben, daß die gesamte Fraktion für die Abstimmung unwiderruflich festgelegt sei.

In Wirklichkeit aber war diese Einigkeit nur vorgetäuscht, da eine Minderheit unter den Fraktionsmitgliedern, durch eigene vernünftige politische Erwägungen geführt oder unter dem Druck mächtiger Interessengruppen, die sich für eine Annahme entschieden hatten, den rein oppositionellen Kurs der Führung nicht mehr mitzumachen bereit waren. In „fortgesetzt verstärktem Maße“, vor allem aus dem besetzten Gebiet, machte sich „der Druck der Wirtschaftskreise — Industrie und Landwirtschaft im besonderen — zugunsten einer Verständigung über das Dawes-Gutachten geltend“³⁹¹). Der pommersche Landesgeschäftsführer Passarge z. B. notierte am 26. August 1924 in seinem Tagebuch:

„... In der Fraktion waren die Ansichten sehr durcheinander. Die rheinische Industrie, Süddeutschland, zeitweise wohl sogar der Reichslandbund, drückten mit aller Macht auf Annahme. Der Osten, Pommern in erster Linie, verlangte ebenso hartnäckig das unbedingte Nein...“

Befürworter der Annahme war in erster Linie der Reichsverband der deutschen Industrie, in dem sich nach dem Kriege unter dem Präsidium von Geheim-

rat Duisberg die einflußreichsten deutschen Industriellen zusammengeschlossen hatten. Seine Mitglieder standen vor allem in der Deutschen Volkspartei, zum Teil auch — wie z. B. Hugenberg, Thyssen, Borsig und Kirdorff — bei den Deutschnationalen. Seine parteipolitische Betätigung blieb jedoch stets den zu verfolgenden wirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Um die Lage der Ruhrindustrie zu erleichtern und vor allem wegen der zu erwartenden hohen Auslandskredite, die der deutschen Wirtschaft die dringend notwendige Hilfe bieten konnten, hatte sich daher der Reichsverband trotz der erheblichen hypothekarischen Verpflichtungen³⁹²⁾ und einer widerstrebenden Minderheit in seinem Präsidium³⁹³⁾, bereits am 24. April 1924 durch Duisberg für die Annahme des Dawes-Planes erklärt und ihn als „geeignete Grundlage zur Lösung des Reparationsproblems“ bezeichnet³⁹⁴⁾. Auch der entschiedene Protest der in der Hauptsache zur Bekämpfung des Dawes-Planes neugegründeten „Deutschen Industriellen-Vereinigung“, in der sich extrem rechtsstehende Wirtschaftler zusammengefunden hatten, vermochte nicht mehr den Reichsverband an einem starken Druck auf seine deutschnationalen Mitglieder und die ihm nahestehenden Abgeordneten zu hindern, damit eine geschlossene Ablehnung der Gesetzesvorlagen zum Londoner Abkommen durch die DNVP vermieden wurde.

Vorerst unbestimmter, für die deutschnationale Haltung aber von erheblich größerer Bedeutung als die der Industrie, war die Einstellung der Landwirtschaft. Der Reichslandbund, obwohl seiner Satzung nach parteipolitisch neutral, sah vornehmlich in der DNVP seine politische Vertretung, von den 106 deutschnationalen Abgeordneten waren 52 in ihm organisiert³⁹⁵⁾. Die oppositionelle Haltung der Partei gegenüber dem zur Verständigungspolitik neigenden Reichsaußenminister Dr. Stresemann und der Deutschen Volkspartei hatte in ihm fast immer eine tatkräftige Stütze gefunden. Die deutschnationale Ablehnung des Dawes-Planes im Wahlkampf wurde von ihm auch in der Hoffnung mitgemacht, daß bei Einbeziehung der DNVP in eine neue Regierungskoalition seine agrarischen Interessen nachdrücklicher als bisher vertreten werden könnten. Noch nach der Mai-Wahl, als die Deutschnationalen im Hinblick auf eine mögliche Regierungsbeteiligung zu größeren Zugeständnissen bereit waren, hatte der Reichslandbund auf seinem Widerstand gegen den Dawes-Plan beharrt. Erst nach der Hergtschen Formulierung „Kein grundsätzliches Unannehmbar, wohl aber Vorbehalte, die unverzichtbar sind“ lenkte auch er etwas ein, um das Zustandekommen einer Rechtskoalition zu ermöglichen, ging aber sofort wieder in Opposition, als die Gespräche fruchtlos blieben. So wandte er sich noch unmittelbar vor dem Abschluß der Londoner Verhandlungen in einer Entschliebung „gegen die Finanzversklavung“ und erklärte, „daß die Erfüllung der sogenannten Ehrenpunkte eine selbstverständliche Voraussetzung der Verhandlungen darstellt und daher die Ablehnung des Inhalts des Gutachtens durch den Reichslandbund nicht berührt werden kann“³⁹⁶⁾. Je näher die Entscheidung rückte, um so stärker wurde er sich bewußt, daß die mit der Annahme des

Dawes-Planes verbundenen wirtschaftlichen Vorteile auch der Landwirtschaft zugute kommen würden³⁹⁷). Er konnte ferner nicht daran vorbeigehen, daß sich, im Gegensatz zu den ostelbischen Organisationen, die Landbünde des besetzten Westens nun auch energisch für die Zustimmung zum Londoner Abkommen einzusetzen begannen³⁹⁸). Angesichts dieser Bedenken in den eigenen Reihen war es dem Reichslandbund nicht mehr möglich, von seinen Vertretern in der deutschnationalen Reichstagsfraktion, die durch die Bestimmung gebunden waren, daß sie „bei allen Abstimmungen den Landbund-Gedanken vor die Partei stellen und den Forderungen des Landbundes folgen“³⁹⁹) sollten, die Ablehnung zu fordern. Der Bundesvorstand verzichtete deshalb auf eine einheitliche Haltung und gab den Abgeordneten die Abstimmung frei. Wirtschaftliche Erwägungen hatten den Sieg über parteitaktische Ziele davongetragen, der Reichslandbund sich in seiner Haltung dem Reichsverband der deutschen Industrie erheblich genähert⁴⁰⁰).

Für die Annahme der Dawes-Gesetze trat ferner auch der Deutsche Gewerkschaftsbund, der christlich-nationale Flügel der Gewerkschaftsbewegung, mit allem Nachdruck ein. Seine parlamentarischen Vertreter saßen zwar in der Hauptsache in der Zentrumsfraktion, der ihm angehörende Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband und einige weitere in ihm organisierte Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände verfügten durch die Maiwahlen 1924 aber auch über mehrere Abgeordnete in der Fraktion der DNVP. Unter dem Einfluß ihrer Berufsverbände wurden auch diese deutschnationalen Abgeordneten des Gewerkschaftsflügels im Sinne einer Annahmehbereitschaft beeinflußt und allmählich aus der ablehnenden Stellung ihrer Partei hinausgedrängt. Die Furcht vor einer Massenarbeitslosigkeit und der Wunsch, die bisherigen sozialen Errungenschaften weiter auszubauen, mußte für sie schwerer wiegen als die rein parteitaktischen Erwägungen der deutschnationalen Führung.

Hergt war sich darüber klar, daß angesichts des erheblichen Druckes der Industrie, der Landwirtschaft und der Gewerkschaften die ablehnende Haltung seiner Partei nunmehr besonders motiviert werden müsse. Er verfolgte daher den Plan, die Reichsregierung zu neuen diplomatischen Verhandlungen, besonders über die noch unerfüllt gebliebenen „Ehrenpunkte“, zu veranlassen. Es sollte dabei deutlich werden, daß die DNVP nicht ein Abkommen mit den Siegermächten überhaupt, sondern nur *diese* Form eines Abkommens und der daraus resultierenden Gesetze ablehnen mußte. Seiner Meinung nach waren die Wege dazu entweder eine noch vor dem 30. August 1924 zu versuchende Verständigung mit den Regierungsparteien über die Einfügung der deutschnationalen Bedingungen in die Gesetzesvorlagen oder aber, falls eine solche Verständigung fehlschlug, die Ablehnung in der Erwartung neuer Verhandlungen mit den Alliierten und nach deren Abschluß eine nochmalige Befragung des Reichstags.

Der erste Weg stellte sich bald als ungangbar heraus, da die Reichsregierung und die ihr nahestehenden Parteien jede derartige Abänderung der Gesetze

ablehnten. Es blieb nur der zweite übrig, nämlich durch eine Verhinderung der Zweidrittelmehrheit⁴⁰¹⁾ die Erzwingung weiterer Verhandlungen mit den Alliierten. Voraussetzung dafür aber war, daß weder in London unterschrieben noch der Reichstag aufgelöst wurde. Hergt war zweifellos der Meinung, daß die Regierung nicht ernstlich an eine Auflösung denke, „sondern im Entgegenkommen gegenüber der deutschnationalen Auffassung erneute Verhandlungen versucht werden“⁴⁰²⁾. Er befand sich jedoch im Irrtum, da, sicherlich als Antwort auf seine Rede im Reichstag vom 25. August, aus der man trotz einer formalen Ablehnung eine erhebliche Unsicherheit herauslesen konnte⁴⁰³⁾, die Regierung nunmehr erklären ließ, daß sie auch im Falle des Fehlens der Zweidrittelmehrheit zu dem verfassungsändernden Reichsbahngesetz das Dawes-Abkommen in London unterzeichnen würde, da dieses ein völkerrechtlicher Akt sei, der der Zustimmung des Reichstages nicht bedürfe. Gleichzeitig wurde auch durch Wolffs Telegraphenbüro die Absicht des Reichspräsidenten bekanntgegeben, bei Nichtannahme der Gesetze das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben⁴⁰⁴⁾.

Die feste Haltung der Reichsregierung verfehlte nicht ihren Eindruck auf eine Anzahl deutschnationaler Abgeordneter. Einigen waren bereits Zweifel gekommen, daß bei einer Ablehnung der Gesetze „überhaupt noch irgendwelche außenpolitischen Möglichkeiten in unserem Sinne“ gegeben seien. Vor allem aber wurden die Aussichten der DNVP in einem neuen Wahlkampf „vielfach pessimistisch beurteilt“, da man sich darüber klar war, „daß im Falle eines Unterliegens . . . auf lange Zeit hinaus innenpolitisch eine Anteilnahme der Deutschnationalen Volkspartei an der Regierung im Reich wie in Preußen ausgeschlossen sein würde“⁴⁰⁵⁾.

Die Krise in der Partei brach am Morgen des 27. August aus, als sich eine Deputation zu Hergt begab, um ihm mitzuteilen, daß rund dreißig Fraktionskollegen, vor allem Vertreter der Wirtschaftsverbände und der besetzten Gebiete, sich nun doch für die Annahme des Dawes-Gutachtens entschieden hätten. Schon vorher hatte dagegen der rechte Flügel der Partei zu erkennen gegeben, daß er zu einem eindeutigen „Nein“ entschlossen sei. Seine ernstlichen Versuche, eine einheitliche ablehnende Haltung der gesamten DNVP zu erreichen, wollte er dadurch unterbauen, daß 33 Abgeordnete mit den Vertretern der „Nationalsozialistischen Freiheitspartei“ Fühlung nahmen, „um einen Druck auf die Reichstagsfraktion auszuüben“⁴⁰⁶⁾.

Aus dieser beiderseitigen Zwangslage versuchte Hergt, der in Übereinstimmung mit Graf Westarp immer noch an dem Ziel, durch eine Ablehnung mit Bedingungen neue Verhandlungen zu erzwingen, festhielt, mit Hilfe der von ihm nach Berlin berufenen Landesvorsitzenden herauszukommen. Er erreichte in der Tat den nahezu einstimmigen Beschluß, daß die Fraktion einen Zusatzantrag einbringen sollte, nach dem das Inkrafttreten der Gesetze von der Annahme „unverzichtbarer Bedingungen“ — vorzeitige Räumung des Ruhr-

gebietes, Räumung der ersten Rheinland-Zone am 10. Januar 1925 und Sicherstellung der Fristen für die Räumung der übrigen Zonen, Neuregelung des Rheinlandabkommens, Widerruf der Kriegsschuldfrage, Festlegung der Gesamthöhe der Reparationen durch neue diplomatische Verhandlungen — abhängig gemacht wurden. Das Ziel dieses Planes sollte sein, die Fraktion einheitlich festzulegen und die Schuld für die deutschnationale Ablehnung den anderen Parteien zuzuschreiben, da diese selbstverständlich nicht gewillt waren, dem Zusatzantrag ihre Stimme zu geben.

In der deutschnationalen Presse erschien dann die Erklärung, daß in der Sitzung „von 42 Landesverbänden sich nur drei für die Annahme der Gutachtengesetze ausgesprochen haben, während alle übrigen sich in scharfer Form für die Ablehnung des Gutachtens durch die Fraktion im Auftrag ihrer Organisationen eingesetzt“ hätten⁴⁰⁷). Wie sehr aber diese nahezu vollständige Einigkeit doch nur vorgetäuscht war, zeigte ein Artikel des immer ausgezeichnet informierten Berliner Tageblattes⁴⁰⁸), in dem es hieß:

„Wer hinter die Kulissen schaut, weiß, wie es mit dieser ‚Einigkeit‘ bestellt ist. Die Herren machen es wie auf der Echternacher Prozession: zwei Schritte vorwärts, einen zurück, zweimal bestimmt und laut ‚Nein‘ und dreimal zögernd und leise ‚Ja‘ . . .

Ein Teil von ihnen möchte dem viel umstrittenen und ausschlaggebenden Eisenbahngesetz zur Annahme verhelfen. Der andere aber drückt auf diese schwankenden Gestalten, um sie im Zaum zu halten . . .“

In diesem Stadium trat die Deutsche Volkspartei an die DNVP mit dem Vorschlag heran, unter der Bedingung, daß diese bei der Herbeiführung der Zweidrittelmehrheit für das Gesetz die erforderliche Hilfe leistete, gemeinsam eine neue Regierung zu bilden⁴⁰⁹). Das Zentrum folgte wenig später mit dem gleichen Angebot.

Gleichzeitige Besprechungen mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann führten zu dem Ergebnis, daß die Regierung für den Fall einer Herbeiführung der Zweidrittelmehrheit mit deutschnationaler Hilfe zu dem doppelten Entgegenkommen sich bereit finden würde, die Kriegsschuldfrage förmlich zu widerrufen und dies den alliierten Mächten zu notifizieren sowie bezüglich einiger anderer außenpolitischer Punkte, wie sie in den deutschnationalen Bedingungen formuliert waren, zustimmende Erklärungen abzugeben.

Hergt hielt es für richtig, alle diese Anerbieten zuerst einmal entgegenzunehmen und zu klären, da er unter dem Vorbehalt einer späteren Entscheidung möglichst viele Vorteile für die DNVP herausholen wollte. Auch von der Fraktion wurde „einstimmig die Notwendigkeit anerkannt, sich auf etwaige Verhandlungen mit den Regierungsparteien oder der Regierung einzulassen“⁴¹⁰). Als Ziel schwebte ihm vor, nicht nur die Aufnahme seiner Partei in die Regierungskoalition zu erreichen, sondern eine deutschnationale Führung durch Übernahme der Kanzlerschaft sowie der Posten des preußischen Ministerpräsidenten und des preußischen Innenministeriums durch einen Deutschnationalen zu sichern. Für das Amt des Reichskanzlers wurde von ihm Graf Westarp vorgeschlagen.

Das Zentrum lehnte entschieden ab, da seiner Meinung nach eine deutsch-nationale Spitze vor allem wegen der Rückwirkungen auf das Ausland nicht in Frage kam. Reichskanzler Marx erklärte auf die Rücktrittsforderung Hergts, „er könne sich nicht von einer Fraktion seine Demission vorschreiben lassen“⁴¹¹).

Der DNVP kam es darauf an, die Leitung des Kabinetts zu übernehmen. Mit einem bloßen Eintritt in die Reichsregierung ohne irgendwelche Gewißheit über einen entscheidenden Einfluß auf die künftige Reichspolitik war ihr nicht gedient. Hergt gab deshalb in der Fraktion übereinstimmend mit dem Grafen Westarp das Votum ab, daß die Vorschläge „in ihrer Gesamtheit nicht ausreichend seien, um das schwere Opfer der Annahme des Dawes-Gutachtens zu rechtfertigen“⁴¹²). Die Vermittlung des Zentrums und der Deutschen Volkspartei war damit endgültig gescheitert.

Inzwischen war unter dem Druck der Wirtschaftsverbände, der Vertreter der besetzten Gebiete und wegen der Aussicht auf eine Regierungsbeteiligung die Neigung eines Teiles der Reichstagsfraktion zur Bejahung des Londoner Abkommens und zur Annahme der Gesetze gestiegen. Von der Parteileitung wurde jedoch erneut in Schlagzeilen herausgestellt, daß sich an der ablehnenden Haltung nichts geändert habe⁴¹³). Vermutungen, daß die interfraktionellen Verhandlungen und die Besprechungen mit Stresemann zu einer Änderung dieser Haltung geführt hätten, wurden entschieden zurückgewiesen⁴¹⁴). Die Deutsche Tageszeitung z. B. lobte in einem Leitartikel die deutsch-nationale Festigkeit und die Erkenntnis der Fraktion, „daß auch die größten Vorteile des Augenblicks nicht soviel wiegen wie die Notwendigkeiten der Zukunft“⁴¹⁵).

Mehrere führende Blätter der Mitte aber sahen klarer. Sie wußten, daß die Koalitionsverhandlungen durch ihren negativen Ausgang einen erheblichen Prestigeverlust für die DNVP mit sich gebracht hatten⁴¹⁶). Die „große Konfusion“, „die gewiß ganz der Sachlage in der ‚völlig einigen‘ deutsch-nationalen Fraktion entspricht“⁴¹⁷), blieb ihnen ebenfalls nicht verborgen. Das Berliner Tageblatt meinte daher zu der bevorstehenden Abstimmung, „daß die Fraktion zwar prinzipiell auf ihrem ablehnenden Standpunkt bestehen bleibe, praktisch aber den einzelnen Abgeordneten die Möglichkeit geben würde, dafür zu stimmen“⁴¹⁸). Eine derartige Erkenntnis entsprach weit mehr den tatsächlichen Verhältnissen als die Ansicht der deutsch-nationalen Presse, die noch bis zum Schluß das geschlossene „Nein“ der Fraktion voraussagte⁴¹⁹).

2. Kapitel: Die Abstimmung im Reichstag

Die Abstimmung über die Dawes-Gesetze, besonders über das verfassungsändernde Reichsbahngesetz, war zweifellos „eine der dramatisch bewegtesten Abstimmungen, die der Deutsche Reichstag je erlebt“ hatte⁴²⁰). Bis zum letzten Augenblick war das Ergebnis ungewiß. In der anderthalbstündigen Pause zwischen der dritten Lesung und dem Beginn der Abstimmung hielt die deutsch-

nationale Reichstagsfraktion nochmals eine Sitzung ab und erschien erst unmittelbar vor der Wiedereröffnung des Plenums. Die Aufmerksamkeit aller Abgeordneten und der Presse war allein auf sie gerichtet, die Ungewißheit über ihre Haltung hielt bis zur letzten Minute an.

Der deutschnationale Reichstagspräsident Wallraf gab den Beginn der Abstimmung bekannt, es trat „augenblicklich ungewöhnliche Stille“ ein. Zunächst wurde über die Abänderungsanträge entschieden, dann folgte die Einzelabstimmung über die Gesetzesvorlagen. Das Eisenbahngesetz stand an siebter Stelle. Die Kommunisten und die Nationalsozialisten hatten für fast alle Vorlagen die namentliche Abstimmung beantragt, die Sozialdemokraten für das Eisenbahngesetz.

Nach den ersten namentlichen Abstimmungen, die sämtlich eine starke einfache Mehrheit für die Annahme brachten, versuchte man allseits auszurechnen, wieviel Stimmen noch an der Zweidrittelmehrheit für das Reichsbahngesetz fehlen mochten. Die große Frage blieb jedoch, ob die Deutschnationalen genügend Ja-Stimmen zur Verfügung stellen würden oder die entsprechende Anzahl von Abgeordneten hinausschicken würden. Zwischendurch hielt die deutschnationale Fraktion mehrere Beratungen ab. Probeabstimmungen in diesen ergaben, daß eine einheitliche Beschlußfassung nicht möglich war. Die Aufregung im deutschnationalen Lager und auch bei den anderen Parteien wurde dadurch immer größer.

Die Spannung erreichte ihren Höhepunkt, als die Abstimmung über das Reichsbahngesetz begann. Bei den Deutschnationalen wurden anfänglich nur rote Nein-Karten gesehen, erst am Schluß erschien dann „eine weiße Karte nach der andern, bis zum letzten Augenblick verschämt verborgen gehalten“, eine wahre „Symphonie in Weiß“, wie die Vossische Zeitung ihren Lesern zu berichten mußte.

Sowohl bei den Nationalsozialisten als auch bei den Kommunisten wurde es nun lebendig. Höhnende Zurufe gingen nach rechts, „wo die Deutschnationalen mit gesenktem Blick dastehen, ohne zu reagieren“. Die Zahl der weißen Ja-Karten der Deutschnationalen hatte man so schnell nicht zählen können und wußte daher immer noch nicht, ob sie zur Annahme reichen würden. Unter Umständen konnte eine Stimme den Ausschlag geben. Von 466 stimmberechtigten Abgeordneten hatten 441 ihre Karten abgegeben, für die Zweidrittelmehrheit waren somit 294 Ja-Stimmen erforderlich.

Im Augenblick der Verkündung des Ergebnisses — 314 Ja-Stimmen — brach ein wüster Lärm los. Die Kommunisten brüllten zu den Deutschnationalen hinüber, die Nationalsozialisten schlossen sich ihnen an, von den sozialdemokratischen Bänken hörte man höhnende Worte. Die Abgeordneten der DNVP aber saßen still auf ihren Bänken und reagierten auf keinen Zuruf.

Das Reichsbahngesetz war mit verfassungsändernder Mehrheit angenommen worden. Die Entscheidung über den Dawes-Plan war damit gefallen. Das Parla-

ment hatte der Politik der Regierung Marx-Stresemann zugestimmt. Die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Mittelparteien sowie die überfüllte Diplomatenloge nahmen das Ergebnis mit Beifall auf.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion war in der Mitte auseinandergebrochen⁴²¹). 48 Deutschnationale hatten mit „Ja“ gestimmt und dadurch die Annahme des Londoner Abkommens ermöglicht, 52 sich gegen die Annahme ausgesprochen⁴²²). Vier Mitglieder der Fraktion, unter ihnen Dr. Hugenberg, waren wegen Krankheit beurlaubt, zwei weitere fehlten.

Die Spaltung der Fraktion war sowohl eine politische als auch eine regionale. Die ihr angehörenden Arbeitersekretäre, Mitglieder des Reichsverbandes der Industrie und zum überwiegenden Teil auch die Vertreter des Reichslandbundes hatten mit „Ja“ gestimmt: wirtschaftliche Erwägungen hatten ihren Vorrang gegenüber der Parteiodoktrin bewiesen. Regional zeigte sich deutlich eine „Elbe-Linie“ an, die Vertreter der östlichen Wahlkreise, der alten Domäne der Deutschkonservativen, hatten sich überwiegend für das „Nein“, die der westlichen dagegen mit wenigen Ausnahmen für das „Ja“ entschieden.

3. Kapitel: Die Auswirkungen der gespaltenen Abstimmung

a) *Entrüstung über die Fraktionsspaltung*

Die Parteiorganisationen wurden durch die Nachricht vom „Umfall ihrer Reichstagsfraktion völlig unvorbereitet“ getroffen⁴²³). Da die Parteileitung und die rechtsorientierte Presse bis zum letzten Augenblick betont hatten, daß selbstverständlich nur eine geschlossene Ablehnung in Frage kommen würde, standen sie plötzlich vor einem unlösbaren Rätsel.

Die erste Reaktion auf die Fraktionsspaltung und die dadurch ermöglichte Annahme des monatelang bekämpften Dawes-Planes war Bestürzung und eine lebhafte Opposition, die sich in einer großen Zahl scharfer Resolutionen, persönlicher Stellungnahmen und Austrittsdrohungen äußerte. Besonders die norddeutschen Landesverbände griffen in Versammlungen und öffentlichen EntschlieBungen die Haltung der Reichstagsfraktion und ihrer Leitung heftig an⁴²⁴). Andere wiederum dankten den Abgeordneten, die sich für die Ablehnung eingesetzt hatten, während die Haltung der Ja-Sager allgemein verurteilt und mehrfach von ihnen die Niederlegung ihres Mandates gefordert wurde⁴²⁵). Sie wurden „mit Vorwürfen überschüttet und mit beleidigenden Ausdrücken wie ‚Verräter an der deutschnationalen Sache‘ und ‚schlappe Gesellen‘ belegt“⁴²⁶). Bei der Parteileitung und den Landesverbänden — vorwiegend den ostelbischen — gingen zahlreiche Austrittserklärungen ein, viele Mitglieder wandten sich auch direkt an die ihnen nahestehenden Vertreter des Parteivorstandes, um ihnen ihre Mißbilligung auszusprechen⁴²⁷).

Auch die der Partei nahestehenden Verbände schlossen sich den Protesten an. Der Alldeutsche Verband stand auf seiner Stuttgarter Haupttagung ganz „unter dem furchtbaren Eindruck der Annahme des Londoner Abkommens“, eines „nicht für möglich gehaltenen Vorganges“, bei dem Männer mitgewirkt hätten, an deren „nationaler Gesinnung“ bisher nicht zu zweifeln war⁴²⁸). Ähnlich äußerte sich der „Nationale Verband Deutscher Offiziere“ (NDO)⁴²⁹).

Besonders heftig war die Empörung in den alten deutschkonservativen Kreisen. Der engere Vorstand der immer noch bestehenden Deutschkonservativen Partei nahm nur „mit Entrüstung“ von dem Abstimmungsergebnis Kenntnis und erwartete „eine umgehende einwandfreie Klarstellung dieser Haltung, die zu allen früheren Kundgebungen der Partei in schroffstem Widerspruch steht“⁴³⁰). Die deutschkonservativen Vertreter auf dem rechten Flügel der DNVP bezeichneten die Ja-Sager als „Jammerlappen“ und „Weichlinge“, zum Teil scheuten sie sich nicht einmal, das Wort „Landesverräter“ zu gebrauchen⁴³¹). Sehr deutlich wurde aber gerade von ihnen erkannt, daß nicht das Ja oder das Nein an sich die Krise hervorgerufen hätten, sondern das Auseinanderfallen der Fraktion in zwei Hälften. Eine Lösung aus diesem Dilemma konnte nach ihrer Ansicht nur noch entweder durch eine straffe deutschkonservative Führung der gesamten DNVP, die gleichzeitig ein Zurückdrängen des bisherigen Einflusses der ehemaligen Christlichsozialen bedeuten würde, oder durch eine Abspaltung und eine Reorganisation der Deutschkonservativen Partei gefunden werden⁴³²). Besonders vertreten wurde diese letzte Lösung in Pommern, wo man sich vornehmlich darüber empörte, daß es nicht die „harte Industrie“, nicht die „schlappen Süddeutschen“, nicht die „Arbeitersekretäre“ allein waren, sondern Namen von Klang, „Persönlichkeiten ihrer eigenen Kaste: Fürst Bismarck, Freiherr von Richthofen, von Tirpitz, vor allem von Keudell“⁴³³), die den Gesetzen ihre Zustimmung gegeben hatten.

b) Opposition gegen den Partei- und Fraktionsvorsitzenden

Stärker noch als alle Angriffe gegen die Ja-Sager war die sofort nach der Abstimmung einsetzende Opposition gegen Hergt, der nach Ansicht seiner Kritiker durch die Freigabe der Stimmen als Partei- und Fraktionsvorsitzender versagt und dadurch die Spaltung der Fraktion und die Annahme des Dawes-Planes ermöglicht hatte⁴³⁴).

Als ehemaliger preußischer Minister stets der Mitarbeit am Staate zuneigend, war Hergt seit der Gründung der DNVP immer stärker in Widerspruch zu dem eine kompromißlose Opposition fordernden rechten Parteiflügel geraten. In der anfänglichen Ablehnung des Dawes-Gutachtens hatte es jedoch kaum Differenzen zwischen beiden gegeben. Ihre Gegensätzlichkeit in der Einstellung zur Weimarer Republik trat erneut in aller Schärfe durch die Abstimmung zutage. Diese zeigte, daß der Vorsitzende die Fraktion nicht mehr in der Hand hatte und daß die in ihrer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Struktur

heterogene Partei nach dem Tod Helfferichs keine überragende Führerpersönlichkeit mehr besaß, die fähig gewesen wäre, sie zu einer wirklichen Einheit zusammenzuschmelzen.

Träger der Opposition gegen Hergt waren vor allem die Deutschkonservativen, die in der DNVP verbliebenen Völkischen und die Alldeutschen, während die früheren Freikonservativen und die Christlichsozialen sich nach wie vor weitgehend für ihn einsetzten. Nach der gespaltenen Abstimmung vom 29. August 1924 wurde daher der Angriff gegen ihn in erster Linie von den nord- und ostdeutschen Landesverbänden vorangetragen, denen sich starke Gruppen der übrigen Gliederungen anschlossen.

Eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung des größten deutschnationalen Landesverbandes, Pommern, faßte am 6. September 1924 unter dem Vorsitz von Dr. Schlange-Schöninghen eine EntschlieÙung, in der der Rücktritt des Parteivorsitzenden und ein gründlicher Wechsel im Vorstand gefordert wurden, um die Einheit der Partei zu retten⁴³⁵). Schon am Tage vorher war von dem Landesverbandsvorstand Ostpreußen und den dortigen Kreisvorsitzenden ein Schreiben nach Berlin gesandt worden, in dem der Rücktritt Hergts und seines Politischen Beauftragten, von Lindeiner-Wildau, gefordert wurde.

„Unverzügliche Änderung der Besetzung der Parteileitung“ forderte auch der Landesverband Schleswig-Holstein⁴³⁶), während der Landesverband Berlin „eine starke und feste Führung der Partei und ihrer Organe“ erwartete⁴³⁷). Der Landesverband Osnabrück übersandte sogar allen anderen Landesverbänden eine EntschlieÙung seines Vorstandes⁴³⁸) und bat, dem Sinn nach gleichlautende Resolutionen zu fassen, um auf der Tagung der Parteivertretung am 30. September 1924 eine „geschlossene Haltung gegen die unserer Ansicht nach unmögliche derzeitige Leitung herbeizuführen“⁴³⁹). Der Landesverband Thüringen forderte „den einstweiligen Rücktritt des Partei- und Fraktionsvorsitzenden“ und behielt sich vor, „bei Nichterfüllung seiner Forderungen die Beziehungen zur Parteileitung abzubrechen“⁴⁴⁰).

In einer Rede vor dem Landesfrauenausschuß Hamburg erklärte der Reichsführer der Bismarckjugend, H. O. Sieveking: „. . . Wir haben das Recht, Rechenschaft zu fordern von den ‚Ja-Sagern‘ und von der Parteileitung, die beide versagt haben . . .“⁴⁴¹). Der „Nationale Ring“⁴⁴²) bezeichnete es als unerläÙlich, „einen Wechsel in der Führung durchzusetzen und danach die Partei in der Opposition festzuhalten“. Er regte zu diesem Zweck die Gründung eines „Politischen Ausschusses“ an, in dem entschieden oppositionell gesinnte Abgeordnete und gleichgerichtete maßgebliche Mitglieder der DNVP mit Vertretern der Deutschkonservativen Partei, der Vaterländischen Verbände, der Industriellen-Vereinigung und der Ring-Bewegung zusammenarbeiten sollten, um die Deutschnationalen wieder zur Widerstandspolitik zurückzuführen⁴⁴³).

Auch die rechtsorientierte Presse schloß sich den Angriffen gegen den deutschnationalen Parteivorsitzenden an. Die „Deutsche Zeitung“ schrieb z. B.:

„. . . Die Partei als Ganzes hat versagt. Die Parteileitung hat versagt. Immer wieder wurde von der Zentrale versichert, an einen Umfall sei nicht zu denken, immer wieder wurde im Brustton der Entrüstung von denen gesprochen, die der Partei einen solchen Umfall überhaupt zutrauten. — Die Parteileitung hat versagt. Entweder sie war über die Stimmung in ihren eigenen Reihen nicht unterrichtet, oder sie hat ihre Wähler und Anhänger bewußt falsch unterrichtet . . .⁴⁴⁴⁾“.

Insbesondere die „Kreuzzeitung“ schloß sich der Opposition an, so daß sich Hergt in einem Brief an Graf Westarp über die Haltung dieses konservativen Organs beklagen mußte, dem „es beliebt, in systematischer Auswahl mehr die oppositionellen Kundgebungen auch der kleinsten Ortsgruppen zu veröffentlichen und dabei alle Ausdrücke bezüglich eines Mißtrauens gegen die Parteileitung auch noch gesperrt zu drucken. Ich nehme an, daß dabei konservative Auferstehungsgelüste eine gewisse Rolle spielen, halte aber gleichwohl diesen äußeren Eindruck von der Einstellung der Zeitung für sehr beklagenswert und für das starke Auftreten der Partei überaus gefährlich⁴⁴⁵⁾“.

c) Rechtfertigungsversuche

Unmittelbar nach der Abstimmung wurde von der Fraktion eine Erklärung veröffentlicht, in der es hieß:

„. . . Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat in vollem Bewußtsein ihrer Einigkeit in den grundsätzlichen Fragen der Politik und Weltanschauung, in der Achtung der Entschlußfreiheit des einzelnen und einer stets beachteten Übung entsprechend bei der Abstimmung über das Londoner Abkommen ihren Mitgliedern den Entschluß über ihre Haltung völlig in eigener Verantwortung überlassen. Eine Fraktion, die sich ihrer Stärke und Einigkeit nicht bewußt war, hätte in solchem Falle Fraktionszwang einführen müssen; in der Tatsache, daß dies nicht geschah, liegt zugleich der Ausdruck dafür, daß die Fraktionsmitglieder ihre gegenseitigen Überzeugungen und Haltung verstehen und achten. Nunmehr handelt es sich darum, den durch die Deutschnationale Volkspartei gesammelten nationalen Kräften in entscheidender Zeit maßgebenden Einfluß zu verschaffen . . .⁴⁴⁶⁾“.

Es war durchaus verständlich, daß diese Erklärung ganz allgemein, vor allem aber von jenen Kreisen der Partei, die auf der entschiedenen Ablehnung des Londoner Abkommens bestanden hatten, als unbefriedigend empfunden wurde. Sie war auch insofern sehr ungeschickt, als sie der gegnerischen Presse Gelegenheit gab, die „völlige Hilf- und Ratlosigkeit“⁴⁴⁷⁾ der Deutschnationalen betont herauszustellen.

Noch am Tage der Abstimmung ließ der Parteivorstand durch seinen Politischen Beauftragten, von Lindeiner-Wildau, ein Rundschreiben an alle Landesverbände und Kreisvereine herausgehen, um diesen die Haltung der Reichstagsfraktion verständlich zu machen⁴⁴⁸⁾. Seine „Beschönigungsversuche“ riefen jedoch nur weitere scharfe Entgegnungen hervor, so daß Hergt selbst sich veranlaßt sah, zu den Vorgängen Stellung zu nehmen. Er griff die Mißtrauenskundgebung des Landesvorstandes und der Kreisvereinsvorsitzenden Ostpreußens auf und gab seine ausführliche, alle im Zusammenhang mit der Abstim-

mung stehenden partei- und allgemein-politischen Fragen behandelnde Rechtfertigung sämtlichen Landesvorsitzenden zur streng vertraulichen Kenntnis⁴⁴⁹). Weder sich selbst verteidigend noch andere anklagend, gab Hergt einen sachlichen Bericht über die seiner Ansicht nach unausweichliche Entwicklung, die zwangsläufig zu der gespaltenen Abstimmung geführt hatte. Voll tiefer Resignation stellte er die Diskrepanz zwischen der deutschnationalen Ideologie einerseits und der harten politischen Wirklichkeit andererseits heraus, vermied aber, die Ursache in der heterogenen Zusammensetzung der Partei zu sehen. In der Frage, in welcher Weise die DNVP diesen offensichtlichen Schock, der sich, wie er sich durchaus bewußt war, stark negativ auf ihren Wählerbestand auswirken mußte, überwinden könne, fand er jedoch noch keine Antwort. Die Forderung der ostpreußischen DNVP, vom Partei- und Fraktionsvorsitz zurückzutreten, wies er entschieden zurück, da er sich keiner Schuld an dem Geschehenen bewußt sei, er zwar nicht an seiner Stellung hänge, aber in der augenblicklichen Situation einen Wechsel für schädlich halte. Die DNVP könne vorläufig nichts weiter tun, als sich erneut fest zusammenschließen und ihre „großen Zukunftsziele“ weiter zu verfolgen.

d) Führungskrise und Rücktritt Hergts

Es war zu erwarten, daß die Rechtfertigungsversuche der Fraktion, von Lindeiner-Wildaus und Hergts kaum Widerhall fanden, sondern im Gegenteil die Opposition gegen den Parteivorsitzenden nur noch stärkten. Ihr Führer wurde der Landesverbandsvorsitzende von Potsdam I, Rechtsanwalt Dr. Averdunk. Er und Oberstleutnant a. D. Duesterberg beriefen zum 10. September eine Sitzung von Vertretern der opponierenden Landesverbände nach Berlin, auf der dann mit 18 gegen 3 Stimmen der Rücktritt Hergts und die Übernahme des Parteivorsitzes durch Graf Westarp gefordert wurde⁴⁵⁰). Ein aus den Landesverbandsvorsitzenden von Potsdam I, Pommern, Ostpreußen und Westfalen bestehender Ausschuß überbrachte noch am gleichen Tage dieses Ultimatum. Er brachte zum Ausdruck, „daß die von ihm vertretenen Landesverbände sehr wohl den Wunsch hätten, Exzellenz Hergt bei einer eventuellen Regierungsbildung als Vizekanzler oder Ressortminister zu sehen, daß aber die Parteiführung unbedingt in andere Hand gelegt werden müsse, die weniger an einer Überfülle politischer Ideen litte und weniger sprunghaft sei“⁴⁵¹). Nach Ansicht des Ausschusses schien Hergt „in vollem Umfange“ einverstanden, so daß man mit seinem Rücktritt rechnen konnte. In Wirklichkeit hatte er aber von dieser „Meuterei“ der 18 Landesverbände und den daran anschließenden Besprechungen einen völlig anderen Eindruck, über den er dem Grafen Westarp berichtete⁴⁵²):

„... Ich weigerte mich, ... auf irgendeinen Zwang zu reagieren und verlangte umgekehrt statt des angedrohten Mißtrauens- ein förmliches Vertrauensvotum in dem Sinne einer Anerkennung meiner Motive und der Zwangslage, in der ich mich be-

funden habe. Ich machte aber weiter darauf aufmerksam, daß es der Gipfel von Kurzsichtigkeit, ja eine Versündigung an der Partei sei, wenn man jetzt durch Anfandung einer Führerkrise und durch einen einseitigen Ruck nach rechts in der Gesamtführung der Partei selbst wieder die entgegengesetzten Strömungen vor den Kopf stoßen, unseren Gegnern aber unerwünschte Möglichkeiten geben werde, unter Hinweis auf die eingetretene Schwächung und Umstellung der Partei alle stattgegebenen Zusicherungen abzuschwören. Das Ziel müsse jetzt doch aber für jeden Deutschnationalen unter allen Umständen sein, in die Regierung hineinzukommen und durch Bewährung der deutschnationalen Minister alles Zurückliegende in Vergessenheit zu bringen. Ob dieser meiner schroffen Ablehnung großes Entsetzen und erhebliches Einlenken! Der Schluß war: Man habe gar nicht kritisieren oder das Vertrauen ab sprechen wollen, sondern nur für eine gewisse, weitere Entwicklung die selbstverständlichen Konsequenzen, die aus einer verlorenen Schlacht zu ziehen wären, in vollstem Einvernehmen mit der Parteileitung besprechen wollen. Komme es zur Regierungsmitwirkung, so rechne man allgemein damit, daß ich selbst einer der Minister sei und damit erledige sich ja automatisch die Frage des Führerwechsels . . . Würde die Regierungsumbildung wortbrüchig von den Gegnern verhindert, so nähme man gern von meiner eigenen Absicht . . . Kenntnis, daß dann die Partei in die schärfste Opposition mit entsprechender Umbildung an Haupt und Gliedern hineinzugehen habe. Also wurde aus dem Mißtrauensvotum gewissermaßen ein Vertrauensvotum, das man sogar ganz förmlich in Aussicht stellte nur mit der Maßgabe, daß man innerlich sicher sein wolle, im Falle der Notwendigkeit der weiteren Opposition, nach außen hin ein Symbol für die neue Führung dieser Opposition durch einen auf eigenen Wunsch des Parteivorsitzenden erfolgenden Führerwechsel vor aller Welt aufrichten zu können. Ich habe daraufhin am Schlusse noch einmal mit Entschiedenheit betont, daß ich jede mir abgegebene Zusage verweigern müsse, und daß die Herren sich eben damit abfinden müßten, daß ich selber wohl ganz verständige Zukunftspläne habe und befolgen werde . . .“

Ganz allgemein erwartete man von der Sitzung der Landesverbandsvorsitzenden am 18. September 1924 bereits eine Lösung der Führungskrise. Obwohl es auf der Hand lag, daß der geforderte Wechsel Gegenstand von Besprechungen sein würde, erwähnte das abschließende Kommuniqué diese Frage mit keinem Wort. Die „Deutsche Zeitung“ nahm daher an, „daß bereits eine gewisse Vorentscheidung in der Parteiführerfrage gefallen“, eine öffentliche Stellungnahme aber zunächst noch nicht erwünscht sei⁴⁵³). In Wirklichkeit war man aber noch keinen Schritt weitergekommen und hatte es deshalb vermieden, auf die ungeklärte Lage noch besonders hinzuweisen.

In seiner einleitenden Rede weigerte sich Hergt entschieden, freiwillig von seinem Posten zurückzutreten. Gegen sein Verbleiben als Parteivorsitzender wandte sich vor allem Schlange-Schönungen in einer für den Landesverband Pommern abgegebenen schriftlichen Stellungnahme⁴⁵⁴):

„ . . . Das Entscheidende für den Landesverband ist der Auseinanderfall der Reichstagsfraktion in einem Augenblick, als die Augen von ganz Deutschland auf diese Fraktion gerichtet waren. Damit zerbrach zugleich im Lande das Vertrauen zur Leitung. Es ist für die Sachlage gleichgültig, ob die Parteileitung daran schuld ist oder nicht. Der Landesverband zieht nur der Sache wegen aus der nun einmal feststehenden Tatsache des Auseinanderfallens die Schlußfolgerung, daß ein alsbaldiger

Führerwechsel erfolgen muß, weil er es für ausgeschlossen hält, daß andernfalls das notwendige Vertrauen für den Zusammenhalt und den notwendigen neuen großen Auftrieb in den Wählermassen wiedergewonnen werden kann . . .“

Das feste Auftreten der oppositionellen Landesverbände hatte immerhin den Erfolg, daß nach Darstellung ihres Führers Dr. Averdunk Hergt zugab, bei einem Scheitern der laufenden Verhandlungen über den Eintritt in die Regierung vom Vorsitz zurückzutreten und dadurch eine Umbildung der Parteispitze „an Haupt und Gliedern“ zu ermöglichen. Für den Fall eines positiven Ausgangs der Koalitionsbesprechungen gab er dagegen noch keine bindende Zusage, doch war Averdunk der Meinung, daß dann Hergt einen Ministerposten übernehmen und aus diesem Grunde sein Amt als Parteivorsitzender niederlegen würde, „schon um den vielen Anfeindungen, denen er in letzter Zeit ausgesetzt ist, zu entgehen“⁴⁵⁵). Hergt wollte sich keinesfalls zwingen lassen, sondern erst den Ausgang der laufenden Verhandlungen abwarten, um danach seine weiteren Entschließungen zu fassen.

Obwohl man sich in der Partei darüber klar war, „daß die bestehenden Meinungsverschiedenheiten nicht mit einem Händedruck und der Versicherung gegenseitiger persönlicher Hochachtung aus der Welt geschafft werden“⁴⁵⁶) konnten, führte der am 30. September 1924 zusammengetretene Parteivertretertag trotz „ungewöhnlich zahlreicher Beteiligung“ ebenfalls keinen Schritt weiter. Der amtliche Schlußbericht⁴⁵⁷) stellte fest, daß die Parteivertretung „einmütig gewillt“ sei, „die Geschlossenheit der Partei zu wahren“ und dem Parteivorsitzenden, Exzellenz Hergt, „am Schluß der Tagung das Vertrauen der Versammelten ausgesprochen“ habe. Die Abhaltung eines Reichsparteitages, der im größeren Rahmen über die internen Parteiangelegenheiten hätte Beschluß fassen können, wurde auf Vorschlag des Parteivorstandes bis auf weiteres verschoben⁴⁵⁸).

Es fehlte in der Zwischenzeit sowohl in der Partei als auch in der rechtstehenden Presse nicht an Versuchen, Hergt auf seinem Posten zu halten. Insbesondere setzten sich die christlichsozialen Gruppen nach wie vor für ihn ein. Alle Bemühungen wurden jedoch gegenstandslos, als in der zweiten Hälfte des Oktober die Verhandlungen über eine deutschnationale Regierungsbeteiligung endgültig scheiterten. In der Sitzung des Parteivorstandes vom 23. Oktober 1924 erklärte Hergt gemäß seiner früheren Erklärung seinen Rücktritt als Partei- und Fraktionsvorsitzender⁴⁵⁹).

Als Nachfolger war schon von Anfang an in erster Linie Graf Westarp in Erwägung gezogen worden⁴⁶⁰). Als Ersatz für ihn im Falle seiner Absage dachte man an den Ostpreußen Freiherrn von Gayl, der stärker als dieser der Mitte der Partei zuneigte⁴⁶¹). Für Graf Westarp waren insbesondere die stark von den ehemaligen Deutschkonservativen beeinflussten Landesverbände Ostelbiens, während er in Süd- und Westdeutschland einen geringeren Anhang besaß.

Eine sofortige Neuwahl des Vorsitzenden war aus Gründen der Satzung nicht möglich, da die hierfür allein zuständige Parteivertretung vor Ende des Jahres nicht mehr zusammentreten konnte. Man entschloß sich daher zu einer interimistischen Lösung und betraute den gemäßigt konservativen Vorsitzenden der deutschnationalen Fraktion des Preußischen Landtags, Landrat a. D. Dr. theol. Winckler, Präsident der evangelischen Generalsynode, mit der Wahrnehmung der Geschäfte. Großadmiral von Tirpitz wurde gleichzeitig zum Mitglied der Parteileitung ernannt. Es war ganz offensichtlich, daß damit nur eine Zwischenlösung gefunden war, um für die am 7. Dezember 1924 bevorstehende Neuwahl des Reichstages alle Teile der Partei zusammenzuhalten und zunächst neue innerparteiliche Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Den weiteren Kurs der Partei legte die deutschnationale Reichstagsfraktion fest, die in einer Kundgebung vom 21. Oktober 1924, ohne auf Einzelheiten einzugehen, programmatisch erklärte:

„... Unsere Partei bleibt, wie sie war: monarchisch und völkisch, christlich und sozial. Unsere Ziele bleiben wie unser Name: deutsch und national. Unsere ruhmreichen Farben bleiben Schwarz-Weiß-Rot, unser Wille ist fester denn je: ein Deutschland zu schaffen, frei von Judenherrschaft und Franzosenherrschaft, frei von parlamentarischem Klüngel und demokratischer Kapitalherrschaft . . .⁴⁶²⁾.“

Aber auch derartige Erklärungen täuschten nicht darüber hinweg, daß die Krise in der Führung der Partei weiterbestand, zumal die Beauftragung D. Wincklers nur eine vorläufige sein sollte. Gemäßigte Kräfte bemühten sich weiterhin, Hergt wieder an die Spitze zu bringen. Große Aussichten hatten daneben Staatsminister a. D. Wallraf, ein Katholik, dessen Kandidatur auch von protestantischen Kreisen unterstützt wurde. Bestrebungen, in der Person des Großadmirals von Tirpitz einen repräsentativen Parteivorsitzenden zu nominieren, fanden dagegen im Laufe der Zeit immer weniger Anklang. Auch die Zahl der Anhänger des Grafen Westarp, dessen Aufstellung nach der gespaltenen Abstimmung zunächst am aussichtsreichsten schien, nahm ständig ab. Landwirtschaftlich interessierte Kreise propagierten jetzt eine Kandidatur des einflußreichen Landbundvertreterers Schiele-Schollene, während andere Gruppen die Zwischenlösung D. Winckler auch für die Dauer tragbar hielten. Alles in allem ein „hoffnungsloses Durcheinander“⁴⁶³⁾, das nur von der Notwendigkeit überdeckt war, den neuen Wahlkampf geschlossen führen zu müssen.

e) *Bemühungen um den Eintritt in die Regierung*

Nachdem die Annahme des Dawes-Gutachtens mit Hilfe der deutschnationalen Ja-Sager unabänderliche Tatsache geworden war, hoffte die Mehrheit der Partei, durch einen Eintritt in die Regierung die Bestimmungen des Londoner Abkommens abschwächen oder revidieren zu können⁴⁶⁴⁾. Sofern jedoch ein bestimmender deutschnationaler Einfluß von den anderen Parteien unmöglich gemacht werden sollte, war die Führung der DNVP zur schärfsten Opposition

entschlossen⁴⁶⁵). Mit dieser „Entweder-Oder-Formulierung“ versuchte die Partei gleichzeitig die Spaltung vom 29. August zu überbrücken und beiden Teilen gerecht zu werden. Die Stimmung in der deutschnationalen Reichstags- und preußischen Landtagsfraktion war nach Graf Westarps Ansicht auch „sehr lebhaft auf den Eintritt in die Regierung abgestellt“⁴⁶⁶). Und der Politische Beauftragte der Parteileitung, von Lindeiner-Wildau, schrieb sogar:

„. . . Die Republik beginnt sich zu stabilisieren und das deutsche Volk beginnt sich mit dem Geschehenen abzufinden. Es ist jetzt der Augenblick, wo wir nicht länger zögern dürfen . . .“⁴⁶⁷).

Graf Westarp lehnte die Bitte des Parteivorsitzenden ab, als deutschnationaler Unterhändler mit den anderen Parteien in Verbindung zu treten, da er meinte, daß die Zeit für einen Eintritt in die Regierung noch nicht gekommen sei, sondern dieser erst noch durch eine vorhergehende scharfe Oppositionsstellung besser vorbereitet werden müsse⁴⁶⁸). Der größte Teil der DNVP blieb aber trotzdem gewillt, unter Ausnutzung aller parlamentarischen Möglichkeiten durch eine Mitarbeit in der Regierung einen starken deutschnationalen Einfluß auf die Reichspolitik zur Geltung zu bringen.

Bei den dann von Lindeiner-Wildau mit der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum geführten Verhandlungen zeigte sich jedoch sehr schnell, daß die weitgespannten Wünsche der DNVP sich nicht erfüllen würden und die Partei höchstens mit vier Ministerposten (Vizekanzler, Reichsinnen-, Reichswirtschafts- und Reichsverkehrsministerium) rechnen konnte. Für das Amt des Vizekanzlers kam in erster Linie Hergt in Frage. Als Reichsinnenminister sollte Graf Westarp präsentiert werden, den die Parteileitung stärker in der Vordergrund stellen wollte, der aber selbst „keine Neigung“ hatte und erhebliche Bedenken äußerte⁴⁶⁹).

Die Verhandlungen verliefen sehr stockend, da nicht nur die Forderung des Reichskanzlers Marx, daß die Außenpolitik weiterhin durch die Londoner Abmachungen bestimmt und die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund erstrebt werden müsse, ein nahezu unüberwindbares Hindernis bildete, sondern auch in der Deutschen Volkspartei und insbesondere im Zentrum starke Kräfte sich gegen den Eintritt der DNVP in die Regierung wehrten⁴⁷⁰). Trotz dieser Opposition faßte die Zentrumsfraktion am 14. Oktober 1924 den Beschluß, auf dem Boden der von Reichskanzler Marx aufgestellten Richtlinien einer Regierungserweiterung nach rechts zuzustimmen, „falls die Demokraten auch in der Regierung bleiben“⁴⁷¹). Diese waren aber schon seit der Dawes-Abstimmung gegen eine deutschnationale Regierungsbeteiligung eingestellt und lehnten deshalb schon am nächsten Tage den Vorschlag ab⁴⁷²). Der Zentrumsfraktion blieb nichts weiter übrig, als am 16. Oktober 1924 festzustellen, daß der Versuch, die Regierung nach rechts zu erweitern, gescheitert sei.

Die Verhandlungen wurden trotzdem inoffiziell weiter fortgesetzt. Dabei kam es zu neuen Differenzen zwischen dem Reichskanzler und den Deutschnationalen über die Zahl der zu überlassenden Ministersitze, da die Regierung

jetzt eine Vereinigung der Ämter des Vizekanzlers und des Reichsinnenministers vorschlug. Als dann Marx, diesmal in ultimativer Form, die Demokraten und die Deutschnationalen aufforderte, bis zum 20. Oktober sich bindend darüber zu äußern, ob sie gewillt seien, sich an einer gemeinsamen Regierung zu beteiligen, kam es endgültig zum Abbruch der Verhandlungen. Die Deutschnationalen enthielten sich einer Antwort, die demokratische Reichstagsfraktion lehnte mit Mehrheit eine Koalition mit der DNVP entschieden ab⁴⁷³).

f) Der Wahlkampf für den vierten Reichstag

Dem Reichspräsidenten blieb nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen nichts anderes übrig, als den Reichstag aufzulösen, da „parlamentarische Schwierigkeiten die Beibehaltung der gegenwärtigen Reichsregierung und gleichzeitig die Bildung einer neuen Reichsregierung auf der Grundlage der bisher befolgten Innen- und Außenpolitik unmöglich machen“⁴⁷⁴).

Die Auflösung des Reichstages war besonders von den Linksparteien gewünscht worden, die sich von den Neuwahlen einen erheblichen Stimmenzuwachs versprachen. Ganz allgemein herrschte die Meinung, daß die gespaltene Dawes-Abstimmung und die anschließende Führerkrise in der DNVP dieser einen erheblichen Wählerverlust bringen, sie also ihren beherrschenden Einfluß im Parlament verlieren würde.

Die Leitung der DNVP erkannte die Gefahr und arbeitete darauf hin, für den Wahlkampf alle innerparteilichen Gegensätze zurückzustellen. Durch den Rücktritt Hergts wurde die Lage sowieso etwas entspannt. Der Abbruch der Verhandlungen über eine deutschnationale Regierungsbeteiligung schien den Nein-Sagern recht zu geben und stärkte ihre Position innerhalb der Partei. Oppositionelle Kreise, die nach der Abstimmung vom 29. August die Absicht geäußert hatten, aus der Partei auszutreten oder ihr bei einer Wahl nicht mehr ihre Stimme zu geben, äußerten sich jetzt befriedigt, daß der rechte Flügel stark an Gewicht zugenommen habe. Die gemäßigten Kreise wiederum glaubten in der Person D. Wincklers die Gewähr für die generelle Beibehaltung des bisherigen Kurses auf mittlerer Linie zu besitzen. So waren alle Teile der Partei bereit, im Interesse der Durchführung eines geschlossenen Wahlkampfes die Differenzen zurückzustellen.

Der offizielle Wahlauf Ruf der DNVP wurde am 29. Oktober 1924 in der „Kreuzzeitung“ veröffentlicht:

„... Jetzt gilt es so stark zu werden, daß wir unseren Eintritt in die Regierung mit dem unserer Stärke und Bedeutung entsprechenden Einfluß erzwingen, jetzt naht der Großkampfstag im Reich und in Preußen, der über Schwarz-Weiß-Rot oder Schwarz-Rot-Gelb entscheidet. Keine Zersplitterung im nationalen Lager! . . .⁴⁷⁵.“

Hauptthemen des Wahlkampfes waren die Revision des Dawes-Abkommens und des Versailler Vertrages sowie weitgehende Versprechen an die Inflationengeschädigten, die man als neue Wähler der Partei zuführen wollte⁴⁷⁶).

Bei der Aufstellung der Wahllisten wurde überall der Einfluß der früheren Freikonservativen und Christlichsozialen zurückgedrängt. Der rechte Flügel der Partei versuchte die Nominierung von Ja-Sagern zu verhindern und bestand auf Vertretern der schärferen Richtung⁴⁷⁷). Die Liste der Kandidaten zeigte wiederum das schon gewohnte Bild eines sozialen Querschnittes; es war jedoch recht auffällig, daß an sicherer Stelle stärker denn zuvor neben der Landwirtschaft die höheren Staatsbeamten aufgestellt waren, während die Gewerkschaftssekretäre und Arbeiter sehr in den Hintergrund gedrängt wurden⁴⁷⁸).

Die Durchführung des Wahlkampfes wurde durch organisatorische Mängel beeinträchtigt. Vor allem fehlte es vielerorten an geeigneten Rednern. Als Ersatz wurden den Landesverbänden große Mengen an Flugblättern und Flugschriften geliefert. Auf die Mitarbeit der überparteilichen rechtsstehenden Organisationen, vor allem auf die vaterländischen Verbände, war nicht in jedem Falle Verlaß. Auch die Finanzlage war keinesfalls günstig. Der Hauptgeschäftsführer Dr. Weiß forderte daher eine wesentlich bessere, vor allem regelmäßige Finanzierung der Partei und die Gründung einer zuverlässigen deutschnationalen Kampforganisation bzw. die Umwandlung des „Stahlhelm“ in eine solche⁴⁷⁹).

g) Die Auswirkungen der Dezemberwahl 1924

Die Wahlen vom 7. Dezember 1924 waren ein eindeutiger Vertrauensbeweis des deutschen Volkes für jene Parteien, die sich für die Annahme der Dawes-Gesetze eingesetzt hatten. Überraschung rief jedoch hervor, daß die DNVP entgegen allen Voraussagen ihren Wählerbestand nicht nur gehalten, sondern sogar Stimmen und dadurch Mandate hinzugewonnen hatte⁴⁸⁰). Dieser Zuwachs wurde daher von ihr als Beweis der Wiederherstellung ihrer inneren Geschlossenheit laut angeführt, wodurch bewußt über die unvermindert weiterbestehenden Gegensätze in der Partei hinweggetäuscht werden sollte.

In Wirklichkeit hatte die DNVP nichts gewonnen, sondern eine erhebliche politische Einbuße erlitten. Eindeutiger Sieger war die Sozialdemokratie, die 31 neue Mandate erhielt und jetzt mit 131 Abgeordneten wieder die weit-aus stärkste Fraktion des Reichstages stellte. Die größere Wahlbeteiligung brachte auch allen anderen Parteien mit Ausnahme der Radikalen auf der linken und rechten Seite des Hauses, die eine ausgesprochene Niederlage erlitten, sowohl absolut als auch relativ, einen erheblichen Zuwachs, während die DNVP relativ kaum gewann, nur 5 Mandate hinzubekam⁴⁸¹) und im parlamentarischen Kräftespiel ihre bisherige Überlegenheit einbüßte.

Anzunehmen ist, daß ein Teil der bisherigen gemäßigten Wähler der DNVP bei der Wahl nicht mehr für diese, sondern für die Deutsche Volkspartei stimmte. Der Verlust wurde jedoch ausgeglichen durch einen Zuwachs von der äußersten Rechten, die in verschiedene, sich bekämpfende Richtungen aufgespalten war, von denen mehrere glaubten, nur bei den Deutschnationalen Fuß fassen zu können. Außerdem hatten zahlreiche Inflationsgeschädigte gerade aus der

politisch labilen Mitte infolge der Aufwertungsversprechungen den Weg zur DNVP gefunden.

Nach der Wahl brachen die alten Gegensätze zwischen den verschiedenen Richtungen der Partei erneut auf. Besonders die zu Anfang 1925 bevorstehende Lösung der Führungsfrage wurde wieder Gegenstand heftigster Auseinandersetzungen. Die „Kreuzzeitung“ forderte z. B. in einem Leitartikel, „daß den konservativen Elementen, denen ursprünglich in der Partei die Führung zukam, auch jetzt ein maßgebender Einfluß eingeräumt wird“⁴⁸²). Auch die Landesverbände versuchten ihr Eigengewicht in der Partei zu verstärken und den politischen Einfluß der Berliner Zentrale zu beschneiden. So forderte z. B. Dr. Lienau, der Landesverbandsvorsitzende in Hamburg, als Richtlinie für die Neuwahl des Parteivorsitzenden: „Die deutschnationale Glocke muß umgegossen werden. Das Verkleistern nützt nichts auf die Dauer“⁴⁸³). Aber wiederum konnte sich keine der Richtungen in der Partei durchsetzen, so daß es beim Kompromiß verblieb. D. Winckler wurde am 21. Februar 1925 als Parteivorsitzender bestätigt, welches Amt er bis zu seiner Ablösung durch den Grafen Westarp am 24. März 1926 beibehielt.

Reichskanzler Marx trat nach den Dezemberwahlen 1924 mit seinem Kabinett zurück. Unter seinem Nachfolger Dr. Hans Luther⁴⁸⁴) gelang den Deutschnationalen endlich die erstrebte Einbeziehung in eine Bürgerblock-Regierung, in der sie von zwölf Ministerien vier erhalten konnten. Der Abgeordnete Martin Schiele-Schollene, ein führender Vertreter des Reichslandbundes, der bei der Dawes-Abstimmung abwesend gewesen war, erhielt das Reichsinnenministerium, der Ministerialdirektor a. D. Dr. Albert Neuhaus wurde Reichswirtschaftsminister, der Ministerialdirektor Dr. von Schlieben Reichsfinanzminister und der ostpreußische Rittergutsbesitzer Graf Kanitz, der ohne Parteibindung bereits den Kabinetten Stresemann und Marx angehört hatte, wurde nun als Vertreter der DNVP erneut Minister für Ernährung und Landwirtschaft. Die Deutschnationalen verzichteten ganz bewußt auf die Nominierung ihrer parlamentarischen Spitzenfunktionäre, sondern entsandten sogenannte „Fachminister“.

Der Wille Hergts, die Deutschnationalen in die Regierung hineinzuführen, hatte sich nach vielen Kämpfen und nach seinem Sturz erfüllt. Gleichzeitig war damit der erste große Abschnitt in der vierzehnjährigen Geschichte der DNVP beendet, dessen Darstellung die Aufgabe dieser Untersuchung sein sollte.

Schluß: Zusammenfassung

Die Deutschnationale Volkspartei war keine Neugründung aus einheitlichem Guß, sondern eine Sammelbewegung, die nach dem Sturz der Monarchie unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse im November 1918 eine Zusammenfassung aller restaurativen Kräfte versuchte, um an konservativen Staats- und Kulturtraditionen noch zu retten, was zu retten war. Sie erreichte nach schwierigen Vorverhandlungen bei organisatorischen Vorbehalten der politisch, jedoch nicht parlamentarisch weiterbestehenden Deutschkonservativen Partei den Zusammenschluß aller rechtsstehenden Vorkriegsparteien, dem sich über den Alldeutschen Verband auch viele ehemalige Nationalliberale anschlossen.

Den Deutschkonservativen, die der DNVP sogleich nach der Gründung einen großen Teil ihrer Geldmittel und ihren Parteiapparat zur Verfügung stellten, gelang es, auf die neue Partei einen starken Einfluß zu gewinnen, ohne jedoch vorläufig sichtbar in Erscheinung zu treten. Um die Wahlaussichten durch die Nominierung politisch kompromittierter Deutschkonservativer nicht zu gefährden, wurden den zu ihr gestoßenen Kräften, die früher im christlichsozialen oder freikonservativen Lager gestanden hatten bzw. nicht politisch tätig gewesen waren, weitgehende Konzessionen gemacht. Sie wurden daher in den ersten Monaten zur Verdeckung der realen Einflußverhältnisse in der neuen Partei plakatierend in den Vordergrund geschoben. Um breite Wählermassen ansprechen zu können, wurde im gleichen Sinne ein unpolitischer bürgerlicher Staatsminister der Kaiserzeit mit dem Vorsitz betraut. Die sichtbare Führung der Partei lag anfänglich bei den früheren Christlichsozialen und vor allem in der Hand von höheren Staatsbeamten der Kaiserzeit, die genügend gemäßigt waren und trotzdem aus ihrer grundsätzlichen monarchischen Gesinnung keinen Hehl machten. Die Kreise der DNVP, die die neue Republik radikal ablehnten, hielten sich aus taktischen Gründen zunächst im Hintergrund.

Mit erstaunlicher Anpassungsfähigkeit akzeptierte die neue Partei in den ersten Wochen die republikanische Staatsform, um im antidemokratischen Sinne aktionsfähig werden zu können.

Je mehr sich die wirtschaftliche und politische Situation nach der Novemberrevolution klärte, der ostelbische Grundbesitz, die Schwerindustrie und in der Reichswehr ein Teil des Offizierskorps die alten Machtpositionen behielten, desto deutlicher ließ die DNVP ihre wirkliche Zielsetzung durchblicken, die eine rücksichtslose Bekämpfung der parlamentarischen Republik, die Restauration der Monarchie, die Verherrlichung Preußens, die Stärkung des Einflusses der evangelischen Kirche und eine Revanchepolitik gegen Frankreich vorsah.

Trotz ihrer Opposition gegen die Demokratie bildete die neue Partei in sich keine Einheit. Bereits die Verhandlungen über den Gründungsaufruf, die Wahl des Parteinamens, die Aufstellungen der Kandidaten für die Nationalversammlung und die ersten Formulierungen des Programms zeigten die starken Spannungen zwischen dem rechten Flügel der Deutschkonservativen und den gemäßigten früheren Christlichsozialen und Freikonservativen deutlich auf. Neutralisierend und verklammernd zwischen den beiden Flügelgruppen wirkten in erster Linie die vielen zur DNVP gestoßenen höheren Staatsbeamten, die organisierten deutschnationalen Frauenverbände und die bisher politisch nicht tätigen Kreise, unter denen die in der „Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft“ zusammengeschlossenen Angehörigen der jüngeren Ministerialbürokratie besonders hervortraten. Sie alle bildeten die Brücke, die von den konservativen agrarisch-ostelbischen Gebieten nach dem politisch aufgeschlosseneren Westen geschlagen werden konnte.

Die soziale Zusammensetzung der DNVP war und blieb außerordentlich heterogen. Sie beschränkte sich nicht mehr auf die großagrarischen Kreise des Ostens, früher fast ausschließlich Domäne der Deutschkonservativen, sondern gewann über die zu ihr gestoßenen Freikonservativen, Christlichsozialen und Völkischen stärkeren Einfluß auf westdeutsche Industrielle und auf die mittelständischen Schichten in den Großstädten, so daß sie in ihrer sozialen Struktur und in ihrer regionalen Breite als Fortsetzung der Vaterlandspartei der letzten Kriegsjahre angesehen werden kann. Die Folge dieser Ausdehnung war, daß die DNVP bei den Wahlen zur Nationalversammlung nahezu die Hälfte ihrer Mandate in den Wahlkreisen westlich der Elbe gewann.

Eine derartig heterogen zusammengesetzte Partei mußte naturgemäß immer wieder betonen, daß sie ein völlig neues politisches Gebilde sei. Solange die DNVP in der Opposition stand, bedeutete diese Vielschichtigkeit keine Gefahr für ihren Bestand. Als sie jedoch koalitionsfähig zu werden strebte, um die Interessen ihrer Anhänger durch eine Regierungsbeteiligung wirksamer vertreten zu können, mußten die vorhandenen sozialen und ideologischen Spannungen notwendigerweise zu innerparteilichen Krisen führen.

Unter den von der DNVP in die Parlamente entsandten Abgeordneten und auch in ihren sonstigen Führungsgremien dominierten eindeutig die Vertreter des Großgrundbesitzes, höhere Verwaltungsbeamte und andere Akademiker sowie nach dem Übertritt der „Nationalliberalen Vereinigung“ im Jahre 1924 von der DVP zu den Deutschnationalen in stärkerem Maße auch Vertreter der Industrie und des Großhandels. Die Zahl der monarchisch gesinnten Arbeiter blieb trotz des anfänglich großen Einflusses ihrer Vertreter gering, eine politische Bedeutung kam ihnen nur selten zu.

Der Zusammenschluß politisch verschiedener Parteien und die heterogene soziale Zusammensetzung zwangen die Parteileitung, immer wieder zu Kompromissen und Zwischenlösungen Zuflucht zu suchen. Da das Programm allen diesen

sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gruppen gerecht zu werden versuchte, ließ es keine eindeutige Parteilinie erkennen.

Der Parteiapparat wurde im Anfang mit Funktionären der früheren Rechtsparteien, insbesondere mit im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband organisierten Angestellten und Arbeitersekretären besetzt. Deren unterschiedliche politische Herkunft erschwerte eine einheitliche Ausrichtung der Propaganda- und Organisationsarbeit, was sich besonders bei den ersten Wahlkämpfen nachteilig auswirkte. Im Laufe der Zeit übernahmen dann zumeist frühere Offiziere alle hauptamtlichen Funktionen, denen, wie z. B. in Pommern, die Anordnungen ihrer vorgesetzten Stellen in der Form von „Divisionsbefehlen“ gegeben werden konnten.

Um den Parteiapparat erhalten und die Wahlpropaganda finanzieren zu können, reichten die nur spärlich einkommenden Mitgliederbeiträge nicht aus. Die DNVP war daher weitgehend auf Spenden ihr nahestehender kapitalkräftiger Kreise und auf Fremdfinanzierung angewiesen. Die dafür geforderten Gegenleistungen schränkten naturgemäß ihre Handlungsfreiheit ein und machten sie abhängig von den Interessen des Großgrundbesitzes, industrieller Gruppen und sozialer Verbände.

Als Folge der starken Dezentralisation erhielten im Finanziellen und Organisatorischen die Landesverbände erheblichen Einfluß. Sie führten ein regional sehr unterschiedliches Eigenleben, das an Bedeutung gewann, sobald Richtungskämpfe und innere Auseinandersetzungen sachlicher und personeller Art die Einheit der Partei bedrohten. In Bayern z.B. erhielt sich der kleine deutschnationale Landesverband, die frühere Bayerische Mittelpartei, eine politische Sonderstellung, die ihn unabhängig von der Haltung der Gesamtpartei in Regierungskoalitionen eintreten ließ. Der größte Landesverband, Pommern, lehnte sich in seinem Aufbau an die Organisation der alten Deutschkonservativen Partei an und war im Gegensatz zu den westdeutschen Landesverbänden straff zentralistisch ausgerichtet. Demokratische Organisationsformen wurden allgemein niemals ernst genommen.

Die geschlossene Ausrichtung der Partei wurde auch erschwert durch das Fehlen eines offiziellen Parteiorgans, das der Parteileitung als Sprachrohr dienen konnte. Die publizistische Beeinflussung der Parteimitglieder und der Wählermassen erfolgte durch rechtsorientierte Zeitungen, die jedoch häufig einen Sonderstandpunkt einnahmen und sich bei innerparteilichen Auseinandersetzungen zum Sprecher einzelner Richtungen machten, wodurch nach außen der Eindruck verstärkt wurde, daß die DNVP nur ein Konglomerat rechtsstehender politischer, wirtschaftlicher und sozialer Gruppen sei. Außer der Scherlpresse, die eine politische Einflußnahme Hugenbergs vorbereitete, vermochten die Rechtsblätter zudem nicht mit den führenden Organen der demokratischen Mitte und der Linken zu konkurrieren.

Die Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle, finanziert von den Landesverbänden mit Zuschüssen der Hauptgeschäftsstelle, unterstützte die Werbe- und Wahlarbeit der Partei durch Drucklegung von Flugblättern, Flugschriften und Broschüren. Die Zeitschriften der DNVP und sonstiger rechtsstehender Kreise erreichten sämtlich keine hohe Auflageziffer.

Eine Strukturanalyse der Deutschnationalen Volkspartei macht deutlich, daß die Ursachen der späteren Parteikrisen nicht nur in den akuten innerparteilichen Schwierigkeiten zu suchen sind, sondern bereits durch die Entstehung gegeben waren. Eine völlige Verschmelzung der Gründerparteien erfolgte niemals, vielmehr spalteten politische und soziale Ressentiments und die Frage der grundsätzlichen Haltung zur Republik die Partei in einen gemäßigten und einen radikalen Flügel.

In allen entscheidenden Epochen ihrer Geschichte stellte sich der DNVP daher das Problem, ob sie die Republik prinzipiell ablehnen oder sich an der Regierung beteiligen solle, um deren Politik im antidemokratischen Sinne beeinflussen zu können.

Der Parteivorsitzende Hergt, gestützt auf die ehemaligen Christlichsozialen und den gemäßigten Beamtenflügel, bekannte sich trotz seiner grundsätzlichen Ablehnung der parlamentarischen Regierungsform zu einer positiven Opposition und damit zu einer politischen Mitarbeit. Die Parteileitung stieß dabei auf den heftigsten Widerstand völkischer und konservativer Extremisten, die die vorhandenen Spannungen noch beträchtlich vermehrten und versuchten, der DNVP eine rücksichtslose Opposition gegen den parlamentarischen Staat aufzuzwingen. Es war durchaus verständlich, daß sich Vertreter dieses radikalen Flügels in die Putschvorbereitungen der Kapp und Lüttwitz einbeziehen ließen. Besonders in Schlesien und Ostpreußen lag die Durchführung des Putsches ausschließlich in den Händen führender Deutschnationaler der extrem-völkisch-konservativen Richtung, die sich ihrer Landesverbände und der ihnen nahestehenden Militärkreise bedienten. Die gemäßigte Richtung und die dieser zugehörige Parteileitung hielten sich trotz aller Sympathien für eine Restauration der Monarchie zurück und mahnten zur Vorsicht.

Die Parteileitung konnte sich deshalb auch nach dem Mißlingen des Putsches von den beteiligten Deutschnationalen genügend distanzieren, um Rückwirkungen auf den Bestand der DNVP abzuschwächen. Die Majorität sah allmählich ein, daß politische Veränderungen nicht durch Gewaltaktionen zu erreichen waren. Sie war deshalb bestrebt, auf legalem Wege Einfluß auf die Reichspolitik zu gewinnen. Gegen sie versuchten deklassierte und kleinbürgerliche Gruppen, die auf dem extrem völkischen Flügel standen, der Partei wieder einen stärker oppositionellen Akzent zu geben. Die Auseinandersetzung zwischen der Parteileitung und diesen Radikalen führte — ausgelöst durch den Fall Henning — zu einer Parteikrise, die auf dem Görlitzer Parteitag im Oktober 1922 mit dem Ausscheiden der völkischen Extremisten endete. Sie

gründeten unter der Führung von Albrecht von Graefe-Goldebee die schon vorher geplante „Deutschvölkische Freiheitspartei“, die zwar Wähler und Mitglieder von der DNVP übernahm, deren Organisation aber keinen Abbruch tat.

In der Partei setzte sich dann unter dem Einfluß gemäßigter Kräfte der Wille zur Wahrung einer — wenn auch nur äußerlichen — Legalität durch. Der Parteileitung gelang es, in dieser Frage allmählich auch die agrarischen Konservativen für sich zu gewinnen.

Die Abspaltung der völkischen Extremisten veränderte kaum die Struktur der DNVP. Der zuvor nur sehr geringe Einfluß industrieller Kreise erfuhr durch den Anschluß der von der Deutschen Volkspartei abgespaltenen „Nationalliberalen Vereinigung“ im Jahre 1924 eine wesentliche Verstärkung, was bei den politischen Kämpfen um den Dawes-Plan von entscheidender Bedeutung werden sollte. Die Spaltung der Reichstagsfraktion bei der Abstimmung am 29. August 1924 war unverkennbar die Folge der inneren Zerrissenheit der DNVP, zeigte aber auch deutlich die Diskrepanz zwischen den deutschnationalen Wählermassen, die die sich vollziehende Stabilisierung der Weimarer Republik noch nicht begriffen hatten und ein entschiedenes Nein erwarteten, und der Parteiführung, die diese Stimmung agitatorisch ausnutzte, in Wirklichkeit aber bereit war, das Gutachten anzunehmen. Die Zahl der Nein-Stimmen sagt daher nichts über die realen Verhältnisse in der Partei aus, da im Grunde alle sich der DNVP bedienende Interessengruppen, von den Arbeitnehmern bis zu den Großagrariern, für die Annahme waren.

Mit der Stabilisierung der Republik wuchs auch für die DNVP die Möglichkeit, in künftige Regierungskoalitionen einbezogen zu werden. Sie versuchte daher, durch taktische Manöver den Regierungseintritt, vor allem die Übernahme des Kanzlerpostens, zu erzwingen. Wirtschaftliche Querverbindungen, so der Reichslandbund, der Reichsverband der deutschen Industrie und der im Deutschen Gewerkschaftsbund organisierte Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, ketteten die Deutschnationalen immer stärker an die Deutsche Volkspartei und an das Zentrum und förderten den Prozeß der inneren Annäherung gemäßigter rechtsstehender Kreise an die bürgerliche Republik. Diese Entwicklung wurde erst wieder unterbrochen, als es im Jahre 1928 dem radikalen Flügel gelang, den Grafen Westarp in der Parteiführung durch Hugenberg abzulösen. Nach zweimaliger Regierungsbeteiligung in den Jahren 1925 und 1927 bedeutete dieser Wechsel des Vorsitzes wieder die Rückkehr der Partei zur prinzipiellen Opposition. Die nur notdürftig zusammengehaltene DNVP brach dadurch aber völlig auseinander. Die Abspaltung der Landvolkpartei, des Christlichsozialen Volksdienstes und der Konservativen Volkspartei in den Jahren 1928 bis 1930 werden somit erst verständlich, wenn man die Krisenanfälligkeit und innere Problematik der DNVP seit ihrer Gründung in Betracht zieht.

Es war die Aufgabe der vorliegenden Untersuchung, die entscheidenden innerparteilichen Vorgänge bis zur Stabilisierung der Weimarer Republik 1924/25 zu klären. Gleichzeitig sollte dadurch der Weg geebnet werden für die Erforschung der zweiten, nicht minder wichtigen Epoche der Geschichte der DNVP, der Führung durch Hugenberg, die in ihrem Ergebnis dazu beitrug, daß der bis dahin unbedeutende Hitler die Führung im Rechtslager übernehmen und im Jahre 1933 an die Macht kommen konnte.

Anhang I

Programme

a) *Aufruf der Deutschnationalen Volkspartei*

(Neue Preußische [Kreuz-]Zeitung Nr. 599 vom 24. November 1918)

Unser Vaterland blutet nach vierjährigem Kriege aus schweren Wunden; es steht vor der Gefahr der Auflösung. An Stelle von Recht und Ordnung droht der Umsturz aller Dinge.

Vieles ist zertrümmert, was uns heilig und teuer ist. Und doch dürfen wir dem Verlorenen nicht untätig nachtrauern. Es ist Pflicht eines jeden, an dem Wiederaufbau des deutschen Staates und Volkes mitzuarbeiten und dem neuen Deutschland neue Form und neuen lebensvollen Inhalt zu geben.

Über unsere Zukunft wird in der Nationalversammlung entschieden werden. Sie ist alsbald einzuberufen; für die Wahl ist volle Freiheit zu gewähren. Wir sind bereit und entschlossen, auf dem Boden jeder Staatsform mitzuarbeiten, in der Recht und Ordnung herrschen. Gegen jede Diktatur einer einzelnen Bevölkerungsklasse verwahren wir uns. Nur ein geordnetes Staatswesen schafft uns Brot und Frieden.

Staat und Gesetz, ausgerüstet mit starker Autorität, getragen von dem freien Willen des Volkes, müssen ihren schützenden Einfluß im Volks- und Wirtschaftsleben geltend machen, um die nationale Kultur und die soziale Wohlfahrt zu fördern.

Im Mittelpunkt von Leben und Wirtschaft muß mehr als bisher der Mensch als sittliche Persönlichkeit stehen. Ein lebensvolles Christentum, Ehe und Familie sollen die starken Träger des öffentlichen Lebens sein. Deutsches Wesen und deutsche Art müssen mehr denn je unser ganzes Volkstum erfüllen.

Zur Durchführung dieser Grundsätze bei der Gestaltung des neuen Deutschlands erstreben wir Unterzeichneten den Zusammenschluß aller gleichgesinnten deutschen Männer und Frauen sowie aller gleichgestimmten Parteien und Parteirichtungen zu

einer neuen Partei,

für die wir den Namen

Deutschnationale Volkspartei

vorschlagen.

Um die Wunde zu heilen, die der Krieg unserem schwerkgeprüften Vaterlande geschlagen hat, und um Recht und Ordnung wiederherzustellen, sind wir bereit, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, die dasselbe Ziel erstreben. So muß es gelingen, unser Volk aus dem Jammer dieser Tage herauszuführen und kommenden Geschlechtern eine bessere Zukunft zu sichern.

Für das zu schaffende Parteiprogramm schlagen wir als Anhaltspunkte folgende

Richtlinien

vor.

1. Wir treten ein für ein starkes deutsches Volkstum, das seine Einigkeit, Freiheit und Selbständigkeit gegen äußere Macht zu wahren entschlossen ist und sich unabhängig hält von fremden Einflüssen.
2. Wir fordern die Rückkehr von der Diktatur einer einzelnen Bevölkerungsklasse zu der nach den letzten Ereignissen allein möglichen parlamentarischen Regierungsform.
3. Freiheit der Person und des Gewissens, freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift und Freiheit der Wissenschaft sind verfassungsmäßig festzulegen. Das Privateigentum ist gegenüber den geplanten Eingriffen der Sozialdemokratie zu schützen. Dem gleichen Wahlrecht stimmen wir auf Grund der neuesten Entwicklung zu.
4. Wir halten fest an dem Grundsatz der Privatwirtschaft, sind aber gewillt, sie durch die gemeinwirtschaftliche Betriebsform in Genossenschaft, Gesellschaft, Staat und Gemeinde bei den dafür geeigneten Betrieben im sozialen Interesse zu fördern.
5. Wir fordern den schleunigen Abbau der im Kriege geschaffenen staatlichen Zwangswirtschaft und die Auflösung der Kriegsgesellschaften.
6. Eine durchgreifende Abhilfe der Wohnungsnot ist als Voraussetzung jeder gesunden Bevölkerungspolitik auch durch Schaffung von Heimstätten wirksam zu fördern.
7. Wir fordern Wiederbevölkerung des platten Landes durch umfassende Siedlungspolitik zur Schaffung von Bauernland und Eigenwirtschaftsmöglichkeiten für Landarbeiter. Hierfür ist Großgrundbesitz des Staates, der Gemeinden und Privater in angemessenem Umfange gegen Entschädigung zur Verfügung zu stellen.
8. Für die Wiederaufrichtung des durch den Krieg schwer geschädigten Mittelstandes auch der geistig arbeitenden Teile der Bevölkerung werden wir eintreten.
9. Der Ausbau unserer Sozialpolitik ist fortzusetzen. Das Koalitionsrecht aller Arbeiter ist sicherzustellen. Der soziale Aufstieg ist zu erleichtern.
10. Den Beamten, Lehrern, Militärpersonen und Angestellten, den Pensionären und Altpensionären ist eine rechtlich und wirtschaftlich gesicherte Lebensstellung zu gewährleisten. Das Beamtenrecht und das Staatsarbeiterrecht sind in neuem Geiste zu gestalten.
11. Weitgehende Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen ist Pflicht des Reiches.
12. Die Verwaltung ist zu vereinfachen und in sozialem Geiste zu führen. Die Ämter in Staat und Gemeinde sind ohne Rücksicht auf Parteistellung und religiöses Bekenntnis nach Maßgabe der Befähigung der Beamten zu besetzen. Das Prüfungswesen darf nicht ausschließlich für den Eintritt in einen Lebensberuf entscheidend sein.
13. Wir treten für eine freiheitliche Gestaltung der Gemeindeverfassungsgesetze ein.
14. Die öffentlichen Abgaben sind nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit und Tragfähigkeit aufzubauen. In dem einheitlich aufzubauenden Steuersystem sind Vermögen und Einkommen für die Deckung der Reichs-, Staats- und Gemeindelasten in ausgedehntem Maße zur Steuer heranzuziehen, soweit es eine gesunde Volkswirtschaft zuläßt. Die Kriegsgewinne sind auf das schärfste zu erfassen.
15. Weitgehende Fürsorge für die Volksschule als Grundlage der Bildung des Volkes ist notwendig. Der Aufstieg von der Volksschule zur höheren Bildung ist auch wirtschaftlich zu ermöglichen. Die Pflege geistigen Lebens und geistiger Werte werden wir uns angelegen sein lassen.
16. Die Mitarbeit der Frau am öffentlichen Leben ist geboten.

**b) Aufruf des Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei
vom 27. Dezember 1918**

(Richtlinien für die Wahl zur Nationalversammlung)

Unser Vaterland blutet nach Kriegsnot und Niederlage aus tausend Wunden. Unsere ruhmbedeckten Fahnen, an die auch in diesem Kampf gegen eine Welt von Feinden Sieg auf Sieg sich geheftet hat, liegen im Staube. Das deutsche Kaisertum, das Werk der großen Hohenzollern und Bismarcks, ist zerbrochen, der stolze Bau des Reiches zertrümmert. Wehrlos sind wir dem Willen unbarmherziger Feinde preisgegeben.

Die Revolution hat statt eines Friedens der Verständigung unsere völlige Unterwerfung gebracht und rückt den Frieden selbst noch in weitere Ferne. Statt der verheißenen Freiheit gab sie uns Klassendiktatur und unerträgliche Willkür, statt des versprochenen Brotes schwerste Hungersgefahr, statt fruchtbarer Arbeit gefährlichste Zerrüttung unserer Finanzen und unserer ganzen Wirtschaft. Nach außen wie im Innern drohen uns Auflösung und Vernichtung.

Vieles, was uns heilig und teuer war, ist unwiederbringlich dahin. Aber wir dürfen dem Verlorenen nicht untätig nachtrauern, wenn nicht Deutschland unrettbar zugrunde gehen soll.

Wir dürfen es nicht, und wir wollen es nicht. Wir wollen unser Volk aufrufen zu neuem Lebens- und Zukunftswillen!

In der tiefen Not dieser Tage bekennen wir uns ungebeugten Mutes zu dem aus heißer Liebe geborenen Glauben an die unzerstörbare Lebenskraft des deutschen Volkes und des deutschen Gedankens. Dieser Glaube wird die Grundlage unseres politischen Schaffens sein. In ihm wollen wir unsere Herzen und Hände stark machen zu opferbereiter, entschlossener Arbeit am Wiederaufbau des deutschen Staates und Volkstums. Mit denen des nationalen Gedankens sollen die lebendigen Kräfte des Christentums in unserem Volke wirken und fruchtbar werden; von ihrer Vereinigung erwarten wir eine Durchdringung unseres gesamten öffentlichen Lebens mit sozialen Gesichtspunkten, reichen Segen für Schule und Kirche, Gesellschaft und Familie.

Gegenüber den Gefahren und Nöten des Augenblicks verlangen wir:

Reichseinheit aller deutschen Stämme und Gebiete auf föderalistischer Grundlage; Schutz und Erhaltung unserer bedrohten Grenzmarken in Ost, Nord und West; Schutz für die vertriebenen und bedrängten Auslandsdeutschen.

Schutz der persönlichen und politischen Freiheit und des Privateigentums; wirksame Sicherung gegen bolschewistische Umtriebe; sofortige Beseitigung jeder Willkürherrschaft; gleiches Recht für alle.

Unterlassung jeder weiterer Eingriffe in unseren politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Rechtszustand während der Dauer der provisorischen Regierung.

Beseitigung der wirtschaftlichen Unordnung und finanziellen Mißwirtschaft; strengste Sparsamkeit; öffentliche Finanzkontrolle.

Unbedingte Freiheit der Wahlen zur Nationalversammlung und ihrer Vorbereitung.

Wir sind überzeugt, daß auch in der neuen demokratischen Verfassung Deutschlands eine monarchische Spitze als ein über den Parteien stehender, persönlicher Faktor der Stetigkeit des Volkes wie der politischen Zweckmäßigkeit entspricht. Wir werden aber in jeder durch die Nationalversammlung geschaffenen Staatsform für das Wohl des Vaterlandes mitarbeiten und unsere politischen Auffassungen zur Geltung zu bringen suchen.

Wir hoffen, daß unsere deutschen Brüder in Österreich, deren Bedrängnisse wir wie unsere eigenen empfinden, im Anschluß an das Deutsche Reich Sicherheit für ihr nationales Dasein gewinnen werden.

Mit unauslöschlichem Dank im Herzen grüßen wir unsere tapferen, unbesiegt heimkehrenden Krieger, denen wir ein wohnliches Heim und eine gesicherte Existenz schaffen wollen.

Durch ihre bewundernswerten Leistungen in der Kriegszeit hat die deutsche Frau sich ein volles Anrecht auf die Mitwirkung an der Gestaltung unseres öffentlichen Lebens erworben. Wir heißen die Frau als gleichberechtigte Mitarbeiterin an der Wiederaufrichtung unseres Volkes herzlich willkommen.

Auf einer von nationalem Geiste erfüllten Jugend, die sich frühzeitig ihrer Verantwortung gegenüber dem Ernste der Zeit bewußt wird, ruht die Zukunft unseres Volkes. Das Streben und die Bedürfnisse der deutschen Jugend werden bei uns verständnisvolle Würdigung und Förderung finden.

Mit diesen Zielen und Gedanken tritt die Deutschnationale Volkspartei vor das deutsche Volk.

Deutsche Männer, deutsche Frauen! Legt alle mit Hand an, auf daß die Seele unseres Volkes bewahrt werde vor Zerstörung der christlichen, sittlichen und nationalen Kräfte in Gesellschaft, Schule und Familie, sein Leib vor Erkrankung durch Kommunismus oder Vernichtung durch Bolschewismus! Klärt die Irrenden auf, rüttelt die Gleichgültigen wach, sammelt die Säumigen und Zaghafte! Weckt neuen Lebenswillen im deutschen Volke, damit es nicht in dem Abgrund versinkt, an dem es schon steht!

Es geht um alles! Um Euch selbst, um das Glück Eurer Kinder und Kindeskinde!

Es geht um eine heilige Sache!

Um das Dasein und die ganze Zukunft unseres geliebten Vaterlandes.

Richtlinien für unsere politische Arbeit

I. Volk und Staat

1. Nur ein starkes deutsches Volkstum, das Art und Wesen bewußt wahrt und sich von fremdem Einfluß freihält, kann die zuverlässige Grundlage eines starken deutschen Staates sein.
2. Der deutsche Staat muß eine gleichberechtigte Stellung im Staatenleben der Welt wiedergewinnen und festhalten. Dazu fordern wir eine zielbewußte, von einem einheitlichen festen Willen geführte auswärtige Politik, die jede Zersplitterung unserer außenpolitischen und weltwirtschaftlichen Interessen vermeidet, und die gründliche Reform des deutschen auswärtigen Dienstes, der nur den besten Köpfen ohne Rücksicht auf Namen, Vermögen und Parteistellung anvertraut werden darf. Dem deutschen Staat ist ein Volksheer unentbehrlich, das nach den Lehren des Weltkrieges zu schaffen ist. Wir bekämpfen jede unwürdige Behandlung oder Zurücksetzung von Angehörigen des Heeres und der Marine. Die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die Kriegshinterbliebenen ist ebenso wie die rechtliche und wirtschaftliche Sicherstellung der Militärpersonen und der Pensionäre eine Ehrenpflicht des Reiches.
3. Die gegebene Verfassung für den deutschen Staat ist nunmehr die parlamentarische Regierungsform, getragen vom Vertrauen der Mehrheit seiner Bürger und ruhend auf dem gleichen Wahlrecht. Wir begrüßen die deutsche Frau als ein in jeder Beziehung zur Mitarbeit am öffentlichen Leben gleichberechtigtes Mitglied. Die Verwaltung ist

zu vereinfachen und in sozialem Geiste zu führen. Die Ämter in Staat und Gemeinde sind nur nach der Befähigung zu besetzen. Wir treten für eine freiheitliche Gestaltung der Gemeindeverfassung unter Berücksichtigung der großen Berufsgruppen ein.

4. Eine planmäßige und opferbereite Bevölkerungspolitik muß unser Volkstum gesund und wachstumskräftig erhalten. Die wichtigsten Mittel dazu sind eine umfassende Siedlungspolitik auf dem platten Lande, die neues Bauernland und Möglichkeiten eigener Wirtschaft für die Landarbeiter schafft und für die auch Großgrundbesitz des Staates, der Gemeinden und der Privaten in angemessenem Umfange gegen Entschädigung zur Verfügung zu stellen ist; grundlegende Beseitigung der Wohnungsnot, planmäßige Schaffung von Heimstätten für alle Schichten der Bevölkerung, insbesondere auch für unsere heimkehrenden Krieger.

II. Religiöse und sittliche Mächte des Volkslebens

1. Die starke Lebenskraft des Christentums muß unserem Staats- und Volksleben erhalten bleiben und es durchdringen. Sie muß durch den Religionsunterricht dem heranwachsenden Geschlecht zugeführt werden. Für jede religiöse Empfindung, jede kirchliche Einrichtung und jede Religionsgemeinschaft ist Achtung und Schonung zu fordern. Unter allen Umständen muß für die innere Freiheit und für eine rechtlich gewährleistete Stellung der Kirchen und ihrer Diener, sowie für eine Sicherstellung ihrer wirtschaftlichen Existenz und ihrer wohlverworbenen Rechte Sorge getragen werden.

2. Deutsche Sitte muß in Ehe und Familie kraftvoll und lebendig bleiben. Zur Mitarbeit für dieses erste Gebot unserer nationalen Zukunft, für die religiöse und sittliche Erziehung des heranwachsenden Geschlechtes rufen wir vor allem auf die bewährte und opferbereite Arbeit der deutschen Frau. Sie wird sich in dem Kampf gegen sittliche Gefahren und Alkoholmißbrauch führend zu betätigen haben.

III. Geistiges Leben

1. Die geistigen Werte und Güter der Nation verständnisvoll zu pflegen, ist eine Hauptaufgabe deutscher Zukunft. Freiheit der Person und des Gewissens, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Freiheit von Kunst und Wissenschaft sind verfassungsmäßig festzulegen. Die geistig arbeitenden Berufe sind vor der Gefahr der Proletarisierung zu schützen.

2. Die Schule muß die Charakterbildung und die nationale Erziehung auf religiöser Grundlage in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Die Schulaufsicht muß in den Händen von Schulsachkundigen liegen. Weitgehende Fürsorge, namentlich für die Volksschule als Grundlage der Bildung des Volkes, aber auch für alle anderen Schulgattungen und Einrichtungen der allgemeinen Volksbildung ist dazu notwendig. Der Aufstieg von der Volksschule zur höheren Schule ist auch wirtschaftlich zu erleichtern.

IV. Wirtschaft

1. Das Privateigentum, die Privatwirtschaft, Erwerbssinn und Unternehmungsgeist müssen grundsätzlich die Grundlagen unserer wirtschaftlichen Arbeit bleiben, die wir gegen jeden offenen und versteckten Kommunismus verteidigen. Wo im sozialen Interesse die Überführung der Privatwirtschaft in die gemeinwirtschaftliche Betriebsform der Genossenschaft, der Gemeinde oder des Staates geboten ist, treten wir dafür ein, fordern aber ihre sachgemäße und fachmännische Durchführung.

2. Wir bekämpfen die Auswüchse eines international gerichteten Großkapitalismus. Die im Kriege geschaffene staatliche Zwangswirtschaft ist abzubauen, die Kriegsgesellschaften sind alsbald aufzulösen.

3. Der durch den Krieg schwer geschädigte Mittelstand bedarf zu seiner Wiederaufrichtung einer pfleglichen staatlichen Fürsorge. Alle nationale Arbeit in Landwirtschaft, Industrie, Handwerk, Handel und Verkehr muß Schutz und Förderung finden. Die Sozialpolitik ist fortzusetzen, die Arbeiter- und Angestellten-Gesetzgebung ist auszubauen. Insbesondere sind der Schutz und das Recht der Landarbeiter zeitgemäß neu zu ordnen. Die Berufsverbände und Gewerkschaften sind gesetzlich anzuerkennen. Den erwerbstätigen Frauen ist weitgehender Schutz in wirtschaftlicher, gesundheitlicher und sittlicher Beziehung zu gewähren; die Heimarbeit ist auf gesunde Grundlage zu stellen. Die Existenz der Beamten, Geistlichen, Lehrer, Militärpersonen und Pensionäre muß rechtlich und wirtschaftlich sichergestellt sein. Das Koalitionsrecht ist gesetzlich zu gewährleisten. Das Beamten- und das Staatsarbeiterrecht sind in neuem Geiste zu gestalten.

4. Eine planmäßige Finanzpolitik hat das öffentliche Abgabewesen nach den Grundsätzen der Tragfähigkeit und sozialen Gerechtigkeit zu ordnen. In dem einheitlich auszubauenden Steuersystem sind Vermögen und Einkommen für die Deckung der Reichs-, Staats- und Gemeindelasten in ausgedehntem Maße heranzuziehen, aber unter schonender Behandlung der volkswirtschaftlich produktiven Arbeit. Die Kriegsanleihen müssen sichergestellt, die wirklichen Kriegsgewinne auf das schärfste erfaßt werden.

5. Ein lebensfähiger Kolonialbesitz ist zur Ergänzung seiner heimischen Wirtschaft dem deutschen Volke unbedingt notwendig.

c) Grundsätze der Deutschnationalen Volkspartei vom Jahre 1920

Zum dritten Male in unserer stolzen Geschichte hat Deutschland Volkstum, Staat, Wirtschaft und Geistesleben neu aufzubauen.

Das Kaisertum hat uns auf den Gipfel staatlicher Macht geführt. Das deutsche Volk hat seine Kraft glänzend bewährt. Durch feindliche Übermacht und eigene Schuld ist es jäh zusammengebrochen. Darin ruht die erschütternde Tragik seines Elends.

Ernst und nüchtern suchen wir den Gründen unseres Elends nachzugehen. Auf dem Mangel an politischer Begabung ruht die schwere Gesamtschuld unseres Volkes, — daher die Neigung zu gefühlsmäßiger, weltbürgerlicher Behandlung der öffentlichen Dinge, die weitgehende Verkennung der in der Seele anderer Völker wirkenden Kräfte. Wir sind von mißgünstigen Nachbarn umgeben, durch keine natürlichen Grenzen geschützt, in fast allen Grenzmarken mit fremden Volksstämmen vermischt, mit dem Erbteil schwerer innerer Gegensätze belastet. Nur ein fortgesetztes Ringen um die innere Einheit, nur strenge Selbstzucht und willige Unterordnung konnte Bismarcks Werk vor schwerer Gefährdung bewahren. Für diese Aufgabe hat sich unser Volk nicht reif erwiesen. Überschätzung wirtschaftlicher Güter, der Fluch schnellen Reichwerdens unterhöhlte den Unterbau fester sittlicher Werte. Letzten Endes wurde die Revolution die große Verbrecherin, die Sittlichkeit, Staatsordnung und Wirtschaft zertrümmerte und uns der Verachtung der Welt preisgab.

Die Kräfte, die uns groß gemacht, die Fehler, die uns niedergeworfen haben, bestimmen auch die künftige Schicksalslinie unseres Volkes. Nicht würdeloses Werben um fremde Gunst noch der Traum einer internationalen Solidarität der handarbeitenden Stände hilft uns aus der Not. Nur das ruhige Selbstvertrauen eines auch im Un-

glück stolzen Volkes ermöglicht die ungeheure Kraftanstrengung, für die wir alle Volksgenossen werben. Nur strenges Pflichtgefühl und hingebende Mitarbeit gründen den starken Staat, den unser Volk braucht, wenn es nicht Spielball der Fremden bleiben will. Mit kühnem Glauben an unsere Zukunft, aber auch mit nüchternem Wirklichkeitssinn und starkem Verantwortungsgefühl wollen wir an ihm bauen. Die Kraft entnehmen wir unserer Geschichte. Ihre Überlieferungen sollen immer lebendiger werden. Ihre Gestalten sollen unsere Jugend begeistern. Sie gibt uns die Ideale, die der ideallose Staat von heute nicht entbehren kann. Millionen deutscher Männer und Frauen haben sich um unser Banner geschart. Sie kommen aus allen Lagern. Täglich wächst ihre Zahl. Die Jugend strömt uns zu. Dem nationalen Gedanken gehört die Zukunft.

Für die gewaltige Aufgabe, die vor ihm liegt, braucht unser Volk höhere Kräfte, als die sittlich verwüstete Welt sie zu geben vermag. Im Ernst des christlichen Gewissens erhält der deutsche Gedanke erst seinen tiefsten sittlichen Gehalt. Auf der unlöslichen tausendjährigen Vermählung beider beruht deutsche Sittlichkeit, ruht jedes wahrhaft deutsche Geistesleben. Nur in lebendigem Christentum findet unser Volk die aufbauenden und erhaltenden Kräfte, deren es in Staat, Schule und Haus bedarf. Je innerlicher unser Volk die Aufgabe erfaßt, in der Hingabe an das Ganze „auch das Leben für die Brüder“ zu lassen, um so mehr wird es zu der inneren Versöhnung und zu dem geläuterten sozialen Empfinden gelangen, aus dem letzten Endes die Wiedergeburt erwächst.

Aus dieser Verbindung nationalen und christlichen Geistes ergibt sich unsere Stellung zu den Aufgaben der Wirtschaft. Alle für alle, jeder an seinem Platz, der geistige wie der Handarbeiter, ein kühnes, schaffensfreudiges Unternehmertum und eine hochentwickelte, lebensfrohe Arbeiterschaft, beide bewußte Mitarbeiter am wirtschaftlichen Wiederaufbau der Nation, durch gegenseitiges Vertrauen verbunden, von heißer Vaterlandsliebe getragen, von gemeinsamem Verantwortungsgefühl bestimmt: das ist das große wirtschaftlich-soziale Ziel, das wir verfolgen. Wir wollen ringen nach den Formen, in denen Arbeit und Kapital sich versöhnen; daß wir sie finden, ist die Voraussetzung für Einheit und Zukunft der Nation. Wir wollen werben für das Bewußtsein inniger Interessengemeinschaft, zu der der furchtbare Druck der Zeit und die gemeinsame Sorge um unseren Bestand Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr denn je verknüpft. Wir wollen aufrufen zu der opferwilligen Arbeitsbereitschaft, zu der jeder Volksgenosse dem Vaterland gegenüber verpflichtet ist. Auf unserer inneren Geschlossenheit, auf der warmherzigen, alle Volksgenossen erfassenden brüderlichen Gesinnung ruht Rettung, Heil, Zukunft der deutschen Volksgemeinschaft.

Es ist das schwere Geschick unseres Volkes, daß der nationale Gedanke bei uns nicht als natürliche Frucht einer stetigen Entwicklung durch die Jahrhunderte heranreifte. Aus Scherben und Trümmerhaufen brach er meist nach langem Schlummer hervor, um sich dann als Wurzel großer staatenbildender Kräfte und Ereignisse zu bewähren. In ruhigem Vertrauen harren wir der Zeit, wo die heilige Flamme vaterländischer Begeisterung die müde gewordenen Herzen und trägen Geister entzündet, wo der feurige Idealismus der Jugend sich in männlichen Taten bewährt und in der nationalen Einheit eines geläuterten Volkes unter den alten Reichsfahnen schwarzweiß-rot das Kaiserreich der Zukunft erwächst.

Von diesen Leitgedanken ausgehend, fordert die Deutschnationale Volkspartei im einzelnen:

I. Volks- und Staatsleben

1. **Deutschlands Befreiung.** Die Freiheit des deutschen Volkes von fremder Zwangsherrschaft ist die Voraussetzung der nationalen Wiedergeburt. Auf freiem Boden ein neu erstarktes Reich, die abgerissenen deutschen Lande ihm wieder vereint, das ist und bleibt das Ziel aller deutschen Politik. Darum erstreben wir die Änderung des Versailler Vertrages, die Wiederherstellung der deutschen Einheit und den Wiedererwerb der für unsere wirtschaftliche Entwicklung notwendigen Kolonien.

2. **Grenz- und Auslandsdeutsche.** Unseren deutschen Volksgenossen jenseits der uns aufgezwungenen Grenzen fühlen wir uns untrennbar verbunden. Der Schutz des Deutschtums in den verlorenen und besetzten Gebieten und der Schutz der Auslandsdeutschen sind eine wesentliche Aufgabe nationaler Politik. Enge Volksgemeinschaft verbindet uns mit allen Deutschen im Auslande, besonders mit den Deutschen Österreichs, für deren Recht der Selbstbestimmung wir uns einsetzen.

3. **Auswärtige Politik.** Wir fordern eine starke und stetige, nur durch deutsche Gesichtspunkte bestimmte auswärtige Politik, eine würdige, feste und geschickte Vertretung der deutschen Interessen und die Nutzbarmachung unserer wirtschaftlichen Kraft für die außenpolitischen Ziele Deutschlands. Der auswärtige Dienst ist allein nach Befähigung, Vorbildung und zuverlässiger deutscher Gesinnung zu besetzen und von Rücksichten auf die innere Parteipolitik freizuhalten.

4. **Monarchie.** Die monarchische Staatsform entspricht der Eigenart und geschichtlichen Entwicklung Deutschlands. Über den Parteien stehend verbürgt die Monarchie am sichersten die Einheit des Volkes, den Schutz der Minderheiten, die Stetigkeit der Staatsgeschäfte und die Unbestechlichkeit der öffentlichen Verwaltung. Die deutschen Einzelstaaten sollen freie Entschließung über ihre Staatsform haben; für das Reich erstreben wir die Erneuerung des von den Hohenzollern aufgerichteten deutschen Kaisertums.

5. **Wesen des Reiches.** Ein fest geeintes Deutsches Reich ist die wichtigste Grundlage deutscher Größe. Nur durch ein freudiges und freiwilliges Bekenntnis aller seiner Teile zum Reichsgedanken kann sein Bestand gesichert sein, können die Fülle seiner Kräfte zur vollen Wirkung kommen. Um der Reichseinheit willen ist die Selbstständigkeit der Einzelstaaten zu schützen und ihre und der Stämme berechnete Eigenart zu pflegen. Das deutsche Gesamtinteresse erfordert ein unzerstückeltes, in seinem Bestande und in seinen Rechten nicht geschmälertes Preußen; auf seine staatenbildende Kraft kann das Reich für seinen Wiederaufbau nicht verzichten.

6. **Volksvertretung.** Auf dem Boden der verfassungsmäßigen Fortbildung unserer politischen Zustände vertreten wir den organischen Staatsgedanken. Uns ist der Staat der lebendige Volkskörper, in dem alle Glieder und Kräfte zu tätiger Mitwirkung gelangen sollen. Der aus allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlen beider Geschlechter hervorgehenden Volksvertretung gebührt entscheidende Mitwirkung bei der Gesetzgebung und wirksame Aufsicht über Politik und Verwaltung. Neben diesem Parlament verlangen wir eine Vertretung, die auf einem nach Berufen gegliederten Aufbau der wirtschaftlichen und geistigen Arbeit beruht.

7. **Verwaltung und Rechtspflege.** Der starke Staat, den unser Volk braucht, verlangt zumal bei der jetzigen parlamentarischen Regierungsform eine kraftvolle vollziehende Gewalt und einen festgefühten, planmäßigen Behördenaufbau. Dazu gehört ein den Parteieinflüssen entzogenes Berufsbeamtentum und die Erhaltung seiner bewährten Berufsauffassung. Die richterliche Unabhängigkeit ist zu wahren. Rechtspflege und Verwaltung sind allein nach sachlichen Rücksichten auszuüben. Die Ver-

waltung ist zu vereinfachen und im sozialen Geiste zu führen; an die Stelle der seit der Revolution eingerissenen Verschwendung öffentlicher Gelder muß wieder strenge Sparsamkeit treten. Die bewährte Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände ist zu wahren.

8. **Beamtentum.** Das Beamtenrecht ist zeitgemäß umzugestalten. Beamtenausschüsse und Beamtenkammern sollen bei der Regelung der dienstlichen Verhältnisse mitwirken. Wir fordern für alle Beamten die Gewährleistung der festen Anstellung und völligen Freiheit in Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte. Lehrer und Gemeindebeamte sollen in rechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung den Staatsbeamten gleichgestellt werden. Für den Aufstieg innerhalb der Beamtenschaft sollen nicht die schulmäßige Vorbildung allein, sondern Kenntnis und Tüchtigkeit entscheiden. Zur Erhaltung eines zuverlässigen, pflichttreuen, unbestechlichen Beamtentums ist seine wirtschaftliche Sicherung durch eine seiner sozialen Stellung entsprechende, sich den Lebenskosten anpassende Besoldungsordnung zu bewirken. Jede Neuordnung der Besoldung muß auch auf die Bezüge der Hinterbliebenen und der Wartegeld- und Ruhegehaltsempfänger, deren gesamte Rechtsverhältnisse dringend einer Neuregelung bedürfen, eine entsprechende Wirkung haben.

9. **Wehrmacht.** Wir erstreben die allgemeine, gleiche Wehrpflicht und wollen die Erinnerung alles dessen lebendig erhalten, was unser Volk in Krieg und Frieden an äußerem Aufstieg und erzieherischen Werten dem Volksheere und seinen Führern zu verdanken gehabt hat. Der Schutz unserer heimatlichen Küsten und der politisch-wirtschaftlichen Stellung des Reiches bedingt die Wiedererstehung einer deutschen Flotte. Die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die Kriegshinterbliebenen, die rechtliche und wirtschaftliche Sicherstellung der aktiven und entlassenen Militärpersonen, der Pensionäre und ihrer Hinterbliebenen ist Ehrenpflicht von Reich und Volk.

10. **Gleichberechtigung der Frau.** Die deutsche Frau ist als Hüterin der sittlichen und religiösen Grundlagen des Familien- und Volkslebens unentbehrlich. Ihr steht die gleichberechtigte Mitwirkung im öffentlichen Leben zu. Die Rechte der Frau als verantwortlicher Persönlichkeit in der Erziehung des künftigen Geschlechts und im Berufs- und Familienleben sind auszugestalten. Die unersetzlichen Werte, die durch die Arbeit der Hausfrau und Mutter geschaffen werden, sind sozial und wirtschaftlich anzuerkennen.

11. **Volkstum.** Nur ein starkes deutsches Volkstum, das Art und Wesen bewußt wahrt und sich von fremdem Einfluß freihält, kann die zuverlässige Grundlage eines starken deutschen Staates sein. Deshalb kämpfen wir gegen jeden zersetzenden, un-deutschen Geist, mag er von jüdischen oder anderen Kreisen ausgehen. Wir wenden uns nachdrücklich gegen die seit der Revolution immer verhängnisvoller hervortretende Vorherrschaft des Judentums in Regierung und Öffentlichkeit. Der Zustrom Fremdstämmiger über unsere Grenzen ist zu unterbinden.

12. **Volksgesundheit.** Wir werden alle Maßnahmen unterstützen, die dem Wiederaufbau unserer Volkskraft und der Pflege der Volksgesundheit dienen. Wir treten für die Verbesserung unserer Ernährungsverhältnisse ein, für Kinder- und Mutterschutz, für die Bekämpfung der am Marke des Volkes zehrenden Kindersterblichkeit, Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten. Wir fordern den Erlaß einer Ärzteordnung, die gesetzliche Regelung des Irrenwesens, den Ausbau des Apothekenwesens, ein zeitgemäßes Hebammengesetz und eine bessere Ausbildung sowie den Schutz des Heil- und Pflegepersonals. Die breiten Volksmassen sind über die Gefahren des Geburtenrückganges aufzuklären; bei gesetzgeberischen Maßnahmen sind kinderreiche Familien grundsätzlich besonders zu berücksichtigen.

II. Geistiges Leben

13. Religion. Von der Vertiefung des christlichen Bewußtseins erwarten wir die sittliche Wiedergeburt unseres Volkes, die eine Grundbedingung seines politischen Wiederaufstieges ist. Religion ist Volkssache. An der lebendigen Aufnahme der christlich-religiösen Kräfte hängt die Reinheit der Familie, die Entwicklung der Jugend, die Versöhnung der sozialen Gegensätze, die Gesundheit des Staates. Ein Volk ohne Religion entbehrt des sittlichen Haltes und damit der Widerstandskraft gegenüber den Sorgen und Entbehrungen der Zeit. Einer religionslosen Staatsgewalt fehlt der Untergrund fester sittlicher Maßstäbe und damit das Vertrauen und Ansehen, ohne das eine lebendige Staatsgesinnung nicht erwachsen kann. Wir kämpfen gegen alles, was diese Grundlagen in Frage stellt: für die Reinheit deutschen Geisteslebens, für die stärkere Betonung sittlicher Werte in Wirtschaft und Politik. Wir kämpfen gegen Schmutz und Schund in Wort und Bild, gegen den Geist der Genußsucht und des mühelosen Erwerbs, gegen Unehrllichkeit und Bestechlichkeit. Unsere Frauen haben auf diesem Gebiete besondere Aufgaben. Ihr Einfluß im öffentlichen Leben bedarf der Stärkung, um die geistigen und sittlichen Güter des Volkes zu wahren.

14. Gleichstellung aller Bekenntnisse. Religionsgemeinschaften und ihre Einrichtungen sowie jede echte religiöse Überzeugung haben ein Recht auf Achtung, Schonung und Staatsschutz, vorausgesetzt, daß sie den Staatsgesetzen nicht widersprechen. Die Gleichstellung der Freikirchen und der freien christlichen Gemeinschaften mit den Religionsgesellschaften, die bisher schon Körperschaften des öffentlichen Rechtes waren, ist durchzuführen.

15. Freiheit der Kirchen. Bei der Lösung vom Staat sind die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Leistungen des Staates und die übrigen wohlverworbenen Rechte der Kirche und ihrer Diener sicherzustellen. Jeder Versuch, die Freiheit der Kirchen zur selbständigen Ordnung und Verwaltung ihrer inneren Angelegenheiten zu beeinträchtigen, ist entschlossen abzuwehren. Für ihre Seelsorge im Wehrdienst, in Krankenhäusern und Gefängnissen sind staatliche Mittel zu gewähren. Den angehenden Geistlichen ist die Gelegenheit zur Universitätsausbildung zu belassen; die theologischen Fakultäten der Hochschulen sind in ihren vollen Rechten zu erhalten.

16. Erziehung. Die Erziehung soll zur geistigen Einheit der Nation führen. Wir konnten stolz sein auf die Leistungen der deutschen Schule. Nicht fest genug aber wurde der Wille, nicht sicher genug das Nationalgefühl ausgebildet. Stärker als bisher müssen wir zu bewußtem Deutschtum und lebendiger Staatsgesinnung Willen und Charakter formen. Die stärkste Grundlage der Willens- und Charakterbildung sind ein lebensvoller, wahrhaft christlicher Religionsunterricht und ein vom vaterländischen Geist erfüllter Geschichtsunterricht, die sich nur auswirken können, wenn die Schule das Gepräge einer einheitlichen Weltanschauung trägt. Deshalb ist grundsätzlich die Bekenntnisschule vorzuziehen. Für das Gelingen des Erziehungswerkes ist volle Gewissensfreiheit der Lehrenden und der Erziehungsberechtigten Vorbedingung.

17. Schulwesen. Es bleibt unveräußerliches Recht der Eltern, über die Schulgattung zu bestimmen, der sie ihre Kinder zuführen wollen. Deshalb ist auch die freie Entwicklung der Privatschulen zu sichern. Für die Erziehung in den ersten Schuljahren ist eine gemeinsame Grundschule einzurichten. Auf diese bauen sich die sonstigen Schularten auf, die mit zweckmäßigen Lösungen des Übergangs und Aufstiegs zu einem innerlich verbundenen Gesamtschulwesen gestaltet werden. In diesem Sinne treten wir für die Einheitsschule ein. Es sind Einrichtungen zu treffen, die die Vorteile der Aufstiegsmöglichkeiten einschließlich des Fortbildungs- und Fachschulwesens nicht

nur den großen Städten, sondern auch dem Lande und den kleinen Städten zuteil werden lassen. Diese Neugestaltung unseres Schulwesens darf nicht zu einer Verflachung unseres Bildungswesens, zu einer Herabsetzung der Lehrziele oder zur Aufgabe der Eigenart unserer höheren Schulen führen.

18. **Lehrerbildung, Schulaufsicht.** Alle Lehrer sollen ihre Allgemeinbildung auf einer der höheren Schulen erwerben. Bei der Erziehung des heranwachsenden Geschlechts wirkt die Frau als gleichwertiges Glied der Volksgemeinschaft mit. Die staatliche Schulaufsicht ist Sache von Fachleuten.

19. **Hochschulen.** Den deutschen Universitäten und Hochschulen ist ihre einzigartige, geschichtlich gewordene Stellung, insbesondere ihre unbeschränkte Lehrfreiheit, zu erhalten. Das Selbstverwaltungsrecht der Dozenten und Studenten ist auf der Grundlage der bewährten akademischen Freiheit zu wahren. Die Bildungsziele und Aufnahmebedingungen sollen nicht herabgesetzt werden. Studierende deutscher Staatsangehörigkeit oder deutscher Abstammung haben auf ihre Einrichtungen das erste Anrecht. Die Volkshochschulen sollen sich in erster Linie an Verstand und Herz zur Vertiefung und Bereicherung deutscher Art und deutschen Wesens wenden.

20. **Jugendpflege.** Stärker als bisher wollen wir in unserer Jugend Stählung des Körpers, sittliche Erstarkung und deutsche und staatsbürgerliche Gesinnung gepflegt wissen. Darum ist die Jugendpflege weit mehr als bisher zu fördern und der gesunden Jugendbewegung jede Freiheit zu gewähren.

21. **Kunst.** Echte Kunst wächst auf dem Boden eines lebendigen Volkstums. In seiner Kunst schaut ein Volk sich selbst und wird sich seines wahren Wesens bewußt. Die Kunst soll allen Volkskreisen zugänglich sein und für die nationale Erziehung fruchtbar werden.

III. Wirtschaftsleben

22. **Wirtschaftsordnung.** Jede lebensfähige Volkswirtschaft baut sich auf dem Privateigentum und der Eigenwirtschaft auf. Unternehmungsgeist und Erwerbssinn des einzelnen sind die Grundlage unserer wirtschaftlichen Arbeit. Wir verlangen, daß sie sich in den Grenzen des Gemeinwohles halten, und werden sie gegen jeden offenen und versteckten Kommunismus verteidigen. Staats- und sonstige öffentliche Wirtschaft ist nur da am Platze, wo sie für die Allgemeinheit notwendig ist und gegenüber dem Privatbetrieb unzweifelhaft wirtschaftliche Vorteile bietet: Sozialisierungsplänen muß in einer Zeit tiefster wirtschaftlicher Zerrüttung mit erhöhter Vorsicht gegenübergetreten werden. Freiwilliger beruflicher und genossenschaftlicher Zusammenschluß im Wirtschaftsleben ist zu fördern.

23. **Aufhebung der Zwangswirtschaft.** Um die Kräfte des deutschen Volkes zu neuer Schaffensfreude zu beleben und um Ehrlichkeit im Handel und Wandel wiederherzustellen, verlangen wir den beschleunigten, restlosen Abbau der Zwangswirtschaft und die sofortige Auflösung der Kriegs- und der an ihre Stelle getretenen Gesellschaften. Den Volkskreisen, deren Lebensmöglichkeit durch dabei eingetretene Preissteigerung bedroht wird, zumal den nicht mehr arbeitsfähigen Pensionären und Kleinrentnern, ist durch öffentliche Maßnahmen zu helfen. Wucher und Schiebertum sind rücksichtslos zu bekämpfen. Wo sich die Notwendigkeit staatlichen Eingriffes in die Wirtschaft ergibt, ist er durch die Wirtschaftsinteressenten auszuüben.

24. **Siedlungswesen.** Der Auswanderung von Deutschen ist durch wirtschaftliche Maßnahmen nach Möglichkeit vorzubeugen; für die deutschen Rückwanderer ist zu sorgen. Wir fordern grundlegende Beseitigung der Wohnungsnot, planmäßige Schaffung von Heimstätten, insbesondere auch für unsere Krieger, gemeinnützige Bodenpolitik

und eine umfassende Siedlung auf dem Lande, die neues Bauernland und Möglichkeiten eigener Wirtschaft für die Arbeiter schafft und für die auch Großgrundbesitz des Staates, der Gemeinden und der Privaten in angemessenem Umfange gegen Entschädigung zur Verfügung zu stellen ist.

25. Wiederaufbau der Wirtschaft. Die Hebung der Erzeugung ist die Voraussetzung zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens. Das Gewerbe, von dem unser aller Schicksal abhängt, ist die Landwirtschaft. Ihr erwächst die Aufgabe, den Nahrungsbedarf Deutschlands aus eigener Kraft zu decken. Nur der freie Landwirt auf freier Scholle kann das vollbringen. Dazu muß ihm die Beschaffung der nötigen Betriebs- und Hilfsmittel ermöglicht werden, und er muß vor Eingriffen bewahrt bleiben, die dem Wesen der Landwirtschaft widersprechen. Der zweite große Tragpfeiler unserer Wirtschaft sind Industrie und Handwerk. Daß sie durch Zufuhr der nötigen Rohstoffe und Erschließung geeigneter Absatzmärkte die alte Arbeitsmöglichkeit wieder erhalten, ist eine Lebensfrage der Allgemeinheit. Neben dem freien Landwirt und Gewerbetreibenden soll der freie deutsche Handel stehen, der in seine Rechte wieder einzusetzen ist. Der selbst schaffenden Arbeit und bewährten Fachkunde des deutschen Kaufmanns und Technikers muß die frühere Stellung auf dem Weltmarkt wieder eröffnet werden. Die Fachbildung, deren Überlegenheit unsere Wirtschaft in allen ihren Zweigen die Blüte vor dem Kriege verdankte, ist auch weiterhin sorgsam zu pflegen. Alle nationale Arbeit soll ihrer Eigenart gemäß durch Gesetzgebung und Verwaltung geschützt und gefördert werden. Hierzu gehört der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte.

26. Mittelstand. In der Erhaltung und Vermehrung des selbständigen Mittelstandes in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe erblicken wir eines der wirksamsten Mittel zur Überbrückung der sozialen Gegensätze, weil er den unteren Schichten die Aufstiegsmöglichkeit zur wirtschaftlichen Selbständigkeit offenhält und dadurch eine gesunde Schichtung der Bevölkerung fördert. Einer Übernahme mittelständischer Betriebe in Staats- oder Gemeindebesitz werden wir uns grundsätzlich widersetzen; ihre staatliche Benachteiligung zugunsten von Verbrauchergenossenschaften lehnen wir ab.

27. Arbeiter und Angestellte. Wir fordern, daß der Staat sein kostbarstes Vermögen, die lebendige Arbeitskraft seiner Angehörigen, schützt und sie vor Ausbeutung und Raubbau durch eine soziale Schutzgesetzgebung bewahrt. Ein zeitgemäßes Angestellten- und Arbeiterrecht für alle gegen Gehalt und Lohn Beschäftigten, insbesondere auch für die Landarbeiter und Hausangestellten, ist zu schaffen. Auch die Heimarbeit ist in diese Gesetzgebung einzubeziehen, damit sie sich auf gesunder Grundlage entwickeln kann. Die Durchführung der Tarifverträge ist zu sichern. Das wirtschaftliche Vereinigungsrecht ist wirksam zu gewährleisten. Wir fordern eine angemessene Vertretung der Angestellten und Arbeiter ohne Ausnahme des Geschlechts in den staatlich anerkannten Berufsvertretungen. Wir erstreben, daß den Angestellten und Arbeitern eine Teilnahme am Gewinn des Unternehmens gewährt wird, wo es dessen Eigenart zuläßt. Die Kapitalbeteiligung der Angestellten und Arbeiter an gesellschaftlich betriebenen Unternehmungen ist gesetzlich zu erleichtern. Die Betriebsrätegesetzgebung ist so zu gestalten, daß sie dem wirtschaftlichen Frieden und der Förderung der Erzeugung dient. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände müssen, wie es in der Zentral-Arbeitsgemeinschaft versucht wird, verständnisvoll zusammenarbeiten in dem Bewußtsein, daß sie sich als Deutsche an dem vaterländischen Werke des Wiederaufbaues der heimischen Wirtschaft gemeinschaftlich, nicht gegensätzlich zu betätigen haben. Den marxistischen Klassenkampfgedanken lehnen wir als Zerstörer jeder Kultur ab. Unser Ziel ist nicht der Klassenkampf, sondern die friedliche, auf Pflicht gegründete Arbeit.

28. Freie Berufe. Den Angehörigen der freien Berufe und der geistigen Arbeit, die durch die Geldentwertung der Gefahr der Proletarisierung ausgesetzt sind, wollen wir in ihrem schweren Daseinskampfe helfen. Die Verstaatlichung dieser Berufszweige verwerfen wir, weil sie dadurch der besten Voraussetzung ihres Schaffens entkleidet würden.

29. Erwerbstätige Frauen. Den erwerbstätigen Frauen ist in wirtschaftlicher, gesundheitlicher und sittlicher Hinsicht nachdrückliche Unterstützung zu gewähren; bei gleicher Vorbildung und gleichwertiger Leistung haben sie Anspruch auf gleichen Lohn. Der verheirateten Arbeiterin ist die doppelte Aufgabe der gewerblichen und häuslichen Arbeit zu erleichtern.

30. Steuern. Deutschlands Finanzlage macht es nötig, alle Einnahmequellen in Reich, Staat und Gemeinde nach einheitlichem Plane, jedoch unter möglicher Berücksichtigung bewährter Rechte, bis zur äußersten Grenze heranzuziehen. Bei dem Ausbau der Steuern auf Besitz und Einkommen sind Leistungsfähigkeit und Familienstand weitgehend zu berücksichtigen. Neben direkten und indirekten Steuern müssen Reinerträge von Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben durch sachgemäße Regelung der Betriebsverhältnisse ermöglicht und für den öffentlichen Finanzbedarf zur Verfügung gestellt werden. Die Steuerpolitik soll auf die erwerbstätige Arbeit billige Rücksicht nehmen und bei aller scharfen Erfassung der höheren Vermögen und Einkommen die für das Gedeihen der Volkswirtschaft unentbehrliche Bildung von Betriebsvermögen nicht unmöglich machen. Eine gesunde Finanzpolitik ist nicht möglich ohne dauernden Ausgleich von Einnahme und Ausgabe. Unsere wirtschaftliche Erschöpfung ist unvermeidbar, wenn nicht die öffentlichen Ausgaben eingeschränkt werden.

d) Aufruf der Deutschnationalen Volkspartei zur Wahl für den ersten Reichstag 1920

Deutsche Männer und Frauen!

Der Wahltag ist deutscher Schicksalstag. An ihm wird sich entscheiden, ob das deutsche Volk sich eine Vertretung schafft, die Willen und Fähigkeit zum Wiederaufbau von Staat und Wirtschaft besitzt, oder ob es rettungslos dem Verderben zutreibt.

Die von der Mehrheit der verfassungsgebenden Nationalversammlung gebildete Regierung hat Deutschland durch Unfähigkeit und parteipolitische Verblendung dem Abgrunde entgegengeführt. Ihr dankt das deutsche Volk den Schmachfrieden von Versailles und den Verlust seiner Handelsflotte. Unter ihr wurden die Schulden des Reiches ins Ungemessene vergrößert, Arbeitslust, Arbeitsfrieden und Produktion untergraben, Wirtschaftsleben und Geldstand verwüstet, unsere Wirtschaftsreserven verschleudert. Staatsautorität und geordnete Verwaltung sind schwer geschädigt; nicht sachliche Tüchtigkeit entscheidet, sondern parteipolitische Gesinnung. Wucher- und Schiebertum haben sich zügellos entfaltet, Wohnungs- und Nahrungsnot wurde durch Begünstigung östlicher Masseneinwanderung in schlimmster Weise gesteigert.

Durch Mißachtung der Verfassung und Mangel an gutem Willen gegenüber berechtigten Forderungen hat die Regierung den Putsch vom 13. März verschuldet.

Durch die zuerst abgeleugnete Ausrufung des Generalstreiks und verfassungswidrige Zugeständnisse an seine Träger hat die Regierung neues Elend über das deutsche Volk gebracht und den roten Terror entfesselt, durch Ablehnung der bolschewistischen Gefahr den Feind ins deutsche Land ziehen helfen.

Wertvollste sittliche Güter, die Unparteilichkeit der Rechtspflege, die sachliche Arbeit und der christliche Charakter der Schule, die akademische Freiheit, sind schwer

bedroht; das Vertrauen auf deutsche Kraft und Tüchtigkeit, das Ansehen des deutschen Namens sind in Gefahr, die deutsche Regierung ist zum Vollstrecker der Befehle des Auslandes herabgesunken.

Deutsche Bürger, Bauern, Arbeiter! Am Wahltag gilt es Einspruch zu erheben gegen die das Mark unseres Volkes verzehrende Mißwirtschaft, gegen die verfassungswidrige Entrechtung weiter Volkskreise, gegen die tatsächliche Begünstigung des Bolschewismus durch eine rücksichtslose Parteiregierung!

Die deutschnationale Volkspartei hat auf verfassungsmäßigem Boden einen guten und ehrlichen Kampf um die Wiederaufrichtung des niedergebeugten Vaterlandes gekämpft. Ihr politisches, wirtschaftliches und soziales Programm, ihre umfangreiche Mitarbeit in den Parlamenten sind dafür Zeugen. Sie ruft alle, denen christliche und deutsche Gesittung, friedliche Tätigkeit und Ordnung am Herzen liegen, auf zu neuer Arbeit an Deutschlands Wiederaufbau.

Die Deutschnationale Volkspartei verlangt:

Eine feste, würdige, äußere Politik; Schutz den Grenz- und Auslandsdeutschen; Berufung der besten Fachmänner und Köpfe in die Regierung;

Reinigung des Beamtenstandes von den eingeschmuggelten und unwürdigen Elementen;

Gleiches Recht für alle Volksteile, Abweisung jeder Klassendiktatur;

Sicherheit für Person und Eigentum aller deutschen Staatsbürger;

Wiederherstellung staatlicher Autorität, sachgemäßer, ehrlicher Verwaltung, Sicherung unparteiischer Rechtspflege;

Bessere Versorgung der Truppe, zuverlässige ausreichende polizeiliche Sicherheitsorgane, Beibehaltung der erprobten Einwohnerwehren;

Wiederbelebung der Arbeit, umfassende Förderung der Produktion, vor allem von Brot und Kohle; sachgemäße Pflege von Landwirtschaft, Industrie, Handel und Handwerk; Schutz jeder ehrlichen Hantierung, aller geistigen und körperlichen Arbeit; Schutz des schwerbedrängten Mittelstandes, einschließlich des Beamtentums und der freien Berufe, vor Verelendung;

Freie Wirtschaft in den Grenzen des Gemeinwohles; Auflösung der Kriegsgesellschaften; rücksichtslose Bekämpfung von Wucher- und Schiebertum; Maßnahmen gegen Luxus und Prasserei;

Anerkennung und sachgemäße Behandlung der Wirtschaft durch Schaffung eines Wirtschaftsparlaments auf beruflicher Grundlage;

Geordnete Finanzen, strengste Sparsamkeit, gerechte Besteuerung unter Wahrung sozialer und volkswirtschaftlicher Gesichtspunkte;

Pflege der Volkswohlfahrt und Volksgesundheit, Fürsorge für die Opfer des Krieges, zweckmäßige Abhilfe der Wohnungsnot, innere Kolonisation;

Zusammenfassung aller Kräfte gegen die Gefahren des volksfremden, kulturzerstörenden Bolschewismus.

Die Deutschnationale Volkspartei bekämpft jeden zersetzenden, undeutschen Geist, mag er von jüdischen oder anderen Kreisen ausgehen. Sie wendet sich gegen die seit der Revolution immer verhängnisvoller hervortretende Vorherrschaft des Judentums in Regierung und Öffentlichkeit. Sie verlangt, daß der Zustrom Fremdstämmiger über unsere Grenzen unterbunden wird.

Die Deutschnationale Volkspartei erstrebt die Wiedergeburt des deutschen Volksgeistes durch die lebendigen Kräfte des Christentums und echten, bewußten Deutschtums;

Einigung unseres durch innere Kämpfe zerrissenen Volkes durch wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft und soziale Versöhnung.

Die segensreiche Mitwirkung der deutschen Frau soll ganz besonders diese Ziele erreichen helfen.

Aus heißer Liebe zu unseren deutschen Brüdern erwächst uns der feste Glaube an die unzerstörbaren Kräfte des deutschen Volkes. Aus seinen noch im Weltkriege so lange und glänzend bewährten heldischen Eigenschaften, aus seiner großen Geschichte, die in der deutschen Jugend, dem kostbarsten Schatze unseres Volkes, lebendig bleiben und wirken soll, schöpfen wir die Zuversicht auf eine neue bessere deutsche Zukunft.

Deutsche Männer, deutsche Frauen!

Dieser Wahltag ist Schicksalstag!

Ihr alle tragt an ihm deutsches Schicksal in eurer Hand.

Wer christliche und deutsche Art und Gesittung, Weib und Kind, Haus und Hof verteidigen will gegen den Ansturm feindlicher Mächte, bekenne sich am Wahltag zur Deutschnationalen Volkspartei!

e) Satzung der Deutschnationalen Volkspartei

(Beschlossen auf dem Parteitag in Hannover 1920)

Gliederung der Partei

1. Die Deutschnationale Volkspartei gliedert sich in den Parteivorstand mit der Parteileitung, der Hauptgeschäftsstelle und den Parteiausschüssen, in die Parteivertretung, den Parteitag, die Landesverbände, die Kreisvereine und die Ortsgruppen. Das Geschäftsjahr läuft für alle Parteigliederungen vom 1. Januar bis zum 31. Dezember.
2. Die Landesverbände, Kreisvereine und Ortsgruppen regeln ihre Angelegenheiten durch besondere Satzungen. Diese dürfen mit den Satzungen der übergeordneten Parteigliederung nicht in Widerspruch stehen. Die Satzungen der Landesverbände sind durch die Parteileitung, die der Kreisvereine und Ortsgruppen durch den Vorstand des Landesverbandes zu genehmigen.
3. Die Landesverbände haben der Hauptgeschäftsstelle, die Kreisvereine und Ortsgruppen haben dem Landesverband jährliche Berichte über ihre Tätigkeit zu erstatten. Dem Landesverband sowie der Hauptgeschäftsstelle ist jeder Personen- und Anschriftenwechsel der Vorsitzenden und Parteibeamten sofort mitzuteilen. Der Umzug von Mitgliedern aus dem Gebiet eines Kreisvereins oder einer Ortsgruppe in das Gebiet eines (einer) anderen desselben Landesverbandes oder eines fremden Landesverbandes ist sofort dem eigenen Landesverband und von diesem der zuständigen Parteigliederung bekanntzugeben.
4. Die Hauptgeschäftsstelle führt ein Verzeichnis aller im Parteidienst tätigen Beamten und ist bei ihrer Anstellung beratend hinzuzuziehen. Die Landesverbände, Kreisvereine und Ortsgruppen haben der Hauptgeschäftsstelle jährlich über die Eigenschaften und die Leistungen ihrer Beamten zu berichten.
5. Der Leitung aller Parteigliederungen sollen Frauen in angemessener Anzahl angehören.

Mitgliedschaft

6. Die Parteimitglieder gehören dem für ihren Wohnort zuständigen Landesverband an. Die Aufnahme erfolgt durch die am Wohnort bestehende Ortsgruppe, an Orten, an denen keine Ortsgruppe vorhanden ist, durch den Kreisverein, an Orten, für die weder eine Ortsgruppe noch ein Kreisverein besteht, durch den Landesverband. Auslandsdeutsche werden von der Hauptgeschäftsstelle als Parteimitglieder geführt und zahlen an sie einen vom Parteivorstand festzusetzenden Jahresbeitrag.

7. Mitglieder können alle Deutschen nach Vollendung des 18. Lebensjahres werden, die sich mit den Zielen der Partei einverstanden erklären und zum Zahlen des Parteibeitrages verpflichtet.

8. Die Mitgliedschaft erlischt durch den Tod, durch schriftliche Austrittserklärung zum Schlusse des Geschäftsjahres oder durch Ausschluß. Ausgeschlossen können Mitglieder werden, die sich einer ehrlosen Handlung schuldig machen, gegen Parteigrundsätze oder Beschlüsse von Parteigliederungen verstoßen oder die mit der Zahlung der Beiträge trotz Mahnung rückständig sind. Über den Ausschluß entscheidet auf Anrufen des Vereins oder der Ortsgruppe der Vorstand des Landesverbandes, bei Auslandsdeutschen die Parteileitung. Gegen den Ausschluß ist innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Beschlusses Berufung an den Parteivorstand zulässig, der endgültig entscheidet.

Parteivorstand

9. Die Parteivertretung wählt für die Dauer von zwei Jahren einen Vorsitzenden und fünfundvierzig Mitglieder in den Parteivorstand. Dieser vertritt die Partei nach außen und innen. Er sorgt für den Ausbau und die Erhaltung der Parteieinrichtungen und leitet die Teilnahme der Partei an den Wahlen zu den gesetzgebenden Versammlungen des Reiches und Preußens. Die Vorsitzenden der Parteifraktionen der gesetzgebenden Versammlungen des Reiches und Preußens gehören dem Parteivorstand an.

10. Der Parteivorstand wählt aus seiner Mitte für die Dauer seiner Amtszeit einen stellvertretenden Vorsitzenden, ein geschäftsführendes Vorstandsmitglied und einen Schatzmeister. Sie bilden zusammen mit den Vorsitzenden des Reichs-Pressesausschusses, des Reichs-Frauenausschusses und des Berufsständischen Reichsausschusses der Partei die Parteileitung. Die Parteileitung hat die Beschlüsse des Parteivorstandes auszuführen und die laufenden Geschäfte zu erledigen; sie verfügt im Rahmen des von der Parteivertretung genehmigten Haushaltsplanes über die Geldmittel der Partei. Der Vorsitzende des Parteivorstandes und das geschäftsführende Vorstandsmitglied zeichnen die Beschlüsse des Parteivorstandes und der Parteileitung.

11. Dem Parteivorstand untersteht die Hauptgeschäftsstelle der Partei in Berlin, deren Tätigkeit von dem Vorsitzenden des Parteivorstandes und von dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied beaufsichtigt wird. Die Hauptgeschäftsstelle wird von einem oder zwei Hauptgeschäftsführern geleitet, die mit beratender Stimme dem Parteivorstand angehören und ebenso wie die sonstigen Beamten der Hauptgeschäftsstelle von der Parteileitung angestellt werden.

Parteiausschüsse

12. Der Parteivorstand kann zur vorübergehenden Förderung besonderer Zwecke oder zur ständigen Bearbeitung bestimmter Tätigkeitsgebiete aus den Kreisen der Parteimitglieder Ausschüsse berufen, deren Beschlüsse der Bestätigung durch den Parteivorstand unterliegen. Die Vorsitzenden dieser Ausschüsse werden von diesen gewählt, die der ständigen Ausschüsse für die Dauer von zwei Jahren; ihre Wahl unterliegt der Bestätigung durch den Parteivorstand.

13. Als ständige Ausschüsse sind zu bilden der Reichs-Pressenausschuß für die Förderung der Parteipresse, der Reichs-Frauenausschuß für die Werbearbeit in dem weiblichen Teil der Bevölkerung und für die Beratung des Parteivorstandes und der Parteifraktionen in Frauenfragen und der Berufsständische Reichsausschuß für die Werbearbeit in den einzelnen Berufsständen und für die Beratung des Parteivorstandes und der Parteifraktionen in beruflichen Standesfragen. Die Vorsitzenden dieser Ausschüsse gehören dem Parteivorstand und der Parteileitung an.

Parteivertretung

14. Die Mitglieder des Parteivorstandes, die Vorsitzenden der außerpreußischen Landtagsfraktionen der Partei, je drei Vertreter der ständigen Parteiausschüsse, die Vorsitzenden der Landesverbände und je ein Vertreter für jedes angefangene Zehntausend ihrer Mitglieder, sowie die Hauptgeschäftsführer bilden die Parteivertretung. Außerdem kann die Parteivertretung bis zu zehn Parteimitglieder für die Dauer von zwei Jahren sich zuwählen. Zu den Sitzungen der Parteivertretung sind die Abteilungsvorsteher der Hauptgeschäftsstelle und die Landesgeschäftsführer mit beratender Stimme hinzuzuziehen. Die Vertreter der Mitglieder der Landesverbände werden für die Dauer von zwei Jahren von den Verbandsvorständen gewählt.

15. Die Parteivertretung tritt jährlich einmal zusammen. Ihre Beschlüsse haben für den Parteivorstand bindende Kraft. Die Parteivertretung wird von dem Vorsitzenden des Parteivorstandes berufen und geleitet. Ihre Einberufung muß jederzeit innerhalb vier Wochen erfolgen, wenn die Vorstände von mindestens fünf Landesverbänden es unter Angabe des Zweckes beantragen.

16. Der Parteivorstand hat der Parteivertretung jährlich einen Kassenbericht zu erstatten und einen Haushaltsplan vorzulegen, sowie bei ihr die Entlastung für seine Tätigkeit nachzusuchen. Die Parteivertretung setzt die Höhe der von den einzelnen Landesverbänden an die Partei zu leistenden Geldbeträge jährlich fest. Die Prüfung der Kassenverwaltung der Partei geschieht durch zwei damit beauftragte Mitglieder der Parteivertretung, die dem Parteivorstand nicht angehören dürfen.

Parteitag

17. Stimmberechtigte Mitglieder des Parteitages sind die Mitglieder der Parteivertretung, die der Partei angehörenden Abgeordneten der gesetzgebenden Versammlungen des Reiches und der Einzelstaaten und je ein Vertreter für jedes angefangene Tausend der Mitglieder jedes Kreisvereins. Beratende Stimmen haben die Abteilungsvorsteher der Hauptgeschäftsstelle und die Landesgeschäftsführer, soweit sie nicht als stimmberechtigte Vertreter gewählt sind. Die Vertreter der Mitglieder der Kreisvereine werden von dem Vorstand der Kreisvereine gewählt.

18. Der Parteitag tritt der Regel nach jährlich, mindestens in jedem zweiten Jahre, zusammen. Er wird von dem Parteivorstand berufen und von seinem Vorsitzenden geleitet; seine Berufung muß jederzeit auf Beschluß der Parteivertretung erfolgen. Die Einberufung hat mindestens vier Wochen vor dem Zusammentritt durch öffentliche Bekanntgabe unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung zu erfolgen. Anträge zum Parteitage sind mindestens zehn Tage vorher beim Parteivorstand einzureichen; Anträge, bei denen das nicht geschehen ist, können nur verhandelt werden, wenn ihre Dringlichkeit von der Parteivertretung beschlossen wird. Im übrigen sind alle Vorlagen für den Parteitag von der Parteivertretung vorzubereiten.

19. Der Parteitag hat die Berichte über die Tätigkeit des Parteivorstandes und der parlamentarischen Fraktionen entgegenzunehmen sowie über alle Parteiangelegenheiten

zu entscheiden, die nicht der Parteivertretung im Absatz 16 dieser Satzung vorbehalten sind. Abstimmungen erfolgen mit einfacher Mehrheit, Wahlen durch Zuruf oder Handaufheben, falls nicht mindestens fünfzig Stimmberechtigte geheime Abstimmung verlangen. Wahlen werden bei Stimmgleichheit durch das Los entschieden; Anträge gelten bei Stimmgleichheit als abgelehnt. Änderungen der Parteisatzung und die Parteiauflösung können nur mit einer Zweidrittel-Stimmenmehrheit beschlossen werden.

Landesverbände

20. In der Regel wird für das Gebiet jedes Wahlkreises für die gesetzgebende Versammlung des Reiches ein Landesverband gebildet. Erstreckt sich ein Wahlkreis über Gebiete mehrerer deutscher Einzelstaaten, so können für jeden Einzelstaat besondere Landesverbände errichtet werden. Sie bilden dann für die Aufstellung der Wahlbewerber Wahlkreisausschüsse, deren Zusammensetzung den weiteren Vorständen der Landesverbände (Absatz 24) entspricht. Solche Wahlkreisausschüsse sind auch in den Fällen zu bilden, wo Wahlkreise für die gesetzgebende Versammlung eines Einzelstaates Teile von mehreren Wahlkreisen für die gesetzgebende Versammlung des Reiches umfassen. Erstreckt sich ein Landesverband über mehrere Wahlkreise für die deutsche oder eine einzelstaatliche gesetzgebende Versammlung, so wird in jedem dieser Wahlkreise ein Wahlkreisausschuß gebildet.

21. Die Landesverbände leiten die Wahlen zu den öffentlichen politischen Körperschaften und die gesamte Parteitätigkeit innerhalb ihres Gebietes nach den vom Parteivorstand und von der Parteivertretung aufgestellten Richtlinien. Die Wahlvorschläge der Landesverbände und Wahlkreisausschüsse für die gesetzgebenden Versammlungen des Reiches und Preußens sind dem Parteivorstand rechtzeitig vorzulegen. Dieser ist bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Versammlungen des Reiches und Preußens berechtigt, in den Wahlkreisen, in denen mehr als ein Abgeordneter der Partei gewählt ist, nach Benehmen mit dem Landesverband bzw. Wahlkreisausschuß die Aufstellung eines von ihm benannten Wahlbewerbers auf einen der ersten beiden Plätze der Vorschlagsliste zu verlangen.

22. Geschäftsträger des Landesverbandes sind der Landesvorstand mit der Landesgeschäftsstelle, dem Landes-Pressenausschuß, dem Landes-Frauenausschuß, dem Berufsständischen Landesausschuß und dem Landes-Jugendausschuß, der Weitere Vorstand und der Landesparteitag. Ihre Zusammensetzung, Amtsdauer und Befugnisse werden durch die Satzung des Landesverbandes geregelt. Hierbei finden die Vorschriften der Parteisatzung sinngemäße Anwendung. Die Mitglieder der Landes-Frauenausschüsse werden von den Vorsitzenden der Kreis- und Orts-Frauenausschüsse gewählt.

23. Dem Landesverband gehören die Vorsitzenden des Landes-Pressenausschusses, des Landes-Frauenausschusses und des Berufsständischen Landesausschusses an. Die laufenden Geschäfte des Landesverbandes erledigt die Landesgeschäftsstelle unter Aufsicht des Verbandsvorsitzenden und unter Leitung eines Landesgeschäftsführers. Der Landesgeschäftsführer kann in den Landesvorstand gewählt werden; seine Anstellung und sein Anstellungsvertrag bedürfen der Genehmigung der Parteileitung.

24. Dem Weiteren Vorstand gehören die Mitglieder des Landesvorstandes, die in dem Verbandsgebiet gewählten Abgeordneten zu den gesetzgebenden Versammlungen des Reiches und der Einzelstaaten, je ein bis drei Vertreter der Kreisvereine, des Landes-Pressenausschusses, des Landes-Frauenausschusses und des Berufsständischen Landesausschusses sowie der Landesgeschäftsführer an. Die Beamten des Landesverbandes sind mit beratender Stimme hinzuzuziehen. Die Vertreter der Kreisvereine werden für die Dauer von zwei Jahren von der Hauptversammlung der Kreisvereine gewählt.

Der Parteivorstand ist berechtigt, zu den Sitzungen des Weiteren Vorstandes, zu denen er stets einzuladen ist, Vertreter mit beratender Stimme zu entsenden; auch kann er die Anberaumung einer solchen Sitzung unter Angabe des Grundes verlangen.

25. Auf dem Landesparteitag sind stimmberechtigt die Mitglieder des Weiteren Vorstandes, die Vorsitzenden der Ortsgruppen und nach näherer Bestimmung der Landesverbandssatzung Vertreter ihrer Mitglieder. Die Vertreter der Mitglieder der Ortsgruppen werden von der Hauptversammlung der Ortsgruppen gewählt. Der Parteivorstand ist berechtigt, zu den Landesparteitagen, zu denen er stets einzuladen ist, Vertreter mit beratender Stimme zu entsenden. Die Beamten der Landesverbände, Kreisvereine und Ortsgruppen haben auf dem Landesparteitag beratende Stimme.

Kreisvereine und Ortsgruppen

26. Die Parteimitglieder werden in Ortsgruppen und diese zu Kreisvereinen (Bezirksvereinen, Deutschnationalen Volksvereinen) zusammengeschlossen. Ortsgruppen werden für einzelne Ortsbezirke größerer Städte und für einzelne oder mehrere Gemeinden sowie für kreisangehörige Städte gebildet, Kreisvereine für das Gebiet jedes unteren Verwaltungsbezirkes (Land- oder Stadtkreises in Preußen und der entsprechenden Verwaltungsbezirke in den anderen Einzelstaaten). Die Vorstände der Kreisvereine und Ortsgruppen werden für die Dauer von zwei Jahren von ihren Hauptversammlungen gewählt.

27. Bei Kreisvereinen und Ortsgruppen ist ein Frauenausschuß für die Werbetätigkeit in dem weiblichen Teil der Bevölkerung und für die Beratung der Kreisvereine (Ortsgruppen) in Frauenfragen sowie ein Jugendausschuß für die Förderung der Parteibestrebungen unter den Jugendlichen zu bilden. Den Frauenausschüssen, deren Mitglieder von der Hauptversammlung der Kreisvereine (Ortsgruppen) gewählt werden, ist eine Vertretung im Vereins-(Ortsgruppen-)Vorstand einzuräumen.

28. Die Kreisvereine und Ortsgruppen sollen Berufsständische Ausschüsse für die einzelnen Berufszweige (Landwirtschaft, Handel und Industrie, Handwerk, Beamte, freie Berufe, Angestellte und Arbeiter) einsetzen, um den Vorständen eine ständige Fühlung mit den standespolitischen Wünschen der Bevölkerung zu vermitteln und die Werbearbeit in den einzelnen Berufsgruppen zu fördern. Auch ist darauf Gewicht zu legen, daß in den Vorständen der Kreisvereine und Ortsgruppen möglichst viele Berufsarten vertreten sind.

29. Für die einzelnen Bezirke ihres Wirkungsgebietes sind von den Kreisvereinen (Ortsgruppen) Vertrauenspersonen zu bestellen, denen die Unterstützung des Vorstandes in allen Parteianglegenheiten obliegt.

Beitragswesen

30. Jedes Parteimitglied zahlt einen von dem Kreisverein oder der Ortsgruppe festzusetzenden und vom Landesverband zu genehmigenden Parteibeitrag an seinen Kreisverein (Ortsgruppe). Die wöchentliche oder monatliche Erhebung der Beiträge ist anzustreben. Die Höhe der von den Kreisvereinen (Ortsgruppen) für den Landesverband zu leistenden Beträge bestimmt der Weitere Vorstand des Landesverbandes. Die Höhe der von den Landesverbänden für die Gesamtpartei aufzubringenden Beträge bestimmt die Parteivertretung. Wo keine Kreisvereine (Ortsgruppen) bestehen, zahlen die Parteimitglieder als Einzelmitglieder den Beitrag unmittelbar an den Landesverband.

Anhang II

Anmerkungen

¹⁾ Nach Mitteilung von Frl. Katsch (Berlin) — 1920/24 Sekretärin des Parteivorsitzenden Hergt, 1925/33 Sekretärin der deutschnationalen Reichstagsfraktion — ist das Archivmaterial der Partei bei der Durchsuchung der Geschäftsstelle im Jahre 1933 beschlagnahmt worden. Die Fraktionsakten wurden vorher im wesentlichen vernichtet (Brief an den Verfasser vom 29. Oktober 1952).

Von der Hauptabteilung Archivwesen im Ministerium des Innern der DDR erhielt der Verfasser die Nachricht (Brief vom 28. Januar 1953), daß in das „Deutsche Zentralarchiv“ nur Bruchstücke des Archivs der ehemaligen DNVP gelangt seien. Trotz mehrfacher Gesuche und Empfehlungen sowjetzonaler Professoren konnte der Verfasser jedoch keine Benutzungsgenehmigung erhalten.

²⁾ Die Abfassung erfolgte etwa 1936/37. Es wurde 1941/42 noch einmal überarbeitet (Schriftliche Mitteilung von Friedrich Freiherrn Hiller von Gärtringen, Enkel des Grafen Westarp, vom 1. April 1953).

³⁾ Es handelt sich um Briefe, die Freiherr von Freytagh-Loringhoven — damals Professor der Rechte an der Universität Breslau, Preußischer Staatsrat, MdR — 1942 an Amtsgerichtsrat Dr. O. v. Sethe richtete, der seine Biographie schreiben wollte.

⁴⁾ Vgl. Booms „Die Deutschkonservative Partei“, Düsseldorf 1954.

⁵⁾ Vgl. Kuno Graf Westarp, Heydebrand (Sonderdruck aus „Der deutsche Aufstieg“). Würdigungen zu seinem Todestag in der führenden Presse vom 18. November 1924: Vorwärts (Nr. 544), Berliner Tageblatt (Nr. 548), Vossische Zeitung (Nr. 548), Germania (Nr. 504), Berliner Börsenzeitung (Nr. 543), Berliner Morgenpost (Nr. 277), Tag (Nr. 277), Berliner Lokalanzeiger (Nr. 548), Deutsche Zeitung (Nr. 520).

⁶⁾ Vgl. Reichstagshandbuch II. Wahlperiode, S. 551; Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute. S. 768. Spätere Würdigungen in der „Korrespondenz der DNVP“ vom 9. August 1924, Nr. 119 (Dr. Everling), und 11. August 1924, Nr. 120 (Hergt feiert ihn hier als „königstreuen Preußen“).

⁷⁾ Westarp-Manuskript.

⁸⁾ Die Freikonservativen hatten bei den Reichstagswahlen 1912 nur 370000 Stimmen mit 12 Sitzen, die Christlichsozialen 104000, die Deutschsozialen 47000 und die Deutsche Reformpartei 52000 Stimmen mit je 3 Abgeordneten erhalten. Vgl. Roth „Die Programme der politischen Parteien“, S. 20 ff.

⁹⁾ Die Deutschkonservative Partei hatte seit ihrer Gründung durchschnittlich etwa 60 Sitze im Reichstag behauptet. 1912 sank bei 1129000 Wählern die Zahl ihrer Mandate auf 42 ab. Vgl. Roth, a.a.O., S. 13.

¹⁰⁾ „Man schiebt ihr jetzt die Schuld an allen Mißerfolgen unseres alten Regimes zu. Wir müssen uns natürlich verteidigen, aber viel nützen wird das nicht.“ (Graf Keyserlingk-Cammerau an Graf Westarp, Brief vom 30. November 1918.)

¹¹⁾ Westarp-Manuskript.

¹²⁾ H. E. von Lindeiner-Wildau, Die Ziele der Deutschnationalen. Berlin (1926), S. 8.

¹³⁾ Einer der freikonservativen Mitunterzeichner des Gründungsaufufes der DNVP, Prof. D. Dr. Bredt, schreibt u. a.: „Daß es nicht einfach ist, so verschiedene Parteien zusammenzuschmel-

zen, liegt auf der Hand, und so waren die Gründungsverhandlungen nicht gerade leicht.“ (Oberhessische Zeitung, 21. Dezember 1918.)

¹⁴⁾ Graef, Der Werdegang der DNVP. In: Der nationale Wille, S. 17.

¹⁵⁾ Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung Nr. 599 vom 24. November 1918. Vgl. a. Vossische Zeitung Nr. 608 vom 25. November 1918. Text s. Anhang I, S. 107f.

¹⁶⁾ Vgl. Graef, a.a.O., S. 18.

¹⁷⁾ Westarp-Manuskript.

¹⁸⁾ Graf Westarp an Graf Yorck, Brief vom 16. Februar 1920.

¹⁹⁾ Freytagh-Loringhoven, Briefe.

²⁰⁾ „Es darf nicht verschwiegen werden, daß in den Sitzungen der vielerwähnten Kommission immer wieder der Grundsatz ausgesprochen wurde, unter einem Aufruf zur Gründung eines neuen Parteigebildes dürften die alten Namen von Heydebrand und Graf Westarp nicht stehen.“ (Schroeter an von Heydebrand am 24. November 1918. — Westarp-Nachlaß.)

²¹⁾ Deutschnationale Politik. Heft 10, S. 5 ff. Vgl. a. Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung Nr. 599 vom 24. November 1918 (Die innere Politik der Woche).

²²⁾ Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung Nr. 599 vom 24. November 1918.

²³⁾ Die wichtigsten Richtlinien sind: Erhaltung des Privateigentums (3) und der Privatwirtschaft (4), Auflösung der Kriegsgesellschaften (5), Siedlungspolitik (7), Ausbau der Sozialpolitik, Sicherung des Arbeiter-Sozialrechtes (9), Verwaltungsvereinfachung (12) und Mitarbeit der Frau (16).

²⁴⁾ Mit „Recht und Ordnung“ verknüpfte man natürlich Ordnungsvorstellungen des wilhelminischen Kaiserreiches.

²⁵⁾ Die Namensfrage hatte schon bei den Vorverhandlungen eine Rolle gespielt. Westarp-Manuskript. Vgl. a. Lindeiner-Wildau, a.a.O., S. 8.

²⁶⁾ Vgl. Graf Westarp an v. Heydebrand, Brief vom 23. November 1918.

²⁷⁾ Graf Keyserlingk-Cammerau an Graf Westarp, Brief vom 30. November 1918.

²⁸⁾ Schriftliche Mitteilung von Bergwerksdirektor a. D. Bernhard Leopold MdR vom 6. April 1953.

²⁹⁾ Wilhelm Lindner, später MdR und Geschäftsführer des Deutschnationalen Arbeiterbundes, hatte schon Anfang 1916 in einer Denkschrift an die christlichsoziale Parteileitung den Namen „Deutschnationale Volkspartei“ für eine künftige große Rechtspartei vorgeschlagen. Vgl. Die deutschnationale Arbeiterbewegung, herausgegeben vom Deutschnationalen Arbeiterbund, S. 10. — Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband war keine Unterorganisation der DNVP, sondern bereits 1893 als eine völkische Berufsgewerkschaft in Hamburg gegründet worden.

³⁰⁾ Als Motto erwähnt in: Politische Ziele und Anschauungen der DNVP (Deutschnationale Flugschrift Nr. 13).

³¹⁾ Staatssekretär z. D. Karl Passarge, früherer Landesgeschäftsführer der DNVP in Pommern, berichtete folgenden Zwischenfall aus der Gründerzeit: „Der alte General v. Kleist (Wendisch-Tychow) schlug mit der Faust auf den Tisch und fragte erregt: Was heißt eigentlich deutschnational, ich bin dreimal Preuße, ehe ich einmal Deutscher bin. Auch die alten Abgeordneten der Konservativen von Herzberg-Lottin, v. Böhlendorf-Kölpin, v. Bonin-Barrenbusch, der noch am 10. September 1925 bei der Provinzialsynode den Antrag stellte, das Kirchengebet für den König von Preußen (nicht etwa für den deutschen Kaiser) wieder aufzunehmen, alle die haben den Begriff deutschnational nie akzeptiert.“ (Schriftliche Mitteilung an den Verfasser vom 3. März 1953.)

³²⁾ Mündliche Auskunft von Reichsminister a. D. Hergt vom 27. Februar 1953.

³³⁾ Westarp-Manuskript.

34) „Die DNVP ist eine Sammelpartei — nach der Revolution gegründet —, und sie wurde zum Sammelbecken für alle diejenigen Elemente und Parteireste, welche mit der neuen Richtung nicht einverstanden waren.“ MdR General von Gallwitz (DNVP) in einer Rede über die Entstehung der Partei in Halle. Breisgauer Zeitung Nr. 314 vom 17. November 1920.

35) Deutschkonservatives Rundschreiben an die Landes- und Provinzialverbände vom 25. November 1918. Vgl. Graef, Werdegang der DNVP. S. 17 f. S. a. Kruck, Der Alldeutsche Verband 1890—1939. S. 85 f.

36) Vgl. Aufruf in der Deutschen Tageszeitung Nr. 631 vom 12. Dezember 1918 und Deutsche Zeitung Nr. 633 vom 13. Dezember 1918. Agitatorische Auswertung von nationalliberalen Übertritten zur DNVP u. a. in der Deutschen Zeitung Nr. 660 vom 29. Dezember 1918. S. a. v. Koss, Die Parteien und ihre Programme im Lichte der Wirklichkeit. S. 39.

37) Freytagh-Loringhoven, Deutschnationale Volkspartei. S. 9.

38) Vgl. Alldeutsche Blätter, 1920, Nr. 28.

39) D. Winckler schrieb am 1. Dezember 1918 an Graf Westarp: „. . . Was nun die Dienstsitzungen betrifft, so kennen Sie meine Ansicht, daß es mir lieber wäre, jetzt nicht schon unsere alte Partei völlig aufzulösen, sondern zunächst nur bis nach der Nationalversammlung in den Hintergrund zu treten. Außer den Gründen, die ich gestern anführte, habe ich noch folgenden: Verschwinden in diesen Tagen die Scheidemänner aus der Regierung, dann erleben wir möglicherweise statt der Wahlen zur NV Bürgerkrieg, Diktatur und Wiederbelebung des Reichstages, entweder des alten oder eines neuen nach Reichstagswahlrecht. Bei solchen Wahlen aber hätte eine geschlossene Rechte mit entsprechendem Namen ungeheuren Zulauf . . .“

Er selbst werde „in jedem Falle“ „. . . auf den Boden der neuen Partei treten. Ich stelle meinen Namen zur Verfügung, wünsche aber dringend vor dem meinigen nach dem Alphabet den Namen Westarp zu lesen. Sie müssen heraus, damit Klarheit wird. Das Fehlen von Heydebrands Namen dagegen halte ich für richtig . . .“

40) Vgl. Punkt 10 der „Richtlinien“. Deutschnationale Politik, Heft 10, S. 5.

41) Vgl. Geschäftsbericht der „Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft“ der DNVP, November 1918 bis Juni 1919, S. 11.

42) Der Aufruf (Deutsche Tageszeitung Nr. 631 vom 12. Dezember 1918) war vorwiegend von Akademikern, höheren Offizieren, Verlagsbuchhändlern und nur einem einzigen Arbeitersekretär unterzeichnet.

43) Deutschnationaler Rednerführer, Bd. I, S. 176.

44) So äußerte Prof. D. Dr. Bredt in der Oberhessischen Zeitung am 21. Dezember 1918, daß „in der neuen Partei von Anfang an ein ganz anderer Wind wehen“ müsse.

45) Staatssekretär a. D. Dr. von Delbrück auf einer Versammlung in Jena während des Wahlkampfes zur Nationalversammlung am 22. Dezember 1918: „Die Gründung der neuen Partei bedeutet nicht ein Wiederaufstehen der alten rechtsstehenden Parteien unter einem neuen Namen oder, wie sich kürzlich jemand geschmackvoll ausdrückte, die Vereinigung einer Anzahl bankrotter Firmen zu einem neuen Geschäft unter Teilhaberschaft der Frauen“. Deutschnationale Politik, Heft 10, S. 10.

46) Freytagh-Loringhoven, Briefe.

47) Westarp-Manuskript.

48) Vgl. von Lindequist an Graf Westarp, Brief vom 19. Januar 1919.

49) Kurze biographische Angaben s. Reichstagshandbuch I. Wahlperiode 1920, S. 236 ff. S. a. Korrespondenz der DNVP, Nr. 243 vom 21. Oktober 1919.

50) Mündliche Mitteilung von Reichsminister a. D. Hergt vom 27. Februar 1953.

51) Westarp-Manuskript.

⁵²⁾ Graef, Der Werdegang der DNVP, in: Nationaler Wille, S. 19. — Zur Beurteilung Hergts durch seine politischen Gegner s. den Artikel „Oskar Hergt“ von Johann Fischart in der „Weltbühne“, XVIII. Jg. vom 26. Januar 1922.

⁵³⁾ Freytag-Loringhoven, Briefe.

⁵⁴⁾ Schriftliche Mitteilung von Reichsminister a. D. Hergt vom 27. November 1953.

⁵⁵⁾ Salomon, Parteiprogramme. Heft 2, S. 1: Parteiprogramm vom 14. August 1872.

⁵⁶⁾ Franck, Die bürgerlichen Parteien des deutschen Reichstages. S. 13.

⁵⁷⁾ Vgl. Booms, Die Deutschkonservative Partei. Düsseldorf 1954, ferner auch: Gabler, Die Entwicklung der deutschen Parteien auf landschaftlicher Grundlage von 1871—1912 (Dissertation). S. 17 u. 23—27.

⁵⁸⁾ S. Neumann (Die Deutschen Parteien, S. 68) setzt sie als „Partei der Diplomaten und höheren Bürokratie“ (sog. Botschafter- und Professorenpartei) in Parallele zu den 1929 von der Hugenberg-DNVP abgespaltenen Volkskonservativen.

⁵⁹⁾ Kremer, Der soziale Aufbau der Parteien (Dissertation). S. 10.

⁶⁰⁾ Mündliche Auskunft von Gustav Hülsler MdR (DNVP, später Christlich-Sozialer Volksdienst) vom 10. Februar 1953.

⁶¹⁾ Kremer, a.a.O.

⁶²⁾ Vgl. Kaehler, Wahlkampf 1919. S. 7.

⁶³⁾ Vgl. Edmond Vermeil, Demokratie und Partei in Deutschland. S. 176.

⁶⁴⁾ Deutschnationale Politik. Heft 10, S. 7.

⁶⁵⁾ Vgl. Vorwürfe gegen die DNVP und ihre Widerlegung (Vortragsunterlagen Nr. 4), S. 3, und Stichworte und Winke für Deutschnationale Diskussionsredner (Vortragsunterlagen Nr. 1), S. 2—6.

⁶⁶⁾ Angaben nach Horkenbach, a.a.O., S. 383 ff.

⁶⁷⁾ Schriftliche Mitteilung von Oberpostrat Gustav Harmony MdR (Vorsitzender des deutschen nationalen Beamtenausschusses) vom 10. April 1953.

⁶⁸⁾ Schriftliche Mitteilung von Reichsminister a. D. Hergt vom 27. November 1953.

⁶⁹⁾ Mündliche Auskunft von Bürgermeister a. D. Vagts-Bremen (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Landesverbandes Bremen) vom 5. Januar 1954.

⁷⁰⁾ Vgl. Deutsche Tageszeitung Nr. 648 vom 21. Dezember 1918.

⁷¹⁾ Nach Angaben in „Soziologische Gegenwartsfragen“ Heft 2, S. 44 f. waren im September 1921 in Danzig 54%, im Januar 1925 in Hamburg 43,2%, im Juli 1926 in Bremen 44,1%, Ende 1928 in Gießen 40,3% aller Parteimitglieder Frauen. Der Kreisverein Potsdam bestand 1919 zu 56,3% aus Frauen, von diesen waren 48,7% unverheiratet.

⁷²⁾ Vgl. Grundsätze deutschnationaler Frauenarbeit, in: Nationaler Wille, S. 327. — Die wesentlichsten Forderungen waren: Wahrung der christlichen Familie und Ehe; christlich-nationale Jugenderziehung; soziale Fürsorge; Schutz gefährdeter Sittlichkeit.

⁷³⁾ Vgl. Politisches Handwörterbuch (Führer-ABC), S. 210.

⁷⁴⁾ Eine große Zahl von Flugblättern mit einer Auflageziffer von über 200 000 wandte sich besonders an die Frauen.

⁷⁵⁾ Bei den Reichstagswahlen 1920 wurden für 849 762 Wahlberechtigte getrennte Abstimmungen vorgenommen. Danach erhielten

	Männerstimmen	Frauenstimmen
Zentrum	41%	59%
DNVP	44%	56%
DVP	49%	51%
DDP	53%	47%
SPD	57%	43%
USPD	59%	41%
KPD	63%	37%

Vgl. Politisches Handwörterbuch (Führer-ABC), S. 206.

Der „Vorwärts“ (24. Dezember 1924) rechnete nach der Dezemberwahl 1924 aus, wie viele Abgeordnete der einzelnen Parteien von Männern und wie viele von Frauen gewählt waren:

	Mandatszahl	von Männern	von Frauen
SPD	131	72	59
DNVP (ohne Landliste)	103	49	54
KPD	45	28	17
NSDAP	14	8	6

⁷⁶⁾ Zusammengestellt nach dem Handbuch für die Verfassungsgebende Nationalversammlung und nach Angaben in Deutschnationale Politik, Heft 10.

⁷⁷⁾ Vgl. Geschäftsbericht des Berufsständischen Reichsausschusses im Bericht der Hauptgeschäftsstelle, November 1918 — Juni 1919, S. 10.

⁷⁸⁾ Text im Anhang I S. 107 f.

⁷⁹⁾ Text im Anhang I S. 109 ff.

⁸⁰⁾ Westarp-Manuskript.

⁸¹⁾ Da keine parteiamtlichen Veröffentlichungen oder Darstellungen von Beteiligten vorliegen, kann hier lediglich den in seinem Manuskript niedergelegten Ausführungen des Grafen Westarp gefolgt werden. Die Gefahr einer subjektiven Betrachtung der Vorgänge ist dadurch zwar gegeben, wird aber durch die Tatsache gemindert, daß Westarp der offiziellen Parteilinie sehr kritisch gegenüberstand und sein Manuskript mit geradezu peinlicher Genauigkeit durch Belege und Hinweise unterbaute. (Alle nicht gesondert belegten Zitate stammen aus dem Westarp-Manuskript.)

⁸²⁾ Graf Westarp an von Heydebrand, Brief vom 1. Oktober 1919.

⁸³⁾ „... Wir wissen, daß das deutsche Volk immer gefühlsmäßig und tiefinnerlich monarchisch war ... Wir werden deshalb nicht aufhören, im deutschen Volk das tausendjährige Sehnen nach dem deutschen Kaisertum zu pflegen. Wir sind davon überzeugt, daß das deutsche Volk selbst von dem ihm durch die Verfassung gegebenen Recht Gebrauch machen und sich zur rechten Zeit seinen Fürsten rufen wird.“ (Zitat im Westarp-Manuskript.)

⁸⁴⁾ Text des Programmes im Anhang I S. 112 ff.

⁸⁵⁾ Schriftliche Mitteilung von Wilhelm Lindner MdR, Mitverfasser des „Westfälischen Programms“ und später Hauptgeschäftsführer des Deutschnationalen Arbeiterbundes, vom 4. Februar 1953.

⁸⁶⁾ Die deutschnationale Arbeiterbewegung, S. 11 f.

⁸⁷⁾ Hartwig, Aus der Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, in: Politische Praxis, S. 289.

⁸⁸⁾ Vgl. Graf Keyserlingk-Cammerau an Graf Westarp, Brief vom 30. November 1918.

⁸⁹⁾ Graf Westarp an Kreth, Brief vom 10. Januar 1919.

⁹⁰⁾ Westarp-Manuskript.

⁹¹⁾ Deutschnationale Politik, Heft 10, S. 6.

⁹²⁾ A.o.O.

93) Westarp-Manuskript.

94) Graf Westarp an Klasing, Brief vom 25. März 1919.

95) Westarp-Manuskript.

96) Brief vom 19. Dezember 1918 (zitiert im Westarp-Manuskript).

97) Westarp-Manuskript.

98) Von Heydebrand an Graf Westarp, Brief vom 4. Januar 1919.

99) Von Heydebrand an Graf Westarp am 14. Januar 1919:

„. . . Unsere bisherige Haltung gegenüber der deutschnationalen Partei war ja eine politische Notwendigkeit. Darüber hinaus aber muß nun m. E. *abgewartet* werden, wie sich die allgemeinen Dinge, die Politik und demnächst die NV und in ihr die neue Partei entwickelt, ehe man ein definitives Urteil über die Zukunft und die näheren Ziele der *unsrigen* gewinnen kann. *Inzwischen* werden aber doch drei Dinge nötig sein, wenn sich nicht alles verflüchtigen soll.

1. Eine feste, bewußte und in sich geschlossene *Leitung*.

In dieser Beziehung erlaubte ich mir, in meinem obenerwähnten Schreiben einige persönliche Momente zur Diskussion zu stellen, über die ich gern Ihre Meinung wüßte, da sie den betreffenden Stimmungen näher stehen, als ich. Daß *Sie* uns erhalten bleiben, nehme ich als selbstverständlich an.

2. Ein arbeitsames, fleißiges Bureau; ich glaube nachgerade, daß wir das *nicht* oder nicht mehr haben.

Endlich Erhaltung eines finanziellen Rückhalts, wieviel haben wir schon geopfert und wie lange soll das noch gehen, resp. was bleibt uns?

Wir werden eben beginnen müssen, langsam wieder eine konservative Partei aufzubauen, ohne parlamentarische Unterlage ist das auf die Dauer freilich schwer. Daß unsere Leute im Lande, — trotz, man kann wohl sagen, glänzendster Bewährung unserer Politik im Kriege wie jetzt — völlig versagt haben und in hilflosester Panik, die ja jetzt geradezu eine allgemeine Krankheit ist, verfallen sind, so auch vis à vis der deutschnationalen Partei alle Würde verloren haben, dem kann auch ich mich nicht verschließen.

Wenn nach alledem eine Zwölfer-Sitzung jetzt ihren Zweck erfüllen soll, müssen wir, d. h. Sie und ich, uns *zunächst* ganz einig und klar über das Gewollte sein; deshalb erbitte ich zunächst auch in dieser Beziehung Ihre Meinung . . .“

Graf Westarp an von Heydebrand am 20. Januar 1919:

„. . . Um zu der Zukunft der Konservativen Partei Stellung zu nehmen, muß ich etwas weiter ausholen. Wenn ich geschrieben habe, es sei mein Plan, die Konservative Partei der DNVP geschlossen zuzuführen, so fehlten in diesem Satz die Worte: Bei den Wahlen zur Nationalversammlung; weiter ist mein Ehrgeiz in dieser Beziehung nie gegangen. Ich komme nun im Augenblick zu demselben Ergebnis wie Sie, daß die Weiterentwicklung abgewartet werden muß. Denn der Umstand, daß zweifellos die alte Konservative Partei in den Fraktionen der DNVP nicht ausreichend vertreten sein wird, allein scheint mir zur Zeit nicht die nötige Unterlage zu geben, um an eine Trennung zu denken. Erst wenn sich herausstellen sollte, was allerdings sehr im Bereich der Möglichkeit liegt, daß die sachliche Politik der deutschnationalen Fraktionen Anlaß zu konservativem Widerspruch gibt, wird dieser erhoben werden müssen; dabei ist es mir immer noch zweifelhaft, ob die Entwicklung dann dahin führen wird, daß eine eigene konservative Partei wieder auflebt und die Deutschnationalen also in die Stellung einer Mittelpartei rückt, oder daß die DNVP die Elemente, die mit der konservativen Vertretung nicht vereinbar sind, im Wege der Sezession oder bei den nächsten Wahlen ausscheidet und so selbst die Fähigkeit besitzt, den am meisten rechtsstehenden Standpunkt zu vertreten. Ich kann auch heute noch nicht übersehen, welcher von diesen beiden Wegen gegebenenfalls der zu erstrebende sein wird. Ist der zweite Weg möglich, so bietet er jedenfalls die geringsten Schwierigkeiten. Solange diese Unklarheit besteht und uns zum Abwarten zwingt, scheint mir eine Propaganda und eine organisatorische Tätigkeit der Konservativen Partei im Lande kaum durchführbar zu sein. Treten wir in solche ein, so wirkt das politisch sofort als Beginn der Gegner-

schaft gegen die neue Partei. Uns fehlt auch der Unterbau, nachdem die meisten Orts- und Kreisvereine sich zugunsten der neuen Partei aufgelöst und die bestehengebliebenen Provinzial- und sonstigen Vereine sich in deren Dienst gestellt haben.

Die DNVP wird — diese Absicht hat Hergt auch bereits ausgesprochen — alsbald nach den Wahlen daran gehen, ihre Organisation nach unten auszubauen. Das muß sie ja auch unbedingt tun. Können wir daneben die konservativen Vereinigungen als solche im Lande schon jetzt versuchen zu neuem Leben zu erwecken? Das scheint . . . zum mindesten noch verfrüht, denn in den Städten, wenigstens den größeren, wie hier in Berlin, ist eine ziemlich lebhaftige Stimmung für die Deutschnationalen neu gewonnen, aber nicht für die Konservativen, und auf dem Lande scheint doch nach all den Ergebnissen der Verhandlungen über die Kandidatenlisten für die konservative Firma zur Zeit auch noch nichts erreichbar zu sein.

Ich komme also zu dem Schluß, daß wir den Hauptverein und diejenigen Provinzial- und Landesvereine, die sich noch nicht aufgelöst haben, vorläufig weiter erhalten wollen, daß zur Zeit aber eine propagandistisch-organisatorische Tätigkeit dieser Vereinigungen im Lande mir kaum möglich zu sein scheint . . .“

Von Heydebrand an Graf Westarp am 23. Januar 1919:

„. . . Die Hauptsache ist jetzt, daß wir in dem Tumult und der Flut der strömenden und stürzenden Dinge die Fahne der Partei fest und zweifelsohne aufrechterhalten, um die sich einst Zukunft gruppieren kann. An ein darüber hinausgehendes, aktives Handeln und Eingreifen ist vorderhand nicht zu denken, unser organisatorischer Unterbau ist vielfach aufgelöst, eine parlamentarische Vertretung fehlt uns, die Stimmung im Lande ist — wenigstens was die große Mehrzahl anbetrifft — noch ohne jedes Verständnis für uns und unsere Sache *zur Zeit*. Auch übernehme ich von Ihnen den Gesichtspunkt, jetzt keinen Anlaß zu eigenem Antagonismus gegenüber der sog. deutschnationalen Partei bieten zu dürfen, zumal das beiden Teilen nur schaden könnte. Für den Augenblick würde es also genügen, diese Gedanken programmatisch unter uns festzulegen und einen Vorstand zu bestimmen oder zu wählen, der auf dieser Grundlage steht . . .“

¹⁰⁰⁾ Westarp-Manuskript.

¹⁰¹⁾ Graf Westarp an von Heydebrand, Brief vom 13. Februar 1919.

¹⁰²⁾ Westarp-Manuskript.

¹⁰³⁾ Vgl. Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung Nr. 170 vom 13. April 1919.

¹⁰⁴⁾ Westarp-Manuskript.

¹⁰⁵⁾ Veröffentlicht als „Deutschlands Zukunftsaufgaben in der auswärtigen Politik“. „Deutschnationale Flugschrift“, Nr. 24.

¹⁰⁶⁾ Von Heydebrand an Graf Westarp am 19. August 1919:

„. . . werden Sie aus meinen Schreiben an den Hauptverein am 15. und 31. Juli die Beklemmungen ersehen, welche mir der an und für sich äußerst gelungene Verlauf des deutschnationalen Parteitages im Hinblick auf unsere konservative Sache verursacht hat, und ich stehe nicht an, zu bekennen, daß ich noch jetzt unter diesem Eindruck stehe. Ich gestehe offen, daß Ihre so glänzende Ansprache auf einem *konservativen* Parteitag meinen vollsten Beifall gefunden hätte, so aber die mißliche Lage unserer Partei m. E. nicht verbessert, sondern eher verstärkt hat. Es wird mir sehr schwer, bei meiner hohen persönlichen Verehrung und Wertschätzung für Sie, das auszusprechen und nur die feste Überzeugung, daß es zwischen uns beiden nur vollste Offenheit geben darf, verleiht mir den Mut dazu. Denn, zwar ohne mich, kaum ohne Sie, kann die Konservative Partei, wie die Dinge sich entwickelt haben, weiter bestehen, wenn dies überhaupt möglich ist, was ich von Herzen wünsche und, solange nicht zwingende Umstände vorliegen, auch für eine *vaterländische* Zukunftsaufgabe halte.

Es ist . . . nicht nur Ihre rednerische und politische Mitarbeit, die man sich erhalten will, sondern sie sollen die Brücke bilden, auf der man allmählich die gesamte Konservative Partei — abgesehen von einigen bedeutungslosen Heißspornen — zu sich herüberzuziehen hofft . . .“

¹⁰⁷⁾ Graf Westarp an von Heydebrand, Brief vom 3. November 1919.

¹⁰⁸⁾ Westarp-Manuskript.

¹⁰⁹⁾ Von Heydebrand an Graf Westarp, Brief vom 14. November 1919.

¹¹⁰⁾ Von Heydebrand an Graf Westarp, Brief vom 8. November 1919.

¹¹¹⁾ Zit. im Brief von Heydebrand an Graf Westarp vom 23. November 1919.

¹¹²⁾ Westarp-Manuskript.

¹¹³⁾ Vgl. Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung vom 16. Mai 1920: Die innere Politik der Woche.

¹¹⁴⁾ Über eine Rede Hergts in Münster am 5. Februar 1920 schrieb von Heydebrand am 20. Februar 1920 an Graf Westarp, es könne „einem angst für die Führung durch solch einen Mann werden“.

¹¹⁵⁾ Vgl. Gründungsaufruf vom 24. November 1918 und die Richtlinien der DNVP im Anhang I S. 107 ff.

¹¹⁶⁾ Freytagh-Loringhoven, Brief Nr. 6 an Otto von Sethe.

¹¹⁷⁾ „. . . Im Anfang waren die Reibungsflächen außerordentlich groß. Viele Parteifreunde, die von den ungeheuren Schwierigkeiten keine Ahnung hatten, die in den ersten Wochen überwunden werden mußten, waren zunächst wenig zufrieden mit der Parteiarbeit. Es hat an herber Kritik nicht gefehlt . . .“ (Aus dem Bericht der Hauptgeschäftsstelle der DNVP, November 1918 bis Juni 1919, S. 2).

¹¹⁸⁾ In der Zeit vom 1. Juli bis 1. Oktober 1919 wurden 740 Ortsgruppen gegründet. Die Gesamtzahl betrug damit 3024, die Zahl der Parteisekretariate stieg auf 193 (Korrespondenz der DNVP, Nr. 237 vom 14. Oktober 1919).

„. . . Eine Organisation mit 39 Landesverbänden und vielen Hundert Kreisvereinen breitet sich über ganz Deutschland aus, die Zahl der Ortsgruppen steigt. Im Durchschnitt werden wöchentlich 50—100 neue Ortsgruppen angemeldet. Die Zahl der hauptamtlich angestellten Parteibeamtinnen nimmt dauernd zu und hat die Zahl 500 bereits überschritten . . .“ (Korrespondenz der DNVP, Nr. 58 vom 9. März 1920.)

¹¹⁹⁾ Schriftliche Mitteilung von Reichsminister a. D. Hergt vom 27. Februar 1953.

¹²⁰⁾ Freytagh-Loringhoven, Brief Nr. 6 an Otto von Sethe.

¹²¹⁾ So auch Graf Westarp in seinem Manuskript.

¹²²⁾ Westarp-Manuskript.

¹²³⁾ Schriftliche Mitteilung von Staatssekretär z. D. Passarge vom 2. November 1953.

¹²⁴⁾ Freytagh-Loringhoven.

¹²⁵⁾ Freytagh-Loringhoven.

¹²⁶⁾ Karl Passarge, pommerscher Landesgeschäftsführer, in seinem Vortrag vom 10. Oktober 1927 „Aufgaben eines Landesverbandes mit vorwiegend ländlicher Bevölkerung“, Manuskript S. 6: „. . . Es wird Sache der Parteileitung sein, dafür zu sorgen, daß uns ein brauchbarer Nachwuchs herangeholt und durch Sicherstellung der jetzigen Parteibeamtinnen endlich ein Berufsstand geschaffen wird, dem der Hautgout der gescheiterten Existenz nicht mehr anhaftet . . .“

¹²⁷⁾ Westarp-Manuskript.

¹²⁸⁾ Westarp-Manuskript.

¹²⁹⁾ Nach Angaben von Freytagh-Loringhoven bedurfte „der Landesverband Mittelschlesien für jede Wahl eines Zuschusses von 30 000 bis 40 000 RM. Ihn zu beschaffen war nicht leicht, am wenigsten, wenn in einem Jahr infolge einer Parlamentsauflösung mehrere Wahlen stattfanden“ (Briefe).

¹³⁰⁾ „. . . Das hatte naturgemäß seine Schattenseiten, da diese Organisationen, namentlich wenn sie um Wahlgelder gebeten wurden, Gegenforderungen stellten und sehr häufig ihre Kandi-

daten präsentierten, die dann selbstverständlich sich als Interessenvertreter fühlten und aufführten. Man soll zwar diese Erscheinung nicht überschätzen, da die Partei sich immerhin nur einzelne derartige Kandidaten aufdrängen ließ und da diese im wesentlichen einen Einfluß nur auf begrenzte wirtschaftliche Fragen auszuüben vermochten, die eigentliche Politik aber nicht bestimmen konnten, sich im allgemeinen auch für sie wenig interessierten. Immerhin stellte die Notwendigkeit, Geld auf anderem Wege als durch Mitgliederbeiträge zu beschaffen, eine sehr unerwünschte Erscheinung dar. Sie war aber andererseits unvermeidlich, da wir keine Möglichkeit hatten, die Massen unserer Wähler zum Eintritt und zur Beitragsleistung zu veranlassen und ebensowenig die Kosten des Apparates und vor allem die Wahlkosten verringern konnten . . .“ (Freytagh-Loringhoven, Briefe).

131)

Name des Landes- oder Provinzialverbandes	Mitgliederzahl (teilweise abgerundet)	Berechnete Wahlstimmen	Abzuführender Betrag
Anhalt	4 101	24 500	28 601,—
Arnsberg	10 970	70 012	80 982,—
Baden	10 000	113 554	123 554,—
Bayern	10 407	297 669	308 076,—
Berlin	25 600	122 494	148 094,—
Braunschweig	2 390	32 126	34 516,—
Koblenz-Trier	1 446	25 948	27 394,—
Danzig	—	—	15 000,—
Düsseldorf-Ost	27 000	121 151	148 151,—
Frankfurt a. d. O.	40 231	175 348	215 579,—
Grenzmark	7 190	35 949	43 139,—
Hamburg	6 531	69 860	76 391,—
Hannover-Ost	2 000	33 531	35 531,—
Hannover-Süd	2 000	39 453	41 453,—
Hessen-Darmstadt	1 706	83 224	84 930,—
Hessen-Nassau	25 000	177 273	202 273,—
Lübeck	1 700	12 816	14 516,—
Magdeburg	28 600	110 990	139 590,—
Mecklenburg-Schwerin	12 687	70 491	83 178,—
Mecklenburg-Strelitz	5 000	12 816	17 816,—
Merseburg	26 399	131 996	158 395,—
Mittelrhein	9 500	33 933	43 433,—
Mittelschlesien	70 000	161 266	231 266,—
Bezirksverein Münster	3 502	15 936	19 438,—
Niederrhein	11 042	43 702	54 744,—
Niederschlesien	42 064	118 181	160 245,—
Oberschlesien	17 585	60 345	77 930,—
Ostpreußen	30 000	136 401	166 401,—
Pommern	49 181	298 030	347 211,—
Potsdam I	54 482	167 403	221 885,—
Potsdam II	24 196	120 984	145 180,—
Sachsen	53 762	306 810	360 572,—
Schleswig-Holstein	30 000	78 510	108 510,—
Thüringen	20 000	91 134	111 134,—
Weser-Ems	3 000	34 311	37 311,—
Westfalen-Ost	21 000	83 669	104 669,—
Westfalen	28 800	106 000	134 800,—
Württemberg	20 035	100 176	120 211,—

Name des Landes- oder Provinzialverbandes	Mitgliederzahl (teilweise abgerundet)	Berechnete Wahlstimmen	Abzuführender Betrag	Abzuführender Betrag einschl. Sonderfonds
Anhalt	6 000	24 500	52 225,—	62 025,—
Arnsberg	10 970	70 012	142 137,70	170 142,50
Baden	10 613	113 554	222 279,85	267 701,45
Bayern	10 407	297 669	562 655,70	681 723,30
Berlin	40 000	122 494	272 613,90	321 611,50
Braunschweig	6 500	32 126	66 908,10	79 758,50
Koblenz-Trier	1 446	25 948	49 666,70	60 045,90
Danzig	20 542	—	61 626,—	69 842,80
Düsseldorf-Ost	27 000	121 151	255 179,35	303 639,75
Frankfurt a. d. O.	40 231	175 348	370 659,45	440 798,65
Grenzmark	7 190	35 949	74 774,15	89 153,75
Hamburg	17 933	69 860	149 863,95	177 807,95
Hannover-Ost	8 850	33 531	72 209,85	85 622,25
Hannover-Süd	6 000	39 453	79 888,05	95 669,25
Hessen-Darmstadt	1 706	83 224	155 926,30	189 215,90
Hessen-Nassau	25 000	177 273	356 705,05	427 614,25
Lübeck	1 700	12 816	25 664,60	30 791,—
Magdeburg	28 600	110 990	238 221,50	282 617,50
Mecklenburg-Schwerin	12 687	70 491	144 998,40	173 194,80
Mecklenburg-Strelitz	5 500	12 816	30 034,60	35 161,—
Merseburg	35 215	131 996	284 689,85	337 488,25
Mittelrhein	9 600	33 933	73 816,05	87 389,25
Mittelschlesien	65 820	161 266	374 035,10	438 541,50
Bezirksverein Münster	3 502	15 936	33 508,90	39 883,30
Niederrhein	11 514	43 702	94 089,80	111 570,60
Niederschlesien	42 064	118 181	267 008,45	314 280,85
Oberschlesien	10 000	60 345	123 138,25	147 276,25
Ostpreußen	90 000	136 401	355 841,85	410 402,25
Pommern	104 129	298 030	671 103,85	790 315,85
Potsdam I	54 482	167 403	372 349,85	439 311,05
Potsdam II	30 000	120 984	258 320,40	306 714,—
Sachsen	53 762	306 810	629 424,80	752 148,80
Schleswig-Holstein	32 253	78 510	182 334,45	213 738,45
Thüringen	28 940	91 134	201 878,90	238 332,50
Weser-Ems	3 000	34 311	66 925,35	80 649,75
Westfalen-Ost	30 987	83 669	190 422,70	223 890,30
Westfalen	28 800	106 000	229 220,—	271 620,—
Württemberg	20 000	100 176	208 325,60	248 396,—

133) Rundschreiben vom 22. März 1923.

Name des Landes- oder Provinzialverbandes	Alter Beitrag 1923	Beitrag in Roggenzentner 1923
Anhalt	62 025,—	2 068
Arnsberg	170 142,50	5 671
Baden	267 701,45	8 923
Bayern	681 723,30	22 724
Berlin	321 611,50	10 720
Braunschweig	79 758,50	2 659
Bremen	26 883,25	896
Koblenz-Trier	60 045,90	2 002
Danzig	69 842,80	2 328
Düsseldorf-Ost	303 639,75	10 121
Emsland	26 883,25	896
Frankfurt a. d. O.	440 798,65	14 693
Grenzmark	89 153,75	2 972
Hamburg	177 807,95	5 927
Hannover-Ost	85 622,25	2 854
Hannover-Süd	95 669,25	3 189
Hessen-Darmstadt	189 215,90	6 307
Hessen-Nassau	427 614,25	14 254
Lübeck	30 791,—	1 026
Magdeburg	282 617,50	9 421
Mecklenburg-Schwerin	173 194,80	5 773
Mecklenburg-Strelitz	35 161,—	1 172
Merseburg	337 488,25	11 250
Mittelrhein	87 389,25	2 913
Mittelschlesien	438 541,50	14 618
Niederrhein	111 570,60	3 719
Niederschlesien	314 280,85	10 476
Oberschlesien	147 276,25	4 909
Oldenburg	26 383,25	896
Ostpreußen	410 402,25	13 680
Pommern	790 315,85	26 344
Potsdam I	439 311,05	14 644
Potsdam II	306 714,—	10 224
Sachsen	752 148,80	25 072
Schleswig-Holstein	213 738,45	7 125
Thüringen	238 332,50	7 944
Westfalen-Ost	223 890,30	7 463
Westfalen-West	39 883,30	1 329
Westsachsen	271 620,—	9 054
Württemberg	248 396,—	8 280

¹³⁵⁾ Die Ausgaben der Hauptgeschäftsstelle betragen im März 1923 (Inflation!) insgesamt 10 082 705,— Mark, davon 5 921 000,— Mark für Gehälter und 4 161 705,— Mark für Sachausgaben (nach den streng vertraulichen Angaben zur Information der Landesvorsitzenden — im Staatsarchiv Osnabrück).

Der Haushaltsplan der Hauptgeschäftsstelle für 1925 sah an ordentlichen Ausgaben vor:

	für den Monat Mark	für das Jahr Mark
<i>I. Hauptabteilung</i>		
1. Hauptgeschäftsführer	586,—	7 032,—
2. Sekretärin der Parteileitung	221,—	2 652,—
3. Sekretärin des Hauptgeschäftsführers	282,—	3 384,—
4. Parteitag und Parteivertretertagungen		3 000,—
5. Förderung von Parteibestrebungen		20 000,—
6. Reise- und Tagegelder		3 000,—
<i>II. Abteilung für innere Angelegenheiten</i>		
7. Abteilungssekretär	402,—	4 824,—
8. Rendant	360,—	4 320,—
9. Registrator	291,—	3 492,—
10. Buchhalterin	221,—	2 652,—
11. Kanzlistin	142,—	1 704,—
12. Kanzlistin	136,—	1 632,—
13. Kanzlistin	107,—	1 284,—
14. Telephonist	123,—	1 476,—
15. Registraturgehilfe	97,—	1 164,—
16. Bote (Radfahrer)		936,—
17. Bote (Radfahrer)		884,—
18. Überstunden		1 000,—
19. Miete und Heizung	1 440,—	17 280,—
20. Beleuchtung		1 000,—
21. Versicherungen		2 500,—
22. Fernsprecher		5 000,—
23. Telegramme		600,—
24. Porto und Bahngelder		3 500,—
25. Bürobedarf		2 500,—
26. Büroeinrichtungen und Reparaturen		2 500,—
27. Wirtschaftskosten		2 500,—
<i>III. Abteilung für Vereinswesen</i>		
28. Abteilungsleiter	263,—	3 156,—
29. Karteiführerin	135,—	1 620,—
30. Karteiführerin	118,—	1 416,—
<i>IV. Abteilung für Zeitungswesen (Pressestelle)</i>		
31. Abteilungsvorsteher	482,—	5 784,—
32. Redakteur	392,—	4 704,—
33. Sekretärin	176,—	2 112,—
34. Versandmeister	174,—	2 088,—
35. Gehilfin	90,—	1 080,—
36. Parteikorrespondenz		33 300,—
Druck	14 400,—	
Porto	9 000,—	
Honorare	9 000,—	
Umschläge	900,—	
<i>V. Abteilung Schriftenvertrieb</i>		
37. Zuschuß		5 000,—

	für den Monat Mark	für das Jahr Mark
<i>VI. Archiv-Abteilung</i>		
38. Archivar	328,—	3 936,—
39. Archiv-Hilfsarbeiter	200,—	2 400,—
40. Archivgehilfe	90,—	780,—
41. Bücher, Zeitschriften, Zeitungen		2 400,—
42. Mitarbeitervergütung		1 000,—
<i>VII. Abteilung für Vortragswesen</i>		
43. Rednervermittlung		1 500,—
44. Rednerausbildung		3 500,—
45. Parteibeamtenausbildung		3 500,—
<i>VIII. Reichsfrauenausschuß</i>		
46. Geschäftsführerin	318,—	3 816,—
47. Archivarin	160,—	1 920,—
48. Schreibkraft	110,—	1 320,—
49. Schreibkraft	76,—	912,—
50. Geschäftsbedürfnisse		1 200,—
<i>IX. Reichsarbeiterausschuß</i>		
51. Geschäftsführer (Abg.)	167,—	2 004,—
52. Schreibkraft	135,—	1 620,—
53. Geschäftsbedürfnisse		1 200,—
<i>X. Berufsständische und Studentenausschüsse</i>		
54. Geschäftsbedürfnisse		10 000,—
<i>XI. Auslandsabteilung</i>		
55. Abteilungsvorsteher	211,—	2 532,—
<i>XII. Außerordentliche Ausgaben</i>		
56. Zuschüsse für Vortragskosten		1 500,—
57. Verschiedene Ausgaben und unvorhergesehene Zahlungen		20 000,—
58. Bismarckjugend		8 000,—
Summe		<u>237 316,—</u>

An Einnahmen standen demgegenüber:

	für den Monat Mark	für das Jahr Mark
<i>I. Beiträge der Landesverbände</i>		
Anhalt	100,—	1 200,—
Arnsberg	110,—	1 320,—
Baden	120,—	1 440,—
Bayern	300,—	3 600,—
Berlin	160,—	1 920,—
Braunschweig	110,—	1 320,—
Bremen	40,—	480,—
Koblenz-Trier	50,—	600,—
Danzig	50,—	600,—
Düsseldorf-Ost	270,—	3 240,—
Frankfurt a. d. O.	625,—	7 500,—

	für den Monat Mark	für das Jahr Mark
Grenzmark	100,—	1 200,—
Hamburg	240,—	2 880,—
Hannover-Ost	50,—	600,—
Hannover-Süd	100,—	1 200,—
Hessen-Darmstadt	50,—	600,—
Hessen-Nassau	400,—	4 800,—
Lübeck	50,—	600,—
Magdeburg	380,—	4 560,—
Mecklenburg-Schwerin	200,—	2 400,—
Mecklenburg-Strelitz	50,—	600,—
Merseburg	520,—	6 240,—
Mittelrhein	80,—	960,—
Mittelschlesien	645,—	7 740,—
Niederrhein	80,—	960,—
Niederschlesien	460,—	5 520,—
Oberschlesien	215,—	2 580,—
Oldenburg	40,—	480,—
Osnabrück	40,—	480,—
Ostfriesland	40,—	480,—
Ostpreußen	835,—	10 020,—
Pommern	1 210,—	14 520,—
Potsdam I	600,—	7 200,—
Potsdam II	200,—	2 400,—
Sachsen	200,—	2 400,—
Schleswig-Holstein	280,—	3 360,—
Thüringen	200,—	2 400,—
Westfalen-Ost	200,—	2 400,—
Westfalen-West	40,—	480,—
Westsachsen	140,—	1 680,—
Württemberg	140,—	1 680,—
		<hr/>
		116 640,—
<i>II. Beiträge der Fraktionen</i>		104 000,—
<i>III. Bezugsgelder der Korrespondenz</i>		16 676,—
		<hr/>
	Summe	237 316,—

Es wird selbstverständlich bei dieser Haushaltsaufstellung bedacht werden müssen, daß es sich dabei sehr weitgehend um fiktive Zahlen handelt, die Wirklichkeit aber wesentlich anders aussah. Die besonderen Zuwendungen und Spenden an die Parteikasse sind nicht erfaßt und werden auch nicht anderweitig festzustellen sein. Bei den Ausgaben dürften jene für Personal- und Sachkosten annähernd zuverlässig sein, dagegen solche für agitatorische Zwecke kaum mit der Wirklichkeit übereinstimmen. Trotz dieser offensichtlichen Mängel bietet aber diese Übersicht ein eindrucksvolles Bild der Organisation der geschäftsführenden Spitze der DNVP.

¹³⁶⁾ Schriftliche Mitteilung von Staatssekretär z. D. Passarge vom 24. Januar 1954.

¹³⁷⁾ Schriftliche Mitteilung von Reichsminister a. D. Hergt vom 27. Februar 1953.

¹³⁸⁾ Satzung der DNVP, Berlin 1919.

¹³⁹⁾ Vgl. Satzungsänderung 1920 (Parteitag Hannover s. Anlage I S. 121 ff.), Satzung von 1922 (4. Parteitag Görlitz), geändert durch Beschlüsse der Parteivertretung vom 24. März und 7. Dezember 1926 (Berlin).

¹⁴⁰⁾ „... Er hat mit starker Initiative eine Organisationsarbeit geleistet, mit deren Hilfe aus den überaus schwierigen Anfangs- und Übergangszeiten heraus ein großer und wirksamer Parteiapparat geschaffen wurde. Auch die erste, mit allen Mitteln der modernen Reklame betriebene Wahlagitation für die Wahlen des Jahres 1919, eine damals ganz neue Aufgabe, die überstürzt und ohne jede Vorbereitung geleistet werden mußte, war sein Werk. Ein gesunder politischer Instinkt, parlamentarische Arbeitskraft und Erfahrung gehörten zu seinen Vorzügen. Sein lebhaftes Temperament freilich führte zu mancher Überorganisation, bei der es auf Geld nicht ankam, und eine durch gefällige Form nicht gezügelte schroffe Redeweise machte ihm oft Gegnerschaft . . . Die Herrenhausgruppe lief gegen ihn Sturm und wollte ihn durch Steiniger ersetzen. Auch der durch v. Winterfeldt (Menkin) geleitete Werbeausschuß, aus dem die staatspolitische Arbeitsgemeinschaft hervorging, betrieb seinen Ersatz durch von Dryander. Das Verhältnis zwischen Hergt und ihm war gleichfalls wohl von Anfang an nicht frei von Trübungen. Der Hauptvorstand hielt indessen an ihm fest . . .“ (Westarp-Manuskript.)

¹⁴¹⁾ Vgl. Margarete Wolff, Muttel Behm. Potsdam 1930; Lic. Mumm, Der christlichsoziale Gedanke. Berlin 1933.

¹⁴²⁾ Erster Hauptgeschäftsführer der DNVP wurde Hans Erdmann von Lindeiner-Wildau, dessen Bestreben war, sich eine möglichst selbständige, nicht nur auf die Leitung der Bürogeschäfte beschränkte Stellung zu schaffen. Zwischen dem Geschäftsführenden Vorstandsmitglied Graef und ihm fehlte es daher nicht an Reibungen. Abgesehen von der Verschiedenheit der Temperamente war nach Graf Westarp die Hauptursache, daß die klare organisatorische Regelung der Zwistigkeiten und Unterordnungsverhältnisse aus sachlichen und persönlichen Gründen nicht herzustellen war. Hergt berief von Lindeiner-Wildau daher am 1. Oktober 1921 von seinem Posten ab und ernannte ihn zu seinem „politischen Beauftragten“. Neuer Hauptgeschäftsführer wurde Hauptmann a. D. Dr. Max Weiß, der diesen Posten bis zur Parteiauflösung 1933 behielt.

¹⁴³⁾ Vgl. S. 42 ff. dieser Arbeit.

¹⁴⁴⁾ „... Meine Gegnerschaft gegen das aktive und passive Wahlrecht der Frau bestand nach wie vor, obwohl ich zugeben mußte, daß es nicht so radikal wirkte, wie ich befürchtet hatte . . .“ (Westarp-Manuskript.)

¹⁴⁵⁾ Geschäftsbericht des Reichsfrauenausschusses der DNVP im Bericht der Hauptgeschäftsstelle, November 1918 bis Juni 1919. S. 8 f.

¹⁴⁶⁾ Mündliche Auskünfte von Annagrete Lehmann MdR (Berlin), Vorsitzende des Reichsfrauenausschusses, Wilhelm Lindner MdR (Herford), Hauptgeschäftsführer des Deutschnationalen Arbeiterbundes, und Oberstudiendirektorin Margarete Plate (Bremen).

¹⁴⁷⁾ „... Dieser Name wurde gewählt, als nach einem ersten vorläufigen Reichsjugendtag 1922 in Erlangen, der einen losen Zusammenschluß mit zeitweiliger Führung von Wilhelm Kube (Berlin) und Oskar Thomas (Stettin) brachte, im Sommer 1923 in Goslar ein Zusammenschluß von Vertretern einzelner Jugendgruppen der DNVP aus dem ganzen Reich mit einer Anzahl von politisch unabhängigen Gruppen, die aus der bündischen Jugend kamen und Anlehnung an eine Reichsorganisation suchten, feste Gestalt angenommen hatte . . .“ (Schriftliche Mitteilung von Arthur Buchbinder, seit 1923 Privatsekretär des Reichsführers Sieveking, später Reichsgeschäftsführer und Reichspressewart des Bismarckbundes, vom 10. Januar 1953.)

¹⁴⁸⁾ „... So konnte die aus dem bündischen Leben kommende Jugend, die vorwiegend den ländlichen Gebieten entstammte, mit der Wahrung und Pflege alter Volkssitten, Volkstänze usw. fortfahren und leistete erst in zweiter Linie bei dem weniger stark ausgeprägten politischen Leben auf dem Lande Hilfsarbeit für die Partei. Die vorwiegend in den Städten entstandenen politischen Jugendgruppen sahen dagegen in der Unterstützung der Parteiorganisation eine wesentliche Aufgabe und widmeten sich erst in zweiter Linie und in Zeiten weniger starken politischen Hochdruckes der Behandlung allgemein kultureller Fragen. Allen Gruppen gemeinsam war aber das klare Bekenntnis zum Christentum, und es verging keine größere Tagung, an der sich alle Teilnehmer nicht zu einem gemeinsamen Gottesdienst versammelt hätten . . .“ (Schriftliche Mitteilung von A. Buchbinder vom 10. Januar 1953.)

¹⁴⁹⁾ „. . . Um auch älteren Jugendlichen im wahlfähigen Alter die Möglichkeit zu geben, an der Arbeit der Bismarckjugend aktiven Anteil zu haben, wurde der Name „Bismarckjugend“ in „Bismarckbund der DNVP“ umgeändert . . .“ (Schriftliche Mitteilung von A. Buchbinder vom 10. Januar 1953.)

¹⁵⁰⁾ Vgl. Ausführliche Würdigung in der Reichszeitung des Bismarckbundes „Deutsches Echo“, Heft 9/10, 1931, S. 198.

¹⁵¹⁾ Landesgeschäftsführer Gaertner-Güstrow, Aufbau und Arbeit der DNVP. Vortragsentwurf Nr. 3, S. 10.

¹⁵²⁾ Stimmberechtigte Teilnehmer waren anfänglich die Mitglieder des Hauptausschusses, die Parlamentsabgeordneten und je ein Vertreter für jedes angefangene zweite Hundert der Mitglieder jedes deutschnationalen Volksvereins.

¹⁵³⁾ Schriftliche Mitteilung von Staatssekretär z. D. Passarge vom 12. Februar 1953.

¹⁵⁴⁾ „. . . Die straffste Zentralisation hätte dazu geführt, daß ein Verzeichnis sämtlicher Mitglieder bei der Hauptgeschäftsstelle hätte geführt werden müssen, daß sämtliche Parteiträger hätten dorthin abgeführt werden müssen und daß die nachgeordneten Organisationsstufen von der Hauptgeschäftsstelle mit Geld versorgt worden wären. Das hätte von vornherein den Apparat schwerbeweglich gemacht. So wurde der Schwerpunkt der Organisation in die Landesverbände verlegt . . .“ (Erster Geschäftsbericht der Hauptgeschäftsstelle der DNVP, November 1918 bis Juni 1919, S. 2.)

¹⁵⁵⁾ „. . . Die Vorsitzenden und Geschäftsführer dürfen ihre Aufgabe nicht darin sehen, das willenlose Sprachrohr ihrer Mitglieder zu sein. Sie sollen Führer sein, d. h. dahin wirken, daß die Tätigkeit und die Willensäußerungen ihrer Landesverbände dem Dienste des Ganzen eingeordnet werden. Die Richtung, in der dies zu geschehen hat, wird von der Parteileitung angegeben, deren Aufgabe es ist, das Erreichbare auf der mittleren Linie zu suchen und ausgleichend, vermittelnd, einigend zwischen und über den Gegensätzen zu stehen, die bei der Verschiedenartigkeit der in der Partei vertretenen Stämme und Gruppen unvermeidbar sind. Es muß in den Landesverbänden von den Vorsitzenden und Geschäftsführern also vor allem das Verständnis dafür geweckt werden, daß die Erfahrungen, die im eigenen Kreise gemacht worden sind, nicht der ganzen Partei als das alleinseligmachende Heilmittel aufgezwungen werden können, weil eben, was für Pommern paßt, nicht in Sachsen gemacht werden kann und weil der Landesverband Potsdam mit seiner Methode in Süddeutschland Schiffbruch leiden müßte . . . Diese Verständnislosigkeit für die Meinung des anderen und die darüberstehende Haltung der Leitung wird noch gefördert durch die bedauerliche Gewohnheit, mit fertigen Beschlüssen, Entschlüssen und Angriffsreden nach Berlin zu kommen, die meist in ungenügender Kenntnis der Sachlage verfaßt sind und nun vom Stapel gelassen werden müssen, auch wenn der Gang der Sitzung sie längst als überflüssig oder gar schädlich bewiesen hat . . .“ (Vertrauliches Rundschreiben Nr. 21 vom 8. August 1922 des Geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes Graef an alle Landesverbände und Kreisvereine.)

¹⁵⁶⁾ Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung Nr. 638 vom 15. Dezember 1918.

¹⁵⁷⁾ Geschäftsbericht der Hauptgeschäftsstelle der DNVP, November 1918 bis Juni 1919, S. 2 f.

¹⁵⁸⁾ „. . . Im ganzen lebt der Osten heute im parteipolitischen Stellungskampf, wo es vielfach nur noch darum geht, den gewonnenen Boden zu erhalten und zu befestigen, während im Westen und Süden unsere eigentliche Angriffsfront vorgetragen werden muß . . .“ (Vortragsmanuskript des pommerschen Landesgeschäftsführers Passarge „Die Aufgaben eines Landesverbandes mit vorwiegend ländlicher Bevölkerung“ vom 10. Oktober 1927.)

¹⁵⁹⁾ „. . . Für unseren gesamten Kampf aber — das möchte ich hier einmal offen aussprechen — scheint mir der deutschnationale Parteiparat nicht gerade das Ideal einer Kampforganisation zu sein. Ich sehe im Gesamtaufbau der DNVP vor allem zwei Schäden: eine übertriebene Demokratie und eine zu weit gehende Dezentralisation. Eine 1918 völlig zentral aufgebaute Partei, bei der die Hauptleitung die gesamte Kandidatenaufstellung, die Parteibeamtenanstellung und die Finanzierung in der Hand behielt, wäre ein

ganz anderes Machtinstrument in der Hand der Führung gewesen und hätte gewiß weit mehr Stoßkraft bewiesen. Bei solcher einheitlichen Organisation wäre eine Reihe offener Mißstände vermieden worden: auch die finanziell schwachen Landesverbände, die hauptamtliche Mitarbeiter am notwendigsten brauchen, verfügten dann heute über einen hinreichenden Stab von Parteibeamteten.

Die Finanzierung der Hauptleitung wäre nicht von dem mehr oder weniger guten Willen der Unterorganisationen abhängig.

Die Kandidatenaufstellung und damit die Zusammensetzung der Fraktionen wäre vereinfacht und dem Kampf innerhalb der Wahlkreise entzogen.

Der Kräfteverbrauch im Streit mit manchen obstinaten Landesverbänden wäre vermieden worden.

Indessen ist der Gesamtaufbau heute nur noch allmählich oder überhaupt nicht mehr zu ändern. Und die Sache der Landesverbände muß es sein, in loyaler Mitarbeit, nicht in ständiger Opposition, das Menschenmögliche zu leisten.

Die wichtigste Aufgabe der vorwiegend agrarischen, einen großen Flächenraum umfassenden Landesverbände muß es deshalb sein, ihre eigene Organisation so zentral wie möglich aufzubauen. Bei uns muß der Landesverband, nicht der Kreisverein, Träger der politischen und organisatorischen Arbeit sein. Man lasse zunächst alle Vorstände nicht rein demokratisch durch Wahlen bilden, sondern zu etwa einem Drittel aus Berufungen hervorgehen. Im Osten ist die Bevölkerung auch heute noch allem Abstimmungs- und Mehrheitskram abgeneigt, sie verlangt nach verantwortungsbereiter Führung, der sie sich willig unterordnet. Allein ausschlaggebendes Gremium bleibe also der engere Landesverband. Ihm stehen als vornehmste Aufgaben zu: Die Aufstellung der Kandidatenlisten für Reichstag, Landtag und Provinziallandtag.

Die Genehmigung der Wahlvorschläge für alle Kommunalwahlen.

Die alleinige Finanzhoheit mit dem Recht, notfalls die Untergruppen in Zwangsverwaltung zu nehmen. (Der Beschluß über die Beitragsumlage selbst steht dem weiteren Vorstand, d. h. den Kreisvorsitzenden zu.)

Die Anstellung und Besoldung sämtlicher Parteibeamteten.

In diesen Fragen hat der Landesvorstand seine Autorität unbedingt und ohne Einschränkung durchzusetzen . . ." (Vortragsmanuskript des pommerschen Landesgeschäftsführers Passarge „Die Aufgaben eines Landesverbandes mit vorwiegend ländlicher Bevölkerung“ vom 10. Oktober 1927.)

¹⁶⁰⁾ Hilpert-Manuskript, Band III.

¹⁶¹⁾ So z. B. Weser-Ems aus Ostfriesland, Oldenburg, Bremen, Osnabrück durch Verfügung der Parteileitung vom 28. April 1922. Nach mündlicher Auskunft von Bürgermeister a. D. Vagts (Bremen) vom 5. September 1953 war die Sozialstruktur sehr verschieden, so daß „erhebliche Spannungen und Rivalitäten“ bestanden. Die Verselbständigung war daher im Interesse der Partei eine gute Lösung.

¹⁶²⁾ Für die Kreisvereine des Bezirksverbandes Osnabrück wurden im Herbst 1922 die folgenden Aufgaben herausgestellt:

„. . . Geschlossene Vertretung der Mitglieder bei Aufstellung der Kandidaten zum Provinziallandtag und Kreistag.

Aufstellung und Verbindung von Wahllisten.

Besprechung und Beratung der deutschnationalen Anschauungen in allen wirtschaftlichen Fragen.

Ständige Regelung der selbständigen Werbearbeit für die Partei im Kreise.

Verteilung von zur Verfügung gestellten Rednern auf die einzelnen Ortsgruppen nach örtlichen Belangen.

Baufsichtigung und Beeinflussung der örtlichen Presse. Mitarbeit am „Sonntagsboten“ durch Übersendung von Abhandlungen.

Namhaftmachung von besonders tätigen Mitgliedern zum Zusammenschluß in dem Berufsständischen Ausschuß des Bezirksverbandes und von Mitgliedern, die als Diskussionsredner und als Wahlkandidaten in Frage kommen.

Vertretung des Kreises bei den Sitzungen des Bezirksverbandes Osnabrück.

Regelung der Beitragseinziehung.

Unser Ziel ist, durch selbsttätige Arbeit der Kreisvereine dahin zu kommen, daß wir auch in der ruhigen Zeit zwischen den Wahlen durch ständige Werbearbeit, wie sie nur vom Kreisverein geleistet werden kann, das Land so ausschöpfen, daß wir alle unserer Weltanschauung geneigten Einwohner als eingetragene Mitglieder gewinnen und somit den gehässigen Wahlkampf kurz vor der Entscheidung vermeiden . . .“
(Staatsarchiv Osnabrück, DNVP, Nr. 13.)

¹⁶³⁾ Schriftliche Mitteilung von Staatssekretär z. D. Passarge vom 12. Februar 1953.

¹⁶⁴⁾ Die Ausführungen über die „Bayerische Mittelpartei“ fußen fast ausschließlich auf dem sehr ausführlichen, bisher unveröffentlichten Manuskript „Meinungen und Kämpfe“ ihres Vorsitzenden Prof. Dr. Hans Hilpert (München) — zit. Hilpert-Manuskript.

¹⁶⁵⁾ Hilpert-Manuskript, Bd. I.

¹⁶⁶⁾ Seine Einleitungssätze lauten: „Vertreter des Mittelstandes in Stadt und Land, zusammen mit Männern aller Berufsstände aus den bisherigen rechtsstehenden Parteien und verwandten wirtschaftlichen Berufsvereinigungen haben, den völlig veränderten Verhältnissen Rechnung tragend, die Gründung einer neuen Partei vollzogen. Sie haben damit den Rahmen geschaffen für die Zusammenfassung aller Kreise unseres Vaterlandes . . .“ (Hilpert-Manuskript, Bd. I.)

¹⁶⁷⁾ Hilpert-Manuskript, Bd. I.

¹⁶⁸⁾ Hilpert-Manuskript, Bd. II.

¹⁶⁹⁾ „. . . Sie alle (die Führer des Landbundes; Anm. d. Verf.), bis auf Weilnböck, waren viel zu kurzichtig, um einzusehen, daß der Schaden der Partei auch der Schaden des Bundes und der Untergang der Partei auch der Untergang des Bundes sein mußte. Warnungen meinerseits wurden leichten Herzens in den Wind geschlagen. So gingen der Partei nicht nur starke Kraftquellen verloren, die im Anschluß breiter Bauernmassen gelegen wären, auch mir persönlich erwachsen in steigendem Maße innere Schwierigkeiten, da einerseits manche Parteikreise für eine radikale Lösung des Bundesverhältnisses eintraten und ohne jede Rücksicht auf den Landbund vorgehen wollten, während andere mir zu großes Nachgeben gegenüber dem Bund und damit die Schuld an den unerquicklichen Verhältnissen, die oft noch durch brüskes Verhalten der Landbundesbeamten gegen unsere Parteifunktionäre verschärft wurden, zuschreiben zu müssen glaubten . . .“ (Hilpert-Manuskript, Bd. II.)

¹⁷⁰⁾ Als Folge der französischen Besetzung der Pfalz konnte die BMP in dieser nicht selbständig auftreten, sie erkannte daher dort die DVP als die Einheitsorganisation der Rechten an.

„. . . Die Frage (ob Opposition oder Mitarbeit; Anm. d. Verf.) war eigentlich mit unserem Entschluß, uns an den Wahlen zu beteiligen und ins Parlament einzutreten, ein für allemal entschieden. Gewiß war auch die andere Möglichkeit gegeben, nämlich in Ruhe den Ablauf der wilderregten revolutionären Sturmflut abzuwarten und dann — wie einst Archimedes, der Philosoph — von einem festen Punkt außerhalb der parlamentarischen Welt diese Welt mit dem Hebel der Kompromißlosigkeit und der Prinzipientreue aus den Angeln zu heben. Aber das wollten wir nicht, wir wollten nicht zusehen, wie andere sich in den entfesselten Strom warfen, so schwer und schier unmöglich es auch für den Augenblick scheinen mochte, gegen ihn zu schwimmen, wir wollten nicht, daß die anderen den alleinigen Einfluß gewannen, um die Dinge ausschließlich nach ihren Auffassungen zu gestalten, um selbst dann nachher Klagelieder anzustimmen, daß es so und nicht anders gegangen sei . . .“ (Hilpert-Manuskript, Bd. III.)

¹⁷¹⁾ Hilpert-Manuskript, Bd. III.

¹⁷²⁾ Schriftliche Mitteilung von Bernhard Leopold MdR vom 6. April 1953.

¹⁷³⁾ Westarp-Manuskript.

¹⁷⁴⁾ „. . . Das andere ebenfalls schwierige Moment ist der Umstand, daß m. E. der Kreuzzeitung auf alle Fälle, mag der Verlauf der Beziehungen und Verhandlungen mit der Deutschen Nationalen Volkspartei sein, wie er will, der Charakter eines ausgesprochenen, sagen wir altkonservativen Organs nach ihrer ganzen Tradition erhalten bleiben muß, deren politische Lei-

tung naturgemäß nur einem ganz auf diesem Boden stehenden Publizisten anvertraut werden kann. Ob nun aber für Sie in dieser Hinsicht nicht aus Ihrer Stellung in der d. n. Partei gewisse Beengungen und Verstrickungen erwachsen könnten, müssen Sie selber überlegen und einschätzen und werden Sie vielleicht erst beantworten wollen, wenn auch die weitere Entwicklung des Verhältnisses der Konservativen Partei zu der Deutschnationalen noch klarer übersehen werden kann, als dies im Augenblick vielleicht möglich ist . . .“ (Von Heydebrand an Graf Westarp, Brief vom 3. September 1919.)

¹⁷⁵⁾ Die „Wochenschau“, also der Zwang, Woche für Woche die innenpolitischen Ereignisse zu kommentieren, bot Graf Westarp vielfache Möglichkeiten des Materialsammelns und wurde zur Grundlage seiner journalistischen und rednerischen Tätigkeit. Schon wegen der parlamentarischen Stellung ihres Verfassers hatte sie stets Anspruch auf allgemeine Beachtung, darüber hinaus zeichnete sie sich stets durch „inhaltliches und formales Niveau“ aus. Vgl. a. Meynen, Otto, und Reuter, Franz, *Die deutsche Zeitung*. München/Leipzig 1928.

¹⁷⁶⁾ „. . . Laut Beschluß des Aufsichtsrates vom 17. September 1919 tritt Herr Graf Westarp mit dem 1. Dezember 1919 in die Hauptschriftleitung der Kreuzzeitung mit maßgebendem politischen Einfluß ein. Er übernimmt außer der Wochenschau über innere Politik gemäß dem Beschluß des Aufsichtsrates die leitende Mitarbeit an der politischen Gesamthaltung des Blattes. Er wird sich hierbei mit dem Hauptschriftleiter, Herrn Foertsch, dessen durch Vertrag vom 27. März 1918 begründete Rechte unberührt bleiben sollen, im Einvernehmen halten. Artikel, die Graf Westarp schreibt oder deren Aufnahme er wünscht, sind aufzunehmen . . .“ (Zit. in Westarp-Manuskript.)

¹⁷⁷⁾ Mündliche Auskunft von Dr. Eugen Schmahl (Friedberg), ehemaliger Redakteur für Innenpolitik und Feuilleton, vom 22. Januar 1953.

¹⁷⁸⁾ Schriftliche Mitteilung von Dr. Eugen Schmahl vom 14. April 1953.

¹⁷⁹⁾ *Zeitungskatalog* von Rudolf Mosse, S. 56.

¹⁸⁰⁾ Wolfgang Hellwig, *Unternehmensformen der deutschen Tagespresse*, G.m.b.H. und A.G. Diss. Leipzig 1928. S. 67, führt sie in der Rubrik zwischen 5000—10000; Horst Heenemann, *Die Auflagenhöhen der deutschen Zeitungen*. Diss. Berlin 1930. S. 76, gibt sie mit 7000 an. Dr. Schmahl (schriftliche Mitteilung vom 14. April 1953) meint dagegen, daß die permanente Auflagenhöhe nur 3000—4000 betragen habe.

¹⁸¹⁾ „. . . Mit größter Entschiedenheit hat die DTZ den Einfluß des Judentums bekämpft. Die antisemitischen Parteien hatten in ihr eine zuverlässige Stütze, Vorkämpfer des Antisemitismus wie Theodor Fritsch und Liebermann von Sonnenberg einen treuen Freund und Helfer . . .“ (Baecker-Manuskript, Bd. I.)

¹⁸²⁾ Baecker-Manuskript, Bd. I (Paul Baecker war seit 1916 Hauptschriftleiter der DTZ, seit 1921 Mitglied des Preußischen Landtages (DNVP), später auch des Reichstages, und ab 1922 Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Presse).

¹⁸³⁾ Baecker-Manuskript, Bd. II.

¹⁸⁴⁾ Baecker-Manuskript, Bd. I.

¹⁸⁵⁾ Meynen, Otto, und Reuter, Franz, *Die deutsche Zeitung*. S. 52.

¹⁸⁶⁾ Baecker-Manuskript, Bd. II.

¹⁸⁷⁾ Horst Heenemann, *Die Auflagenhöhen der deutschen Tageszeitungen*. Diss. Berlin 1930. S. 76; und Baecker-Manuskript, Bd. II.

¹⁸⁸⁾ Schriftliche Mitteilung von Fritz Kolbe — seit Mai 1924 Redaktionsmitglied, ab 1931 innenpolitischer Redakteur der DZ — vom 9. Oktober 1953.

¹⁸⁹⁾ Wulle trat 1922 aus der DNVP aus und wurde einer der Führer der Deutschvölkischen Freiheitspartei.

¹⁹⁰) Dr. Max Maurenbrecher war von Hause aus protestantischer Theologe und hatte in der Vorkriegszeit der Sozialdemokratie angehört. Nach dem Kriege trat er der DNVP bei. Sein Ausscheiden aus der Schriftleitung der DZ war wohl auf Meinungsverschiedenheiten mit Class zurückzuführen. Er widmete sich danach bis zu seinem Tode wieder dem Pfarramt.

¹⁹¹) Heinrich Class, 1868 geboren, war seit 1897 in der Alldeutschen Bewegung tätig, seit 1901 Mitglied des Hauptvorstandes und von 1908 bis 1939 geschäftsführender Vorsitzender des Verbandes. Er starb 1953 in Jena.

¹⁹²) Schriftliche Mitteilung von Fritz Kolbe vom 9. Oktober 1953.

¹⁹³) Schriftliche Mitteilung von Fritz Kolbe vom 9. Oktober 1953.

¹⁹⁴) Schriftliche Mitteilung von Hans von Sodenstern. — von 1921 bis 1927 außenpolitischer Redakteur der DZ — vom 14. Mai 1953.

¹⁹⁵) Schriftliche Mitteilung von Fritz Kolbe vom 9. Oktober 1953.

¹⁹⁶) Vgl. Ludwig Bernhard, Der Hugenberg-Konzern. Psychologie und Technik einer Großorganisation der Presse. Berlin 1928.

¹⁹⁷) Wahlaufuf (1965000); Fehlt uns die Demokratie? (1000000); An das preußische Volk (700000); Deutsche Männer, deutsche Frauen (600000); Deutsche Frauen, deutsche Treue (600000); Wie wähle ich? (560000); Hindenburg-Gerlach-Ostmark-Demokratie (500000); An die deutschen Wählerinnen (470000); Revolution und Heer (460000); Arbeiter, Ihr seid betrogen! (360000); An das deutsche Volk vom Gelehrten bis zum Arbeiter (302000); Die Mitschuld der demokratischen Partei an dem Verlust der Ostmark (300000); Deutsches Volk, wache auf! (260000); Deutscher Bauer, paß auf! (260000); Arbeiter auf dem Lande (260000); Bürger, Bürgerinnen (250000); Das Rückgrat des Volkes ist der Mittelstand! (233000); Preußens Schicksalsstunde (232500); Warum können wir nicht unterzeichnen? (230000); Was ist ein Beamter? (220000); Die Spuren schrecken! (220000); Augen auf, Ohren auf! (207500); Revolution und Gottesglaube (200000); Ist die DNVP eine wahre Volkspartei? (200000); Männer und Frauen von Jerichow (200000); Irrtum (200000); Revolution und Zwangswirtschaft (200000); Wer deutsch denkt und fühlt (200000).

Kennzeichnend ist die wahlpropagandistische Umwerbung einzelner Gruppen, besonders der Soldaten und der Frauen, die man am ehesten den deutschnationalen Parolen zugänglich glaubte, wie auch aus den weiteren Flugblättern hervorgeht:

Preußens Baumeister (160000); Monarchie oder Republik (80000); Wer ist schuld an dem unglückseligen Ausgang des Krieges (50000); Die Auslieferung des deutschen Kaisers und der deutschen Führer (30000); Preußen, seid einig! (20000); Gegen den Bolschewismus (13300); An das deutsche Heer (100000); Achtung, Kameraden! (60000); Soldaten (50000); Für die Hausfrauen (100000); Deutsche Frau (75000); An die Landfrauen des Kleinbauern-, Handwerker- und Arbeiterstandes (60000); Evangelische! (150000); Vergesellschaftung bedeutet Sklavenarbeit (143000); Aufruf an die gewerblichen und kaufmännischen Angestellten (130000); Die Konsumenten als Beschützer der Landwirtschaft (60000).

(Nach dem Geschäftsbericht der Hauptgeschäftsstelle der DNVP (November 1918—Juni 1919).

¹⁹⁸) Die höchsten Auflageziffern hatten „Die Schuldigen“ (200000) und „Sozialdemokratie und Landwirtschaft“ (110000).

¹⁹⁹) 1) Sozialisierung; 2) Ostmarkschutz; 3) und 4) Die Abrechnung mit der Revolution; 5) Beamten- und Lehrerfragen.

²⁰⁰) Schriftliche Mitteilung von Reichsminister a. D. Hergt vom 1. März 1952.

²⁰¹) Z. B. Rumpelstilzchen (Adolf Stein).

²⁰²) Schriftliche Mitteilung von Staatssekretär z. D. Karl Passarge vom 28. Januar 1954.

²⁰³) Schriftliche Mitteilung von Wilhelm Lindner vom 28. Februar 1953.

²⁰⁴) „... Wir werden von einigen Seiten darauf hingewiesen, daß unsere Flugschriften und Flugblätter zu teuer seien, es werden uns Vergleichszahlen von anderen Druckereien genannt. Die betr. Persönlichkeiten bzw. Organisationen sind sich völlig im unklaren über unsere Preis-

bildungen. Wir haben nicht nur die reinen Druckkosten auf die Preise zu veranschlagen, sondern auch die sonstigen uns hier entstehenden Unkosten, Gehälter und Löhne, Miete, Heizung und Honorare, letztere auch für Sachen, die wir nicht drucken. Ferner geben wir an unsere Mitarbeiter (Stein usw.) unsere Neuerscheinungen kostenlos ab. Auch das muß durch den Umsatz wieder eingebracht werden . . ." (Rundschreiben der Hauptgeschäftsführung Nr. 15 vom 18. März 1924.)

²⁰⁵⁾ Schriftliche Mitteilung von Wilhelm Lindner vom 28. Februar 1953.

²⁰⁶⁾ „. . . Wir geben gern zu, daß beim Wahlkampf unserer Schriftenvertriebsstelle ein kleiner Überschuß bleibt; diesen brauchen wir aber dringend, um dieses Kampfinstrument während der ruhigen Zeit erhalten zu können. Unsere Parteifreunde im Lande zahlen die hierdurch entstehenden Kosten nicht . . ." (Rundschreiben der Hauptgeschäftsführung Nr. 15 vom 18. März 1924).

²⁰⁷⁾ Vgl. Rundschreiben der Hauptgeschäftsstelle Nr. 3 vom 13. Februar 1924.

²⁰⁸⁾ „. . . Das Bedürfnis nach einer solchen machte sich desto stärker geltend, als die Revolution gerade auf der rechten Seite des Volkes die Publizistik am empfindlichsten zu stören bemüht war . . ." (Unveröffentlichtes Manuskript „Erinnerungen“ von D. Traub, Teil III.)

²⁰⁹⁾ „. . . Sie konnte die Wirkung eines Wochenblattes nur erleichtern. Als Herausgeber behielt ich mir aber auch in diesem Fall die letzte Entscheidung über Aufnahme von Artikeln vor, um die Einheitlichkeit der Zeitschrift von Anfang an sicherzustellen . . ." (Traub-Manuskript, Teil III.)

²¹⁰⁾ Traub-Manuskript, Teil III.

²¹¹⁾ „. . . Am 22. Mai 1919 wurde zwischen dem Buchdruckereibesitzer Walter Graef-Anklam (als Treuhänder der DNVP) und mir der entscheidende Vertrag geschlossen, worin ich als Geschäftsführer der Gesellschaft ‚Eiserne Blätter‘ mit der Herausgabe betraut wurde. Diese Gesellschaft sollte zugleich berechtigt sein, ‚gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen Unternehmen zu beteiligen oder deren Vertretungen zu übernehmen‘. Der Vertrag wurde am 27. Mai dahin ergänzt, daß Dr. Ulrich Kahrstedt als stellvertretender Geschäftsführer bestellt wurde. Das Stammkapital betrug 20 000 Mark. Ich brachte als meine Einlage die früheren Flugblätter mit ihren Abonnenten samt dem Urheber- und Verlagsrecht in die Gesellschaft mit. Der Wert dieser Einlage wurde auf 8 000 Mark festgesetzt, so daß (wie es in dem Vertrag heißt) die Stammeinlage des Herrn D. Traub durch diese Sacheinlage geleistet ist. Herr Graef verpflichtete sich, von der Partei eine Bareinlage von 12 000 Mark zu leisten, welche im Februar 1920 eingezahlt wurde . . ." (Traub-Manuskript, Teil III.)

²¹²⁾ Zit. im Traub-Manuskript, Teil III, Graf Westarp stellte aber schon für die erste Nummer einen Artikel „Staatserhaltende Politik“ zur Verfügung.

²¹³⁾ Schriftliche Mitteilung von Pfarrer D. Traub vom 12. Februar 1953.

²¹⁴⁾ Zit. im Traub-Manuskript, Teil III.

²¹⁵⁾ Nach D. Traub wurden von der ersten Nummer 11 000 Exemplare gedruckt, am 18. August 1919 vermerkte er 6 600 zahlende Leser. Seine Beteiligung am Kapp-Putsch mit anschließender Flucht nach Österreich ließ die Abonnentenziffer auf 2 000—3 000 sinken. (Schriftliche Mitteilung vom 12. Februar 1953.)

²¹⁶⁾ Wilhelm Lindner MdR schätzt in seiner schriftlichen Mitteilung vom 17. März 1953 die maximale Abonnentenzahl auf 2 000.

²¹⁷⁾ Von Freytagh-Loringhoven (nach seinen Briefen, geschrieben 1942) auf einem Parteivertretertag im Mai 1919 geprägte Formel.

²¹⁸⁾ Nach Freytagh-Loringhoven (Briefe, geschrieben 1942) äußerte Hergt auf dem Parteivertretertag im Mai 1919, daß doch alle in der Partei den Wunsch hätten, sich „mit den übrigen bürgerlichen Parteien zu verständigen, um eine Regierung ohne Sozialdemokraten zu bilden“. Diese „Anpassungsfähigkeit“ Hergts wird von Freytagh-Loringhoven kritisiert, der sich z. B.

auch empört zeigt, daß der Parteivorsitzende den Vertretertag eröffnete, ohne des Kaisers zu gedenken.

²¹⁹⁾ Freytagh-Loringhoven (Briefe) als Vertreter des betont rechten Flügels schreibt von einer „unvermeidlichen Scheidung der Geister nach Opportunisten und Grundsatztreuen“ und bekennt dazu: „... Für die Einigkeit der Partei war das zweifellos kein Gewinn, aber Einigkeit bloß um ihrer selbst willen strebten wir auch keineswegs an. Wir Radikalen beklagten es auch nicht, daß wir zunächst in der Minderheit blieben. Wir sollten es ganze 10 Jahre bleiben. Aber 1928 gewannen wir die Oberhand. Freilich war es damals schon zu spät. Immerhin haben wir es auch während jener ersten 10 Jahre verhindern können, daß die Partei ganz in Grundsatzlosigkeit und Opportunismus versank...“

²²⁰⁾ Vgl. Arthur Rosenberg, Geschichte der deutschen Republik. S. 107 ff.

²²¹⁾ Vgl. Ludwig Schemann, Wolfgang Kapp und das Märzunternehmen im Jahre 1920. München 1937.

Freytagh-Loringhoven (Briefe) schreibt über ihn: „... Weiteren Kreisen war er während des Krieges durch seinen Kampf gegen Bethmann Hollweg und durch die Begründung der Vaterlandspartei bekannt geworden, die er zusammen mit dem Großadmiral von Tirpitz vollzogen hatte. Er galt allgemein für einen charaktervollen, klugen und politisch weitschauenden Mann.“

²²²⁾ Vgl. Cuno Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute. S. 710.

²²³⁾ An ihn, der in der Literatur häufig irrtümlicherweise als Major bezeichnet wird, erinnert sich Freytagh-Loringhoven (Briefe): „... Vom Major Pabst dagegen hatte ich bis dahin nichts gehört. Nun erfuhr ich, daß er der nächste Mitarbeiter Kapps sei und das Büro der von diesem begründeten ‚Nationalen Vereinigung‘ leitete. Er gelte für ungewöhnlich begabt, habe die Kriegsakademie glänzend absolviert, sei aber nicht in den Generalstab übernommen worden, weil man ihn für charakterlich unzuverlässig halte. Erst im Kriege habe man über diese Mängel hinweggesehen und ihn einberufen. Zugleich wurde mir gesagt, daß Kapp augenscheinlich irgendein politisches Unernehmen vorbereite, dessen Ziele jedoch streng geheimgehalten würden...“

²²⁴⁾ Nach ihrem von Noske (Von Kiel bis Kapp, S. 201) wiedergegebenen Programm verfolgte sie angeblich nur gesetzliche Zwecke, so die Verbindung der nationalen Verbände untereinander und die Fürsorge für entlassene Soldaten. Graf Westarp (Westarp-Manuskript) berichtet jedoch, daß sie Vorbereitungen für einen Staatsstreich betrieb und mit Kapp in Verbindung stand.

²²⁵⁾ Freytagh-Loringhoven berichtet in seinen 1942 geschriebenen „Briefen“: „... Es mag im Oktober oder November 1919 gewesen sein, als Major Pabst mich durch einen Mittelsmann bitten ließ, ihn gelegentlich eines Berliner Aufenthaltes in seinem Büro aufzusuchen. Das geschehe, so wurde hinzugefügt, im Auftrage des Generallandschaftsdirektors Kapp.

Als ich nun Pabst aufsuchte, teilte er mir ohne Umschweife mit, daß ein Umsturz vorbereitet werde. Man stütze sich dabei auf die Freikorps und könne mit Sicherheit auch auf die Reichswehr rechnen. Die Weimarer Regierung solle abgesetzt, die Nationalversammlung aufgelöst werden. Kapp werde eine neue Regierung bilden, der überwiegend Fachmänner angehören sollen. Zu gegebener Zeit würden Neuwahlen für einen verfassungsgebenden Reichstag angesetzt werden. Zunächst aber sollen im Innern geordnete Zustände wiederhergestellt, die Wirtschaft saniert und der Inflation Einhalt geboten werden. Außenpolitisch stehe man leider vor der Tatsache, daß der Versailler Vertrag unterzeichnet sei. Man werde aber selbstverständlich darauf bedacht sein, sich von ihm zu lösen. Es bestehe auch eine gewisse Fühlung mit der britischen Botschaft und man dürfe darauf rechnen, daß England dem Umschwung freundlich gegenüberstehe. Angesichts des ungeheuren Machtzuwaches, den Frankreich erfahren habe, würde ein Wiedererstarken Deutschlands durchaus seinen Interessen entsprechen.

Die Vorbereitungen für den Umschwung seien im ganzen Reich schon weit gediehen. Überall hätten sich Abteilungen der ‚Nationalen Vereinigung‘ unter der Leitung von Vertrauensmännern Kapps gebildet. Nur in Schlesien sei noch nichts geschehen, weil es dort an geeigneten Männern gefehlt habe. Daran schloß Pabst die Frage, ob ich bereit wäre, eine solche Organisation in Schlesien zu bilden und ihre Leitung zu übernehmen, nach dem Umschwung aber den Posten des Oberpräsidenten anzutreten.

Ich erklärte ohne Bedenken, daß ich alles tun würde, was in meinen Kräften stehe. Das Oberpräsidium wolle ich jedoch nicht übernehmen, da ich in Schlesien noch zu fremd und nicht Verwaltungsbeamter sei. Ich schlug für dieses Amt Herrn von Kessel-Oberglauche vor und glaube, daß er es annehmen würde, eine Voraussetzung, die sich dann auch bewahrheitete . . .“

²²⁶⁾ „. . . Bald nach Neujahr 1920 wurde meine Verbindung mit den Vorbereitungen Kapps enger. Im Januar suchte mich Graf Carmer-Zieserwitz auf, der mir in der konservativen Fraktion nahegestanden hatte, um mir mitzuteilen, daß Kapp ihn als Generallandschaftsdirektor von Schlesien mit führenden Personen anderer Provinzen eingeladen hatte, um sie für die Teilnahme an seinem Unternehmen zu gewinnen . . .“ (Westarp-Manuskript.)

²²⁷⁾ Westarp-Manuskript. Graf Westarp glaubt, daß es Schimmelfennig gewesen sei.

²²⁸⁾ In der bisherigen Literatur ist über diesen Ausschuß, wie auch bereits Graf Westarp in seinem Manuskript feststellt, nichts zu finden.

²²⁹⁾ Graf Westarp schreibt dann in seinem Manuskript: „. . . Es ist eine Beobachtung, die ich in der Folge noch öfters gemacht habe, daß deutsche Politiker, die eine gewaltsame Umwälzung planen oder wünschen, nur zu leicht den zweiten Schritt vor dem ersten tun . . .“

²³⁰⁾ Über eine Unterredung unter vier Augen mit Ludendorff an demselben Tage, an dem er durch Pabst in die Putschvorbereitungen eingeweiht worden war, berichtet Freytagh-Loringhoven in seinen 1942 geschriebenen „Briefen“: „. . . Ich erhielt einen sehr starken Eindruck von seiner ganzen Persönlichkeit, vor allem von seiner Willensstärke und Charakterfestigkeit, die aus jedem seiner Worte sprachen. Zugleich erhielt ich den Eindruck völliger Weltfremdheit auf politischem Gebiet. In längerer Rede entwickelte er mir ein Programm dessen, was nach dem Siege Kapps zu geschehen hätte. An erster Stelle stand da eine Verständigung mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften. Allen Ernstes glaubte er an die Möglichkeit, diese Organisationen als solche und ihre Führer für den nationalen Gedanken zu gewinnen und sie mit der von Kapp geplanten Ordnung, die doch im wesentlichen auf eine Wiederherstellung der Verhältnisse der Vorkriegszeit hinauslief, zu versöhnen. Er glaubte auch, Sozialdemokraten und Gewerkschaften von der Notwendigkeit überzeugen zu können, sich der jüdischen Elemente in ihrer Führung zu entledigen. So verließ ich ihn denn mit einem lachenden und einem weinenden Auge, tief beeindruckt von dem prachtvollen Menschen, aber ebenso besorgt um das, was er als Politiker anrichten würde . . .“

²³¹⁾ Freytagh-Loringhoven erinnert sich in einem seiner Briefe an von Sethe wie folgt:

„. . . Nach Breslau zurückgekehrt, bat ich einige Herren, darunter den deutschnationalen Abgeordneten von Kessel-Oberglauche, Graf Seidlitz-Olberndorf, Geheimrat Gruetzner, zu mir und berichtete ihnen über die Unterredung mit Pabst. Entsprechend den empfangenen Instruktionen sahen wir nun unsere erste Aufgabe darin, eine Liste der Kandidaten für die nach dem Umschwung zu besetzenden Ämter aufzustellen. Das Oberpräsidium sollte, wie gesagt, Kessel zufallen. Aber es war nicht leicht, Anwärter für den Posten der Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten, Landräte usw. zu finden. Wir mußten uns auch der Bereitwilligkeit der Erwählten versichern und hier stießen wir auf erhebliche Schwierigkeiten. Ein sehr großer Teil der ins Auge gefaßten Herren wollte nichts riskieren und gab ausweichende Antworten, während es doch in erster Linie darauf ankam, Männer zu finden, die sofort im ersten Stadium des Putsches die Zügel ergriffen und dadurch ein Gelingen sicherten. Sehr viele, vielleicht die meisten, wollten aber erst in Tätigkeit treten, nachdem der Putsch bereits gelungen war. Eine zweite Schwierigkeit bestand darin, daß man der Verschwiegenheit aller dieser Herren nicht ganz sicher sein und ihnen deshalb nur in allgemeinen Zügen sagen konnte, was geplant war. Trotz aller Versprechungen, die man ihnen abnahm, haben sie geplaudert, in Schlesien ebenso wie auswärts und vor allem in Berlin. Dort war der bevorstehende Putsch schlechtweg Tagesgespräch und es gab wohl keinen Backfisch und keinen Schuljungen, der über ihn nicht unterrichtet gewesen wäre . . .“

²³²⁾ „. . . Ich bin dann wiederholt in Berlin gewesen und habe mit Pabst Besprechungen abgehalten. Dabei befolgte er leider mir, ebenso wie den Vertretern anderer Provinzen gegenüber, eine Taktik, die sich ungünstig auswirken mußte: er schilderte jedem einzelnen, welche

ungeheuren Fortschritte in den anderen Provinzen schon erreicht seien. Selbstverständlich wollte er damit anfeuernd wirken. Sehr viele lullte er damit ein und veranlaßte sie nur, auf andere zu bauen. Im übrigen erwies sich hernach, daß die Organisation in Ostpreußen und in Schlesien am weitesten fortgeschritten war. In den übrigen Ländern und Provinzen war so gut wie nichts geschehen . . .“ (Freytagh-Loringhoven, Briefe.)

²³³⁾ „. . . Er begründete das mit der Notwendigkeit, nicht nur die Reichswehr, sondern auch die Freikorps vor jeder Bloßstellung zu bewahren. Dafür ließ sich sicherlich einiges sagen. Aber die Nachteile dieser Haltung sollten sich später empfindlich fühlbar machen. Die zivilen und militärischen Stellen waren nicht miteinander eingearbeitet, und es fehlte daher an dem nötigen Einvernehmen zwischen ihnen sowohl über die sofort zu ergreifenden Ausnahmen als auch über die eigentlichen Ziele . . .“ (Freytagh-Loringhoven, Briefe.)

²³⁴⁾ Friedrich Stampfer, Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik. S. 164.

²³⁵⁾ „. . . Man hatte aber vergessen, die Provinzen zu benachrichtigen, wie man damals so vieles vergessen hatte. Dort erfuhr man erst aus der Zeitung, was in Berlin geschehen war, und mußte auf eigene Faust handeln . . .“ (Freytagh-Loringhoven, Briefe.)

²³⁶⁾ „Die bisherige Reichsregierung hat aufgehört zu sein. Die gesamte Staatsgewalt ist auf den unterzeichneten Generallandschaftsdirektor Kapp-Königsberg als Reichskanzler und Ministerpräsident übergegangen. Zum militärischen Oberbefehlshaber und gleichzeitigen Reichswehrminister wird von dem Reichskanzler der General der Infanterie von Lüttwitz ernannt. Eine neue Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat wird gebildet.

Freiherr von Lüttwitz
General der Infanterie.

Kapp
Generallandschaftsdirektor.“

²³⁷⁾ „Bestimmend für den Schritt von Lindeiners war neben der mir zu weitgehenden grundsätzlichen Ablehnung des Unternehmens eine strafrechtliche Erwägung. Bei einem hochverräterischen Unternehmen konnte schon die Unterlassung der Anzeige durch denjenigen, der davon Kenntnis erhalten hatte, zur Strafverfolgung führen, und von Lindeiner hat damals und später oft ausgeführt, daß die Vertreter der DNVP sich und die Partei nicht dem Vorwurf aussetzen durften, dieses Vergehen begangen zu haben. Ich habe keinen Zweifel, daß dies in Wahrheit das Motiv seines vielumstrittenen Schrittes gewesen ist. Nun hatte ich meinerseits mich seit Monaten dieser Straftat schuldig gemacht und dies vor meinem, wenn nicht juristischen, so doch politischen Gewissen damit gerechtfertigt, daß die Hochverräter des 9. November 1918, die sich selbst amnestiert hatten, keinen Anspruch auf den für die Verfassung des Kaiserreiches eingeführten Hochverratschutz des alten Strafgesetzbuches hatten. Unter diesen Umständen habe ich mich an der Diskussion über den Schritt von Lindeiners, die praktisch nichts ändern konnte, wenig beteiligt. Auch in späteren Fällen hat von Lindeiner die Anzeigepflicht ernter genommen, als ich es für politisch richtig hielt und selbst gelegentlich ohne viel Aufheben tat . . .“ (Westarp-Manuskript.)

²³⁸⁾ Eine völlig abweichende und zweifellos unrichtige Meinung über die Motive von Lindeiners gibt dagegen Freytagh-Loringhoven in diesem Zusammenhang in seinen 1942 geschriebenen „Briefen“ an von Sethe:

„. . . Lindeiner war ein unbestreitbar glänzend begabter Mensch, sehr klug, sehr schnell in der Auffassung, schlagfertig und geschickt in der Formulierung seiner Gedanken, dementsprechend auch ein weit über dem Durchschnitt stehender Redner. Daß er auch persönlich sehr ehrgeizig war, brauchte sich nicht schädlich auszuwirken. Aber dieser Ehrgeiz stand im Mittelpunkt seines ganzen Denkens und Fühlens und verband sich mit einer ausgeprägten Neigung zu einer sehr anspruchsvollen Lebenshaltung. Da er nun völlig unbemittelt war und bald nach der Revolution seinen Abschied als Amtsrichter nahm, um sich ganz der Politik zu widmen, und da es ihm so an jeder materiellen Basis fehlte, ergaben sich daraus Versuchungen, denen nur ein starker Charakter gewachsen wäre. Ein starker Charakter war Lindeiner leider nicht. Er war vielmehr jederzeit bereit, Zugeständnisse zu machen und Kompromisse mit sich selbst zu schließen, wenn das seinem Vorwärtskommen nützlich sein konnte. Andererseits war er klug genug, um seine eigenen Schwächen zu kennen, und das wiederum führte zu innerer Unsicherheit . . .“

²³⁹⁾ „... Von Berger, der bereits am 8. März 1920 den von Noske mitgeteilten Bericht über die Mißstimmung im Heere erstattet hatte, erwiderte von Lindeiner, er sei bereits informiert und nehme an, daß eine von ihm angeregte Besprechung des Reichskanzlers mit von Lüttwitz Beruhigung bringen würde...“ (Westarp-Manuskript.)

²⁴⁰⁾ Schriftliche Mitteilung von Alfred Diller vom 6. April 1953.

²⁴¹⁾ „... An den Verhandlungen, die Hergt in den letzten Tagen vor dem 13. März 1920 geführt hat, bin ich gleichfalls nicht unmittelbar beteiligt gewesen und war auf die Mitteilung vollendeter Tatsachen angewiesen, die Hergt dem Parteivorstand oder engerem Kreise machte. Mir war die abmahnende und ablehnende Haltung der DNVP wenig sympathisch. Ebenso ging mir die pessimistische Abneigung gegen das drohende Unternehmen, die mir in diesen Besprechungen und den anschließenden zahlreichen Gesprächen mit Parteifreunden aller Art entgegentrat, viel zu weit. Da ich aber die letzten Absichten der Kapp und von Lüttwitz nicht kannte, war es schwer, dem entgegenzutreten, und ich habe mich auch wohl im wesentlichen auf Zuhören beschränkt...“ (Westarp-Manuskript.)

²⁴²⁾ Freytagh-Loringhoven in einem seiner „Briefe“ an von Sethe vom 10. Juni 1942: „... Sehr viel schlimmer noch war ein Flugblatt, in dem der Nachweis geführt werden sollte, daß der Mißerfolg des Putsches recht eigentlich ein Verdienst der DNVP sei. Ihr Hauptgeschäftsführer Herr von Lindeiner habe die Putschisten dem Staatskommissar von Berger rechtzeitig denunziert und ein deutschnationaler Unterstaatssekretär habe der Kapp-Regierung die geforderten Geldmittel verweigert. Es ist wirklich schwer zu sagen, was beschämender war, diese Tatsache an sich oder der Umstand, daß die Parteileitung sich ihrer rühmte...“

²⁴³⁾ „Die Ereignisse der letzten Wochen haben die Leitung und die Fraktionen der DNVP in steigendem Maße gezwungen, Kritik an den Taten der bisherigen Regierung zu üben... Diese Haltung der DNVP erfährt durch die Vorgänge vom 13. März 1920 keine Änderung. Die Partei nimmt nach den Erklärungen der neuen Regierung als selbstverständlich an, daß auch diese Regierung das Ziel hat, unverzüglich verfassungsmäßige Zustände wiederherzustellen, daß sie also innerhalb der in der Verfassung festgelegten Frist von 60 Tagen auf Grund des Nationalversammlungsrechts (Verordnung vom 30. November 1918) durch Neuwahlen dem Volke Gelegenheit geben wird, seinen Willen, bei dem die letzte Entscheidung über das Schicksal von Volk und Vaterland steht, zum Ausdruck zu bringen. Bis zu dieser Entscheidung ist die DNVP bereit, getreu ihrem bisherigen Verhalten, mitzuarbeiten, um in Zusammenfassung aller Kräfte des deutschen Volkes Ruhe und Ordnung, Freiheit und nationale Würde zu gewährleisten.“ (Vossische Zeitung Nr. 135 vom 24. März 1920.)

²⁴⁴⁾ Freytagh-Loringhoven, Briefe.

In einem Artikel „Die Wahrheit über die Haltung der Rechtsparteien“ (Deutsche Tageszeitung Nr. 140 vom 27. März 1920) heißt es weiterhin, daß deren Führer „die Absicht eines Putsches in keinem Stadium ihrer Besprechungen auch nur vermuten konnten und nach den letzten Mitteilungen des Generals von Lüttwitz der Überzeugung sein mußten, daß selbst der Versuch eines militärischen Druckes nicht mehr in Frage stand.“

²⁴⁵⁾ „... Er sah von seinem ostpreußischen Standpunkt aus über die vom russischen Bolschewismus im Bunde mit dem deutschen Spartakismus drohende Gefahr besonders klar und hielt die Lage für so ernst, daß ohne Aufschub die zum Widerstand vollständig unfähige, von der Sozialdemokratie beherrschte und vom Radikalismus abhängige Koalition durch eine tatkräftige Regierung ersetzt werden müsse, deren Bildung ohne Gewaltanwendung nicht zu erreichen war...“ (Westarp-Manuskript.)

²⁴⁶⁾ „... Auch ich hatte, ohne daß es freilich öffentlich bekannt wurde, dem Kapp-Unternehmen nähergestanden, als es weiten Kreisen zweckmäßig erschien...“ (Westarp-Manuskript.)

²⁴⁷⁾ „... Grundsätzlich habe ich die Gewaltanwendung nicht abgelehnt, sondern nur auf Prüfung der Möglichkeit des Erfolges gedrängt...“ (Westarp-Manuskript.)

²⁴⁸⁾ „... Die letzten Ereignisse haben sich teils ohne jedes Votum von mir abgespielt, die Bedenken gegen den jetzigen Moment habe ich noch am Mittwoch (10. März 1920) geltend gemacht, für das Gegenargument, jetzt habe man noch die Kräfte, nach einem Monat nicht mehr,

habe ich dann die Verantwortung den militärischen Führern zugeschoben; dabei allerdings den Standpunkt eingenommen, daß ich, wenn diese Voraussetzung zutreffe, nicht abmahnen könne, weil ich zugeben müsse, daß vor dem Frühjahr mit der Bolschewistengefahr der Wechsel herbeigeführt sein müsse . . .“ (Graf Westarp an von Heydebrand, Brief vom 13. März 1920.)

²⁴⁹⁾ „. . . Man hat mich nicht mehr gefragt in den letzten entscheidenden Stadien, in denen Verhandlungen zwischen Lüttwitz und Regierung zum Bruch führten. Alles Nähere hierüber, auch die im wesentlichen abmahnende Haltung der beiden Rechtsparteien läßt sich dem Papier nicht anvertrauen. Mein Mandat sehe ich nun als erledigt an . . .“ (Graf Westarp an von Heydebrand, Brief vom 13. März 1920.)

²⁵⁰⁾ „. . . Ich sah nach dem Scheitern von Kapp keinen Anlaß, mich den strafrechtlichen und gewalttätigen Angriffen auf die Kappisten auszusetzen, die sie von weiteren politischen Arbeiten und weiterer Einflußnahme ausschalteten. Dazu kam die Rücksicht auf Freunde, die ich nicht kompromittieren wollte, und auf den Bestand der in der DNVP zusammengeschlossenen Rechten. Die Haussuchungen und Plünderungen, die ich voraussah, sind zwar bei mir nicht erfolgt. Wer den Wirrwarr jener Märztage in Berlin miterlebt hat, weiß, wie nahe damals die Möglichkeit solcher Eingriffe lag. Kriminalistische Erfahrungen, die ich als Polizeipräsident gesammelt hatte, halfen mir über die Schwierigkeit hinweg, die es besonders in Wohnungen mit Zentralheizung machte, ein dickes Paket Papier sicher dem Zugriff zu entziehen. Freilich kam ich mir merkwürdig vor, als ich den Berliner Verbrechertrick anwendete, verdächtige Schriftstücke in kleine Stücke zu zerreißen und auf eine größere Anzahl von Ausgüssen der Kanalisation zu verteilen. Es war eine mühselige Arbeit, die heute noch die unerfreuliche Folge hat, daß ich meine 20 Jahre zurückliegenden Erinnerungen aus dem Kapp-Unternehmen nicht so vollständig, wie ich es sonst zu tun pflege, durch gleichzeitig gemachte Aufzeichnungen auffrischen und belegen kann.“

²⁵¹⁾ Cuno Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute. S. 761.

²⁵²⁾ „. . . Vor allem war er vor dem Weltkrieg als Liberaler bekannt geworden und hatte sich erst nach dem Zusammenbruch der DNVP angeschlossen. In allen kirchlich gesinnten Kreisen, die sich doch zu einem sehr großen Teil mit den nationalen Kreisen deckten, stand man ihm um seiner Vergangenheit willen ablehnend gegenüber . . .“ (Freytagh-Loringhoven, Briefe.)

²⁵³⁾ „. . . Er war zweifellos ein charakterlich einwandfreier Mann, aber ein Schwärmer und alles andere als ein politischer Kopf . . .“ (Freytagh-Loringhoven, Briefe.)

²⁵⁴⁾ Cuno Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute. S. 689.

²⁵⁵⁾ Freytagh-Loringhoven, Briefe.

²⁵⁶⁾ „. . . Einen geradezu phantastischen Mißgriff stellte die Auswahl des Pressechefs dar. Mit diesem wichtigen Posten wurde ein gewisser Bredereck betraut, der nicht nur seiner technischen Aufgabe nicht gewachsen, sondern auch so übel beleumdet war, daß die Journalisten aller politischen Richtungen es von vornherein ablehnten, mit ihm zu verhandeln . . .“ (Freytagh-Loringhoven, Briefe.)

²⁵⁷⁾ Westarp-Manuskript.

²⁵⁸⁾ „. . . In Breslau angekommen, rief ich sofort Kessel an und eilte meinerseits zum Oberstleutnant von Miaskowsky, der als Stabschef des Generalkommandos in Aussicht genommen war. Mit ihm stand ich auf eigene Faust in Fühlung . . . So wußte ich etwas mehr von den militärischen Plänen als die meisten Herren in den übrigen Provinzen. Von Miaskowsky erfuhr ich, daß der Kommandierende General von Friedeburg sich habe bewegen lassen, am Vormittag an einer Besprechung im Rathaus mit den Vertretern der Regierungsparteien teilzunehmen und daß er hierbei weitgehende Zugeständnisse gemacht, insbesondere versprochen habe, seine Truppen an dem Putsch nicht teilnehmen zu lassen. Nun blieb natürlich nur übrig, ihn zum Rücktritt zu bewegen. Kessel, der inzwischen in Breslau eingetroffen war, und ich begaben uns zu ihm und fanden ihn, der sichtlich sehr niedergeschlagen war, aber gute Haltung bewahrte, sofort bereit, das Kommando dem General von Schmettow zu übergeben, der mit uns zusammenzuarbeiten gewillt war. Nun mußte auch sein Stabschef Major Hesterberg abgesetzt werden, da

er ohnehin rötlicher Sympathien verdächtig war. Zusammen mit Miaskowsky suchten wir ihn in seinem Dienstzimmer auf. Die Auseinandersetzung mit ihm gestaltete sich sehr dramatisch. Er weigerte sich, zurückzutreten und griff mit theatralischer Geste an die linke Hüfte an seinen Degen. Da er ihn aber nicht umgeschmalt hatte, wirkte das nur lächerlich, und als Miaskowsky ankündigte, daß er bei weiterem Widerstande verhaftet und vor ein Standgericht gestellt werden würde, gab er nach. So hielten dann Schmettow und Miaskowsky ihren Einzug in das Generalkommando . . .“ (Freytagh-Loringhoven, Briefe.)

²⁵⁹) „Der Deutschnationale Landesverband Mittelschlesien begrüßt es mit tiefer Befriedigung, daß die Staatsgewalt in die Hand von Männern übergegangen ist, die gewillt sind, unser Vaterland vor dem drohenden Untergang zu retten. Er bringt ihnen sein volles Vertrauen entgegen und ist überzeugt davon, daß die neue Regierung den richtigen Weg eingeschlagen hat . . .“ (Freytagh-Loringhoven, Briefe.)

²⁶⁰) „Schlesier! Die bisherige Regierung ist an ihrer eigenen Unfähigkeit zusammengebrochen. Eine neue Regierung ist an ihre Stelle getreten. Sie hat kein anderes Ziel, als durch völlige Wiederherstellung der Ordnung, durch Hebung des Fleißes und schärfstes Einschreiten gegen jede Unehrllichkeit und jedes Schiebertum das Vaterland vor dem Abgrund zu retten, an den man es geführt hat . . .“ (Vossische Zeitung vom 24. März 1920.)

²⁶¹) „. . . Nun waren infolge der Plötzlichkeit, mit der der Kapp-Putsch begonnen hatte, die Verhaftungen unterblieben, und man mußte damit rechnen, daß die in Frage kommenden Personen sich inzwischen verborgen hatten. Immerhin erinnerte ich Kessel an diese beiden Punkte. Er meinte jedoch, daß er so einschneidende Maßnahmen nicht ohne Zustimmung Schmettows ergreifen konnte, da der Belagerungszustand verkündet sei und somit die zivilen Behörden den militärischen unterstellt seien. So wurden denn beide Fragen Schmettow unterbreitet. Die Verhaftungen anzuordnen, lehnte er von vornherein ab, teils weil es dazu zu spät war, teils aber auch, weil er sich dadurch in Widerspruch zu Berlin setzen würde, das keine Verhaftungen vorgenommen habe. In Sachen Presse war er unschlüssig. Ich setzte ihm die Notwendigkeit unseres Vorschlages auseinander, und er schien bereit, zuzustimmen. Dann entsann er sich plötzlich, daß es einen Pressedezernenten im Generalkommando gab und ließ ihn kommen. Es war ein junger Generalstabshauptmann von Bose, der meine Beweisführung anhörte und mir dann mit unendlicher Überlegenheit auseinandersetzte, daß die Presse eine Großmacht sei, daß man durch ihre Unterdrückung noch nie etwas erreicht habe und daß man vielmehr bestrebt sein müsse, sie zu gewinnen. Er habe schon sehr gute Beziehungen, auch zu den Blättern der Linken und sei gewiß, sie dahin beeinflussen zu können, daß sie unserem Unternehmen nicht entgegen-treten würden. Daraufhin entschied Schmettow, daß die Presse nicht behelligt werden solle. Nur wenn sie sich schwerer Ausschreitungen und offener Hetze gegen die neue Reichsregierung schuldig machen sollte, wäre gegen sie einzuschreiten . . .“ (Freytagh-Loringhoven, Briefe.)

²⁶²) „. . . Fortwährend bildeten sich an den Ecken Ansammlungen, in deren Mitte Agitatoren, meist jüdischen Aussehens, Reden hielten. Beim Herannahen von Polizei oder Militär stoben sie auseinander, um sich an der nächsten Ecke wieder zu ballen . . .“ (Freytagh-Loringhoven, Briefe.)

²⁶³) „. . . Als ich am Nachmittag dieses dritten Tages, also am 15. März, ins Oberpräsidium kam, trat Kessel mir mit einem geradezu verzweifelten Gesichtsausdruck entgegen: ‚Der Putsch ist verloren. Wir können uns nicht mehr halten.‘ Ich fuhr ihn geradezu an: ‚Das dürfen Sie gar nicht sagen!‘ Darauf er: ‚Aus Berlin ist der Befehl gekommen, unter keinen Umständen Gewalt anzuwenden. Das ist selbstverständlich auch den Gegnern bekannt, und sie werden natürlich ihre Schlüsse daraus ziehen.‘ Mindestens ebenso schlimm war, daß sowohl Kessel als auch Schmettow die Weisung bekommen hatten, nach Möglichkeit Fühlung mit allen Parteien auf-zunehmen, jedenfalls Abordnungen der Linksparteien auf ihre Bitte hin zu empfangen und in Verhandlungen mit ihnen einzutreten. Welches das Ziel dieser Verhandlungen sein sollte, blieb allerdings ungesagt . . .“ (Freytagh-Loringhoven, Briefe.)

²⁶⁴) „. . . Es war vor allem das Freikorps Paulson, das fortan als unzuverlässig angesehen werden mußte. Dagegen blieb die Marinebrigade Loewenfeld von dieser Bewegung ganz un-berührt. Sie nahm auch ziemlich auf eigene Faust eine gewisse Säuberung vor. So verschwand in jenen Tagen spurlos der führende kommunistische Agitator, der Jude Schottländer, und es

geschah wohl nicht zu Unrecht, daß man die Urheber dieses Verschwindens in der Marinebrigade suchte . . .“ (Freytagh-Loringhoven, Briefe.)

²⁶⁵⁾ „. . . Ich konnte darauf nur folgendes erwidern. Die gegen mich gerichtete Forderung der Sozialdemokraten empfinde ich an sich nur als ehrend, ihre Erfüllung erschiene mir aber äußerst bedenklich. Das sei nur der erste Schritt, und bald werde die Forderung aufgestellt werden, daß Kessel und Schmettow zurücktreten . . .“ (Freytagh-Loringhoven, Briefe.)

²⁶⁶⁾ „. . . Sehr eigenartig war es übrigens, daß die Entscheidung über das Abschiedsgesuch des Generals von Lüttwitz dem Reichsminister Schiffer zufiel, der als Vertreter der Reichsregierung in Berlin geblieben war, ohne daß ihm jemand ein Haar gekrümmt hätte. Er stand im Gegenteil die ganzen 5 Tage des Putsches über im Mittelpunkt von Verhandlungen, die einen Ausgleich zwischen Kapp und Lüttwitz einerseits und der nach Stuttgart geflüchteten Reichsregierung andererseits anstrebten. Sie trugen allerdings insofern einen sehr einseitigen Charakter, als die Reichsregierung zwar unter der Hand die ihr von Schiffer übermittelten Angebote zur Kenntnis nahm, öffentlich aber immer wieder erklärte, daß sie mit Rebellen nicht verhandele. Sie sicherte sich damit zweifellos eine Position, die sehr viel günstiger war als die ihrer Gegner. Überdies fanden durch die Vermittlung Schiffers Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien einerseits und der DNVP andererseits statt. Was sich hierbei abgespielt hat, ist bis heute nicht geklärt . . .“ (Freytagh-Loringhoven, Briefe.)

²⁶⁷⁾ „. . . Diejenigen Elemente, denen jede entschiedene Stellungnahme innerlich zuwider war und die das Bedürfnis empfanden, sich den herrschenden Gewalten innerlich anzupassen, traten nun in den Vordergrund und rissen auch im Landesverband Mittelschlesien die Führung an sich. Sie wurden dabei von der Berliner Parteileitung, der die Haltung des Grafen Seidlitz und die meine von vornherein ein Dorn im Auge gewesen war, eifrig unterstützt. Nicht zuletzt aber war ihr Erfolg dem Umstand zuzuschreiben, daß der Landesgeschäftsführer Kube, der bis dahin vorbehaltlos auf unserer Seite gestanden hatte, auf einmal umschwenkte und gegen uns Stimmung machte. Er tat das unter Ausnutzung vertraulicher Informationen, die er während des Kapp-Putsches und auch schon früher von uns erhalten hatte, und bediente sich dabei ohne Vorwissen seines Vorsitzenden und dessen Stellvertreters des Parteiapparates. Vermutlich stand er in Verbindung mit der Berliner Zentrale, die ihm augenscheinlich gewisse Versprechungen gemacht hatte. Jedenfalls übernahm sie ihn als Landesgeschäftsführer nach Berlin, nachdem sein Verhalten nicht nur scharfe Proteste von seiten des rechten Flügels in Schlesien hervorgerufen hatte, sondern auch seine neuen Bundesgenossen auf dem linken Flügel darauf verzichteten, ihn zu verteidigen und zu halten.

Das Ergebnis war, daß Graf Seidlitz und ich zurücktraten und daß der gesamte Landesvorstand neu gewählt wurde. Das Amt des Vorsitzenden wurde dem Landrat a. D. von Goßler-Schaetz übertragen, einem überaus korrekten, stets zu Kompromissen geneigten Manne, dem jede Schärfe äußerst unsympathisch war und mit dem ich anfangs unzählige Reibereien gehabt habe. Schließlich fand er sich mit mir ab, nachdem er hatte erkennen müssen, daß die Zahl meiner Freunde doch zu groß war, als daß meine völlige Ausschaltung möglich gewesen wäre. Ich war damals das schwarze Schaf im Landesverbande. In den neuen Vorstand wurde ich nicht hineingewählt, und bei der Aufstellung der Kandidatenliste für die Reichstagswahlen fiel ich nach langen harten Kämpfen durch. Man stellte wieder Semmler und Deglerk auf, obwohl sie beide in der Nationalversammlung nichts geleistet hatten und eigentlich jedermann sich über ihre Unzulänglichkeit klar war. Erst allmählich trat dann wieder eine Verschiebung ein . . .“ (Freytagh-Loringhoven, Briefe.)

²⁶⁸⁾ „. . . Gestützt auf diese Erklärung und von dem Bestreben geleitet, die Ordnung unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, erkennen wir die neue Regierung als die Inhaberin der tatsächlichen Macht an, indem wir sie in der Durchführung ihres bekanntgegebenen Programms unterstützen . . .“ (Vossische Zeitung vom 24. März 1920.)

²⁶⁹⁾ Der Kreisverein Lötzen sandte an Kapp folgendes Telegramm: „Stolz darauf, daß ein Sohn der Provinz den Mut zur befreienden Tat gefunden, geloben wir Ew. Exzellenz und der neuen Regierung treue Mitarbeit zur Aufrichtung wahrer Freiheit und Ordnung im Sinne sozialer Gerechtigkeit . . .“ (Vossische Zeitung vom 24. März 1920.)

Der Kreisverein Königsberg-Land machte es in einem Aufruf jedem Deutschen zur Pflicht, „... die neue Regierung bei ihrer schweren Aufgabe zu unterstützen, mit ihr für Ordnung, Freiheit und Recht einzutreten und, wenn es not tut, zu kämpfen . . .“ (Vossische Zeitung vom 24. März 1920.)

²⁷⁰⁾ Winnig wurde sofort nach seiner Anerkennung Kapps von der rechtmäßigen preußischen Staatsregierung abgesetzt und auch aus der SPD ausgeschlossen.

²⁷¹⁾ „... Die Regierung hat eine Reihe von Verhaftungen angeordnet, deren Begründung doch schließlich nur auf einem von ihr angenommenen Schein böser Absichten beruht. Darüber hinaus hat sie den hochverdienten General von Lüttwitz, einen Mann, der das Vertrauen der Truppe genießt und der Regierung mit größter Loyalität gegenübersteht, zur Demission genötigt. Unter dem alten Regime haben Generale oft genug mit dem Freimut guter preußischer Tradition schärfste Kritik an Regierungsmännern und Regierungsmethoden üben dürfen, ohne daß man ihnen deshalb ihre militärische Stellung nahm; und das Vorgehen des Generals von Lüttwitz unterscheidet sich auch in der Form nur bei höchst oberflächlicher Betrachtung von solchen Vorgängen im alten Regime, denn auch dort haben Militärs gegenüber der höchsten Stelle des Reiches wiederholt in politischen Dingen ihr Herz ausgeschüttet. Die Regierung könnte sich kaum wundern, wenn ihr Verhalten böses Blut gemacht und die Situation verschlimmert hätte . . .“

²⁷²⁾ Erich Dombrowski schrieb bereits am 11. März 1920 im Berliner Tageblatt Nr. 131: „... Eine Anzahl Persönlichkeiten der äußersten Rechten, die, soweit bisher bekannt ist, von der Mehrzahl der konservativen Politiker nicht unterstützt werden, haben unter den Truppen eine Agitation zugunsten eines gewaltsamen Umsturzes veranstaltet. Teile der Reichswehr und noch immer vorhandene Baltikumstruppen haben sich dem Unternehmen angeschlossen . . .“

²⁷³⁾ Vgl. Vossische Zeitung Nr. 134 vom 13. März 1920: „Die Gefahren der Gegenrevolution“.

²⁷⁴⁾ Der Tag Nr. 133 (Abendausgabe) vom 12. März 1920.

²⁷⁵⁾ Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung Nr. 134 vom 13. März 1920.

²⁷⁶⁾ Der Tag Nr. 134 (Morgenausgabe) vom 13. März 1920: „Das Gespenst der Gegenrevolution“. „... Es will uns scheinen, als ob die Gegenrevolutionsgefahr sensationeller aufgeputzt worden ist, als sie es tatsächlich verdient . . .“

Es erscheint daher auffällig, daß mit einem Male gestern alles das, was sich hinter den Kulissen und mit Kenntnis der Regierung schon seit einiger Zeit abspielt, plötzlich in der alleralarmierendsten und sensationellsten Form der weitesten Öffentlichkeit am Tage des Schlußaktes des Erzbergerprozesses zur Kenntnis gebracht wird . . .“

²⁷⁷⁾ Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung Nr. 135 vom 24. März 1920: „Der Kampf um die politische Macht in Deutschland“.

„... Niemand hatte eine Ahnung davon, daß der Plan gefaßt worden war und ausgeführt wurde, die Regierung Ebert-Bauer zu beseitigen und an ihre Stelle eine ‚Regierung der Tat‘ zu setzen. Denn dies und nichts anderes ist nach allem, das sich nun klar übersehen läßt, die Absicht der Herren Dr. Kapp und Frhr. von Lüttwitz gewesen, als sie mutvoll das gefährliche Wagnis unternahmen, sich und ihr Leben einzusetzen für eine Regierungsänderung, die — wer wollte es in dieser Stunde, da die Pläne der beiden Männer gescheitert sind, leugnen? — doch von weiten Kreisen des Volkes dringend ersehnt worden war . . .“

²⁷⁸⁾ Deutsche Tageszeitung Nr. 135 vom 25. März 1920. Leitartikel „Der 13. März“ von Hauptschriftleiter Baecker:

„... Wenn nun nach möglichst strenger Sühne für dieses Unternehmen gerufen wird, so mag das aus der Erregung der ersten Tage begrifflich erscheinen; es ist aber weder sachlich begründet, noch menschlich, noch klug gedacht . . . Jede Revolution muß ganz natürlich den Gedanken an eine Gegenrevolution auslösen . . .“

²⁷⁹⁾ Korrespondenz der DNVP Nr. 62 vom 24. März 1920.

²⁸⁰⁾ Korrespondenz der DNVP Nr. 70 vom 3. April 1920 (Frauenbeilage).

²⁸¹⁾ Korrespondenz der DNVP Nr. 63 vom 25. März 1920.

²⁸²⁾ Vgl. Vossische Zeitung vom 29. bis 31. März 1920.

²⁸³⁾ Vorwärts Nr. 167 vom 31. März 1920.

²⁸⁴⁾ „... Daß die Rechte keine Fraktionsbeschlüsse und -protokolle über die Putschvorbereitungen hat, glaube ich gern. Aber Herr von Graefe spricht, hetzt noch immer in den Spalten seiner Zeitung vom ‚reinen Idealismus‘. Meine Herren, wenn Sie dieser Meinung sind, warum schütteln Sie denn diese ‚reinen Idealisten‘ von sich ab? Am 13. März hatte Herr Hergt eine Aussprache mit einem meiner Parteifreunde gehabt und hat dort erklärt, daß er, wenn er auch den Putsch nicht billigen könne, sich auf den Boden der Tatsachen stellen müsse. Ja, wenn der Putsch gelungen wäre, hätten Sie es alle so gemacht!“ (Vorwärts Nr. 167 vom 31. März 1920.)

²⁸⁵⁾ „... Das falsche Spiel, das besonders von der deutschnationalen Presse getrieben wird, muß durchkreuzt werden ... Das Unheil, das erneut über unser Volk gekommen ist, verschuldeten die gleichen Kreise, die den unglückseligen Krieg in kriegshetzerischer Verblendung und getrieben von wahnwitziger Eroberungsgier bis zum Zusammenbruch geführt haben; das sind vornehmlich jene durch die DNVP vertretenen agrar-konservativen Kreise Ostelbiens, die es nicht verwinden können, daß ihre Jahrhunderte währende Vorherrschaft in Preußen und im Reich nunmehr durch die Demokratie gebrochen ist.

In einem Teil der deutschnationalen Presse wurde das Verbrechen Kapps und seiner Spießgesellen begrüßt, in einer Kundgebung der DNVP wurde die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit ausgesprochen.

Auch nach dem Zusammenbruch des verbrecherischen Abenteuers wurden die Hochverräter und Eidbrüchigen im offiziellen Organ der DNVP glorifiziert. Wenn jetzt, nachdem der klägliche Ausgang des Staatsstreiches und seine verhängnisvollen Folgen immer offener werden, diese Partei von den Putschisten abrückt, dann nützt ihr das nichts. In den Augen des Volkes sind sie gerichtet ...“ (Vorwärts Nr. 166 vom 30. März 1920.)

²⁸⁶⁾ Germania Nr. 141 vom 4. April 1920.

²⁸⁷⁾ Korrespondenz der DNVP Nr. 75 vom 10. April 1920: „... Die ‚Deutschnationale Volkspartei‘ steht fest auf dem verfassungsmäßigen Boden und verurteilt jede gewaltsame Änderung und jede Beugung der Verfassung ...“

²⁸⁸⁾ „... Gewiß, es waren gewisse Persönlichkeiten unserer Partei an der Sache beteiligt, für uns ist das schmerzlich genug. In seiner Erregung identifiziert uns das Volk wohl mit dem Militärputsch, namentlich wenn es solche Reden hört wie jetzt vom Ministertisch das Wort vom deutschnationalen Putsch ... Schließlich hat sich nur ein kleiner Kreis an dem Unternehmen beteiligt ...“ (Vorwärts Nr. 167 vom 31. März 1920.)

²⁸⁹⁾ In der Nationalversammlung hatte die DNVP 42 Mandate, die DVP nur 22 besessen, bei der Wahl zum ersten Reichstag erhielt die DNVP 66, die DVP 62 Mandate (die Zahl der Abgeordneten hatte sich von 423 auf 466 erhöht). Angaben nach den beiden Parlamentshandbüchern.

„... Der Kapp-Putsch kostete der DNVP mindestens 10 Mandate, die sie nach amtlicher und sonstiger Schätzung ohne ihn mehr erhalten haben würde. Die Sorge vor gewaltsamen Unternehmungen zur Umwälzung der durch die Revolution geschaffenen Zustände hat die deutschnationale Führung nie ganz verlassen ...“ (Graef-Anklam in der Deutschnationalen Flugschrift Nr. 180 (1924), S. 23.)

²⁹⁰⁾ „Wie die ‚Tägliche Rundschau‘ meldet, hat der Abg. von Kardorff seinen Austritt aus der DNVP erklärt. Die Richtung des sogenannten denaturierten Monarchismus in der Partei würde, bestätigt sich die Meldung der ‚Täglichen Rundschau‘, in Herrn von Kardorff einen herben Verlust erleiden; zu unserem Bedauern können wir nicht in Abrede stellen, daß man anderwärts die Nachricht mit einem aufrichtigen ‚vivat sequentes‘ aufgenommen hat ...“ (Deutsche Zeitung Nr. 164 vom 17. April 1920.)

²⁹¹⁾ „Das schärfere Hervortreten extrem gerichteter Persönlichkeiten innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei und deren Einfluß auf die Entwicklung der Partei veranlaßt uns zu folgender Erklärung:

Wir stehen vorbehaltlos, nicht nur in formeller Hinsicht, sondern auch dem Geist nach auf verfassungsmäßigen Boden. Eine Änderung der Verfassung darf nur auf gesetzlichem Wege erfolgen. Wir verurteilen jeden Versuch einer gewaltsamen Änderung der Verfassung auf das schärfste. Wir streben eine Versöhnung aller Volksklassen an, die sich nicht auf dem Boden grundsätzlicher Opposition, sondern nur durch Zusammenwirken aller Parteien und Berufsstände erwirken läßt, denen der Wiederaufbau des Vaterlandes am Herzen liegt. Wir treten ein für eine Verwirklichung der von dem Abg. Stresemann ausgesprochenen, aber von dem Grafen Westarp in der ‚Kreuzzeitung‘ abgelehnten Möglichkeit eines Zusammengehens auch mit den Mehrheitssozialisten, sofern diese sich streng in verfassungsmäßigen Bahnen bewegen und zugunsten einer ‚Volksversöhnung‘ von ihrer Machtstellung mit Mäßigung Gebrauch machen. Wir verschließen uns dabei nicht dem Eindruck, daß einzelne Mehrheitssozialisten, wie Noske, in der Zeit des Umsturzes zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung in einsichtiger Zurückhaltung parteipolitischer Wünsche dem Vaterlande wesentliche Dienste geleistet haben.

Wenn wir auch wissen, daß unsere Auffassung von vielen und auch von leitenden Männern der DNVP geteilt wird, so haben wir doch mit Bedauern feststellen müssen, daß einflußreiche Persönlichkeiten und vor allem die der Partei nahestehende Presse einen gegenteiligen Standpunkt vertreten. Nachdem uns von der DNVP die Gewißheit gegeben ist, daß diese unsere Auffassung in ihren Reihen keine ungeteilte Zustimmung findet, lösen wir unsere Beziehungen zur DNVP und treten zu der ihr nahestehenden DVP über!“ (Deutsche Zeitung Nr. 165 vom 18. April 1920.)

²⁹²⁾ „... Deutlicher kann man nicht sagen, daß das Ableugnen der deutschnationalen Schuld am Kapp-Putsch nur scheinheiliges Gerede ist. Und die Herren Kardorff und Genossen müssen es als bisherige Mitglieder der DNVP doch wissen...“ (Vorwärts Nr. 200 vom 14. April 1920.)

²⁹³⁾ Vgl. Korrespondenz der DNVP Nr. 85 vom 22. April 1920.

²⁹⁴⁾ „... Die Hauptsache ist und bleibt, daß es sich bei dem Austritt nicht um eine Abkehr von der gemeinsamen Sache der Rechten handelt, sondern daß die drei Herren, indem sie zu der befreundeten Rechtspartei hinübergehen, nur gewissermaßen das Zimmer im gemeinsamen Haus wechseln. Mögen auch die Wege verschieden sein, das Ziel der gesamten Rechten bleibt dasselbe. Diesem Ziel werden freundschaftlich die beiden Parteien zustreben, ohne daß Vorfälle wie der vorliegende sie darin irgendwie beirren können...“ (Korrespondenz der DNVP Nr. 85 vom 22. April 1920.)

²⁹⁵⁾ „... Wir wissen nicht, was den Abgeordneten von Kardorff bewogen hat, aus der Partei auszutreten. Wir wissen nur, daß die in seiner Erklärung niedergelegten politischen Ansichten es nicht sein können. Wir teilen sie und sind auf ihrem Boden bewußte und freudige Mitarbeiter der Deutschnationalen Volkspartei...“ (Korrespondenz der DNVP Nr. 86 vom 23. April 1920.)

²⁹⁶⁾ „... Durch meine Stellungnahme gegen das Unternehmen von Kapp bin ich mit der hiesigen Partei vollkommen zerfallen, und die Sache treibt einer Lösung entgegen. Hier in Marburg wird die Parole ausgegeben, daß jeder, der nicht für Kapp sei, die Partei zu verlassen habe, und da ich vom stellvertretenden Vorsitzenden der Partei, Geheimrat André, diese Aufforderung bekommen habe, so werde ich ihr Folge leisten. Da nun weiter sofort versucht wird, mich zum Demokraten zu stempeln, so bin ich dann genötigt, vor aller Öffentlichkeit bekanntzugeben, warum ich austrete, und daß ich nicht daran denke, mich einer anderen Partei anzuschließen. Daß der Partei ein solcher Schritt sehr schaden würde, weiß ich wohl, aber sie hätten es ja leicht vermeiden können... Ob er überhaupt noch Schaden anrichten kann, ist die Frage, denn die Partei hat ihre Sache durch die Kapp-Angelegenheit sowieso verfahren...“ (Prof. Bredt an von Gehren am 9. April 1920 — im Nachlaß Bredt.)

²⁹⁷⁾ „... Der Grund liegt in der Angelegenheit von Kapp. Unmittelbar nach dem Eintreffen der ersten Nachrichten habe ich als Kreisdeputierter Stellung gegen Kapp genommen und mich bemüht, auf dem Boden der Verfassung eine Einheitsfront gegen den vorauszusehenden Gegenstoß der Bolschewisten herzustellen. Daraufhin habe ich in der Partei so viele Unfreundlichkeiten gehört, daß ich meine Mitgliedschaft als unhaltbar empfinde. Das allgemeine Bedauern, daß Kapp zu früh losgeschlagen habe, genügt mir nicht, vielmehr ist es mir durchaus ernst gewesen mit der Versicherung, die ich oft in Versammlungen abgegeben habe, daß die Partei

jede Entfesselung eines neuen Bürgerkrieges verwerfe. Auf Grund dieser Anschauungen bin ich aus der Partei ausgetreten . . .

Als Mitbegründer der Gesamtpartei kann ich nicht umhin, meinem Bedauern Ausdruck zu geben, daß es soweit gekommen ist. Ich habe es immer für das einzig Richtige gehalten, eine Einheitsfront gegen den Bolschewismus zu bilden und zu versuchen, in dieser Einheitsfront allmählich für die Partei die Führung zu gewinnen. Bei maßvollem Verhalten und guten Leistungen im Parlament wäre dieses Ziel wohl zu erreichen gewesen. Statt dessen ist die Partei so aufgetreten, daß jetzt das ganze Kappsche Unternehmen ihr zur Last gelegt wird . . .

Demgegenüber stelle ich fest, daß ich keineswegs vorhabe, mich einer anderen Partei anzuschließen. Ich halte nach wie vor eine maßvolle konservative Politik für die beste, bewahre meinem Kaiser und König die Treue, möchte aber meinen Namen als Hochschullehrer und Politiker mit der DNVP nicht weiter verbunden wissen. Ich ziehe mich daher vom politischen Leben zurück . . .“ (Entwurf mit handschriftlichen Korrekturen im Nachlaß Bredt.)

²⁹⁸) A.o.O.

²⁹⁹) „. . . Sie arbeitet unter einer offiziellen und einer inoffiziellen Firma. Die offizielle Parteileitung ist loyal und daß Ew. Exzellenz diese Politik wirklich machen wollen, bezweifle ich in keiner Weise. Gerade darum aber wird solche loyale Leitung sehr geschätzt. Um so mehr macht nun die inoffizielle Leitung alle nur menschenmöglichen Anstrengungen, uns in einen neuen Bürgerkrieg zu stürzen. Daß an der unglückseligen Kappsache lediglich die Deutschnationalen schuld sind, kann nur der bestreiten, der von den tatsächlichen Geschehnissen nichts weiß. Von irgendeiner positiven Arbeit, seien es auch nur Gegenvorschläge, hat man in der Partei nichts gehört. Ihre maßlose Hetze aber hat es fertiggebracht, die Gewerkschaften zum Bewußtsein ihrer Macht zu bringen. Das ist bisher das Facit der Deutschnationalen Partei. Seitdem nun vollends die alten konservativen Führer, die uns die Wahlrechtssache gemacht haben, wieder am Ruder sind, kann man sich als vorsichtiger Mann, der noch auf sich hält, nur zurückziehen . . . Nur eines möchte ich noch hinzufügen. Als damals die Partei gegründet wurde, sagte man, ohne die Unterschriften der Wahlrechtsfreunde gehe es nicht, um den nötigen Kredit zu bekommen. Diese vier Mohren, Arendt, Kardorff, Wagner und ich, haben nun ihre Schuldigkeit getan und können gehen . . .“ (Prof. Bredt an Hergt am 4. Mai 1920 — im Nachlaß Bredt.)

³⁰⁰) Brief vom 25. März 1920.

³⁰¹) „. . . Die christlichen Gewerkschaftsführer aus dem Westen sind mit unendlichen Klagen und allerlei ungeheuerlichen Forderungen angerückt gekommen, z. B. daß die Partei den Landbund und ähnliche nichtgewerkschaftliche Organisationen ablehnen müsse. Ich habe, zu einer großen Sitzung beider Fraktionen, in der die Arbeitervertreter redeten, zugezogen, zum Guten geredet, weil ich im gegenwärtigen Augenblick die Spaltung vermieden sehen möchte . . . Man hat eine Kommission gewählt, über deren Ergebnis ich noch nichts weiß; mir ist es sehr zweifelhaft, ob dabei mehr als eine vorübergehende Verkleisterung herauskommen wird . . .“ (Graf Westarp an von Heydebrand, Brief vom 25. März 1920.)

³⁰²) Graf Westarp auf einer Sitzung des engeren Parteivorstandes am 7. April 1920: „. . . Wir unterhalten uns jetzt annähernd zwei Stunden über die Behauptung der Herren von der christlichsozialen und gewerkschaftlichen Richtung, daß die Kandidatenliste nach den bisherigen Mitteilungen einen einseitig konservativ-agrarischen Charakter nach Art der alten Konservativen Partei trage. Das ist um so auffallender, weil allgemeine Übereinstimmung darin besteht, daß eine Ergänzung der Liste durch Erhöhung der Zahl der Arbeitervertreter auf etwa 6 und mehrere weibliche Kandidaturen notwendig ist. Im übrigen muß ich feststellen, daß das Gegenteil der aufgestellten Behauptungen richtig ist . . .“ (Westarp-Manuskript.)

³⁰³) „. . . Gerade der leidenschaftliche kleine Hartwig (Vorsitzender des Reichsarbeiterausschusses der DNVP, später Vorsitzender des deutschnationalen Arbeiterbundes; Anm. d. Verf.) neigte, wie mir schien, auch persönlich zu Mißtrauen, das dem Junker gegenüber die politische Spannung verschärfte . . .“ (Westarp-Manuskript.)

³⁰⁴) „. . . Dabei gaben auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik die neuen Verhältnisse keinen Anlaß, hinsichtlich der Grundsätze umzulernen, nach denen wir Konservativen die Arbeiterfrage behandelt hatten. Mir erwuchs vielmehr die Aufgabe, mit Vorurteilen aufzuräumen, die

gegen unsere grundsätzliche Einstellung zur Arbeiterfrage bestanden. Praktisch hatten wir die Landarbeiter im wesentlichen im nationalen Lager gehalten; in die industriellen Arbeitermassen hatten wir gar nicht eindringen können. Daran hatten uns in erster Linie agitatorische Mängel einer zu engen Parteiorganisation gehindert, die in den Verhältnissen der Vorkriegszeit begründet gewesen waren . . .“ (Westarp-Manuskript.)

³⁰⁵⁾ Vgl. Cuno Graf Westarp, Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches. Bd. II, S. 464/465.

³⁰⁶⁾ Westarp-Manuskript.

³⁰⁷⁾ „. . . Die parlamentarischen Führer der „Deutschvölkischen Partei“, zu der die zersplitterten antisemitischen Parteien im Kriegsreichstag zusammengeschlossen waren, Werner (Gießen) und Bruhn, hatten sich an der Gründung der DNVP beteiligt, Bruhn nicht, ohne sich ein Mandat zu sichern . . .“ (Westarp-Manuskript.)

³⁰⁸⁾ Vgl. Arthur Rosenberg, Geschichte der deutschen Republik. S. 130 ff.

³⁰⁹⁾ Vgl. E. J. Gumbel, Verräter verfallen der Feme. Berlin 1929.

³¹⁰⁾ „. . . Damals brachte die [völkische] Bewegung der DNVP namentlich aus den Großstädten und deren Vororten einen starken Zustrom . . .“ (Westarp-Manuskript.)

³¹¹⁾ Reichstagsbandbuch 1920, S. 235. Horkenbach, a.a.O., S. 679.

³¹²⁾ „. . . Die Schuld tragen nicht die Juden, sondern unsere höheren Offiziere bis zu Hindenburg hinauf. Das waren alles Scheißer, sonst hätten sich doch 3000 Mann unter einem energischen Führer gefunden, die eine derartige Schweinerei verhindert hätten . . .“ (Zitat in Rechtfertigungsschrift Henning.)

³¹³⁾ Henning nahm die Erinnerung an die Ermordung des deutschen Gesandten in Moskau, von Mirbach-Harff, am 6. Juli 1918 zum Anlaß seiner Ausfälle gegen den kurze Zeit später am 24. Juni 1922 von Rechtsradikalen ermordeten deutschen Außenminister:

„. . . Nicht etwa nur die kaiserliche deutsche Regierung, nein, die heutige glorreiche Republik hat vor dem Plenum des Reichstages versichert, die Sühne für den Gesandtenmord sei ein Ehrenpunkt für Deutschland, von dem sie nicht abgehe. — Kaum hat der internationale Jude Rathenau die deutsche Ehre in seinen Fingern, so ist davon nicht mehr die Rede. Herr Walter Rathenau, in seinem Schlosse Harff ruht der ermordete deutsche Gesandte — ungesühnt — und ihm zu Häupten steht die deutsche Ehre mit flammendem Schwert! — Die deutsche Ehre ist keine Schacherware für internationale Judenhände! In der Ehrenfrage der Völker aber liegt ein tiefer historischer Sinn und eine geschichtliche treibende Kraft — auch wenn Sie kein Verständnis dafür haben! Die deutsche Ehre wird gesühnt werden. Sie aber, Herr Rathenau, und Ihre Hinterleute werden vom deutschen Volke zur Rechenschaft gezogen werden, ‚sonst hätte‘ — um Ihre eigenen Worte zu gebrauchen — ‚die Weltgeschichte ihren Sinn verloren‘ . . .“ (Konservative Monatsschrift, 79. Jg. Juniheft 1922.)

³¹⁴⁾ Denkschrift Wulle.

³¹⁵⁾ „Zunächst sprach der Abg. Düringer, dann folgten zwei weitere Redner, die alle drei bisher meinen Namen überhaupt nicht erwähnt hatten. Sie forderten alle drei die Entfernung der Deutschvölkischen aus der Partei. Erst der dritte Redner kam am Schluß auf mich zu sprechen und kam nun auf einen geradezu kindlichen mir gemachten Vorwurf zurück, daß ich nämlich mir von Ehrhardt 1000 Mann geben lassen wolle, um Herrn von Seeckt auszuheben. Auch Hergt hat in der fraglichen Sitzung, wie ich aus Stichwortnotizen, die ich im Augenblick gemacht habe, feststellen kann, immer davon gesprochen, daß wir koalitionsfähig werden müssen, um in die Vorteile der Regierung zu kommen, gegen eine scharfe deutschvölkische Richtung Stellung genommen. Es richtet sich eben immer wieder gegen die Deutschvölkischen, nicht gegen mich, ich bin dabei nur Objekt. An Herrn von Graefe und Wulle traut man sich nicht heran, da mußte der bedeutungslose Henning herhalten, um den deutschvölkischen Flügel zu schwächen.

Die Entwicklung in unserer Partei ist ja ganz klar. Immer wieder mußten wir Deutschvölkischen mit unseren Wünschen zurückstehen. Erst auf dem Parteitag in Berlin, dann in Hannover,

dann in München und schließlich noch einmal auf der Vertreterversammlung in Berlin. Auf diesen 4 Etappen konnte man feststellen, wie allmählich der deutschvölkische Flügel stärker und stärker wurde, bis schließlich auf der Vertretertagung in Berlin wir Deutschvölkischen bei der ersten Abstimmung nur mit einer Stimme unterlagen. Dieses Wachsen war allen sichtbar geworden, aber wir waren nicht diejenigen, die die Partei sprengen wollten. Wir sind immer wieder zurückgetreten. Auf der anderen Seite dagegen haben Hergt, Helfferich, Schultz-Bromberg u. a. wiederholt mit dem Austritt aus der Partei gedroht, wenn unser Antrag zur deutschvölkischen Frage angenommen würde. So auch auf der erwähnten Berliner Parteivertretertagung, und durch diese Drohung wurde dort dann bei der zweiten Abstimmung gegen uns eine Mehrheit erzielt von etwa zwanzig Stimmen . . .“ (Rechtfertigungsschrift Henning.)

³¹⁶⁾ Graf Westarp an Geheimrat Knebusch, Brief vom 15. August 1922.

³¹⁷⁾ Graf Stillfried an Graf Westarp, Brief vom 9. August 1922.

³¹⁸⁾ Brief des Landesgeschäftsführers Potsdam II, Koennecke, an seinen Landesverbandsvorsitzenden Grafen Westarp vom 21. Juli 1922:

„. . . Waren die Austritte Düringer und Henning zu ertragen, so wird nunmehr die Lage gerade für unseren Landesverband nachgerade unerträglich. Zahlreiche Ortsgruppen und Kreisvereine haben deshalb die Einberufung einer engeren und weiteren Vorstandssitzung beantragt, und Stadtrat Steinhoff hat selbstverständlich als stellvertretender Vorsitzender diesen Wünschen zugestimmt. Von der Parteilitung sind nähere Weisungen noch nicht ergangen. Wir können aber, wenn wir uns nicht einem Druck von unten (d. h. von den Ortsgruppen und Kreisvereinen) aussetzen wollen, unmöglich abwarten, sondern müssen selbständig für ‚Beruhigung‘ sorgen . . . Ungeklärt scheint mir zunächst, was machen Wulle und von Graefe? Nehmen sie sogleich gegen die bisherige Deutschnationale Volkspartei Stellung oder nicht, und inwieweit ziehen sie dazu ihre Anhänger heran? . . .“

³¹⁹⁾ Der 2. Vorsitzende des zum Wahlkreis Hennings gehörenden Bezirksverbandes Osnabrück, Pfarrer Dr. Pfannkuche, schrieb darüber am 14. August 1922 an Graf Westarp:

„. . . Kurzum, man scheint im Parteivorstand bzw. in der Hauptgeschäftsstelle der Partei etwas eigenartige Vorstellungen über die Behandlung der angeschlossenen Parteiverbände zu haben . . . Versucht Berlin, auf geraden oder ungeraden Wegen, den Landesverband zu majorisieren, so ist eine Spaltung in unserm Landesverband unvermeidlich. Es werden sich dann deutschvölkische Sonderorganisationen bilden . . .

Henning hat es verstanden, gerade auf dem Lande und auch unter der Arbeiterschaft viel Vertrauen zu gewinnen. Dabei wird Hennings etwas einseitig antisemitischer Standpunkt keineswegs bei uns überall geteilt. Ich persönlich neige auch der Auffassung zu, daß es Henning allerdings noch etwas an der für einen führenden Politiker nötigen Ruhe und Besonnenheit fehlt . . .“

³²⁰⁾ „. . . Die Generalhetze gegen uns als die ‚Mörderpartei‘ hat augenscheinlich dort einen derartigen ‚Nervenverlust‘ zur Folge gehabt, daß wir uns allen Ernstes fragen müssen, ob dies die rechten Männer sind, die uns vertreten. Wir verstehen es einfach nicht, daß es möglich war, von einer ‚Säuberung‘ oder einem ‚Trennungsstrich‘ in unserer Partei zu sprechen. Hatte man denn so wenig politische Erfahrung in jahrelanger Parlamentstätigkeit gesammelt, daß man nicht voraussah, wie dieses Wort gegen uns ausgeschlachtet werden würde, daß man es zu einem Bekenntnis unserer moralischen Mitschuld an den Morden stempeln würde? . . .

Wir meinen, daß in diesem Augenblick höchster Gefahr für unsere Sache gegen einen Abgeordneten nur dann vorgegangen werden durfte, wenn erdrückende Beweise von Tatsachen vorlagen, für tatsächliche Beziehungen zu den Mörderorganisationen. Statt dessen gab man gewissermaßen dem Druck der Straße nach. Jede andere Partei, aber auch jede, hätte sogar Tatsachen unter allen Umständen abgeleugnet und alles getan, um ihre Feststellung zu erschweren. Man denke nur an die Haltung des Zentrums Erzberger gegenüber, die man sogar im Parteiinteresse noch nach seinem Tode durch die neuen Schutzgesetze für die Republik zu schützen suchte. Denn man wäscht dort nicht seine schmutzige Wäsche vor aller Welt, und man hat dort nicht die kindliche Auffassung, daß man der eigenen Sache nützt, wenn man nach den Ratschlägen seiner Gegner verfährt . . .

Die weitere Behandlung des Falles Henning hat gleichfalls große Empörung ausgelöst.

Statt die Vorsitzenden der Landesverbände zur Besprechung nach Berlin zu berufen, berief man die Geschäftsführer, hinterher hatte man dort selbst das Gefühl, einen groben Mißgriff getan zu haben, und entschuldigte ihn mit der zeitweisen Abwesenheit von drei führenden Persönlichkeiten. Ist denn die Parteileitung zu einem derartigen Wasserkopf ausgewachsen, daß man bei Abwesenheit von drei Menschen dort nicht mehr weiß, was sich gehört?

Auf dieser Versammlung am 26. Juli wurde den Geschäftsführern klipp und klar erklärt, daß sie die Auffassung der Hauptparteileitung unter allen Umständen zu vertreten hätten, d. h., daß wir alles, was dort geschieht, einfach als unanfechtbar hinzunehmen hätten.

Wir sind im Gegensatz dazu der Ansicht, daß die Landesverbände nicht das Organ der Hauptparteileitung, sondern daß diese das Organ der zusammengefaßten Landesverbände sind . . .

Der Parteivorstand möge sich darüber klar sein, daß die Einigkeit innerhalb der Partei nur dann wiederhergestellt werden kann, wenn alle Versuche unterbleiben, eine ihm nicht genehme Richtung auf der kommenden und den späteren Parteitagungen mundtot zu machen. Wir verlangen eine freie Aussprache und hierbei eine vollkommen gleichmäßige Behandlung aller verschiedenen Richtungen. Durch allerlei Regiekünste lassen wir uns in Zukunft nie wieder erdrosseln. Wird dies trotzdem versucht, so sind nicht wir es, so ist es die Parteileitung, die die Partei zerschlägt. Dahin darf es aber doch unter keinen Umständen kommen . . .“ (Graf Stillfried, einflußreiches Mitglied des Landesverbandes Mecklenburg, an Graf Westarp, Brief vom 9. August 1922.)

³²¹⁾ „Der Deutschnationale Angestelltenbund ist der einzige berufsständische Bund in der Deutschnationalen Volkspartei, der satzungsgemäß Juden von der Mitarbeit ausschließt. Trotzdem können wir in dem Ausscheiden des Abg. Henning eine ‚völkische Frage‘ nicht erblicken, denn als völkischer Führer kommt für uns der Abg. Henning nicht in Betracht, und zwar wegen seines im Widerspruch zum völkischen Gedanken stehenden Verhaltens gegenüber unseren sozialen und gewerkschaftlichen Forderungen, die ein Bestandteil des Parteiprogrammes sind. Eine Wiederaufnahme des Abgeordneten Henning in die Reichstagsfraktion würde deshalb bei uns stärkstes Befremden auslösen.“ (Stellungnahme der Landesgruppe Groß-Berlin vom 8. September 1922).

³²²⁾ „. . . Er würde sogar in einer etwaigen Rückkehr des Abgeordneten Henning in die Fraktion eine schwere Gefährdung der bislang so erfolgreichen sozialpolitischen Arbeit der Deutschnationalen Volkspartei erblicken . . .“

³²³⁾ „. . . Die Parteivertretung hat in ihrer vorigen Tagung die Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der gegen den Abg. Henning erhobenen Vorwürfe beschlossen mit dem ausdrücklichen Auftrage, auch die rein politische Seite der Frage in den Bereich der Untersuchung zu ziehen. Nachdem dieser Ausschub das Ergebnis seiner Prüfung dem Parteivorstand unterbreitet hat, hat die Reichstagsfraktion unter Zustimmung des Parteivorstandes die Lösung der Fraktionsgemeinschaft gegenüber dem Abg. Henning beschlossen. Der Parteivertretertag nimmt hiervon Kenntnis und erachtet die Angelegenheit damit für erledigt. Mit der nach wie vor deutschvölkischen Einstellung der Partei hat diese Erledigung nicht das geringste zu tun . . .“ (Deutsche Zeitung Nr. 412 vom 16. September 1922.)

³²⁴⁾ Korrespondenz der DNVP Nr. 237 vom 14. Oktober 1919.

³²⁵⁾ Westarp-Manuskript.

³²⁶⁾ Handbuch der verfassunggebenden Nationalversammlung 1919, S. 165.

³²⁷⁾ Westarp-Manuskript.

³²⁸⁾ Mecklenburger Warte Nr. 258 vom 4. November 1922.

³²⁹⁾ Dr. Everling an Graf Westarp, Brief vom 25. Juli 1922.

³³⁰⁾ Nach einer Äußerung von Wulle, die von Koennecke, Landesgeschäftsführer Potsdam II, in seinem Brief vom 25. Juli 1922 dem Grafen Westarp weitergegeben wurde.

³³¹⁾ „. . . Wir haben nach unserer festen Überzeugung sowohl durch unsere Reden wie durch unser fast die Grenzen des für uns Erträglichen überschreitendes Entgegenkommen bei den Vermittlungsverhandlungen auf dem Parteivertretertag bewiesen, wie weit wir bereit waren

und sind, Opfer im Interesse der Geschlossenheit der Partei zu bringen. Wir haben auch in jedem Stadium der Verhandlungen klar erkennen lassen, daß wir bei allen im Fall Henning unsererseits unternommenen Schritten stets in dem guten Glauben gehandelt haben, der Gerechtigkeit und darum dem Wohle der Partei zu dienen, und daß wir darum auf keinerlei Vermittlungen eingehen könnten, die eine Demütigung oder eine sachliche Zurücknahme unserer bisherigen Haltung bedeuten würden. Nachdem infolge der Vertrauenskundgebung für uns seitens einer ganzen Reihe geschlossener Landesverbände (und gerade der zahlenmäßig besonders starken) sowie sonstiger sehr beachtlicher Parteifreunde auf dem Vertretertag zwar der schwer kränkende Antrag Rogge zurückgezogen war, verblieben auch in dem an seine Stelle getretenen Antrag Otto noch Zumutungen an uns, deren Erfüllung uns an sich unmöglich gewesen wäre. Wir lassen jedoch dahingestellt, ob etwa weitere Verhandlungen darüber denkbar gewesen wären, namentlich wenn man uns die unsererseits verlangte Gegenseitigkeit der Erklärung des Bedauerns über Vorgänge, die als Kränkung auf der einen oder anderen Seite empfunden worden sind, zugesichert hätte.

Wir haben aber nun zu unserem Bedauern den Eindruck gewinnen müssen, daß die Parteileitung solchen Versuch zu einer Einigung nicht gewünscht hat, denn sonst würde sie keinesfalls den Antrag Otto veröffentlicht haben, ehe überhaupt eine Erklärung von unserer Seite dazu vorgelegen hat. Wir stellen fest, daß durch diesen Schritt Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei, deren Beilegung noch von vielen Seiten ausgesprochenermaßen gewünscht wurde, vor das Forum der allgemeinen Öffentlichkeit gebracht worden sind. In dieser Haltung der Parteileitung können wir nur die Absicht erkennen, entweder ein Zusammenkommen mit uns überhaupt zu verhindern, oder aber es von einer öffentlichen Demütigung unsererseits abhängig zu machen, die uns politisch das Rückgrat brechen müßte. Eine solche Demütigung lehnen wir nochmals in aller Form ab, wenn wir auch selbstverständlich eine in den Grenzen persönlicher Selbstachtung gehaltene Parteidisziplin durchaus anerkennen.

Wir wiederholen deshalb (unter Abänderung eines mißverständlichen Ausdrucks) die bereits auf dem Vertretertag angebotene Erklärung, an der wir grundsätzlich festhalten:

„Wir haben bei der Behandlung des Falles Henning die Absicht gehabt, der Gerechtigkeit und der Beruhigung in den Kreisen der streng völkisch gerichteten Parteimitglieder zu dienen. Sollte ohne unseren Willen dabei irgendeine Schädigung der Partei eingetreten oder persönliche Kränkungen empfunden worden sein, so bedauern wir diese von uns nicht gewünschte Wirkung. — Nachdem uns die Sicherheit gegeben ist, daß die zuständigen Landesverbände sich selbst des Falles Henning annehmen werden und nachdem wir gesehen haben, daß eine ständig steigende große Zahl unserer Parteifreunde bei unserer Arbeit für die völkischen Ziele hinter uns steht, erklären wir uns unsererseits zur weiteren Mitarbeit in Partei und Reichstagsfraktion bereit.“

Nur auf solcher Grundlage erscheint uns eine völkische Beilegung der Meinungsverschiedenheiten möglich, vorausgesetzt, daß auch uns die vorbezeichnete Genugtuung von der anderen Seite zugesichert wird . . .“

(Von Graefe in der Deutschen Zeitung vom 23. September 1922.)

³³²⁾ „. . . Es haben sich sofort größtenteils recht beachtliche Persönlichkeiten als Vertrauensleute für sehr viele Teile des Reiches zur Verfügung gestellt. Die Konstituierung hat offiziell stattgefunden, wir haben gestern gleich eine Sitzung des engeren Vorstandes gehabt, und ich glaube, der weitere Ausbau ist gut im Gange. Ich selbst habe mich [in] sehr aufrichtig gemeinter Weise stark dagegen gestemmt, daß man mich in diesem Stadium zum vorläufigen Vorsitzenden gewählt hat, weil dadurch manche mißverständliche Eindrücke über Zweck und Ziele der Gründung unvermeidlich werden, aber man hat mich gewissermaßen dazu ‚gezwungen‘, und nun werde ich auch meine bescheidene Persönlichkeit mit ganzer Kraft für die Sache einsetzen . . .“
(Von Graefe an Graf Westarp, Brief vom 17. September 1922.)

³³³⁾ Früher Landesgeschäftsführer in Schlesien, später Gauleiter der NSDAP.

³³⁴⁾ „. . . Der Bestand einer deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft innerhalb der DNVP, die eigene Organisationen im Lande unterhält, ist mit den Lebensinteressen der Partei unvereinbar, weil sie deren Einheit und Geschlossenheit zersetzen würde. Er ist unter den gegebenen Verhältnissen um so bedenklicher, als dadurch der Eindruck der Aufwerfung einer grundsätz-

lichen Streitfrage innerhalb der Partei erweckt wird. Der völkische Standpunkt der Partei steht fest. Verschiedene Auffassungen über seine praktische und theoretische Durchführung können nur im Rahmen der ordentlichen Parteigliederungen geklärt werden. Für grundsätzliche Ausarbeitung und Vertiefung des völkischen Gedankens ist ein völkischer Ausschuß beim Parteivorstand gemäß Abs. 12 der Parteisatzung zu bilden . . .“

³³⁵⁾ Brief am 11. Oktober 1922 von der Hauptgeschäftsstelle als Abzug an die Mitglieder des Parteivorstandes, der Reichstagsfraktion und an die Vorsitzenden der Landesverbände versandt.

³³⁶⁾ „. . . Sofern die zuständigen Parteinstanzen dem am 29. September gefaßten Beschlusse des Parteivorstandes, wonach der Bestand einer deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft innerhalb der DNVP als unvereinbar mit den Lebensinteressen der Partei erklärt wird, beitreten sollten, erkennen wir an, daß ein Festhalten an solcher Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei in Opposition gegen diese offiziellen Parteibeschlüsse dem Grundsatz der Parteidisziplin widersprechen würde. In diesem Falle muß nach unserer Überzeugung die völkische Arbeitsgemeinschaft sich zu einer nicht in den Rahmen der Parteiorganisation eingegliederten besonderen Gemeinschaft umgestalten. In erster Linie würde die bestehende rein politische Organisation der Konservativen als Parallele für diese Form gelten können, aber auch andere selbständige, nicht organisch mit der Partei verbundene Gliederungen, die z. B. neben einem wirtschaftlichen einen hochpolitischen Charakter tragen, werden von den Deutschnationalen durchaus als Verbündete und befreundete Stoßtrupps für bestimmte Zwecke betrachtet und ihr Einfluß auf die Politik der Partei darum weitgehend geduldet, ja besonders gepflegt.

Ein gleiches freundschaftliches Verhältnis zur DNVP würde für die Deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft schon dadurch gesichert erscheinen, daß ihre innere Aufgabe nach wie vor grundsätzlich in erster Linie dem Zweck dienen soll, zur Vermeidung etwaiger Spaltungstrennungen vor allem die streng völkischen z. Z. vielfach sehr beunruhigten Kreise der deutschnationalen Einheitsfront zu erhalten und diese noch möglichst zu erweitern. Abgesehen von der Aufrechterhaltung dieser zielmäßigen, inneren, von unserer Seite ehrlich erstrebten moralischen Verbundenheit mit der Partei, deren Vertrauen wir durch den Erfolg unserer loyalen Arbeit zu gewinnen hoffen dürfen, würden mit dem formellen äußerlichen Band die Legitimation für eine ablehnende Stellungnahme der Partei gegenüber der selbständigen, außerhalb von ihr bestehenden Organisation und auch die momentan gehegten innerlichen Bedenken der Parteileitung fortfallen, denn es läge keinerlei Veranlassung für sie mehr vor, sich dieser Gemeinschaft gegenüber anders zu stellen, als gegenüber der konservativen Organisation und den anderen erwähnten Gemeinschaften.

Wir sind, wenn die im Eingangssatze ausgesprochene Situation eintreten sollte, bereit, uns für eine dementsprechende Umbildung der völkischen Arbeitsgemeinschaft einzusetzen und sofern wir bei solchem Bestreben Erfolg nicht haben sollten, für unsere Personen daraus die loyalen Konsequenzen zu ziehen.

gez. A. v. Graefe-Goldebee gez. R. Wulle“

(Von der Hauptgeschäftsstelle am 11. Oktober 1922 als Abzug an die Mitglieder des Parteivorstandes, der Reichstagsfraktion und an die Vorsitzenden der Landesverbände versandt.)

³³⁷⁾ Deutsche Zeitung vom 22. Oktober 1922.

³³⁸⁾ Vgl. seinen Artikel in der Kreuzzeitung vom 23. Oktober 1922: Der Abgeordnete v. Graefe und die DNVP.

³³⁹⁾ Mecklenburger Warte Nr. 258 vom 4. November 1922.

³⁴⁰⁾ Deutsche Zeitung Nr. 278 vom 25. Oktober 1922.

³⁴¹⁾ Vorwärts Nr. 507 vom 26. Oktober 1922.

³⁴²⁾ Der Görlitzer Parteitag, Flugblatt, herausgegeben von der Völkischen Arbeitsgemeinschaft.

³⁴³⁾ Berliner Tageblatt Nr. 489 vom 28. Oktober 1922.

³⁴⁴⁾ Vossische Zeitung Nr. 511 vom 28. Oktober 1922.

³⁴⁵⁾ Zitat aus dem in Anm. 346 erwähnten Brief, in dem der Text der Neuen Preußischen (Kreuz-)Zeitung Nr. 485 vom 29. Oktober 1922 richtiggestellt wird.

³⁴⁶⁾ Graf Westarp an von Graefe, Brief vom 2. November 1922.

³⁴⁷⁾ Albrecht von Graefe an Graf Westarp, Brief vom 4. November 1922.

³⁴⁸⁾ Vossische Zeitung Nr. 315 vom 29. Oktober 1922 (Berichterstatte Carl Misch):

„. . . Das Schiffelein des deutschnationalen Parteitages ist schließlich doch über alle Klippen hinweg in den Hafen gesteuert worden. ‚Herr Hergt, der stand am Steuerrad und hielt gar trefflich Kurs!‘ In noch nicht ganz vier Stunden wurde der Arbeitsstoff des zweiten Tages bewältigt, soweit dabei von Arbeit überhaupt die Rede sein kann. Die Anträge und Resolutionen wurden nur zum kleinsten Teil verlesen — 15 offenbar nicht uninteressante politische Anträge versanken im Orkus der Verweisungen ‚an die zuständigen Fraktionen‘, unter ohnmächtigem Widerspruch der in die hinterste Saalecke gequetschten Völkischen! Abgestimmt wurde ohne Diskussion en bloc durch Handaufheben. Die Arbeit war also komprimiert. Exerziert und geschliffen hatte man am Freitagabend (27. Oktober) in der geschlossenen Sitzung. Der Öffentlichkeit führte man nun eine Parade im Potsdamer Stechschritt vor . . .

Dann spricht zum Schluß Helferich, anfeuernd, nicht staatsmännisch-politisch, aber im Agitatorischen doch Zurückhaltung wärend. Hergt führte den im Beifallssturm abtretenden Helferich dann noch einmal dem Volke vor. Während regiemäßig von überall her Schlußrufe erschallen, springt einer der Delegierten auf den Stuhl und bringt ein Hoch auf den Parteichef Hergt aus, das Hergt aufnimmt und erweitert zu dem Ruf: ‚Es lebe das Viermännerkollegium, es leben unsere Führer und die ganze DNVP!‘

Das deutsche Vaterland vergaß man. Es ging zu rasch, man wollte Schluß machen, ehe die Völkischen störten . . .“

³⁴⁹⁾ Hilpert-Manuskript, Band IV.

³⁵⁰⁾ Hilpert-Manuskript, Band IV: „. . . In diesem Falle aber stand zuviel auf dem Spiele; in Bayern waren noch immer zuviel Waffen vorhanden, zu viele nationale Kräfte in aktiver Bewegung, als daß ich sie den Verfolgern durch das Republikschutzgesetz hätte überantworten dürften . . .“

³⁵¹⁾ „. . . Es fanden trotz der am laufenden Band verübten Verrätereien der Linken keine Waffenschnüffeleien in Bayern statt, es wurden keine Waffenlager ausgehoben, es gab keine hochnotpeinlichen Prozesse ‚wegen Untergrabung der Staatsform‘, es wurden keine Treibjagden auf ‚Hochverräter‘ veranstaltet, es kam zu keinerlei Verfolgungen der Wehrverbände und der Nationalsozialistischen Partei, die sich im Gegenteil gerade in dieser Zeit unter unserem Schutze völlig ungehindert ausbreiten konnte . . .“ (Hilpert-Manuskript, Band IV.)

³⁵²⁾ „. . . Es dürfte daher kaum fraglich sein, ob die Entwicklung im nationalen Sinne in Bayern so ruhig vor sich gegangen wäre, wenn wir uns damals nicht in die Bresche geworfen hätten, wenn also infolge unseres Versagens die Dinge auch in Bayern in die Richtung einer immer größeren ‚Homogenität‘ mit der Berliner Regierung sich bewegt hätten. Diese Übereinstimmung in den nach links gerichteten Zielen unter allen Umständen, auch um den Preis der eigenen Popularität, zu verhindern, war fortan der Hauptbeweggrund für das Verbleiben in der bayerischen Regierungskoalition, so schwer es mir auch manchmal fallen mochte . . .“ (Hilpert-Manuskript, Band IV.)

³⁵³⁾ Gemeint sind die Versammlung des Münchener Kreisvereins vom 25. August 1922 und der Vorsitzende von Xylander.

³⁵⁴⁾ Bei rund 2500 Mitgliedern sprachen sich in der Versammlung 66 für und 22 gegen Xylander aus (Hilpert-Manuskript, Bd. IV).

³⁵⁵⁾ Hilpert-Manuskript, Band IV.

³⁵⁶⁾ Hilpert-Manuskript, Band IV.

³⁵⁷⁾ Norddeutsche Rundschau vom 3. April 1924.

³⁵⁸⁾ Nationale Rundschau vom 1. September 1923.

³⁵⁹⁾ Nationale Rundschau vom 20. September 1923.

³⁶⁰⁾ Nationale Rundschau vom 9. Oktober 1923.

³⁶¹⁾ „. . . Man hat uns die allgemeine Wehrpflicht genommen, die jedes deutschen Jünglings schönstes und heiligstes Recht war, aber man kann und soll uns niemals nehmen den Geist der Wehrhaftigkeit . . .“ (H. O. Sieveking in der Norddeutschen Rundschau vom 1. Dezember 1923.) ;

³⁶²⁾ „. . . Erhebt wieder die schwarzweißrote Flagge und verteidigt Kaiserthron und Kaisergedanken. Seid bereit für den Sproß des Hohenzollernhauses, der einst kommen wird . . .“ (Der Hamburger Landesvorsitzende Dr. Lienau in seiner Begrüßung des außerordentlichen Reichsparteitages in Hamburg am 31. März 1924. Norddeutsche Rundschau vom 2. April 1924.)

³⁶³⁾ Vgl. Programmrede Hergts auf dem außerordentlichen Reichsparteitag der DNVP in Hamburg (1924). Norddeutsche Rundschau vom 3. April 1924.

³⁶⁴⁾ Korrespondenz der DNVP Nr. 48 vom 14. April 1924.

³⁶⁵⁾ Korrespondenz der DNVP Nr. 52 vom 19. April 1924.

³⁶⁶⁾ Korrespondenz der DNVP Nr. 53 vom 22. April 1924.

³⁶⁷⁾ Graf Seidlitz an Graf Westarp, Brief vom 14. April 1924.

³⁶⁸⁾ Norddeutsche Rundschau vom 3. April 1924.

³⁶⁹⁾ Vgl. Nationale Rundschau vom 26. April 1924: Artikel von Prof. von Freytagh-Loringhoven, Darf die deutsche Reichsregierung annehmen? und Nationale Rundschau vom 14. Mai 1924: Artikel von Graf Westarp, Die DNVP und das Sachverständigengutachten.

³⁷⁰⁾ Helfferich wurde am 22. April 1924 das Opfer eines Eisenbahnunglückes bei Bellinzona.

³⁷¹⁾ Nach der Korrespondenz der DNVP Nr. 60 vom 30. April 1924.

³⁷²⁾ Nach der Korrespondenz der DNVP Nrn. 81 und 82 vom 17. und 18. Juni 1924.

³⁷³⁾ Vgl. Deutscher Reichsanzeiger Nr. 107 vom 6. Mai 1924 und Korrespondenz der DNVP Nr. 70 vom 20. Mai 1924.

³⁷⁴⁾ Nationale Rundschau vom 12. Mai 1924.

³⁷⁵⁾ Nationale Rundschau vom 9. Mai 1924.

³⁷⁶⁾ Vgl. Nationale Rundschau vom 11. Mai 1924.

³⁷⁷⁾ Nationale Rundschau vom 14. Mai 1924.

³⁷⁸⁾ Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung vom 17. Mai 1924.

³⁷⁹⁾ Nationale Rundschau vom 31. Mai 1924. Vgl. auch Stampfer, a.a.O., S. 409.

³⁸⁰⁾ Prof. von Freytagh-Loringhoven schrieb in der Nationalen Rundschau vom 4. Juni 1924: „. . . Die Deutschnationalen halten fest an der Tirpitzlösung, sie halten fest an der grundsätzlichen Verwerfung des Gutachtens, sie bleiben dabei, daß Hand in Hand mit der Säuberung des Reiches die Säuberung in Preußen gehen müsse . . .“

³⁸¹⁾ In der Frauenkorrespondenz für nationale Zeitungen Nr. 27 vom 9. Juli 1924 heißt es z. B.: „. . . Wer den Sachverständigenbericht vorbehaltlos annimmt, wiederholt die Lüge von Deutschlands Schuld am Kriege . . .“

³⁸²⁾ Nationale Rundschau vom 24. Juli 1924: „Die sieben Forderungen der Deutschnationalen: . . .

1. An den Verhandlungen der Londoner Konferenz darf die deutsche Regierung nur teilnehmen, wenn sie nicht zur Entgegennahme eines Diktats zugezogen, sondern als gleichberechtigter Teilnehmer an den Verhandlungen eingeladen wird.

2. Alle von den Besatzungsbehörden während und nach dem Ruhreinbruch verhafteten und verurteilten Gefangenen sind sofort freizugeben, alle aus dem alt- und neubesetzten Gebiet Ausgewiesenen sind in die Heimat zurückzuführen und ihre Rechte wiederherzustellen.

3. Die Einbruchs- und sogenannten Sanktionsgebiete sind sämtlich unverzüglich wirtschaftlich freizugeben und militärisch zu räumen.

4. Für das altbesetzte Gebiet ist unverzüglich die wirtschaftliche und Verwaltungs-Hoheit des Deutschen Reiches einschließlich der vollen Einheitlichkeit des Eisenbahnnetzes wiederherzustellen und die Anerkennung zu sichern, daß die Fristen für die Räumung mit dem 10. Januar 1920 zu laufen begonnen haben.

5. Deutschland muß gegen zukünftige sogenannte Sanktionen in jeder Form gesichert sein.

6. Forderungen, die nicht wirklich erfüllt werden können oder die gegen die Würde und Unabhängigkeit Deutschlands verstoßen, dürfen nicht zugestanden werden.

7. Das der Wahrheit widersprechende Schuldbekennnis des Artikels 4 des Versailler Vertrages ist in aller Form zu widerrufen . . .“

³⁸³) Der Landesverband Lübeck z. B. „. . . ist entrüstet über den schmählichen Ausgang der Londoner Verhandlungen. Die Annahme der Forderungen, diktiert von französischem Starrsinn und angelsächsischer Selbstsucht, ist mit deutscher Ehre und Selbstachtung unvereinbar. Wir sind der Gewißheit, daß unsere Reichstagsfraktion einzig der Stimme des deutschen Gewissens folgen, im Widerstand zur Regierung und der hinter ihr stehenden Parteien verharren wird . . .“

³⁸⁴) Hergt an den Landesverband Ostpreußen, Schreiben vom 9. September 1924.

³⁸⁵) Hergt an den Landesverband Ostpreußen, Schreiben vom 9. September 1924.

³⁸⁶) Nationale Rundschau vom 20. August 1924.

³⁸⁷) „. . . Der Beschluß räumt endgültig auf mit allen Schauermärchen von der zweideutigen und wankelmütigen Haltung der Deutschnationalen, wie sie oft in der linksstehenden Presse und auch in den Herrn Stresemann nahestehenden Blättern prophezeit worden ist . . .“ (Nationale Rundschau vom 22. August 1924.)

³⁸⁸) „. . . Die Deutschnationalen sind nun einmal festgelegt. Sie sind Sklaven ihrer großen Worte . . . Sie werden fest bleiben, weil dazu immer noch weniger Mut gehört als zur Umkehr . . .“ (Vossische Zeitung Nr. 399 vom 22. August 1924.)

³⁸⁹) Vgl. Berliner Tageblatt Nr. 398 vom 22. August 1924.

³⁹⁰) Z. B. drahtete für den stärksten deutschnationalen Landesverband, Pommern, dessen Vorsitzender Malkewitz am 18. August 1924 an die Reichstagsfraktion: „Die Deutschnationale Volkspartei Pommerns erwartet in Übereinstimmung mit dem Pommerschen Landbund nunmehr unter völliger Würdigung der Sachlage rücksichtslose Ablehnung des einem zweiten Versailler Diktat gleichenden Londoner Abkommens und bleibt hierauf bestehen, komme, was da wolle.“

³⁹¹) Hergt an den Landesverband Ostpreußen, Schreiben vom 9. September 1924.

³⁹²) Die Industrie sollte mit 5 Milliarden Mark erststellig hypothekarisch sichergestellter Obligationen haften, die jährlich mit 5% zu verzinsen und mit 1% zu tilgen waren.

³⁹³) Im Präsidium des Reichsverbandes sprachen sich vor allem Hugenberg, Thyssen, Borsig und Reusch gegen die Annahme aus, die überwiegende Mehrheit stimmte jedoch zu (Schriftliche Mitteilung von Dr. Meesmann vom 19. November 1923.)

³⁹⁴) Hilpert-Manuskript, Teil VII.

³⁹⁵) Reichslandbund Nr. 23 vom 7. Juni 1924.

³⁹⁶) Reichslandbund Nr. 33 vom 16. August 1924.

³⁹⁷) „. . . Der Reichslandbund, der bisher den Trommler der Protestbewegung abgegeben hatte, läßt den Wirbel anscheinend schwächer und schwächer werden . . . Die Agrarier brauchen Geld. Die Agrarier brauchen Kredite. Die Agrarier brauchen die Rentenmark, um kurzfristige Kredite in langfristige umzuwandeln . . .“ (Berliner Tageblatt Nr. 401 vom 23. August 1924.)

³⁹⁸) Berliner Tageblatt Nrn. 394 und 407 vom 20. und 27. August 1924. Deutsche Tageszeitung Nr. 392 vom 21. August 1924. Vossische Zeitung Nr. 403 vom 25. August 1924.

³⁹⁹⁾ Reichslandbund Nr. 9 vom 1. März 1924.

⁴⁰⁰⁾ „. . . Als die Stunde der Entscheidung schlug, ist gerade von Landbundseite ein starker Druck auf die DNVP erfolgt, der auf eine Annahme der Dawesgesetze hinzielte, während die offizielle Parole der Bundesleitung für die dem Bund angehörenden Reichstagsmitglieder die Abstimmung freigab . . .“ (Hilpert-Manuskript, Band VII.)

⁴⁰¹⁾ Nationale Rundschau vom 26. August 1924.

⁴⁰²⁾ Hergt an den Landesverband Ostpreußen, Schreiben vom 9. September 1924.

⁴⁰³⁾ „. . . Nichts ist charakteristischer für die Rede des deutschnationalen Führers als die Verschiedenheit der Schlußfolgerungen, die bei den Parteien aus ihr gezogen wurden. Während die einen meinten, es sei nach dieser Rede nicht mehr daran zu zweifeln, daß die Deutschnationalen gegen das Gesetz über die Londoner Konferenz stimmen werden, urteilen die andern dahin, daß die Rede im ganzen zwar ein Plädoyer für die Ablehnung gewesen sei, aber den Deutschnationalen die ‚Ja‘-Tür doch noch offengelassen habe . . .“ (Vossische Zeitung Nr. 405 vom 26. August 1924.)

⁴⁰⁴⁾ Vossische Zeitung Nrn. 407 und 411 vom 27. und 29. August 1924.

⁴⁰⁵⁾ Hergt an den Landesverband Ostpreußen, Schreiben vom 9. September 1924, s. Anm. 449. Vgl. dazu auch das Berliner Tageblatt Nr. 406 vom 27. August 1924: „. . . Wie aber sollen die Deutschnationalen, wenn es zu einer Auflösung des Reichstages kommt, einen einheitlichen, auf ein krasses Nein abgestimmten Wahlkampf führen? Die Partei würde darüber zerbrechen. Sie hat heute nur noch zwischen dem kleineren oder dem größeren Übel zu wählen. Entweder lehnt sie das Dawes-Gesetz ab. Dann wird der Reichstag aufgelöst und der Feuerbrand in das eigene Lager geworfen. Dann setzt die Massenflucht nicht nur der städtischen, sondern auch der ländlichen Wähler ein, die sich um ihre Kredite betrogen fühlen, dann ist die Schutzzollvorlage ein bon mot von gestern. Dann schrumpfen die Deutschnationalen aller Voraussicht nach zu einer Gruppe zusammen, die in einigen Droschken bequem untergebracht werden kann. Oder die Deutschnationalen entschließen sich, halb oder ganz umzufallen. Dann retten sie ihren gegenwärtigen Mandatsbestand und können hoffen, daß nach vier Jahren der Bruch ihres Rückgrates von ihren Wählern wieder einigermaßen vergessen ist . . .“

⁴⁰⁶⁾ Hilpert-Manuskript, Teil VII. Das Berliner Tageblatt Nr. 408 vom 28. August 1924 weiß zu berichten, daß diese deutschnationalen Abgeordneten gemeinsam mit den Nationalsozialisten beratschlagen wollten, „wie man die gesamte deutschnationale Fraktion auf eine Ablehnung festnageln könne“.

⁴⁰⁷⁾ Nationale Rundschau vom 28. August 1924.

⁴⁰⁸⁾ Berliner Tageblatt Nr. 408 vom 28. August 1924.

⁴⁰⁹⁾ Schon am 24. August 1924 hatte die dem rechten Flügel der DVP nahestehende Berliner Börsenzeitung in ihrer Nr. 397 geschrieben: „. . . Es scheint uns Aufgabe der DVP zu sein, Verhandlungen mit den Deutschnationalen einzuleiten . . .“

⁴¹⁰⁾ Hergt an den Landesverband Ostpreußen, Schreiben vom 9. September 1924.

⁴¹¹⁾ Vossische Zeitung Nr. 411 vom 29. August 1924.

⁴¹²⁾ Hergt an den Landesverband Ostpreußen, Schreiben vom 9. September 1924.

⁴¹³⁾ Vgl. z. B. Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung vom 29. August 1924.

⁴¹⁴⁾ Vgl. Vossische Zeitung Nr. 410 vom 29. August 1924.

⁴¹⁵⁾ Deutsche Zeitung vom 29. August 1924.

⁴¹⁶⁾ „. . . Und nun stehen die Deutschnationalen vor der Entscheidung, ob sie nach der Ablehnung dieses Kuhhandels durch das Zentrum mit ‚Ja‘ oder mit ‚Nein‘ stimmen sollen. Stimmen sie mit ‚Nein‘, dann sind ihre Motive klar, dann bringen sie das Werk von London zum Scheitern, nur weil Hergt nicht Reichskanzler wird. — Stimmen sie mit ‚Ja‘, dann räumen sie dadurch selbst ein, daß ihre bisherige Ablehnung nicht von nationalen Bedenken bestimmt wurde. Auf jeden Fall sind sie demaskiert . . .“ (Vossische Zeitung Nr. 411 vom 29. August 1924.)

„... Nie zuvor hat man die höchsten nationalen Interessen so zu einem unwürdigen Schacher-
geschäft mißbraucht. Nie zuvor wurden ‚Ehrenpunkte‘ und die angeblich tiefsten patriotischen
Bedenken so gegen Ministerportefeuilles und Zollbegünstigungen feilgeboten ...“ (Berliner
Tageblatt Nr. 410 vom 29. August 1924.)

⁴¹⁷⁾ Berliner Tageblatt Nr. 410 vom 29. August 1924.

⁴¹⁸⁾ A.o.O.

⁴¹⁹⁾ „... Bis zum letzten Tage hat die gesamte deutschnationale Presse erklärt, daß nur ein
‚Nein‘ von der Fraktion zu erwarten sei ...“ (Graf Eulenburg an Graf Westarp, Brief vom
5. September 1924.)

⁴²⁰⁾ Vossische Zeitung Nr. 412 vom 30. August 1924. — Die weiteren Zitate diese Kapitels,
soweit nicht gesondert belegt, folgen sämtlich dieser Quelle.

⁴²¹⁾ „... Hier entstand der Riß, der sich auch in Pommern nicht wieder schloß und eine
Krise herbeiführte, von der sich auch die pommersche Organisation nicht wieder erholt hat.
Nach außen war die pommersche Haltung bei der Dawes-Abstimmung geschlossen, nämlich
Nein. Mit dieser Zeit datiert aber die scharfe Ablehnung aller Ja-Sager außerhalb Pommerns,
die sich bis zum Ende der Partei erhalten hat ...“ (Schriftliche Mitteilung von Staatssekretär
z. D. Passarge vom 2. November 1953.)

⁴²²⁾ Dem verfassungsändernden Reichsbahngesetz stimmten am 29. August 1924 die folgenden
Mitglieder der deutschnationalen Reichstagsfraktion zu:

<i>Name</i>	<i>Wahlkreis</i>	<i>Beruf</i>	<i>Konfession</i>
1. Bachmann	Franken	Landwirt	ev.
2. Baecker	Reichsliste	Chefredakteur	ev.
3. Dr. Barth	Chemnitz-Zwickau	Amtsgerichtsrat	ev.
4. Bazille	Württemberg	Staatspräsident	ev.
5. Behrens	Ostpreußen	Arbeitersekretär	ev.
6. Biener	Chemnitz-Zwickau	Bäckerobermeister	ev.
7. Fürst Bismarck	Weser-Ems	Landwirt	ev.
8. Christ	Hessen-Nassau	Landwirt	ev.
9. Döbrich	Thüringen	Landwirt	ev.
10. Domsch	Dresden-Bautzen	Gutsbesitzer	ev.
11. Dorsch	Hessen-Darmstadt	Landwirt	ev.
12. Dr. von Dryander	Düsseldorf-West	Geh. Oberregierungsrat	ev.
13. Fletcher	Ostpreußen	Major a. D.	ev.
14. Dr. Gereke	Merseburg	Gutsbesitzer	ev.
15. Glaser	Reichsliste	Landwirt	ev.
16. Hänse	Thüringen	Landwirt	ev.
17. Hartwig	Hessen-Nassau	Arbeitersekretär	ev.
18. Hartz	Weser-Ems	Gauvorsteher (DHV)	ev.
19. Dr. Hoetzsch	Leipzig	Universitätsprofessor	ev.
20. Hülser	Breslau	Arbeitersekretär	ev.
21. Julier	Baden	Landwirt	kath.
22. von Kemnitz	Frankfurt/Oder	Gesandter z. V.	ev.
23. Dr. von Keudell	Frankfurt/Oder	Gutsbesitzer	ev.
24. Dr. Klönne	Reichsliste	Fabrikant	kath.
25. Koch	Düsseldorf-Ost	Arbeitersekretär	ev.
26. Krüger	Potsdam I	Landwirt	ev.
27. Lambach	Reichsliste	Verbandsgeschäftsführer (DHV)	ev.
28. Dr. Lejeune-Jung	Breslau	Syndikus	kath.
29. Leopold	Merseburg	Bergwerksdirektor	ev.
30. Lindner	Frankfurt/Oder	Arbeiterbundgeschäftsführer	ev.
31. Dr. Maretzky	Reichsliste	Bürgermeister a. D.	ev.
32. Graf von Merveldt	Reichsliste	Regierungspräsident z. V.	ev.

<i>Name</i>	<i>Wahlkreis</i>	<i>Beruf</i>	<i>Konfession</i>
33. D. Mumm	Westfalen-Süd	Pfarrer	ev.
34. Neuhaus	Düsseldorf-Ost	Fabrikant	ev.
35. Paul	Dresden-Bautzen	Baurat	ev.
36. Dr. Reichert	Dresden-Bautzen	Syndikus	ev.
37. Freiherr von Richthofen	Breslau	Gutsbesitzer	ev.
38. Rippel	Westfalen-Süd	Verlagsbuchhändler	ev.
39. Sachs	Franken	Geheimrat	ev.
40. Schröter	Liegnitz	Landwirt	ev.
41. Siller	Württemberg	Gutsbesitzer	ev.
42. Dr. Spahn	Reichsliste	Universitätsprofessor	kath.
43. Dr. Schenk Freiherr v. Stauffenberg	Württemberg	Gutsbesitzer	kath.
44. Dr. Strathmann	Franken	Universitätsprofessor	ev.
45. von Tirpitz	Oberbayern	Großadmiral	ev.
46. Veidt	Hessen-Nassau	Pfarrer	ev.
47. Vogt	Württemberg	Ökonomierat	ev.
48. Wallraf	Köln	Staatsminister a. D.	kath.

Gegen die Annahme stimmen:

1. Berndt	Berlin	Bürgermeister	ev.
2. Brekelbaum	Hamburg	Architekt	ev.
3. Bruhn	Frankfurt/Oder	Verleger	ev.
4. Budjuhn	Potsdam II	Syndikus	ev.
5. von Dewitz	Pommern	Gutsbesitzer	ev.
6. Dietrich	Reichsliste	Geheimrat	ev.
7. Graf zu Eulenburg	Ostpreußen	Gutsbesitzer	ev.
8. Dr. Everling	Mecklenburg	Rechtsanwalt	ev.
9. Dr. Freiherr von Freytag-Loringhoven	Breslau	Universitätsprofessor	ev.
10. Gok	Hamburg	Stellv. Direktor	ev.
11. von Goldacker	Thüringen	Gutsbesitzer	ev.
12. Geisler	Potsdam II	Verbandsvorsitzender	ev.
13. Graef	Thüringen	Amtsgerichtsrat	ev.
14. Haag	Württemberg	Weingärtner	ev.
15. Dr. Hanemann	Baden	Landgerichtsdirektor	ev.
16. Hartmann	Dresden-Bautzen	Gewerkschaftssekretär	ev.
17. Hemeter	Merseburg	Schuldirektor	ev.
18. Hensel	Ostpreußen	Superintendent	ev.
19. Hergt	Liegnitz	Staatsminister a. D.	ev.
20. Jandrey	Pommern	Landwirt	ev.
21. Körner	Württemberg	Buchdruckereibesitzer	ev.
22. Laverrenz	Berlin	Oberregierungsrat	ev.
23. Logemann	Hannover-Süd	Landwirt	ev.
24. Lohmann	Schleswig-Holstein	Landgerichtsdirektor	ev.
25. Manzke	Liegnitz	Ingenieur	ev.
26. Martin	Magdeburg	Domprediger	ev.
27. Frau Mueller-Otfried	Reichsliste	Verbandsvorsitzende	ev.
28. Dr. Oberfohren	Schleswig-Holstein	Studienrat	ev.
29. Ohler	Potsdam II	Gutsbesitzer	ev.
30. Dr. Philipp	Leipzig	Studienrat	ev.
31. Dr. Quatz	Reichsliste	Geheimrat	ev.
32. Rieseberg	Magdeburg	Bäckerobermeister	ev.
33. Roth	Reichsliste	Verleger	ev.

<i>Name</i>	<i>Wahlkreis</i>	<i>Beruf</i>	<i>Konfession</i>
34. Dr. Schlange-Schöningen	Pommern	Gutsbesitzer	ev.
35. Schmidt	Hannover-Ost	Hauptmann a. D.	ev.
36. Schmidt	Pommern	Oberinspektor	ev.
37. Frau Schott	Pommern	Fachlehrerin	ev.
38. Schultz	Pommern	Landgerichtsdirektor	ev.
39. Schulze	Frankfurt/Oder	Lehrer	ev.
40. Frau von Sperber	Ostproußen	Gutsbesitzerin	ev.
41. Dr. Steiniger	Potsdam I	Verbandsdirektor	ev.
42. Stubbendorff	Potsdam I	Gutsbesitzer	ev.
43. Thomsen	Schleswig-Holstein	Oberregierungsrat	ev.
44. Treviranus	Westfalen-Nord	Landwirtschaftskammerdirektor	ev.
45. Wege	Frankfurt/Oder	Gutsbesitzer	ev.
46. Dr. Werner	Hessen	Studienrat	ev.
47. Graf von Westarp	Potsdam II	Oberverwaltungsrat a. D.	ev.
48. Dr. Wienbeck	Hannover-Süd	Syndikus	ev.
49. Wischnöwski	Berlin	Verbandsvorsitzender	ev.
50. Wolf	Oppeln	Pfarrer	kath.
51. Wolf	Pommern	Verbandsvorsitzender	kath.
52. Wormit	Ostproußen	Gutsbesitzer	ev.

⁴²³⁾ Tagebuchaufzeichnung des pommerschen Landesgeschäftsführers Passarge vom 31. August 1924.

⁴²⁴⁾ „... Wir sprechen der Minderheit und der Führung der Fraktion unser schärfstes Mißtrauen aus, weil sie gegen alle Beschlüsse und Kundgebungen der Parteiorganisationen und gegen alle Ablehnungsversprechen der Parteileitung und der Fraktion im letzten Augenblick doch die Geschlossenheit der Partei preisgaben. Wir werden für dieses Verhalten der Fraktion Rechenschaft fordern und verlangen die unverzügliche Einberufung des Parteitages ...“ (Resolution des erweiterten Vorstandes des Landesverbandes Hamburg — Nationale Rundschau vom 5. September 1924.)

⁴²⁵⁾ „... Im Sinne von Hunderttausenden unserer Parteifreunde glaube ich zu sprechen, wenn ich sage: Die Berliner Parteileitung ist in unseren Augen gerichtet. Wir gedenken daher unter keinen Umständen uns mit der getroffenen Entscheidung abzufinden und erwarten, daß die Abgeordneten unseres Wahlkreises unverzüglich ihre Mandate niederlegen ...“ (Offener Brief von Freiherrn J. G. von Hünefeld an den Vorsitzenden des Landesverbandes Bremen — Nationale Rundschau vom 31. August 1924.)

⁴²⁶⁾ Schriftliche Mitteilung von Bergwerksdirektor Bernhard Leopold vom 30. April 1953.

⁴²⁷⁾ Im Nachlaß des Grafen Westarp befinden sich zahlreiche Briefe mit Austrittsandrohungen. Nachdem viele Parteimitglieder, vor allem des rechten Flügels, durch die gespaltene Abstimmung das Vertrauen zu Hergt verloren hatten, wandten sie sich an den Grafen Westarp, von dem sie eine festere Vertretung der deutschnationalen Interessen erhofften. In dem Brief des pommerschen Konservativen Duncker vom 30. August 1924 heißt es z. B.: „... Die letzte Abstimmung im Reichstag ist ein Schlag ins Gesicht. . . Ich bin überzeugt . . . daß außer mir jetzt sehr sehr viele traurigen Herzens unserer Partei den Rücken kehren, der Partei, in der nun die Schlappen und Lauwarmen zum Wort und zum Handeln kommen, während die energische, scharfe Richtung durch den wundervollen Fraktionszwang systematisch unterdrückt wird — der Partei, die sich durch nichts von der DVP unterscheidet. Wir Pommern können nicht verstehen, daß auch bei der DNVP nur Schlappeheit regiert . . . Jetzt werden schweren Herzens sehr sehr viele zu Wulle abschwanken, der zwar auch nicht allen genehm ist, aber sich doch ganz unvergleichlich besser benommen hat wie unsere Partei . . .“

⁴²⁸⁾ Vossische Zeitung vom 1. September 1924.

⁴²⁹⁾ „... Die im NDO zusammengeschlossenen Offiziere der alten kaiserlichen Wehrmacht können es nicht fassen, daß sich die Mehrheit der Deutschnationalen Volksvertreter dazu hergeben konnte, die Versklavung Deutschlands zuzulassen ...“ (Nationale Rundschau vom 2. September 1924.)

⁴³⁰⁾ Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung vom 31. August 1924.

⁴³¹⁾ Vgl. Briefe Graf Seidlitz an Graf Westarp vom 30. August 1924 und Generaldirektor Wiegand an Graf Westarp vom 10. Oktober 1924. Dieser schrieb: „... Die Einigkeit (in der Partei) ist durch die 48 Landesverräter vom 29. August gebrochen worden... Hoffentlich gelingt es, die Weichlinge aus der Partei, namentlich aus der Leitung zu entfernen, sonst ist die Partei verloren...“

⁴³²⁾ „... Nach meinem Dafürhalten wird es nicht möglich sein, die Partei länger zusammenzuhalten... Die Aufgabe, die die Deutschnationale Volkspartei zweifellos nach der Revolution zu erfüllen hatte: Zusammenfassen aller nicht demokratisch eingestellten Kreise, ist, soweit es möglich war, erfüllt. Auf die Dauer kann eine so heterogene Zusammensetzung nicht halten. Ich glaube, daß der Moment gekommen ist, die wirklich eindeutig national denkenden Kreise, die bodenständige Wirtschaft, die klar völkisch denkenden Richtungen, zu einer neuen Partei zusammenzufassen. Die Trennung muß doch einmal kommen, die Partei ist praktisch aber schon auseinandergefallen. Ich glaube, daß das Wiedererstehen der Deutschkonservativen Partei jetzt nötig ist... Zu ihr werden die völkischen Kreise kommen, denen das Nationale über das Sozialistische geht...“ (Achim v. Arnim, einer der deutschkonservativen Mitgründer der DNVP, an Graf Westarp, Brief vom 1. September 1924.)

⁴³³⁾ Tagebuchaufzeichnungen des pommerschen Landesgeschäftsführers Passarge vom 31. August 1924.

⁴³⁴⁾ „... Die letzten Ereignisse im Reichstag haben uns eins klar gezeigt, nämlich, daß die Führung von Exz. Hergt die Fraktion in eine Sackgasse geführt hat... Die im letzten Augenblick, um die Situation zu retten, mit ‚Ja‘ gestimmt haben, haben einen viel größeren Mut bewiesen als diejenigen, welche schließlich bei dem ‚Nein‘ blieben. Erstere werden mit Schmutz beworfen, die Schuld trägt der Führer der Fraktion...“ (Graf Eulenburg an Graf Westarp, Brief vom 5. September 1924.)

⁴³⁵⁾ Tagebuchaufzeichnungen des pommerschen Landesgeschäftsführers Passarge vom 11. September 1924.

⁴³⁶⁾ Deutsche Zeitung vom 19. September 1924.

⁴³⁷⁾ Nationale Rundschau vom 5. September 1924.

⁴³⁸⁾ „... Wenn es geschehen konnte, daß 48 Abgeordnete dem Eisenbahngesetz zustimmten und dadurch die Annahme des Londoner Abkommens ermöglichten, so ist die Schuld an der Verleugnung des bisherigen, bis zum letzten Augenblick festgehaltenen Standpunktes der Partei in erster Linie dem völligen Versagen der Spitze der Parteileitung zuzuschreiben. Wir fordern daher den sofortigen Rücktritt Hergts. Wir erwarten auch von der Reichstagsfraktion, daß sie die entsprechenden Folgerungen zieht...“

⁴³⁹⁾ Schreiben an alle Landesverbände vom 11. September 1924 (im Staatsarchiv Osnabrück).

⁴⁴⁰⁾ Deutsche Zeitung vom 15. September 1924.

⁴⁴¹⁾ Norddeutsche Rundschau vom 18. September 1924.

⁴⁴²⁾ Der „Nationale Ring“ war ein loser Zusammenschluß von Persönlichkeiten, der vorwiegend Vertreter des ostelbischen Adels, rechtsstehende Abgeordnete, Führer der Vaterländischen Verbände sowie Vertreter des Reichslandbundes und sonstiger Wirtschaftsverbände in sich vereinte. Zum „Ring“ gehörte auch die „Jungkonservative Bewegung“, die „der Anfang des Erwachens des jungen Adels“ sein sollte.

⁴⁴³⁾ Protokoll der Sitzung des „Nationalen Ringes“ vom 13. September 1924, die von Oberstleutnant a. D. Duesterberg, von Alvensleben-Neugattersleben und von Zitzewitz-Kottow einberufen war (im Westarp-Nachlaß).

444) Deutsche Zeitung vom 15. September 1924.

445) Hergt an Graf Westarp, Brief vom 15. September 1924.

446) Der Tag vom 30. August 1924.

447) Vgl. Vossische Zeitung Nr. 414 vom 31. August 1924. — Das Berliner Tageblatt nannte am 31. August 1924 die Erklärung „eine neue Bitte um Nachsicht“ mit „Sätzen, die dunkel wie die Sprüche der Pythia sind“.

448) „Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat nach tagelangen, von dem höchsten Verantwortungsgefühl getragenen Beratungen nicht geglaubt, auf die Entscheidung ihrer Mitglieder bei der Abstimmung über die verfassungsändernden Gesetze anlässlich des Londoner Paktes zum ersten Male in ihrer Geschichte zu dem Mittel des Fraktionszwanges greifen zu dürfen. Die Entscheidung, vor der die einzelnen Fraktionsmitglieder standen, war eine außerordentlich schwere. Die Tragweite des Entschlusses kann von einem Außenstehenden, der die Zusammenhänge und Folgen der Annahme oder Ablehnung nicht voll übersehen kann, kaum richtig gewertet werden. Die Fraktion war einmütig der Ansicht, daß sich Für und Wider die erheblichsten Gründe anführen lassen und es wurde zum Ausdruck gebracht, daß jedes Fraktionsmitglied vor der abweichenden Ansicht eines Kollegen vollste Achtung habe. Es ist wünschenswert, daß die Partei im Lande sich zu der gleichen Anschauung durchringt. Niemand kann heute sagen, ob die eine oder andere Haltung in ihren weiteren Folgen sich für die Zukunft des Vaterlandes als die bessere erweisen wird. Die Parteileitung hält sich für verpflichtet, die Gründe derjenigen Fraktionsmitglieder, die durch ihre Abstimmung beim Eisenbahngesetz das Gesetzwirken der Londoner Vereinbarungen ermöglicht haben, noch einmal kurz darzulegen:

Die Fraktion hatte die schmerzliche Überzeugung gewinnen müssen, daß sie das völkerrechtliche Gültigwerden des Londoner Paktes nicht mehr zu hindern vermochte. Die Reichsregierung hatte erklärt, daß sie ohne Rücksicht auf den Ausfall der parlamentarischen Entscheidung am 30. August in London unterzeichnen werde. Es lag die Gefahr nahe, daß durch parlamentarische Opposition die Entwicklung nur noch verzögert, aber nicht mehr unterbunden werden konnte. Diese Verzögerung aber schien überwiegend Nachteile mit sich zu bringen, da sie das Laufen der Fristen zur Befreiung der besetzten Gebiete, Freigabe der Gefangenen und Rückkehr der Ausgewiesenen aufhält.

Bei dieser Sachlage sah es die Fraktion als ihre Aufgabe an, durch Ablehnung bis zum letzten Augenblick Verbesserungen in dem Gesetzgebungswerk selbst zu erzwingen und Vorsorge zu treffen, daß die Durchführung der Vereinbarungen in einer, den Forderungen der nationalen Opposition entsprechenden Weise erfolgt. Es besteht begründete Ansicht, daß beides in einem gewissen Umfange erreicht werden wird.

Unter dem Druck unserer oppositionellen Anträge hat der Reichstag Beschlüsse gefaßt und in die Gesetze aufgenommen, die der Regierung für die kommenden Verhandlungen bindende Verpflichtungen in der Richtung unserer Ziele auferlegen. Die Regierung hat sich diese Beschlüsse zu eigen gemacht.

Die Reichsregierung ist gezwungen worden, das uns im Versailler Diktat abgenötigte Kriegsschuldkenntnis feierlich zu widerrufen und damit das deutsche Volk von dem Druck eines entehrenden und ungerechten Makels zu befreien.

Es besteht Übereinstimmung zwischen großen Parteien des Reichstages darüber, daß nunmehr alsbald eine nationale Regierung gebildet werden muß, in der die Deutschnationale Volkspartei in einem ihrer Stärke und Bedeutung entsprechenden Maße vertreten ist und die die Gewähr bietet, daß die Geschicke des deutschen Volkes und Reiches im Sinne christlich-nationaler Erneuerungspolitik in Zukunft geleitet werden. Endlich aber sind die Anschläge der Sozialdemokratie, die aus der Not der Stunde skrupellose Parteierfolge herauschlagen wollte, vereitelt.

Die Gründe für eine ablehnende Haltung sind unseren meisten Parteimitgliedern bekannt. Die Parteileitung kann daher auf eine Wiedergabe dieser Anschauungen zunächst verzichten.

Ich bitte aber besonders hervorheben zu dürfen, daß die Parteileitung sich bewußt einer Stellungnahme zugunsten der einen oder anderen Ansicht enthält. Die Parteileitung achtet jede Ansicht, weil sie weiß, daß ihre Vertreter in gleichem Maße nach ernstester Gewissensprüfung geglaubt haben, auf ihre Weise zum Besten von Volk und Vaterland zu handeln.

Die Parteileitung beabsichtigt demnächst, sobald die erste Klärung der politischen Lage eingetreten ist, eine Parteivertretung nach Berlin einzuberufen, die dann auch über einen gegebenenfalls abzuhaltenden Parteitag zu beschließen haben wird. Wir empfehlen inzwischen schon Vertrauensmännerversammlungen abzuhalten, in denen die Abgeordneten des Wahlkreises zur Berichterstattung anwesend sind.“

⁴⁴⁹⁾ „In dem Schreiben Ihres Herrn Vorsitzenden vom 5. d. M. ist mir bei Übersendung einer Entschließung des Vorstandes und der Kreisvereinsvorsitzenden der ostpreußischen Deutschnationalen Volkspartei mitgeteilt worden, daß Ostpreußen das Vertrauen in meine Führung verloren habe und den alsbaldigen Rücktritt von mir selbst und von Herrn von Lind-einer-Wildau von der Leitung als notwendige Vorbedingung für die Wiedereinigung und Erhaltung der Partei betrachte.

Bekanntlich habe ich schon seit mehr als Jahresfrist den Parteivorsitz nicht aus eigenem Wunsche fortgeführt — ich habe mehrmals ernstlich mein Amt niederlegen wollen —, sondern nur auf einmütiges Drängen der Parteivertretung. Auch den Fraktionsvorsitz habe ich nach Wiederzusammentritt des Reichstages nur auf das gleichfalls einmütige Verlangen der Reichstagsfraktion ‚bis auf Weiteres‘ beibehalten. In meiner Person würden also keinerlei Hindernisse für einen Wechsel in der Führung liegen.

Am 30. September tritt die Parteivertretung hier in Berlin zusammen, und ich habe dabei Rechenschaft über die Vorgänge in der Fraktion bei der Abstimmung über die Dawes-Gesetze und insbesondere über das Verhalten der Partei- und Fraktionsleitung abzulegen. Es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, daß ich meine Ausführungen in dieser Sitzung damit beginne, daß ich der Parteivertretung mein Amt als Vorsitzender zur Verfügung stelle, sofern und damit durch den Übergang des Vorsitzes an eine andere Persönlichkeit die Einheit und Geschlossenheit der Partei, die auch mir über alles geht, besser gewahrt sein würde. Insofern deckt sich meine Auffassung mit dem, was in dem Schreiben Ihres Herrn Vorsitzenden als Ziel der dort gewünschten Änderung hervorgehoben ist.

Wenn aber in diesem selben Schreiben mir das Vertrauen versagt wird, also offenbar Vorwürfe wegen meines Verhaltens in der Zeit der letzten Krise gemacht werden, so muß ich mit aller Entschiedenheit gegen solche Vorwürfe Verwahrung einlegen. Im Interesse meiner eigenen Ehre und der Ehre des gleichfalls von dem Mißtrauen des ostpreußischen Landesverbandes betroffenen Herrn v. Lind-einer-Wildau, der übrigens schon seit Monaten mir gegenüber ständig erklärt hat, daß auch er sein Amt der Partei jederzeit zur Verfügung stelle, falls bei dieser irgendwelche Bedenken gegen seine Geschäftsführung bestehen sollten, muß ich verlangen, daß bei einer Mißtrauenskundgebung, die mit Rücksicht auf die letzten Vorgänge von seiten eines Landesverbandes erfolgt, ausdrücklich die Gründe angegeben werden, aus denen das Vertrauen zu der Parteileitung bzw. zu dem Politischen Beauftragten bei dem betreffenden Landesverband geschwunden ist. Der ostpreußische Landesverband scheint mir bei seiner tatsächlichen Würdigung der Vorgänge und insbesondere bei der Beurteilung der Rolle, die der Parteivorsitzende bei diesen Vorgängen gespielt hat, von völlig falschen Voraussetzungen auszugehen. Ich halte deshalb schon jetzt vor der Parteivertretersitzung vom 30. d. M. für nötig, Ihnen eine Aufklärung über die tatsächlichen Verhältnisse zu geben und erlaube mir daher, indem ich mir für die Parteivertretersitzung das Nähere vorbehalte, hier in Kürze eine Schilderung derjenigen Tatsachen beizufügen, die meine eigene Person angehen:

Die Londoner Konferenz hatte bezüglich der 7 Punkte, die die Deutschnationale Volkspartei aufgestellt hatte, keine befriedigende Lösung gebracht. Bei den Ehrenpunkten war noch ein großer Teil der deutschnationalen Forderungen unerfüllt geblieben; in wirtschaftlicher Beziehung war nicht nur nichts erhebliches gebessert, sondern das ohnedies schon unerträgliche Dawes-Gutachten durch die Londoner Beschlüsse sogar noch verschlechtert worden. Daraus ergab sich für uns rein *logisch* die Ablehnung der Dawes-Gesetze, und ich habe demgemäß durch mehrere Parteikundgebungen diese unsere grundsätzliche Ablehnung auch in der Öffentlichkeit zum Ausdruck bringen lassen.

Indessen war nicht zu verkennen, daß immerhin in London auf dem Gebiete der Ehrenpunkte zugunsten Deutschlands nicht unwesentliche Verbesserungen eingetreten waren — Verbesserungen, deren Fortfall bei einem Nichtzustandekommen der Zweidrittelmehrheit für große Teile des besetzten Gebietes zu schweren Enttäuschungen führen mußte. Es machte sich auch

in fortgesetzt verstärktem Maße sowohl aus dem besetzten Gebiete wie aus ganz Deutschland der Druck der Wirtschaftskreise — Industrie und Landwirtschaft im besonderen — zugunsten einer Verständigung über das Dawes-Gutachten geltend. Hinzu kam das allgemeine und nur zu verständliche Drängen der Partei nach einer Umstellung der gesamten innerdeutschen Politik durch den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierungen des Reiches und Preußens und ihren beherrschenden Einfluß auf die künftige Außen- wie Innenpolitik. Ich war mir deshalb klar darüber, daß unter diesen Umständen die Türen nicht völlig zugeschlagen werden durften und daß die Ablehnung nicht rein negativ auszufallen habe, sondern besonders *motiviert* werden müsse, und zwar unter deutlichem Hinweis auf diejenigen *Kardinalbedingungen*, deren Erfüllung die Deutschnationale Volkspartei verlangen müsse, bei deren Erfüllung sie aber andererseits unter Umständen auch zu einer Zustimmung zu dem Gesamtplane bewegt werden könnte. Mir schien daher von Stund' an das zu verfolgende *Ziel* zu sein: Die Regierung zu *neuen diplomatischen Verhandlungen* insbesondere über die noch unerfüllt gebliebenen Ehrenpunkte zu veranlassen; und die *Wege* dazu waren entweder eine noch vor dem 30. August d. J. zu versuchende Verständigung mit den Regierungsparteien über die Einfügung unserer Bedingungen in das entscheidende Gesetz, oder aber, falls eine solche Verständigung ausblieb, die Ablehnung der Gesetze durch die Deutschnationalen mit der Wirkung, daß sich diplomatische Verhandlungen der Regierung mit den Alliierten anzuschließen hätten, und je nach deren Verlauf später eine nochmalige Befragung des Reichstages mit anderweiter Nachprüfung durch die Deutschnationale Volkspartei zu erfolgen habe.

Der erstere Weg stellte sich alsbald als ungangbar heraus, indem die Regierung wie die ihr nahestehenden Parteien jede Abänderung der Gesetze in dem von uns gewünschten Sinne ablehnten. Daraus ergab sich mit Notwendigkeit eine schärfere Betonung unseres ablehnenden Standpunktes, und diese erfolgte demgemäß in meiner Reichstagsrede vom 25. August, bei welcher allerdings nicht alle Türen zur Verständigung zugeschlagen wurden, die aber den Gedanken eines Gesetzes-Amendements mit Formulierung unserer Bedingungen mehr in den Hintergrund zurücktreten ließ. Die Rede ist in ihrer Tonart durchaus den allseitig ausgesprochenen Wünschen der Reichstagsfraktion angepaßt worden, und ich darf bemerken, daß ich in jenem Zeitpunkt noch mit der allergrößten Wahrscheinlichkeit auf eine einmütige Ablehnung der gesamten Dawes-Gesetzgebung durch die Deutschnationale Fraktion gerechnet habe.

Nachdem die Sache soweit gediehen war, erschien die Möglichkeit einer Verständigung mit den Regierungsparteien noch vor dem 30. 8. so gut wie ausgeschlossen, und es blieb zur Erreichung unseres Zieles nur der zweite Weg übrig: die Erzwingung nachträglicher außenpolitischer Verhandlungen mit den Alliierten durch unsere Ablehnung der Dawes-Gesetze und das sich daraus ergebende Fehlen der Zweidrittelmehrheit. Voraussetzung für die Vornahme und den Erfolg solcher außenpolitischer Verhandlungen war allerdings, daß die Regierung in London am 30. August zunächst nicht unterschrieb und auch die Auflösung des Reichstages bis auf weiteres unterließ. Tatsächlich war denn auch bei allen vorausgegangenen Besprechungen von der Regierung selbst durchaus anerkannt worden, daß weder ein Volksentscheid noch die Auflösung ihr irgendwelche Sicherheiten oder auch nur Wahrscheinlichkeiten für eine Änderung der innenpolitischen Gesamtlage in ihrem Sinne gewähren könne. In der Fraktion ist deshalb wohl auch zu jener Zeit noch von der weitaus überwiegenden Mehrheit angenommen worden, daß die Regierung nicht ernstlich zur Auflösung schreiten, sondern im Entgegenkommen gegenüber der deutschnationalen Auffassung erneute Verhandlungen versuchen werde.

In dieser Hinsicht ist nun aber in den Tagen seit dem 25. 8. ein sichtbarer Umschwung eingetreten. Die Regierung erklärte vor aller Öffentlichkeit, daß sie auch im Falle des Fehlens der Zweidrittelmehrheit in London unterschreiben werde und es wurde weiter durch W. T. B. bekanntgegeben, daß der Reichspräsident zur Auflösung des Reichstages bei der Nichterreichung der Zweidrittelmehrheit entschlossen sei. Diese Kundgebungen haben auch auf die Reichstagsfraktion nicht ihren Eindruck verfehlt. Schon ohnehin wurde im eigenen Kreise der Fraktion von einer Seite entschieden angezweifelt, daß im Falle unserer Ablehnung der Dawes-Gesetze überhaupt noch irgendwelche außenpolitischen Möglichkeiten zu Verhandlungen in unserem Sinne gegeben seien. Auf der anderen Seite gewann mehr und mehr die Meinung Boden, daß die Regierung tatsächlich, entsprechend ihren Kundgebungen beim Fehlen der Zweidrittelmehrheit auflösen, zugleich aber am 30. 8. in London unterzeichnen werde. Die Aussichten

im Falle eines Wahlkampfes wurden aber in der Fraktion vielfach äußerst pessimistisch beurteilt. Daß im Falle des Unterliegens im Wahlkampfe auf lange Zeit hinaus innenpolitisch eine Anteilnahme der Deutschnationalen Volkspartei an der Regierung im Reiche wie in Preußen ausgeschlossen sein werde, darüber herrschte nur eine Stimme.

So geschah folgendes: Während ich selbst in Übereinstimmung mit dem Grafen Westarp an dem ursprünglichen Ziel, durch unsere Ablehnung diplomatische Verhandlungen zu erzwingen, festhalten zu müssen glaubte und ruhig abwarten wollte, ob es wirklich zur Auflösung komme, auch für den letzteren Fall die Situation durchaus nicht so pessimistisch für die Deutschnationale Volkspartei beurteilte, wie dies von anderer Seite geschehen war, bekehrte sich allmählich ein wachsender Teil der Fraktion zu einem anderen Standpunkt. Noch am Anfang der Woche war mir nur von einigen, wenigen Fraktionsmitgliedern bekannt geworden, daß sie innerlich schwankten und unter Umständen zur Annahme des Dawes-Gutachtens neigten. Davon, daß sich schon eine größere Anzahl Abgeordneter zu besonderen Besprechungen zwecks Vorbereitung einer Annahme der Gesetze zusammengefunden hatte, war mir nicht das geringste mitgeteilt. Erst am frühen Morgen des Mittwoch, den 27. 8., an welchem Tage die Landesverbandsvorsitzenden in Berlin versammelt waren, erschien zu meiner Überraschung eine Deputation namens eines Teils der Fraktion bei mir, um mir mitzuteilen, daß gegen 30 Fraktionskollegen, darunter vor allem Mitglieder aus dem besetzten Gebiet, für die Annahme des Dawes-Gutachtens einzutreten bereit seien. Allerdings mußte ich dabei noch den Eindruck gewinnen, daß die betreffenden Fraktionsmitglieder nur dann ihre Stimme im Sinne einer Annahme der Dawes-Gesetze abzugeben entschlossen seien, wenn sie sich durch Auszählung innerhalb der Fraktion gelegentlich der weiteren Fraktionsverhandlungen überzeugt hätten, daß ihre Zahl genügend sei, um wirklich eine Zweidrittelmehrheit im Reichstage für die Annahme der Dawes-Gesetze herbeizuführen und damit das von ihnen erstrebte Ziel der Beeinflussung der Durchführung des Dawes-Gutachtens und der innenpolitischen Umstellung zu verwirklichen.

Unter dem Eindrucke dieser überraschenden Mitteilungen habe ich dann in der Versammlung der Landesverbandsvorsitzenden mit Entschiedenheit darauf hingearbeitet, daß im Interesse der Beibehaltung der Einheit der Reichstagsfraktion ein *Mittelweg* beschlossen werde, der für alle Beteiligten gangbar sei und insbesondere auch den Interessen der besetzten Gebiete, soweit möglich, gerecht werde. Für diesen Mittelweg schien mir nur der früher schon erwogene, inzwischen aber wieder in den Hintergrund getretene Gedanke in Betracht zu kommen, durch einen *Zusatzantrag* zu dem entscheidenden Gesetze unsere Kardinalsbedingungen zu formulieren, von deren Erfüllung das Inkrafttreten des Gesetzes selbst abhängig zu machen war. Sollte dann dieser unser Zusatzantrag von den anderen Parteien abgelehnt werden, so war für uns der Weg zu einer einmütigen Ablehnung der Gesamtgesetze freigemacht. Die Versammlung der Landesverbandsvorsitzenden trat am Schlusse ihrer Verhandlungen fast einmütig diesem Vorschlage bei, und es wurden dann als die unverzichtbaren Bedingungen, von deren Erfüllung das Inkrafttreten des Gesetzes abhängig zu machen sei, die folgenden beschlossen: Verfrühung der Räumung des Ruhrbezirkes, Sicherung des Laufes der Besatzungsfristen durch Räumung der 1. Zone zum 10. Januar, anderweite Regelung bezüglich des Rheinlandabkommens, Widerruf der Kriegsschuldfrage und endliche Festlegung der Nachprüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands gemäß Art. 23 des Versailler Friedens für die erste sich darbietende Gelegenheit bzw. Herbeiführung einer Endlösung für die deutsche Gesamtlast durch einzuleitende diplomatische Verhandlungen. In der Reichstagsfraktion folgten noch am gleichen Tage ausgiebige Verhandlungen darüber, ob man einmütig diesen Mittelweg betreten könne; am Schlusse schien aber eine überwältigende Mehrheit für die Stellung des erwähnten Zusatzantrages mit nachfolgender Ablehnung der Gesamtgesetze im Fall des Scheiterns unseres Antrages gesichert zu sein, und es blieb nur noch die Frage offen, ob etwa ein ganz kleiner Teil der Fraktion, nämlich einzelne Abgeordnete der von einer Ablehnung der Dawes-Gesetze unmittelbar betroffenen Teile des besetzten Gebietes, die Erlaubnis erhalten dürften, sich von der Ablehnung auszuschließen.

In diesem Stadium platzte ein förmliches Anerbieten der Deutschen Volkspartei, später ergänzt durch gleichartige Anerbieten des Fraktionsvorstandes des Zentrums, auf eine gemeinsame Regierungsbildung herein. Bedingung war, daß die Deutschnationale Volkspartei bei der Herbeiführung einer Zweidrittelmehrheit die erforderliche Hilfe leistete. Der Fraktionsleitung ist nachträglich von Parteifreunden der Vorwurf gemacht worden, daß sie sich überhaupt auf

Verhandlungen mit anderen Parteien und der Regierung eingelassen habe, statt lieber solche Verhandlungen von vornherein abzulehnen. Bei der ungeheuren Schwierigkeit der Gesamtlage und der verschiedenartigen Stimmung in der Partei — aus dem Lager der Wirtschaftskreise, Industrie wie Landwirtschaft, war der Druck im Sinne einer Verständigung in der Zwischenzeit immer stärker geworden, und auch von der Reichswehr aus war eindringlich zur Herbeiführung einer innerpolitischen Vereinbarung gemahnt — wäre es aber ein Ding der Unmöglichkeit gewesen, solche Anerbieten rundweg abzulehnen. Man denke nur, welche ungeheuren parteipolitischen Vorteile die Deutsche Volkspartei und das Zentrum im Falle eines Wahlkampfes gewonnen haben würden, wenn sie vor der Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen könnten, daß sie der Deutschnationalen Volkspartei ernsthafte Angebote zu gemeinsamer Regierungsbildung gemacht hätten und das Scheitern dieser ihrer Bemühungen nur auf die Halsstarrigkeit der Deutschnationalen zurückzuführen sei. Das einzig Richtige war vielmehr, daß die Anerbietungen der anderen Parteien zuerst einmal entgegengenommen und geklärt wurden, dabei vorbehaltlich der Entscheidung möglichst viele Vorteile für die Deutschnationale Volkspartei herausgeholt wurden, diese letzte Entscheidung aber in jedem Falle der Fraktion vorbehalten blieb. Genauso ist von mir und dem Grafen Westarp bei den sich nunmehr anspinnenden Verhandlungen verfahren worden, wobei ich noch hinzufügen darf, daß wir vielfach ausdrücklich für unsere eigene Person erklärt haben, daß wir trotz aller Bemühungen der anderen Seite voraussichtlich doch zur Ablehnung der Anerbieten genötigt sein würden. Im übrigen betone ich, daß auch die Reichstagsfraktion im voraus einstimmig die Notwendigkeit anerkannt hat, sich auf etwaige Verhandlungen mit den Regierungsparteien oder der Regierung einzulassen und daß sie fortlaufend, soweit dies der Natur der Sache nach überhaupt möglich war, genau über den Gang der Dinge von mir peinlichst unterrichtet worden ist.

Gleichzeitig mit den interfraktionellen Besprechungen fanden Besprechungen mit dem Außenminister Dr. Stresemann statt, die zu dem Ergebnis führten, daß die Regierung für den Fall einer Herbeiführung einer Zweidrittelmehrheit mit deutschnationaler Hilfe zu einem doppelten Entgegenkommen bereit war, nämlich

- a) die Kriegsschuldfrage förmlich zu widerrufen und dies — nach unserer Meinung: *alsbald!* — den Alliierten Mächten zu notifizieren, und
- b) bezüglich einiger anderer außenpolitischer Punkte, wie sie in unseren Bedingungen formuliert waren, zustimmende Erklärungen abzugeben.

Bei den interfraktionellen Besprechungen ist von meiner Seite mit größter Entschiedenheit auf eine schriftliche Fixierung der Vereinbarungen hingedrängt worden — ein Ziel, das später infolge der weiteren Entwicklung leider nicht voll erreicht worden ist. Im übrigen war es für mich eine Selbstverständlichkeit, daß ein Pakt der von den anderen Parteien gewünschten Art, wenn überhaupt, nur dann möglich sein werde, wenn nicht nur die Deutschnationalen einfach in die Reichsregierung aufgenommen wurden, sondern die *deutschnationale Führung*, die äußerlich durch die Übernahme der Kanzlerschaft durch einen Deutschnationalen zum Ausdruck kommen mußte, unbedingt gesichert war. Man hatte uns mitgeteilt, daß der Kanzler Marx in der zweiten Hälfte des Oktober zurücktreten werde, und meine Forderung ging dahin, daß dann das Kabinett von einem deutschnationalen Kanzler geleitet werden müsse, wie denn auch in Preußen die deutschnationale Führung durch Übernahme der Posten des Ministerpräsidenten und des Ministers des Innern in Aussicht zu nehmen sei. Ich habe auch wiederholt an den zuständigen Stellen erklärt, daß als deutschnationaler Kanzler voraussichtlich Graf Westarp in Betracht kommen werde, welche Lösung ich aus den verschiedensten Gründen für die glücklichste hielt, wie ich dies auch der Reichstagsfraktion mitgeteilt habe.

Bezüglich der deutschnationalen Führung fanden nun aber unsere Wünsche beim Zentrum eine entschiedene Ablehnung. Es wurde uns erklärt, daß der Rücktritt des Kanzlers durchaus nicht beschlossene Sache sei, und daß in jedem Fall eine deutschnationale Spitze für das Kabinett auf geraume Zeit nicht in Betracht kommen könne, weil man dem Auslande eine solche Umstellung der deutschen Außenpolitik nicht zumuten dürfe.

So blieben nur Zusicherungen bezüglich des Eintritts der Deutschnationalen in die Reichsregierung, entsprechend ihrer Stärke und Bedeutung, ergänzt durch einige mündliche Sonderzusicherungen der Deutschen Volkspartei, übrig, ohne daß irgendwelche Gewißheit dafür gegeben war, daß die Deutschnationalen in Zukunft die Reichspolitik entscheidend beeinflussen

würden. Welche ungeheure Bedeutung aber gerade die deutschnationale Führung hatte, braucht man sich nur daran klarzumachen, daß inzwischen der absurde Plan auftauchen konnte, zugleich mit den Deutschnationalen auch die Sozialdemokraten in die Regierungskoalition mit hineinzunehmen, daß ferner inzwischen von der Regierung die Notifizierung des Kriegsschuldwiderrufes in der unglücklichsten Weise verzögert worden ist, was bei der Gewißheit einer unmittelbar folgenden deutschnationalen Kanzlerschaft kaum möglich gewesen wäre, und daß die Demokraten sich in ihren Zeitungen gebärden, als ob sie entscheidend bei der Ausgestaltung der Regierung mitzuwirken hätten, während ein deutschnationaler Kanzler sich doch selbst die Mitglieder des Kabinetts auszusuchen gehabt haben würde. Nach meiner Ansicht war die deutschnationale Führung das vom Standpunkt unserer Partei unentbehrliche Symbol dafür, daß nunmehr restlos mit der bisherigen schwächlichen Politik, insbesondere auch bei der Durchführung des Dawes-Gutachtens, aufgeräumt werden würde; nach meiner Ansicht wäre auch die preußische Umstellung rascher und reibungsloser vollzogen, wenn ein deutschnationaler Kanzler vom Reiche her darauf hätte Einfluß nehmen können. Unter diesen Umständen habe ich, wiederum in vollster Übereinstimmung mit dem Grafen Westarp in der Fraktion mein Votum dahin abgegeben, daß die uns gemachten Anerbieten *in ihrer Gesamtheit* nicht ausreichend seien, um das schwere Opfer der Annahme des Dawes-Gutachtens zu rechtfertigen; es müsse vielmehr endgültig die Ablehnung erfolgen und jede daraus entstehende Folge riskiert werden.

In der Fraktion war aber die Neigung zur Annahme bereits so weit vorgeschritten, daß sich bei der entscheidenden Abstimmung — z. T. mit der Begründung, daß man in diesem Stadium doch an der Frage der deutschnationalen Kanzlerschaft die Einigung nicht mehr scheitern lassen dürfe — eine Mehrheit für die Annahme des entscheidenden Eisenbahngesetzes ergab. Es stimmten 49 Abgeordnete für die Annahme, 48 Abgeordnete mit Graf Westarp und mir für die Ablehnung.

Ein *Fraktionszwang* war bei diesen Mehrheitsverhältnissen nicht anwendbar. Fraktionszwang, d. h. letzten Endes die Androhung der Aufhebung der Fraktionsgemeinschaft im Falle des Auseinanderstimmens, läßt sich nur gegenüber einer geringfügigen Minderheit anwenden. Hier war aber bei der Abstimmung die Fraktion fast genau zur Hälfte geteilt. Im übrigen war die Mehrheit für die Annahme; es hätte also, wenn überhaupt, ein Fraktionszwang nur zugunsten der Annahme ausgeübt werden können. Indessen erklärten sofort die Abgeordneten verschiedener Wahlkreise, daß sie unter keinen Umständen anders als im Sinne einer Ablehnung stimmen würden, während umgekehrt aus dem Kreise der Annehmenden ebenfalls die Endgültigkeit ihres Entschlusses betont wurde. Es ließ sich also auch nicht im Wege einer freiwilligen Verständigung der Fraktion die an und für sich so erwünschte äußere Geschlossenheit der Fraktion nach der einen oder anderen Richtung herbeiführen.

Die Fraktionsleitung, die, wie erwähnt, von der Entwicklung der Dinge in der Fraktion völlig überrascht war, weil sie erst am Mittwoch früh von den zwischenzeitlichen Geschehnissen unterrichtet worden war, hätte unter diesen Umständen auch durch Einsetzung ihres persönlichen Einflusses, etwa durch Herbeiführung einer Krise in der Leitung, ein anderes Ergebnis nicht erzwingen können.

Man hat der Parteileitung nachträglich zum Vorwurf gemacht, daß sie nicht rechtzeitig die Parteifreunde im Lande auf die Möglichkeit einer Umstellung der Fraktion aufmerksam gemacht und es so verschuldet habe, daß man draußen wie vor einem unlösbaren Rätsel stände. Nach Vorstehendem war aber eine solche Information schon einfach deshalb nicht möglich, weil die Entwicklung innerhalb der Fraktion nicht voraussehbar war. Im übrigen hätte eine Ankündigung, daß die Deutschnationale Volkspartei oder Teile derselben unter Umständen zur Annahme der Dawes-Gesetze bereit sein würden, den Gegnern das Heft völlig in die Hand gegeben und jede Möglichkeit, bei den Verhandlungen für die deutschnationale Sache den größtmöglichen Erfolg herauszuholen, zerschlagen.

Wie der Landesverband Ostpreußen aus dieser Darlegung ersehen möge, habe ich mich von Anfang bis zu Ende von dem Gedanken leiten lassen, daß, wenn irgend möglich, die Geschlossenheit der Fraktion gewahrt werden müsse. Ich bin der Meinung, daß nunmehr, nachdem man sich mit den Geschehnissen wird abfinden müssen, dieser Gedanke für die weitere Politik der Partei allein maßgebend zu sein hat, und ich bin auch der festen Überzeugung, daß eine solche Geschlossenheit sich wieder herbeiführen lassen wird, wenn nur von allen Seiten beachtet wird,

daß alles geschehen ist, von jedem einzelnen Beteiligten nur nach ernstester Gewissensprüfung und aus tiefster innerer Überzeugung heraus vorgenommen ist, und daß kein einziges Mitglied der Fraktion jemals die großen Zukunftsziele der Partei, bezüglich deren wir alle einig waren und einig geblieben sind, außer acht gelassen hat.“

⁴⁵⁰⁾ Tagebuchaufzeichnungen des pommerschen Landesgeschäftsführers Passarge vom 11. September 1924: „. . . Es war ein furchtbares stundenlanges Salbadern. Mich bedrückte stark das Gefühl, in einer Art Verschwörersitzung mitzumachen, und das Empfinden, daß das Vorgehen dieser dreißig Männer zwar begreiflich, vielleicht sogar notwendig, aber doch nicht ganz fair war. Das gab schließlich auch Schlange zu, als wir nachts gemeinsam nach Hause fuhren . . .“ Steinhoff berichtet in seinem Brief an Graf Westarp am 11. September 1924, daß von 20 Landesverbandsvorsitzenden 16 den Rücktritt Hergts gefordert hätten und drei sich zurückhielten.

⁴⁵¹⁾ Steinhoff an Graf Westarp, Brief vom 11. September 1924.

⁴⁵²⁾ Hergt an Westarp, Brief vom 15. September 1924.

⁴⁵³⁾ Deutsche Zeitung vom 19. September 1924.

⁴⁵⁴⁾ Durchschlag im Besitz von Staatssekretär z. D. Passarge.

⁴⁵⁵⁾ Vertrauliche Information von Dr. Averdunk (Vorsitzender des Landesverbandes Potsdam I) vom 24. September 1924.

⁴⁵⁶⁾ Nationale Rundschau vom 14. September 1924, Leitartikel von Prof. von Freytagh-Loringhoven.

⁴⁵⁷⁾ Nationale Rundschau vom 1. Oktober 1924.

⁴⁵⁸⁾ Rundschreiben Nr. 93 vom 2. Oktober 1924 des Politischen Beauftragten an alle Landesverbände.

⁴⁵⁹⁾ Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung vom 24. Oktober 1924.

⁴⁶⁰⁾ „. . . Ich richte die dringende Bitte an Sie, . . . mit anderen Männern in der Fraktion und Partei die Führung in die Hand zu nehmen. . . Sie . . . dürfen unter keinen Umständen sich mit Hergt solidarisch erklären, Sie müssen retten, was zu retten ist . . .“ (Graf Eulenburg an Graf Westarp, Brief vom 5. September 1924.)

„. . . Auf mir vorgelegte Anfrage habe ich meine ganze persönliche, unverbindliche Meinung dahin ausgesprochen, daß Graf Westarp sich einem Ruf der Partei wohl nicht entziehen würde, daß aber Voraussetzung dafür sei, daß nicht eine unangenehme persönliche Sturzaktion hinsichtlich Hergts damit verbunden sei . . .“ (Steinhoff an Graf Westarp, Brief vom 11. September 1924).

⁴⁶¹⁾ Das Berliner Tageblatt berichtet in Nr. 454 vom 24. September 1924 von einer „geheimen Parteiführerkonferenz der DNVP“, die sich mit der Nachfolgefrage befaßte: „. . . Man soll sich schließlich auf die Kandidatur von Gayl geeinigt haben, der dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat angehört. Von Gayl gilt als Vertreter etwa der Mitte der DNVP und kann als aussichtsreicher Kandidat für den Posten des Parteivorsitzenden betrachtet werden . . .“

⁴⁶²⁾ Nationale Rundschau vom 22. Oktober 1924.

⁴⁶³⁾ H. O. Sieveking an Dr. Schlange-Schöninggen, Brief vom 3. November 1924.

⁴⁶⁴⁾ „. . . Die Voraussetzung für die Zustimmung deutschnationaler Reichstagsabgeordneter zu den Dawes-Gesetzen war die Zusicherung der Regierungsparteien, daß wir den uns zustehenden Anteil an der Verantwortung für die Durchführung des Londoner Paktes erhalten würden, wenn wir auch an der Verantwortung für seine Annahme unser Teil übernehmen würden. Sollten wir Deutschnationale uns nun scheuen, diesen Londoner Pakt, seine Unmöglichkeiten, seine unerträglichen Bestimmungen abändern, verbessern und ebenso revidieren zu können, wie wir das Versailler Diktat revidieren würden? . . .“ (Nationale Rundschau vom 17. September 1924.)

⁴⁶⁵⁾ „. . . Unser Ziel muß dahin gehen, sobald als möglich zur Herrschaft im Staate zu kommen. Wir müssen den einmal beschrittenen Weg der Annahme des Gutachtens zum Zwecke des Eintritts in die Regierung so lange gehen, bis es sich gezeigt hat, ob er richtig war oder falsch.

Gelingt es aber unseren Gegnern, wieder einmal die vom Volke dringend verlangte Rechtsregierung zu sabotieren, dann wird sich unsere Opposition grundsätzlich unterscheiden von der bisherigen . . .“ (Dr. Schlange-Schöningen auf einer Mitgliederversammlung in Greifswald — Deutsche Tageszeitung Nr. 447 vom 23. September 1924.)

⁴⁶⁶) Graf Westarp an General von Dommès, Brief vom 10. Oktober 1924.

⁴⁶⁷) Schreiben an Graf Westarp vom 22. September 1924.

⁴⁶⁸) „. . . Zu den Verhandlungen über unseren Eintritt in die Regierung habe ich nach wie vor kein Zutrauen. Nachdem wir alle Trümpfe aus der Hand gegeben haben, kann ich nicht daran glauben, daß wir zu Bedingungen in die Regierung hineinkommen, die uns den nötigen Einfluß sichern, um uns in ihr zu ‚bewähren‘. Schon aus diesem Grund bin ich kein geeigneter Unterhändler. Ich sehe auf dem Wege zur Macht, den auch ich beschreiten will, noch eine Zwischenstation scharfer Opposition und nationalen Widerstandes als unerläßlich an. Wie die Dinge in der Partei liegen, gebe ich zu, daß der einmal beschrittene Weg der Verhandlungen über die Regierungsbildung zu Ende gegangen werden muß, ich will ihnen keine Schwierigkeiten machen und mich freuen, wenn ich zu pessimistisch gewesen bin. Als Verhandlungsführer dabei komme ich aber auch deshalb besser in Fortfall, weil ein ungünstiges Ergebnis der Verhandlungen auf mein inneres Widerstreben gegen eine Einigung auf solcher Basis und auf meine nun einmal vorhandene Abstempelung zurückgeführt werden würde. Ich hätte daher auch ohne die gesundheitlichen Rücksichten gebeten, von mir als Verhandlungsführer für dieses Mal abzusehen. Es erscheint mir, wenn ich mir diesen Rat erlauben darf, zweckmäßig, daß Euer Exzellenz bei den Verhandlungen als Ihre Begleiter Vertreter der Richtung in den Vordergrund stellen, die geglaubt hat, trotz unserer Warnungen durch ihr Ja die Grundlage für die jetzt geplante Regierungsbildung schaffen zu sollen . . .“ (Graf Westarp an Hergt, Brief vom 18. September 1924.)

⁴⁶⁹) „. . . Wenn schon in Aussicht genommen werden soll und ich mich entschließen kann, bei der jetzigen Regierungsbildung ein Ministerium zu übernehmen, so würde das preußische Ministerium des Innern mir, wie ich ganz offen sagen will, richtiger zu sein scheinen. Es ist das wichtigere, das wissen auch die Kreise, auf die meine Beteiligung wirken soll . . .

Wie ich am 18. d. M. an Hergt schrieb, ist mein Zutrauen zu den jetzigen Verhandlungen über die Regierungsbildung ein geringes, und daran ändert sich durch den Gedanken, dabei ein Ministerium übernehmen zu sollen, natürlich nichts. Im Frühjahr fand man den von uns zur Verhandlung gestellten Eintritt mit vier Ministern in der Fraktion als ganz unzulänglich, obwohl er damals mit der Forderung verknüpft war, daß Marx oder Stresemann weichen sollte. Jetzt sollen wir beide schlucken. Wird man uns den vierten Posten nicht auch noch abhandeln? . . .

Für mich aber liegt das hauptsächlichste Entscheidungsmoment in den auswärtigen Fragen. Da kommt zweierlei in Betracht, einmal das kaudinische Joch erklären zu sollen, daß wir das Londoner Abkommen durchzuführen bereit sind; die Durchführung der einmal beschlossenen Gesetze ist eine Selbstverständlichkeit, sie kann von uns aber nicht ausgesprochen werden ohne Verbindung mit der weiteren Erklärung, daß wir an dem Ziel festhalten, Deutschland von unmöglichen und unerträglichen Lasten zu befreien. Der zweite Punkt von entscheidender Bedeutung scheint mir zu sein, daß ein Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund von der Partei nicht auch noch mitgemacht und getragen werden kann.

Ich kann von hier aus nicht übersehen, ob nicht aus solchen Erwägungen mindestens eine nicht ganz unbeachtliche Minderheit in der Fraktion die Regierungsbildung unter den jetzt erreichbaren Umständen ablehnen wird und muß mir vorbehalten, ob ich mich einer solchen anschließen muß. Ob ich dann noch der Mehrheit geeignet erscheine und mich persönlich in der Lage fühle, eine so zustande gekommene Regierung zu decken, kann erst die Zukunft lehren . . .“ (Graf Westarp an von Lindeiner-Wildau, Brief vom 25. September 1924.)

⁴⁷⁰) Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth, der Führer des linken Zentrumsflügels, hatte erklärt, daß er bei einem durch seine Partei ermöglichten Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung „eine eigene Partei aufmache“ (Graf Westarp an General von Dommès, Brief vom 10. Oktober 1924.)

⁴⁷¹) Germania vom 15. Oktober 1924.

⁴⁷²⁾ Vgl. Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung Nr. 492 vom 18. Oktober 1924, die die Demokraten, „die wie aufgeblasene Pfauen daherstolzieren“, scharf angriff.

⁴⁷³⁾ Vgl. Berliner Tageblatt vom 20. Oktober 1924.

⁴⁷⁴⁾ Vgl. Korrespondenz der DNVP Nr. 185 vom 25. Oktober 1924.

⁴⁷⁵⁾ Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung Nr. 509 vom 29. Oktober 1924.

⁴⁷⁶⁾ In der Wahlpropaganda wurde Hergt der Satz zugeschrieben: „Die Deutschnationalen werden 24 Stunden nach ihrem Regierungsantritt eine 100%ige Aufwertung herbeiführen.“ Ähnliches behauptete später auch die „Neue Pfälzische Landeszeitung“, ein dem Zentrum nahestehendes Blatt, in der Ausgabe vom 16. April 1925.

⁴⁷⁷⁾ „... In gewissen Kreisen der Partei besteht, wie verlautet, die Absicht, dahin zu wirken, daß an sichere Plätze der Reichsliste Persönlichkeiten gebracht werden, deren Wiederkehr als Reichstagsabgeordnete ganz und gar nicht in unserem Sinne liegt. Wir haben allen Anlaß, uns mit äußerster Kraft dagegen zu wehren, daß die Reichsliste etwa zu einer Zufluchtsstätte für diejenigen bisherigen Abgeordneten gemacht wird, die in ihren Wahlkreisen aus naheliegenden Gründen jetzt abgelehnt werden ...“ (Vertrauliche Information der Oppositionsgruppe Averdunk an die „befreundeten Landesverbände“ vom 25. Oktober 1924.)

⁴⁷⁸⁾ Vgl. Korrespondenz der DNVP Nr. 218 vom 4. Dezember 1924.

⁴⁷⁹⁾ „... Seit langem kämpfe ich dafür, bei unseren Parteifreunden Verständnis für die hohe Bedeutung einer starken Organisation zu wecken. Die Gleichgültigkeit, die bei Parteivorstandssitzungen ... usw. den organisatorischen Fragen von dem größten Teil der Anwesenden entgegengebracht wird, zeigt uns leider, daß wir auf diesem Gebiet noch viel tun müssen. Ich hoffe, daß die Erfolge des ‚Reichsbanners‘, die doch nur auf seine Organisation zurückzuführen sind, denn mit der Politik konnten sie doch keine Erfolge erringen, die nicht zu unterschätzende Wirkung erzielt haben, unseren Parteifreunden die Augen zu öffnen.

Schon im Juni, als die ersten großen Zusammenschlüsse des Reichsbanners in den Städten erfolgten, nahm ich Fühlung mit den Vereinigten Vaterländischen Verbänden ohne praktischen Erfolg, und mit meinem Freunde, Major von Stephani, der den Gau Brandenburg des Stahlhelms führt. Herr v. Stephani erklärte mir, daß seine Gesamtorganisation zusammenbräche, er könne seine Organisation nicht mehr halten, er stünde völlig ohne Mittel da, er müsse seine Büros schließen. Er hätte sich wiederholt ... an Herren der Industrie gewandt, aber ohne Erfolg. Ich stellte mit Herrn v. Stephani einen Organisationsplan auf, um den ‚Stahlhelm‘ nicht nur am Leben zu erhalten, sondern auch weiter auszubauen als Gegengewicht zum Reichsbanner. Zur Durchführung dieses Planes wurden 9000 Mark gebraucht, und diese 9000 Mark konnten wir nicht aufbringen. Der Erfolg ist, daß sich seit Wochen mehr oder weniger militärisch aussehende Gestalten des Reichsbanners dauernd durch die Straßen wälzen, eine außerordentliche Kleinpropaganda treiben, durch Radfahrpatrouillen unsere Plakate herunterreißen lassen usw. und daß hier in Großberlin schwarzweißbrote Gestalten in den letzten Wochen, abgesehen von den letzten zwei Tagen ... nicht zu sehen waren. Ich verweise auch auf den Saalschutz des Reichsbanners und auf den Terror, den es oft ausgeübt hat. Und können absolut nicht die sog. überparteilichen Organisationen wie die Vereinigten Vaterländischen Verbände und ähnliche Organisationen dienen, die bisher bedauerlicherweise dauernd große Summen geschluckt haben, bei denen dauernd Neugründungen erfolgen und die letzten Endes, jetzt gerade in diesem Wahlkampf, nicht dazu gedient haben, die DNVP zu stärken.

Wir benötigen unbedingt Organisationen, die Farbe bekennen, stolz darauf sind, sich als Deutschnationale in den Dienst der Partei stellen zu dürfen. Ich bin der festen Überzeugung, daß dies für Großberlin und Mark Brandenburg gelingt, wenn wir jetzt sofort nach den Wahlen den ‚Stahlhelm‘ richtig aufziehen. Wir wollen nicht vergessen, daß wir in einem halben Jahr wieder Wahl haben. Das Unglück, daß diese Organisationen und unsere eigenen Organisationen häufig gleich nach den Wahlen wieder zerschlagen werden, liegt eben darin, daß wir Gelder eigentlich nur für den Wahlkampf bekommen, daß wir in der Zwischenzeit sogar hier, die kleine Hauptgeschäftsstelle, nur kümmerlich vegetieren.

Ich bitte, auf eine bessere, regelmäßige Finanzierung unserer Partei das größte Augenmerk zu richten. Es muß doch möglich sein, daß wir von befreundeten Gruppen und Konzernen wenn

auch nur kleinere monatliche Beiträge bekommen, mit Hilfe derer wir unsere eigenen Organisationen, aber auch Organisationen, die unserer Sache dienen wollen, lebenskräftig erhalten können . . ." (Dr. Weiß an Graf Westarp, Brief vom 6. Dezember 1924.)

⁴⁸⁰⁾ „. . . Die Reichstagswahl vom 7. Dezember trägt das Kennzeichen: Überraschung! Überraschend groß ist die Wahlbeteiligung. Am 4. Mai 1924 übten 77% der Wahlberechtigten ihr Stimmrecht aus, während jetzt 82% errechnet werden. — Die zweite Überraschung ist, daß der am 7. Dezember gewählte Reichstag der Zahl nach der stärkste sein wird, den es seit der Reichsgründung überhaupt gegeben hat. Es werden nicht weniger denn 489 Reichstagsabgeordnete in den Wallotbau einziehen, gegen 472 im Frühjahr. — Die dritte Überraschung ist, daß allen Prophezeiungen zum Trotz, die von allen Seiten umstürmte DNVP nicht nur den Ansturm abgeschlagen, sondern einen sehr erheblichen Stimmenzuwachs erhalten hat . . ." (Korrespondenz der DNVP Nr. 221 vom 10. Dezember 1924.)

⁴⁸¹⁾

	Wahl am 4. Mai 1924		Wahl am 7. Dezember 1924		Zu- bzw. Abnahme	
	Errungene Mandate	Anteil an den gültigen Stimmen	Errungene Mandate	Anteil an den gültigen Stimmen	der Mandate	des Anteils an den gültigen Stimmen
Deutschnationale Volkspartei . . .	106	21,4%	111	22,1%	+ 5	+ 0,7%
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	100	20,4%	131	26,0%	+ 31	+ 5,6%
Zentrum	65	13,3%	69	13,6%	— 4	+ 0,3%
Kommunistische Partei Deutschlands	62	12,7%	45	8,9%	— 17	— 3,8%
Deutsche Volkspartei	44	9,2%	51	10,1%	+ 7	+ 0,9%
Nationalsozialistische Freiheitspartei	32	6,5%	14	3,0%	— 18	— 3,5%
Deutsche Demokratische Partei . .	28	5,6%	32	6,3%	+ 4	+ 0,7%
Bayerische Volkspartei	16	3,2%	19	3,7%	+ 3	+ 0,5%
Wirtschaftliche Vereinigung	15	3,4%	21	4,2%	+ 6	+ 0,8%
Deutschsoziale Partei	4	1,1%	—	—	— 4	} 1,2%
Sonstige Splitterparteien	—	3,2%	—	2,1%	—	
	472	100,0%	493	100,0%		

(Angaben nach den beiden Reichstagshandbüchern 1924.)

⁴⁸²⁾ Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung vom 13. Dezember 1924.

⁴⁸³⁾ Dr. Lienau an die Hamburger deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Gok und Brekelmann, Brief vom 12. Dezember 1924.

⁴⁸⁴⁾ Vgl. Horkenbach, a.a.O., S. 710, und Stampfer, a.a.O., S. 436.

Anhang III

Quellen- und Literaturverzeichnis

a) Ungedrucktes Quellenmaterial:

Die Entwicklung der „Deutschen Tageszeitung“, Manuskript von Chefredakteur Paul Baecker MdR.

Briefe von Prof. Dr. Freiherr von Freytagh-Loringhoven MdR an Dr. O. von Sethe (Manuskript für eine geplante Biographie).

Meinungen und Kämpfe, Manuskript von Prof. Dr. Hans Hilpert MdBL.

Tagebuchaufzeichnungen (1918—1925) und Vortragsmanuskript „Aufgabe eines Landesverbandes mit vorwiegend ländlicher Bevölkerung“ (1927) von Staatssekretär z. D. Karl Passarge.

Lebenserinnerungen, Manuskript von D. Gottfried Traub.

Manuskript des Grafen Westarp.

Briefwechsel zwischen Justizrat Class und Albrecht von Graefe MdR vom Januar 1923.

Unveröffentlichter Nachlaß Prof. Dr. Johannes Viktor Bredt.

Unveröffentlichter Nachlaß Dr. Alfred Hugenberg MdR.

Unveröffentlichter Nachlaß Walther Lambach MdR.

Unveröffentlichter Nachlaß Graf Westarp MdR.

Von Staatssekretär z. D. Passarge zur Verfügung gestelltes Material (Briefe, Rundschreiben etc.).

Im Staatsarchiv Osnabrück befindliches Material zur Geschichte der DNVP.

Darstellung des Abgeordneten Henning über die Ereignisse, die zu seinem Ausschluß aus der Fraktion geführt haben. Abzug. 19 S.

Denkschrift von Reinhold Wulle MdR. Abzug. 6 S.

b) Gedrucktes Quellenmaterial:

Die Deutschnationale Volkspartei. Ihre Begründung, Zusammensetzung und ihr Verhältnis zur Deutschen Volkspartei. Deutschnationale Politik, Heft 10, Berlin 1920. 14 S.

Deutschlands Zukunftsaufgaben in der auswärtigen Politik (Parteitag-Rede des Grafen Westarp vom 13. Juli 1919). Deutschnationale Flugschrift Nr. 24. Berlin 1919.

Die Ziele der Deutschnationalen (Vortrag von E. von Lindeiner-Wildau vom 19. Oktober 1926). Deutschnationale Flugschrift Nr. 270. Berlin 1926.

Stichworte und Winke für deutschnationale Diskussionsredner. Vortragsunterlagen Nr. 1 (2 Teile). Berlin 1919.

Aufbau und Arbeit der Deutschnationalen Volkspartei. Vortragsunterlagen Nr. 3. Berlin 1920.

Vorwürfe gegen die Deutschnationale Volkspartei und ihre Widerlegung. Vortragsunterlagen Nr. 4. Berlin 1920.

Deutschnationaler Parteitag für Vorpommern vom 7. und 8. November 1920. (Broschüre o. O. u. o. J.).

Wahlkampf 1919. Vortrag von Prof. Friedrich Kähler. Greifswald 1920.

Deutschnationaler Rednerführer. 2 Bde. Berlin 1920. 772 S.

Der nationale Wille. Herausgegeben von Dr. Max Weiß. Essen 1928. 405 S.

Die deutschnationale Arbeiterbewegung, ihr Werden und Wachsen. Berlin 1925. 61 S.

Politisches Handwörterbuch. Herausgegeben von Dr. Max Weiß u. a. Berlin 1928. 520 S.

Politische Praxis. Herausgegeben von Walther Lambach MdR. Berlin und Hamburg 1926.

Des Nächsten Ehre. Flugblatt an die Deutschnationale Volkspartei von Wilhelm Henning MdR vom 1. August 1922.

Görlitzer Parteitag. Flugblatt der Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft. 1922.

c) Zeitungen und Zeitschriften:

Berliner Börsenzeitung.
Berliner Lokalanzeiger.
Berliner Morgenpost.
Berliner Tageblatt.
Bremer Zeitung.
Der Tag.
Deutsche Allgemeine Zeitung.
Deutsche Tageszeitung.
Deutsche Zeitung.
Frankfurter Zeitung.
Germania.
Mecklenburger Nachrichten.
Mecklenburger Warte.
Nationale Rundschau.
Neue Pfälzische Landeszeitung.
Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung.
Norddeutsche Rundschau.
Oberhessische Zeitung.
Vorwärts.
Vossische Zeitung.
Alldeutsche Blätter.
Bund der Landwirte Bayern.
Der deutsche Führer.
Deutsche Handelswacht.
Konservative Monatsschrift.
Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei.
Reichslandbund.
Soziologische Gegenwartsfragen.

d) Mündlich und schriftlich (s) befragte Persönlichkeiten:

1. Bausch, Paul, MdB, Stuttgart (s),
früher Mitgründer des Christlich-sozialen Volksdienstes und MdB.
2. Bechly, Hans, Hamburg,
früher Verbandsvorsteher des DHV und führendes Mitglied der DVP.
3. Berndt, Emil, Wiesbaden (s),
früher MdB und Ehrenvorsitzender der Deutschnationalen Beamtenschaft.
4. von Bismarck, Herbert, Wiesbaden,
früher MdB und Reichsführer der Bismarckjugend, Staatssekretär a. D.
5. Brüning, Dr. Heinrich, Köln,
Universitätsprofessor, Reichskanzler a. D. und MdB.
6. Buchbinder, Arthur, Hamburg (s),
früher Reichsgeschäftsführer und Reichspressewart der Bismarckjugend der DNVP.
7. Dähnhardt, Heinz, Hamburg,
Ministerialrat a. D., früher führender Vertreter der deutschnationalen Studentenschaft.
8. Diller, Alfred, Hamburg (s),
früher Stellvertr. Vorsitzender des Reichsangestelltenausschusses und Mitglied des Parteivorstandes der DNVP.
9. von Dommes, Wilhelm, Verden,
Generalmajor a. D., früher Vorsitzender des Landesverbandes Potsdam I der DNVP.
10. von Goldacker, Hans, Göttingen (s),
früher Vorstandsmitglied des Reichslandbundes und MdB.

11. Harmony, Gustav, Berlin (s),
Oberpostrat a. D., früher führender Vertreter der Deutschnationalen Beamtenschaft und MdR.
12. Hergt, Oskar, Göttingen,
Reichs- und Staatsminister a. D., 1919—1924 Vorsitzender der DNVP, MdR.
13. Hülser, Gustav, Neustadt a. W.,
früher Mitgründer des Christlich-Sozialen Volksdienstes und MdR.
14. Kaempff, Theodor, Berlin (s),
früher Verlagsleiter der Deutschen Zeitung.
15. von Keudell, Walther, Bad Godesberg,
Reichsminister a. D. und MdR.
16. Klönne, Moritz, Dortmund,
Fabrikant, MdR.
17. Kolbe, Fritz, Berlin (s),
früher Redaktionsmitglied der Deutschen Zeitung.
18. Laverrenz, Wilhelm, Berlin (s),
Ministerialdirektor a. D., früher Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der DNVP und MdR.
19. Lindner, Wilhelm, Herford,
früher Geschäftsführer des Deutschnationalen Arbeiterbundes, MdR und MdPrL.
20. Lehmann, Annagrete, Berlin,
Studienrätin a. D., früher Vorsitzende des Reichsfrauenausschusses der DNVP und MdR.
21. Leopold, Bernhard, Berlin (s),
Bergwerksdirektor a. D., MdR.
22. Löbe, Paul, Berlin (s),
Reichstagspräsident a. D.
23. Meesmann, Otto, Hannover,
früher Direktor im Scherlverlag.
24. Passarge, Karl, Hamburg,
Staatssekretär z. D., früher Geschäftsführer des Landesverbandes Pommern der DNVP.
25. Plate, Mathilde, Bremen,
Oberstudierendirektorin a. D., früher deutschnationale Abgeordnete in der Bremer Bürgerschaft.
26. Quaatz, Reinhold, Berlin,
Geheimrat, früher führender deutschnationaler Wirtschaftspolitiker und MdR.
27. Ritter, Karl-Bernhard, Marburg,
Dekan, früher 1. Vorsitzender des Reichsjugendausschusses der DNVP und MdPrL.
28. von Rohr-Demmin, Hansjoachim, Bad Godesberg,
Staatssekretär a. D., früher Führer des Pommerschen Landbundes und MdPrL.
29. Schlange-Schöningen, Hans, London (s),
Deutscher Botschafter a. D., Reichsminister a. D., früher Vorsitzender des Landesverbandes Pommern der DNVP und MdR.
30. Schmahl, Eugen, Friedberg,
früher Redakteur der Kreuz-Zeitung.
31. Schmidt, Otto, Westerland/Sylt,
letzter Vorsitzender der deutschnationalen Reichstagsfraktion.
32. Simpfendörfer, Wilhelm, Stuttgart,
Kultusminister von Baden-Württemberg, früher Mitgründer des Christlich-Sozialen Volksdienstes und MdR.
33. von Sodenstern, Hans, Berlin (s),
früher außenpolitischer Redakteur der Deutschen Zeitung.

34. Steuer, Lothar, Recklinghausen,
früher enger Mitarbeiter Hugenberg's und MdPrL.
35. Strathmann, Prof. Dr. D. Hermann, Erlangen (s),
MdR.
36. Traub, D. Gottfried, München (s),
Pfarrer a. D., früher Mitglied des Parteivorstandes der DNVP und Abgeordneter der Nationalversammlung.
37. Ulbrich, Else, Berlin,
früher Mitgründerin des Christlich-Sozialen Volksdienstes und MdPrL.
38. Wissell, Rudolf, Berlin,
Reichsminister a. D.

e) Literatur

- Bernhard, Ludwig: Der „Hugenberg-Konzern“. Psychologie und Technik einer Großorganisation der Presse. Berlin 1928. VII, 109 S.
- Booms, Hans: Die Deutschkonservative Partei. Preußischer Charakter, Reichsauffassung, Nationalbegriff. Düsseldorf 1954, 136 S.
- Demokratie und Partei. Hrsg. von Peter Richard Rohden. Wien 1932. 4. Vermeil, Edmond: Demokratie und Partei in Deutschland. 48 S.
- Frank, Ludwig: Die bürgerlichen Parteien des Deutschen Reichstags. Mit e. Anh.: Die Programme der bürgerlichen Parteien. Stuttgart 1911. 111 S.
- Gabler, Heinrich: Die Entwicklung der deutschen Parteien auf landschaftlicher Grundlage. Leipzig, Phil. Diss. 1926.
- Groth, Otto: Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde (Journalistik). Bd 1—4. Mannheim 1928—30.
- Gumbel, Erich Julius: „Verräter verfallen der Feme“. Opfer, Mörder, Richter 1919—1929. Abschließende Darstellung unter Mitw. von Berthold Jacob und Ernst Falck. Berlin 1929. 399 S.
- Handbuch für den Preußischen Landtag. 1.—3. Wahlperiode. Berlin 1921—1928.
- Handbuch der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung. Berlin 1919. 316 S.
- Heenemann, Horst: Die Auflagenhöhen der deutschen Zeitungen. Ihre Entwicklung und ihre Probleme. Berlin 1929. XI, 151 S., Leipzig, Phil. Diss. 1930.
- Kremer, Karl: Der soziale Aufbau der Parteien. Leipzig 1925.
- Meynen, Otto, und Reuter, Franz: Die deutsche Zeitung. München 1928. VIII, 202 S.
- Neumann, Sigmund: Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege. Berlin 1932. 139 S. (Fachschriften zur Politik und staatsbürgerlichen Erziehung.)
- Politische Praxis. Hrsg. von Walther Lambach. Hamburg 1926.
- Das Deutsche Reich von 1918 bis heute. Von Cuno Horkenbach. Jahresbd. 1. 1930. Berlin 1931.
- Reichstagshandbücher. I.—V. Wahlperiode. Berlin 1920—1930.
- Rosenberg, Arthur: Geschichte der deutschen Republik. Karlsbad 1935. 258 S.
- Roth, Paul: Die Programme der politischen Parteien und der politischen Tagespresse in Deutschland. Halle 1913. 80 S.
- Salomon, Felix: Die deutschen Parteiprogramme. H. 2. Leipzig und Berlin 1924.
- Schemann, Ludwig: Wolfgang Kapp und das Märzunternehmen vom Jahre 1920.
- Stampfer, Friedrich: Die ersten 14 Jahre der deutschen Republik. 2. Aufl. Offenbach a. M. 1947. XII, 690 S.
- Westarp, Kuno Graf: Heydebrand. Sonderdruck aus Deutscher Aufstieg. Berlin 1926.
- Wissell, Rudolf, Kurt Heinig und Carlo Mierendorff: Das Dawes-Gutachten. Berlin 1924. 84 S. Zeitungskatalog von Rudolf Mosse. Berlin o. J.

Personenregister

- Arendt, Dr. Otto 59
 Aulock, v. 56
 Averdunk, Dr. 92, 94

 Baecker, Paul 6, 57
 Bang, Dr. Paul 50
 Bauer, Max 52 f.
 Becker, Dr. Johann 78
 Behm, Margarete 35 f., 60
 Behr, Graf 12
 Berger, v. 54
 Bismarck, Otto Fürst (Reichskanzler) 109, 112
 Bismarck, Otto Fürst 89
 Borsig, Ernst v. 82
 Braun, Friedrich Edler v. 63
 Braun, Otto 59
 Bredereck 55
 Bredt, Prof. Dr. Johann Viktor 6, 60
 Buttman, Dr. Rudolf 72 f.

 Class, Heinrich 45 f., 50

 Dawes, Charles G. 75
 Delbrück, Dr. Clemens v. 13 f., 51
 Dewitz, Johann Georg v. 59
 Dietrich, Hermann 8, 14, 35 f.
 Dryander, Dr. Gottfried v. 20, 22
 Düringer, Dr. Adalbert 51, 63
 Duesterberg, Theodor 92
 Duisberg, Prof. Dr. Carl 82

 Ebert, Friedrich 53
 Ehrhardt, Hermann 53
 Estorff, Ludwig v. 57

 Foertsch, Georg 43
 Freytag-Loringhoven, Prof. Dr. Axel Frhr. v. 6, 14, 32, 46, 51, 55, 57, 71, 78
 Friedeburg, v. 56

 Gamp, Karl Frhr. v. 8
 Gayl, Wilhelm Moritz Frhr. v. 94
 Gierke, Anna v. 65
 Gierke, Prof. Dr. Otto v. 65
 Gildemeister, Dr. Alfred 78

 Graef, Walter 34 f., 47, 61 f.
 Graefe, Albrecht v. 63 ff., 105
 Günther, A. E. 50
 Gürtner, Dr. Franz 72 f.

 Hartwig, Emil Karl 25
 Hassell, Ulrich v. 20
 Heinze, Dr. Rudolf 54
 Helfferich, Dr. Karl 51, 63, 70, 77, 90
 Henning, Wilhelm 62 ff., 68, 71, 104
 Hergt, Oskar 12, 14 f., 20, 22 ff., 27 ff., 35 f., 45 ff., 49, 51, 54, 59 ff., 66, 68 ff., 74, 76, 79 ff., 89 ff., 99, 104
 Herriot, Edouard 80
 Heydebrand und der Lase, Ernst v. 7, 10, 12, 26 ff., 43, 55, 60
 Hiller von Gärtringen, Freifrau 5
 Hilpert, Prof. Dr. Hans 6, 40 ff., 71 ff.
 Hitler, Adolf 5, 106
 Hoetzsch, Prof. Dr. Otto 43, 61, 63, 69, 76, 81
 Hugenberg, Dr. Alfred 5 f., 42, 45 ff., 65, 82, 88, 103, 105 f.
 Husong, Friedrich 46

 Jagow, Dr. Traugott v. 55

 Kahr, Gustav v. 42, 72
 Kanitz, Gerhard Graf 63, 99
 Kapp, Dr. Wolfgang 12, 52 ff., 104
 Kardorff, Siegfried v. 13, 20, 59 f.
 Kessel, Kurt v. 56 f.
 Keudell, Dr. Walther v. 89
 Kirdorff, Emil 82
 Kleist-Retzow, Graf 12
 Klönne, Dr. Moritz 78
 Koch, Wilhelm 60
 Kraut, Dr. Heinrich 58
 Kube, Wilhelm 66

 Lambach, Walther 6, 64
 Laverrenz, Wilhelm 66
 Lehmann, Annagrete 36
 Lerchenfeld, Hugo Graf v. 72
 Lienau, Dr. 99
 Lindeiner-Wildau, Hans Erdmann v. 34, 47 f., 53 f., 90 ff., 96

- Lindequist, Dr. Friedrich v. 14
 Lindner, Wilhelm 25
 Löbe, Paul 77
 Loewenfeld, v. 56
 Lüttwitz, Walther Frhr. v. 52 ff., 57 f., 104
 Ludendorff, Erich 52
 Luther, Dr. Hans 80, 99

 Marx, Paul Richard 32
 Marx, Dr. Wilhelm 76, 79 f., 86 f., 96 f., 99
 Maurenbrecher, Dr. Max 45
 Mayer 25
 Michelmann, v. 68
 Mueller-Otfried, Paula 17

 Neuhaus, Dr. Albert 99
 Nonnenbruch, Dr. Fritz 45
 Noske, Gustav 53

 Pabst 52 f.
 Passarge, Karl 6, 81
 Paulson 56
 Philipp 56
 Planitz, Edler v. der 36
 Posadowsky-Wehner, Dr. Arthur Graf v. 13,
 51

 Quaatz, Dr. Reinhold 78

 Rambeau, Frau Dr. 6
 Rathenau, Walther 63
 Richthofen, Prätorius Frhr. v. 89
 Roesicke, Dr. Gustav 63
 Rogge 68
 Roth, Dr. Christian 42, 72

 Schiele, Dr. Georg Wilhelm 55
 Schiele, Martin 45, 61, 95, 99

 Schlange-Schöningen, Dr. Hans 6, 90, 93
 Schlieben, Dr. Hans v. 99
 Schmettow, Eberhard Graf v. 56 f.
 Schultz, Georg 35
 Seidlitz, Graf 57, 76
 Sieveking, Hans Otto 37, 90
 Stapel, Wilhelm 50
 Steinhoff, Dr. Werner 69
 Stresemann, Dr. Gustav 59, 63, 74 f., 78 ff.,
 82, 85, 87, 99

 Thyssen, Dr. Fritz 82
 Tiling, D. Magdalene v. 17
 Tirpitz, Alfred v. 12, 79, 89, 95
 Traub, D. Gottfried 12, 14, 21, 49 f., 55

 Vögler, Dr. Albert 78

 Wangenheim, Hans Frhr. v. 12, 52
 Wallbaum, Wilhelm 35
 Wallraf, Max 51, 70, 77, 87, 95
 Weiß, Dr. Max 47, 98
 Wels, Otto 59
 Werner, Prof. Dr. Ferdinand 35
 Westarp, Adelgunde Gräfin 5
 Westarp, Kuno Graf 6 ff., 20 ff., 32, 43, 45,
 49, 52, 54 ff., 60 f., 64 ff., 74, 76, 79, 84 ff.,
 91 f., 94 ff., 99, 105
 Wilhelm II. 45
 Winckler, D. Friedrich 12, 95, 97, 99
 Winnig, August 57
 Winterfeldt, Joachim v. 14
 Wirth, Dr. Joseph 63
 Wulle, Reinhold 45, 63, 66 f., 69, 71

 Xylander, Rudolf v. 72 f.

INHALTSVERZEICHNIS

<i>Vorwort</i>	5
--------------------------	---

I. Teil: Die Deutschnationale Volkspartei in ihren Anfängen

<i>1. Kapitel: Die Gründung der DNVP</i>	7
a) Vorverhandlungen und Zusammenschluß der rechtsstehenden Vorkriegsparteien	7
b) Der Gründungsaufruf.	8
c) Der Parteiname	11
d) Die neue Partei	12
<i>2. Kapitel: Die Sozialstruktur</i>	15
a) Die Sozialstruktur der rechtsstehenden Vorkriegsparteien	15
b) Die soziale Zusammensetzung der Deutschnationalen Volkspartei.	16
<i>3. Kapitel: Das Parteiprogramm</i>	18
a) Vorbereitete Formulierungen	18
b) Die Auseinandersetzungen um die endgültige Abfassung des Programms.	20
<i>4. Kapitel: Die Parteiorganisation.</i>	25
a) Das Verhältnis zwischen den Deutschkonservativen und der DNVP	25
b) Aufbau und Besetzung des neuen Parteiapparates	30
c) Die Finanzierung der Partei	32
d) Die Parteiorganisation	34
e) Die Bayerische Mittelpartei (DNVP)	39
<i>5. Kapitel: Die rechtsstehende Presse.</i>	42
a) Zeitungen	43
b) Die Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle	47
c) Rechtsorientierte Zeitschriften	49

II. Teil: Die Entwicklung der DNVP bis zur Stabilisierung der Weimarer Republik

<i>Abschnitt A: Die Deutschnationale Volkspartei und der Kapp-Putsch</i>	51
a) Die Vorbereitung des Putsches	51
b) Die deutschnationale Haltung zum Putsch.	53
c) Die beteiligten Deutschnationalen	54
d) Der Putsch in Schlesien und Ostpreußen	56
e) Das Kapp-Unternehmen in der öffentlichen Meinung	57
f) Die Auswirkungen des Putsches auf die Entwicklung der DNVP	59

<i>Abschnitt B: Die Abspaltung der Deutschvölkischen im Jahre 1922</i>	61
a) Der politisch-soziale Hintergrund	61
b) Der Fall Henning	62
c) Der völkische Flügel der DNVP	64
d) Der Parteitag in Görlitz	67
e) Die Krise in der Bayerischen Mittelpartei (DNVP)	71
<i>Abschnitt C: Die gesplaltene Dawes-Abstimmung 1924</i>	74
a) Die Haltung der DNVP im Jahre 1923	74
b) Der Dawes-Plan	75
1. Kapitel: Die Haltung der DNVP zum Dawes-Plan	76
a) Die Haltung im Wahlkampf (Mai 1924)	76
b) Der deutschnationale Wahlerfolg	77
c) Verhandlungsbereitschaft unter „gewissen Voraussetzungen“	78
d) Die Haltung der DNVP zur Londoner Konferenz	79
e) Vor der Entscheidung im Reichstag	80
2. Kapitel: Die Abstimmung im Reichstag	86
3. Kapitel: Die Auswirkungen der gesplaltenen Abstimmung	88
a) Entrüstung über die Fraktionsspaltung	88
b) Opposition gegen den Partei- und Fraktionsvorsitzenden	89
c) Rechtfertigungsversuche	91
d) Führungskrise und Rücktritt Hergts	92
e) Bemühungen um den Eintritt in die Regierung	95
f) Der Wahlkampf für den vierten Reichstag	97
g) Die Auswirkungen der Dezemberwahl 1924	98
Schluß: Zusammenfassung	101
<i>Anhang I: Programme</i>	107
a) Aufruf der Deutschnationalen Volkspartei vom 24. November 1918	107
b) Aufruf des Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei vom 27. Dezember 1918	109
c) Grundsätze der Deutschnationalen Volkspartei vom Jahre 1920	112
d) Aufruf der Deutschnationalen Volkspartei zur Wahl für den ersten Reichstag 1920	119
e) Satzung der Deutschnationalen Volkspartei (Beschlossen auf dem Parteitag in Hannover 1920)	121
<i>Anhang II: Anmerkungen</i>	127
<i>Anhang III: Quellen- und Literaturverzeichnis</i>	183
<i>Anhang IV: Personen-Register</i>	187